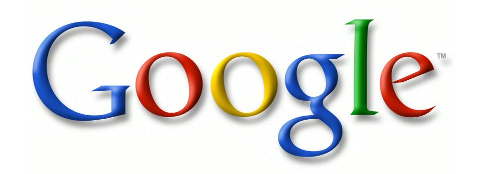


Jahrbuch der Weltgeschichte

Zehnter Jahrgang 1910

KARL PROCHASKAS
ILLUSTR. JAHRBÜCHER

Von Albin Geyer

Das Jahr 1909



VERLAG UND DRUCK VON KARL PROCHASKA ▵ LEIPZIG ▿ WIEN ▿ TESCHEN

Preis 1 Mk. 50 = 1 K 80



Fortsetzung am Schluße des Buches.

Illustriertes Jahrbuch

der Weltgeschichte

Das Jahr 1909





Albert,

König von Belgien.

Illustriertes Jahrbuch der Weltgeschichte

Zehnter Jahrgang Von Albin Geyer

Das Jahr 1909





Leipzig
Königstraße 9/11.

Karl Prochaska in Teschen

Wien
Seilerstätte 5.

Inhalt.



Vorbemerkung. Nicht ein Urkunden- oder Nachschlagebuch ist es, was wir den Lesern bieten, sondern wir wollen ihnen die handelnden Personen, die Kämpfe und Ereignisse in möglichst lebensvollen Bildern vorführen, die Triebkräfte des politischen Lebens aufdecken und den inneren Zusammenhang alles Geschehenen klar machen.

Rückblick auf das Jahr 1909.

Wer sich mit den üblichen Neujahrsbetrachtungen der Blätter beschäftigt hat, der wird — namentlich in Deutschland und Österreich-Ungarn, aber auch anderswo — die Beobachtung gemacht haben, daß nach einigen ziemlich flüchtigen Bemerkungen über den trotz aller anfänglichen Befürchtungen doch friedlichen und weiter Frieden versprechenden Verlauf des Jahres und nach etlichen patriotischen Randglossen dazu — sofort auf die innere Lage des Landes abgeschwenkt wird. Und da beginnt das Klagen, obgleich auch die wirtschaftliche Lage überall eine langsam aber sicher steigende Gesundung zeigte. Worüber klagt man nun eigentlich? Über die mißlichen parlamentarischen Zustände, wobei oft nur der Ärger darüber, daß die eigene Partei keine herrschende Stellung einnimmt, die eigentliche Triebfeder bildet. Nun läßt sich freilich nicht verkennen, daß die parlamentarische Lage, wohin man nur blickt, wenig erfreulich ist und tatsächlich im verflossenen Jahre überall einen unzweifelhaften Rückgang erlitten hat. Selbst in den Vereinigten Staaten, wo die Tyrannei der Trustmagnaten mit dem neuen Zolltarif einen offenkundigen Sieg über die wahre Meinung der Volksmehrheit erfochten hat, freut sich außer ihnen kein Mensch über den Erfolg. Und in anderen Staaten ist die Freude über die Tätigkeit der Volksvertretungen nicht größer. Auch in dem Mutterlande des Parlamentarismus, im stolzen Albion, ist ein Parteienstreit ausgebrochen, der mit Ende des Jahres das Volk in einen erbitterten Wahlkampf verwickelt hat, bei dem der einfache Mann nicht weiß und auch gar nicht beurteilen kann, wo die materielle und parteipolitische Begehrlichkeit aufhört und wo das Wohl und Weh des Landes, wo die mögliche Gefahr der Zukunft anfängt. In Deutschland haben die Vorgänge im Reichstag den Reichskanzler Fürsten **Bülow**, in dem die Volksstimmung endlich einen würdigen Nachfolger des Fürsten **Bismarck** gefunden zu haben glaubte, zum Rücktritt bewogen, in Österreich-Ungarn sind die parlamentarischen Ergebnisse in beiden Reichshälften so geringfügig wie möglich, in Rußland und in der Türkei wollen die ersten parlamentarischen Gehversuche nur schwer gelingen. Blickt man schließlich nach Frankreich und nach den kleineren romanischen, skandinavischen und slawischen Staaten, nach Japan oder gar nach Persien, so wird man nirgends eine wirklich ersprießliche, vielfach eine geradezu verderbliche Tätigkeit des Parlamentarismus finden.

Die erwähnten Klagen sind demnach vollauf berechtigt, und es muß nur Erstaunen erregen, daß nicht ein allgemeines stürmisches Verlangen nach einer gründlichen Umgestaltung des modernen Parlamentarismus laut wird. Freilich, wer soll diesen Ruf erheben? Die Bevölkerungen haben kein Organ dafür, denn die Presse ist überall mit den täglichen Stoff liefernden parlamentarischen Zu- und Mißständen zu sehr verknüpft, als daß sie für eine allgemeine Reform eintreten würde, und sie begnügt sich damit, den politischen Gegnern die Schuld für alles zuzuschieben, womit nichts gebessert wird. Die notwendige Folge davon ist, daß das Interesse an den parlamentarischen Vorgängen überall stark im Abnehmen begriffen ist und die Parlamentsberichte nur in Ausnahmefällen Beachtung finden. Die unbestreitbare Tatsache, daß die Wahlbeteiligung so ziemlich überall zunimmt, ist kein Beweis dagegen, sondern vielmehr dafür, daß die Bevölkerungen empfinden, daß im öffentlichen Leben große Übelstände — auch ihnen oft bloß eingeredete — bestehen, für die man Abhilfe sucht, und man wählt darum im Schweiße des Angesichtes diejenige Persönlichkeit, die dem einzelnen als das geringere Übel erscheint, um ein größeres abzuwenden. So sind die Verhältnisse überall, und darum gedeihen der Radikalismus und die Sozialdemokratie, aber die Übelstände bleiben in der Hauptsache bestehen und es kommen immer noch neue hinzu, je mehr der Parlamentarismus bei der Lösung der ihm im Staatsleben gestellten

Aufgaben versagt und sich immer mehr in ein Wirrsal von Partei- und Interessengruppen auflöst. Diese betrübende Erscheinung hat im verflossenen Jahre wieder erhebliche Fortschritte gemacht, und es kann sich ihr niemand verschließen, der sich nicht in verbitterte Parteikämpfe verbissen hat, unter denen der eigene Parteikirchturm als der Staat oder gar als die Welt erscheint. An einer Jahreswende geziemt es dem objektiven Beobachter, auf diese sichtbaren Anzeichen eines fortschreitenden Verfalles hinzuweisen, der eigentlich niemendem verborgen ist, für den man aber noch keine Abhilfe gefunden hat, weil niemand weiß, was an die Stelle der heutigen, dem inneren Verfall immer deutlicher zuneigenden Parlamente zu setzen wäre. Auch Reformversuche haben ihren Zweck verfehlt, und unzweifelhaft haben sich alle Wahlrechtsänderungen und -Erweiterungen als unwirksam erwiesen.

Aber daneben hat das verflossene Jahr gezeigt, daß doch noch andere Einrichtungen, Kräfte und Ideen im Staatsleben vorhanden sind außer dem Parlamentarismus, die belebend, fördernd und zusammenhaltend wirken, ja selbst gelegentlich frisches Öl auf die schwelende parlamentarische Lampe träufeln, so daß auch sie vorübergehend aufflammt zu klarem Schein. Das tritt deutlich in Momenten hervor, in denen der Bestand des Staates in Frage kommt, seiner äußeren Entwicklung Hindernisse bereitet werden oder seine Zukunft bedroht erscheint. Da treten vor der Majestät des Staatsgedankens wenigstens die geringeren Parteiinteressen zeitweilig in den Hintergrund und einheitliche Gesichtspunkte beherrschen die Lage. Diese wohltuende Erscheinung konnte man im ersten Viertel des vergangenen Jahres in einer ganzen Reihe von Staaten beobachten, als sich die letzte Entscheidung in der Orientkrise abwickelte und eine Klärung der Lage der Politik unseres Weltteils und damit auch der Weltpolitik für jetzt und die weitere Zukunft brachte. Hier liegt die eigentliche politische Bedeutung des Jahres 1909; die Geschichte wird einst davon Akt nehmen und sich nicht mit der konventionellen journalistischen Notiz, daß der Friede erhalten geblieben sei, begnügen. Es ist eben viel mehr geschehen als diese Erhaltung, deren sich auch zahlreiche frühere Jahre rühmen könnten; es ist eine vollkommen neue Orientierung der Beziehungen unter den Mächten eingeleitet worden, die nur auf den Weg der in den letzten Jahren verlassenen gemeinsamen europäischen Politik zurückführen können, zu der die Weltlage drängt. Das Jahr 1909 hat das Ende der sogenannten Ententepolitik gesehen, die übrigens keineswegs so gefährlich war, wie sie von manchen Seiten geschildert wurde, deren Hauptgefahr aber darin bestand, daß sie Nützliches verhinderte. Die dumpfe Schwüle, die zu Beginn des Jahres über Europa lagerte, ist durch ein gutes deutsches Wort „Nibelungentreue" mit einem Schlage vertrieben worden. Als man Österreich-Ungarn namentlich mit der Konferenzidee in die Enge treiben wollte, um ihm sein historisch und kulturell wohl erworbenes Recht auf Bosnien und die Herzegowina zu schmälern, wenn nicht zu bestreiten, da stellte sich Deutschland so unzweifelhaft auf die Seite seines Verbündeten, daß die großen und kleinen Säbelraßler alle ihre Mordwaffen einsteckten.

So blieb der Friede erhalten, und es ist des unbefangenen Berichterstatters Pflicht, hier festzustellen, daß nicht Diplomatenkunst, keine Schiedsgerichtsidee und am wenigsten der Einfluß der Friedensschwärmer, sondern einzig und allein der Respekt vor den Heeren der allgemeinen Wehrpflicht Deutschlands und Österreich-Ungarns dieses erfreuliche Resultat erzielt hat. Die Heere der allgemeinen Wehrpflicht sind es, die den Frieden erhalten, und wenn England erst zur allgemeinen Wehrpflicht geschritten ist, wird es auch seine Politik in eine wirkliche Friedenspolitik verwandeln und das Aufhetzen anderer gegen einander unterlassen. Bloß Leute, die nicht ihre eigenen Angehörigen in den Krieg schicken müssen, hetzen dazu. England hat bisher die ebenso kaufmännische wie vorsichtige und erfolgsichere Politik befolgt, das Festland in Kriege zu verwickeln, um inzwischen in der Übersee sein Schäfchen zu scheeren. Auf diese Weise hat es sein Kolonialreich gewonnen. Infolge der Schwächung Frankreiches 1870/71 und dessen einseitiger Revanchepolitik erwarben die Briten Ägypten und andere Kolonialgebiete, die sie sonst mit dem dritten Napoleon mindestens hätten teilen müssen. Jetzt ist diese glückliche Zeit vorbei, auch das mit begehrlicher Sehnsucht betrachtete Kongogebiet wird man den Belgiern lassen müssen. Übrigens hat England für seine Bevölkerung mehr als hinreichend Kolonialbesitz, und seine weiterblickenden Führer beschäftigen sich schon längst mit der schwierigen Frage der Verteidigung desselben. Es ist schon im vorigen Jahre darauf hingewiesen worden, daß diese Aufgabe durch die Veränderung der Weltlage schwieriger geworden ist. Als Vormacht Europas hätte England sie viel leichter zu lösen vermocht, aber die britische Eitelkeit hat sich Jahrzehnte hindurch darin gefallen, eine Sonderstellung, die oft nicht einmal europafreundlich war, einzunehmen. Der letzte verhängnisvolle Schritt war das Bündnis mit Japan, also mit der gelben Rasse, dem die Niederlage Rußlands folgte: der erste große Mißerfolg eines Trägers der europäischen Kultur gegen die Gelben.

Großbritannien hätte noch lange Jahre seine frühere halb kaufmännische, halb erobernde Politik fortsetzen können, wenn es sich als europäische Vormacht gefühlt und auf europäische Interessen geachtet hätte. Bestand ein einiges Europa mit England als überseeische Vormacht, so hätte heute Spanien seine Kolonien noch, die Union würde sich gehütet haben, auch nur Kuba anzugreifen, jedenfalls hätte sie sich nicht auf den Philippinen festgesetzt, und Roosevelt, der auch erst durch den Krieg mit Spanien populär geworden war, hätte gar keinen Anlaß gehabt, die renommistische Spazierfahrt der Unionsflotte im Großen Ozean in Szene zu setzen — die tiefste Verletzung des britischen Selbstgefühls, wie es sich in Britannia rules the waves ausspricht. Der durch Unterstützung Englands geförderte Sieg Japans über Rußland hat in allen asiatischen Bevölkerungen wie ein Zündstoff gewirkt und den Glauben an die

Unüberwindbarkeit der Weißen in der bedenklichsten Weise erschüttert. England, das in Asien am meisten zu verlieren hat, leidet auch am meisten darunter. Das sind die bitteren Folgen langjähriger Vernachlässigung der europäischen Interessen durch die englische Politik, und niemand empfindet sie mehr als England selbst. Man ist darum dort auch gar nicht im Zweifel darüber, daß die Wehrverhältnisse des Reiches auf einer ganz neuen Grundlage entwickelt werden müssen, da man mit den bisherigen Kräften in der Zukunft nicht mehr ausreichen wird. Es wird noch an anderer Stelle ausführlich nachgewiesen werden, daß diese neue Grundlage die allgemeine Wehrpflicht sein soll. Um diesem wenig populären Gedanken Eingang in der dafür schwer empfänglichen Bevölkerung zu eröffnen, wird die Hetze gegen Deutschland in den verschiedensten Formen mit wechselnder Steigerung betrieben, und sie wird auch nicht eher aufhören, als bis der Zweck erreicht ist. Ein anderer Grund für die sonst so befremdliche Erscheinung existiert nicht, und darum ist auch keine Kriegsgefahr damit verbunden. Man läßt sich deshalb auch in Deutschland nicht bange machen. Die intelligenten Köpfe im britischen Reiche wissen sehr wohl, daß es eines Tages der brüderlichen Mitwirkung der anderen Kulturvölker bedürfen wird, wenn es seine Aufgabe auf der Erde erfüllen und nicht kläglich Fiasko machen will.

Die heutige Hetze gegen Deutschland ist ebenso wenig ernst zu nehmen, wie die frühere Ententenpolitik, die nur insoweit ein Fehler war, als sie übertrieben und ihr eine Spitze gegen das mitteleuropäische Bündnis, namentlich gegen Deutschland, gegeben wurde. Das mochte zwar ein nützliches Glied in der Kette der Maßnahmen für die Stimmungsmacherei sein, die das oben erwähnte Ziel erreichbar machen soll, aber es ist doch nicht ohne Nachteil für das Ansehen Englands angewendet worden. Das feste Zusammenhalten Deutschlands und Österreich-Ungarns stellte die Mächte der sogenannten Entente vor die Probe, ob wirklich eine sichere Interessengemeinschaft gegen Deutschland in Europa bestehe. Die Probe wurde nicht bestanden, wie Frankreich, so schreckte auch Rußland vor den äußersten Konsequenzen zurück, und Österreich-Ungarn erreichte um so leichter sein Ziel, als es in weiser Mäßigung seine Ansprüche auf das beschränkte, was ihm der europäische Areopag unter Zustimmung Rußlands schon vor 30 Jahren zugesprochen hatte, und indem es die Änderung des Besitztitels durch die freiwillige Aufgabe des Sandschaks Novibasar reichlich kompensierte. Infolge dieser Entscheidung steht mitten in Europa eine neue Macht, der ehemalige deutsche Bund, die den Frieden gewährleistet, und es gibt keine Händel im Weltteil mehr, da die Balgereien auf dem Balkan nicht mehr in Frage kommen und selbst ein russisch-türkischer Krieg verhindert werden würde. Man braucht diese politische Klarstellung im vergangenen Frühjahr nicht einmal zu hoch einzuschätzen, denn trotz der gegenwärtigen Schwäche Rußlands, trotz der Enthüllungen über Schäden im Heerwesen und insbesondere in der Marine Frankreichs ist die Möglichkeit einer gefahrdrohenden Bewölkung des europäischen Horizonts nicht unbedingt ausgeschlossen. Aber diese Wahrscheinlichkeit ist gering, denn der Beweis ist erbracht worden, daß Deutschland und Österreich-Ungarn mit oder ohne Italien jederzeit in der Lage sind, entscheidend einzugreifen, um jede Veränderung des europäischen Gleichgewichtes zu ihren Ungunsten zu verhindern. Das ist das wirkliche Ergebnis des Jahres 1909, woneben alle anderen Begebnisse als untergeordnet erscheinen.

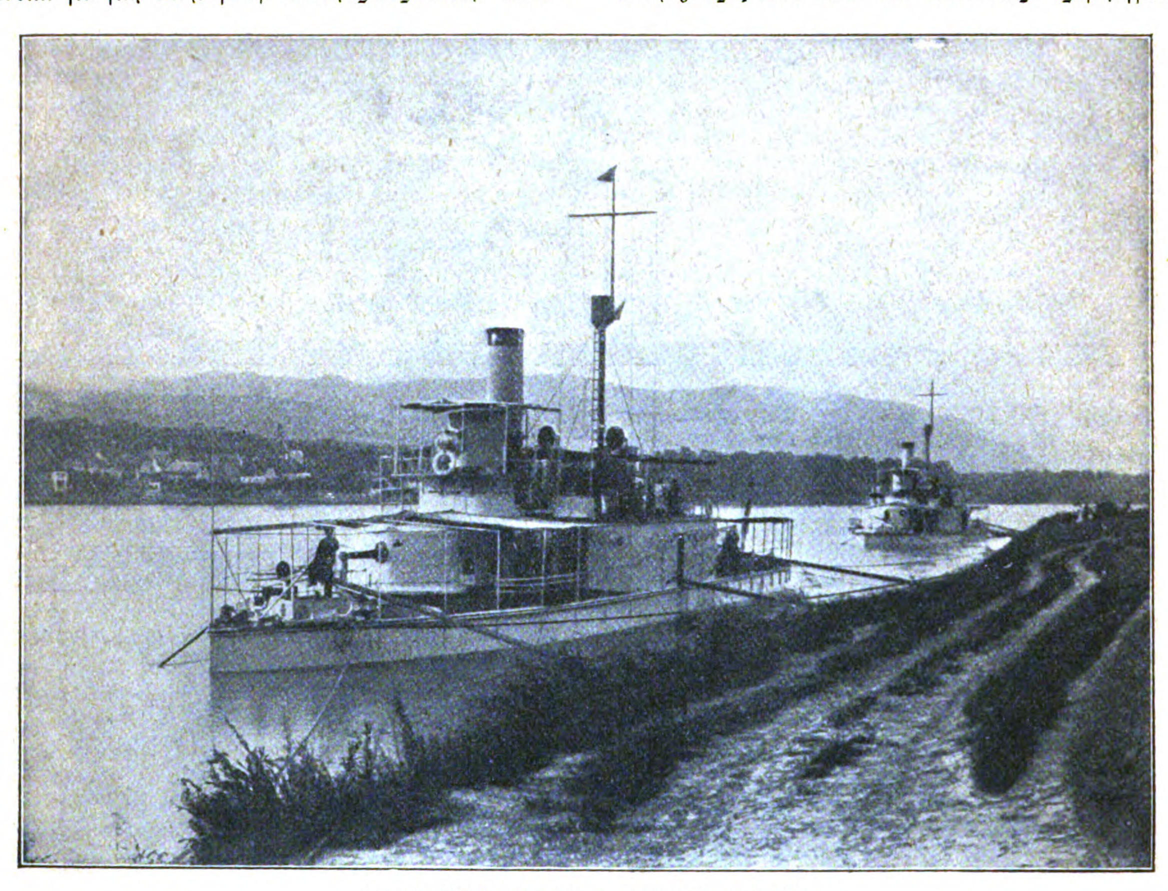
Im übrigen darf man sich nicht verhehlen, daß die Entwicklung der großen politischen Weltfragen fortschreitet, deren Entscheidung den Großen Ozean zum Schauplatz haben, und von der es abhängen wird, ob europäische oder asiatische Gesittung auf unserem Weltkörper herrschen soll. Vorläufig scheint eine gewisse Pause eingetreten zu sein. Wer aber die Augen offen hat, dem kann gar nicht entgehen, daß die mächtigsten Völker sich im Stillen anschicken, den Einfluß auf der Welt neu zu verteilen, und daß gerade die Nationen, die die Kultur der Zukunft in sich tragen, sich in einer so ungeheuren Weise für welterschütternde Kämpfe rüsten, wie es noch niemals im Verlaufe der Weltgeschichte der Fall gewesen ist. Wer da nicht mitmachen kann oder will, der fällt aus, wenn die neuen Entscheidungen kommen. Sie werden welterschütternd sein, und nur der Tüchtige wird oben bleiben. Hier wird Europa zu zeigen haben, was es zu leisten vermag, oder ob es alt und kraftlos geworden ist durch seinen Reichtum an Bildung und Genüssen. Es wird seine gesamte gesunde Volkskraft dafür aufbieten müssen und darf sie nicht länger um politischer und wirtschaftlicher Nichtigkeiten willen aufreiben, die neben den großen Weltfragen nur lokale Bedeutung haben können. Von diesem Standpunkte aus sind die Vorgänge des abgelaufenen Jahres auch mit Freude zu begrüßen. Sie haben durch dauernde Abstoßung eines hergebrachten Streitmaterials die günstige Gelegenheit zur Annäherung der führenden Mächte geschaffen und auch schon einige erfreuliche Beweise dafür erbracht. Man braucht sich in dieser Überzeugung weder durch den hergebrachten Hader der Zeitungen noch durch gewisse, ebenso überlieferte Mißbräuche bei Wahlagitationen 2c. irre machen zu lassen. Sind die Völker des Weltteils gesund, so werden sie auch diese vererbten Fehler überwinden.

Die Beendigung der Orientkrisis.

An der Wiege des Jahres 1909 schien der Friedensengel nicht zu stehen, dafür aber düster und schwer Kriegsgewölk am Himmel zu lasten. Sorgenvoll blickten die Verfertiger der öffentlichen Meinung in die Zukunft. Ob auch die Staatsmänner, oder wie viele von ihnen, ist noch nicht bekannt geworden; das wird man erst in späteren Jahren aus diplomatischen Aktenstücken und Erinnerungen ersehen, wenn sie veröffentlicht werden. Wahrscheinlich ist, daß in den Kreisen, denen eine genauere Einsicht in die Machtverhältnisse und die wirklichen Volkskräfte geziemt und auch zuzutrauen ist, die Situation weniger kriegerisch erschienen sein dürfte. Nur wenige werden geglaubt haben, daß

der Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zu einem Weltbrand ausarten könne. Die modernen Kulturvölker haben eine hohe Stufe ihrer Entwicklung erreicht, der menschliche Geist triumphiert mit Erfindungen, die die zur äußersten Leistungsfähigkeit gesteigerte Technik in Taten umsetzt, die unseren Vorfahren als Wunder erschienen wären. Die den weitesten Ansprüchen entsprechende Entwicklung der Verkehrsmittel haben einen so nutzbringenden Güteraustausch ermöglicht, daß Handel und Wandel ununterbrochen blühen könnten, wenn sie sich nicht selbst durch gelegentliche Überspannungen in verderbliche Krisen verwickelten, die immer nur zum Nachteil des Schwächeren ausschlagen und seinen Erwerb in die „großen Hände" spielen. Im allgemeinen erfreuen sich alle Teile schwerwiegender Vorteile im Vergleich mit früheren Zeiten, und diese Früchte des Friedens will kein Staat und kein Volk außer im höchsten Notfall aufs Spiel setzen. Nur für einen solchen ist die gewaltige Kriegsrüstung der Großmächte bestimmt, und er allein würde die ungeheuren Opfer eines Krieges mit den Werkzeugen der modernen Kriegstechnik rechtfertigen. Hierüber ist man in den verantwortlichen Kreisen wahrscheinlich noch klarer als in denen der unverantwortlichen Friedensschwärmer. Unter diesen Umständen lag wenig ernste Befürchtung vor, daß sich aus den serbischen Querelen ein großer Krieg entwickeln würde. Der hätte nur entstehen können, wenn Österreich-Ungarn etwa seit Jahren dem Lockruf „Die Waffen nieder" Folge geleistet hätte und darum mit oder ohne Krieg der Möglichkeit einer schweren politischen Niederlage ausgesetzt gewesen wäre.

Nachdem zu Anfang Oktober 1908 die förmliche Angliederung Bosniens und der Herzegowina verkündet worden war und sich gleichzeitig Bulgarien zum unabhängigen Königreiche erklärt hatte, begann eine sehr auffällige Geschäftigkeit der Kabinette, bei der gekränkte diplomatische Eigenliebe, die Rücksichtnahme auf gewisse Völkersympathien, Überlieferungen aus der einstigen diplomatischen Verhetzungspolitik und die neuerdings geschaffene Eifersüchtelei der durch Englands Bemühungen zusammengebrachten drei Ententemächten gegen den Dreibund als treibende Kräfte tätig waren. Wenn man es durch diplomatische Mittel hätte dahin bringen können, daß Österreich-Ungarn wenigstens um einen Teil seiner berechtigten Ansprüche verkürzt worden wäre, so wäre das einer entschiedenen Schwächung des Dreibundes gleichgekommen, bei dem dann Italien voraussichtlich auch nicht ausgeharrt hätte. Darin lag für manchen altgenährten Haß gegen Deutschland und gegen die Donaumonarchie ein freudiges Genügen. Diesem Zwecke sollte eine Konferenz der Berliner Vertragsmächte dienen, zu dem der Plan zwischen London und Paris ausgedacht worden war, und zu dem Iswolski seine Zustimmung gegeben hatte. Es fehlte auch nicht an mehr oder weniger deutlichen Drohungen gegen Österreich-Ungarn, an denen sich namentlich der serbische Größenwahn berauschte und zu allerhand



Monitordivision der österr.-ungar. Donauflottille.



politischen Ungeschicklichkeiten verleiten ließ, die bei weniger Geduld in Wien zum Konflikt führen mußten. Österreich-Ungarn hatte sich mit vollem Recht gegen den Konferenzplan ausgesprochen, der für die Annexion Bosniens und der Herzegowina gar nicht nötig war, hinter dem sich aber außerdem noch slawische und türkische Ansprüche versteckten, denen aus der Zusammensetzung der Konferenz eine ganz ungebührliche Unterstützung erwachsen konnte. Die Forderung Serbiens und Montenegros nach „Kompensationen" wies die Wiener Diplomatie entschieden zurück und erklärte, sich mit der Pforte durch direkte Verhandlungen verständigen zu wollen. Da Iswolski in Berlin für den Konferenzplan auf kein Entgegenkommen gestoßen war, lenkte er ein und willigte in den von Österreich-Ungarn ausgegangenen Vorschlag, zunächst über das Wesen der Programmpunkte zu verhandeln.

So standen die Dinge zu Beginn des Jahres. Sie hatten aber eine neue Erschwerung erfahren durch unerhörte Vorgänge in Belgrad. Der alte Feind Österreich-Ungarns, Pasitsch, hatte seine Hetzereien so eifrig fortgesetzt und dabei die Unterstützung des mißratenen Kronprinzen Georg gefunden, daß das Ministerium Welimirowitsch seine Stellung unhaltbar werden sah und sich dadurch zu helfen suchte, daß der Minister des Äußern, Milowanowitsch in der Skupschtina eine Rede halten mußte, die von Beleidigungen gegen Österreich-Ungarn strotzte. Mit aller Entschiedenheit forderte Graf Forgach Genugtuung in einer Form, die einem Ultimatum gleichkam, ließ auch die Ausflucht, es handle sich bei der schwersten Anschuldigung: Österreich habe die „serbischen Brüder" in Bosnien und der Herzegowina zu seinen „Sklaven" gemacht, — nur um einen Übersetzungsfehler nicht gelten, sondern drang auf eine unzweideutige Entschuldigung wegen der ganzen Tendenz der Rede. Um der Schwierigkeit zu entgehen, bot das Kabinett seine Entlassung an, aber der politisch so wenig veranlagte König Peter war doch in diesem Falle klug genug, sie nicht anzunehmen, und so mußte die Entschuldigung gegeben werden. Allzu kriegslustig war man demnach in Belgrad trotz aller großen Worte offenbar nicht, man träumte eben von fremder Hilfe. Mit der Pforte schritten die Verhandlungen, die nach dem Beiramfeste wieder aufgenommen worden waren, nur langsam fort, und der österreichisch-ungarische Botschafter Markgraf Pallavicini mußte wiederholt scharfe Proteste an die türkische Regierung wegen des Boykotts richten, der sich infolge der jungtürkischen Agitation mit der größten Hartnäckigkeit gegen alle Waren aus Österreich-Ungarn, aber dann auch gegen die aus Deutschland, Italien und Frankreich richtete; nur England blieb verschont aus Dank für die Geldunterstützung der jungtürkischen Erhebung. Markgraf Pallavicini hatte bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen das Angebot seiner Regierung überbracht, $2^1/_2$ Millionen türkische Pfund als Entschädigung für die Staatsdomänen in Bosnien zu zahlen. Es wurde nicht abgelehnt, und die Freunde der Türkei empfahlen die Annahme, da nach Lage der Dinge doch nicht mehr zu erreichen war. Dagegen hatten sich die Verhältnisse zwischen der Türkei und Bulgarien wieder so zugespitzt, daß kriegerische Verwicklungen möglich erschienen.

Die Gesamtlage bot eine Reihe von Schwierigkeiten, die aber sofort in ihrer gänzlichen Nichtigkeit dagestanden hätten, wenn niemand vorhanden gewesen wäre, der sie ausnutzen wollte. Dem war aber nicht so. Die Empfindlichkeiten, die durch das Einschreiten Österreich-Ungarns und Bulgariens in der soeben zum nationalen Erwachen gekommenen Türkei erregt worden waren, fanden an ähnlichen Regungen Serbiens und Montenegros eine Stütze. Die dadurch entstandene Spannung wurde verstärkt durch die Unterstützung, die die Jungtürken bei England fanden, und ebenso dadurch, daß Rußland im Sinne seiner hergebrachten Balkanpolitik handeln zu müssen glaubte und dabei noch den Vorteil hatte, nicht wie sonst im Gegensatz, sondern diesmal gemeinsam mit der Pforte vorgehen zu können. So konnten auch die grundsätzlichen Gegner von ehemals, Rußland und England, einträchtig handeln, und Österreich-Ungarn ihren alten angesammelten Groll fühlen lassen. Es kam darum alles darauf an, ob die Türken klug genug sein würden, einzusehen, daß für sie kein Vorteil daraus erwachsen könne, wenn sie für andere der Katze die Schelle anhingen; denn es war klar, daß sie in einem Kriege wohl Österreich-Ungarn schädigen, aber ihm weder Bosnien abnehmen noch Bulgarien wieder erobern könnten, was die jetzt anscheinend guten Freunde beides nicht einmal geduldet hätten, so daß höchstens kleine Vorteile für Serbien und Montenegro herausgekommen wären. Rußland und England nahmen als Vorwand, daß Österreich-Ungarn sich einseitig von einem internationalen Vertrage losgesagt habe, worüber sich wohl streiten ließe, wenn man sich auf den Wortlaut, nicht auf den Sinn des Berliner Vertrages versteifen wollte. Die österreichisch-ungarische Diplomatie erinnerte aber mit Recht daran, daß Rußland schon vor 30 Jahren in die vollständige Annexion von Bosnien und der Herzegowina eingewilligt hatte. Infolgedessen sah sich auch Iswolski genötigt, in Vorverhandlungen über das Wesen des Konferenzprogramms einzugehen, ohne aber den Konferenzgedanken gänzlich fallen zu lassen.

Die erste Wendung zum Besseren entsprang aus der Einsicht der Türkei, wo Regierung und Parlament genug politisches Verständnis besaßen, um nicht zur Förderung fremder Zwecke durch übertriebene Forderungen die Verständigung mit Österreich-Ungarn scheitern zu lassen. Schon Mitte Januar waren infolgedessen die Verhandlungen in eine freundschaftliche Auseinandersetzung über politische und wirtschaftliche Fragen verwandelt worden, wovon auch das baldige Aufhören des Boykotts österreichischer Waren zu erwarten war, um so mehr da er nicht bloß die Handelswelt der habsburgischen Monarchie, sondern auch zahlreiche, namentlich kleinere türkische Kaufleute schwer schädigte. Schon am 18. Januar konnte in Konstantinopel die Unterzeichnung des Protokolls über den Abschluß der Verhandlungen zwischen der Türkei und Österreich-Ungarn durch den Großwesir

Kiamil Pascha und den Botschafter Markgrafen Pallavicini erfolgen, und die Entscheidung über die definitive Annahme in Wien und Stambul ließ sich mit Sicherheit voraussehen. In einer Erklärung vor der Deputiertenkammer hatte zu dieser Zeit der Großwesir schon der Erwartung Ausdruck gegeben, daß auch mit Bulgarien es bald zu einer Verständigung kommen werde. Das war auch wohl anzunehmen, da man in Sofia nach einer Verständigung zwischen Wien und Konstantinopel nicht mehr den in diesen Schwierigkeiten liegenden Rückhalt hatte. Aber so einfach ging die Sache doch nicht. In Bulgarien war man erbittert darüber, daß man von der Pforte ein wenig von oben herab behandelt wurde, und daß sie eine sehr hohe Entschädigungsforderung stellte. Die bulgarische Regierung lehnte es darum vorläufig ab, den Handelsminister Ljaptschew als Unterhändler nach Konstantinopel zu schicken.

Inzwischen drohte der serbische Hexenkessel von neuem überzukochen. Die Führer der radikalen Parteien, deren Patriotismus eigentlich nur darin besteht, einander die Ministersessel streitig zu machen, überboten sich gegenseitig an Chauvinismus. Sie hatten sich die Formel zurecht gemacht, Europa müsse Österreich zwingen, den inneren Frieden Serbiens zu wahren, d. h. die serbischen Begehrlichkeiten zu befriedigen, sonst werde Serbien den Frieden Europas in Gefahr setzen. Weder der König noch sein Ministerium besaßen die Fähigkeit und die Mittel, diesem gefährlichen Unfug, der sich für den „Willen des Volkes" ausgab, entgegenzutreten. Die englische und die panslawistische russische Presse stimmte dem Treiben zu, was den serbischen Wahnsinn noch erhöhte. In Österreich-Ungarn blieb man indessen ruhig und hatte im stillen die nötigen militärischen Vorkehrungen getroffen. Die serbische Kriegsglut würde eine recht drastische Abkühlung erfahren haben, wenn sie wirklich im Ernste versucht hätte, den Frieden Europas zu stören. Gegen Ende des Monats Januar wurde es auch an der bulgarisch-türkischen Grenze unruhig. Die Pforte hatte zur Ausgleichung des großen Unterschiedes zwischen ihrer Entschädigungsforderung und dem Angebot Bulgariens den Vorschlag einer türkisch-bulgarischen Grenzregulierung, natürlich zum Vorteil der Türkei, gemacht. Darüber war man in Sofia wütend, mobilisierte die 8. Division und schickte sie an die Grenze. Obwohl es sich dabei offenbar nur um ein Druckmittel gegenüber der Pforte handelte, war doch die Gefahr eines zufälligen kriegerischen Zusammenstoßes nicht ausgeschlossen. Auf Anregung Rußlands, dem jetzt Bulgarien und die Türkei gleich lieb waren, machten die Vertreter der Mächte in Konstantinopel und in Sofia ernste Vorstellungen, denen man gern nachgab, und so konnte der Februar friedlich beginnen. Die Pforte erbot sich, mit Bulgarien neue Verhandlungen auf Grundlage einer Entschädigung von 5 Millionen, außer der für die Orientbahnen, einzuleiten. Trotz aller serbischen Anstrengungen, die Türkei zur Ablehnung des Abkommens mit Österreich-Ungarn zu bewegen, nahm die Pforte das in Wien mit geringfügigen Änderungen genehmigte Protokoll (einige türkische Abänderungsvorschläge waren abgelehnt worden) freundlich entgegen, und der Großwesir verständigte den Vertreter Österreich-Ungarns von der bevorstehenden Aufhebung des Boykotts, jener unverständigen Maßregel, die unzweifelhaft im Interesse des britischen Handels vom jungtürkischen Komitee verhängt und aufrecht erhalten worden war, aber die Türkei mehr geschädigt hatte als Österreich-Ungarn und auch die Ursache gewesen war, daß in Tripolis und in Mersina (Kleinasien) österreichische Untertanen beleidigt wurden, wofür Genugtuung geleistet werden mußte.

Um dem unerträglichen Säbelrasseln an der bulgarischen Grenze ein Ende zu machen und sich zugleich im panslawistischen Interesse Bulgarien zu verpflichten, machte Iswolski am 1. Februar den Vorschlag, die Entschädigungssumme, die die Pforte von Bulgarien forderte, auf den Betrag der Kriegsentschädigung aufzurechnen, den die Türkei Rußland noch schuldet. Die Türkei würde dabei freilich kein Geld zu sehen bekommen, aber doch die lästige Kriegsschuld los werden. Die Abzahlung in Raten bliebe dann einer Vereinbarung zwischen Rußland und Bulgarien vorbehalten. Der Vorschlag überraschte allgemein, aber die Türkei wies den Grundgedanken nicht zurück, sondern machte Gegenvorschläge, die zu längeren Verhandlungen führten, jedoch zunächst jede Kriegsgefahr beseitigten. Bulgarien ging bereitwillig auf den Plan ein und der König-Fürst Ferdinand begab sich zum Besuche nach Petersburg, wo Iswolski bei den Panslawisten auf einmal wieder in hoher Gunst stand. Die österreichisch-ungarische Regierung erklärte, die Auseinandersetzung der Türkei mit Bulgarien sei Sache dieser beiden Staaten, sie selbst habe dabei nur das Interesse der Orientbahnen zu wahren, die nicht verkürzt werden dürften; Deutschland nahm die gleiche Stellung ein. In der dritten Woche des Februar verlautete, Rußland hätte das neue Königreich Bulgarien bereits anerkannt. Mittlerweile war in Konstantinopel ein Ministerwechsel eingetreten und Hilmi Pascha Großwesir geworden, was eine Verzögerung aller Verhandlungen mit sich brachte.

In Serbien tobte inzwischen der nationale Wahnsinn weiter, um so heftiger, je aussichtsvoller sich die erwähnten Verhandlungen der Pforte gestalteten. Am 5. Februar bewilligte die Skupschtina eine neue Rüstungsforderung von $33^1/_2$ Millionen samt einem Nachtragskredit von 7 Millionen, gleichzeitig sollte auch ein Memorandum an die Mächte abgesendet werden, was aber auf Abraten Rußlands und Englands unterblieb. Dafür verbreiteten gewisse Blätter die lächerliche Ente, Österreich-Ungarn habe an die Mächte ein Memorandum wegen der Haltung Serbiens gerichtet. Pasitsch agitierte weiter gegen das Ministerium und Kronprinz Georg hetzte in widerwärtiger Weise zum Kriege. Am 10. Februar trat Kriegsminister Shiwkowitsch zurück und bald danach das ganze Kabinett. Das neue Ministerium Nowakowitsch bedeutete keine Verringerung der gespannten Lage, und die Mächte konnten jeden Moment erwarten, daß man in Wien die Dinge nicht mehr länger ansehen werde. Wahrscheinlich auf russische An-

regung machte Frankreich den Vorschlag, die Mächte sollen gemeinsam in Wien und in Belgrad Vorstellungen wegen Erhaltung des Friedens machen, was Deutschland entschieden ablehnte, da Serbien allein die Schuld trage. Die gemeinsame Mahnung sei bloß nach Belgrad zu richten, aber Iswolski lehnte nun diese „einseitige" Intervention ab. Die französische Presse sprach sich entschieden gegen dieses Verhalten Rußlands aus, und auch die englischen Blätter fingen an, die serbischen Ansprüche als gänzlich unberechtigt anzusehen. Hierauf tat am 2. März der russische Gesandte den beabsichtigten Schritt im Auftrag seiner Regierung in Belgrad allein, aber die Vertreter Italiens, Frankreichs und Englands schlossen sich ihm an, und man konnte in Serbien nicht länger unwissend über die Ansicht der Mächte tun. Die serbische Regierung erklärte darauf, sie wolle ihre Forderungen auf Gebietsabtretungen fallen lassen, könne es aber nur unter der Bedingung tun, wenn die Mächte die Garantie der wirtschaftlichen Interessen Serbiens übernähme. Aus der diplomatischen Schale herausgeschält, bedeutet der Kern dieser Bedingung, Österreich-Ungarn solle gewissermaßen vor dem Tribunal der Mächte seine wirtschaftlichen Verhandlungen mit Serbien führen.

Auf dieses Ansinnen, für das jede völkerrechtliche Grundlage fehlt, konnte Österreich-Ungarn nicht eingehen, merkwürdigerweise stellte sich aber Rußland, England und Frankreich in diesem Falle wieder auf Serbiens Seite. Da zu gleicher Zeit auch der Konferenzgedanke von neuem auftauchte, so gewann die Sache den Anschein, als wolle man wenigstens diese wirtschaftlichen Fragen vor die Konferenz ziehen, um diese nicht ganz fallen zu lassen. Bei der Stellungnahme Deutschlands und Österreich-Ungarns war das aber gänzlich aussichtslos. Serbien konnte überhaupt nur etwas erreichen, wenn es mit Wien direkt verhandelte. Für das Verhalten der Mächte der Entente wurde in ihrer Presse u. a. als Grund auch der damals sehr gereizte Ton der österreichischen Blätter angegeben, von denen ein Teil allerdings der serbischen Presse ziemlich gleichkam. Die Wiener Diplomatie ließ sich indessen durch nichts beirren, sondern am 6. März durch den Grafen Forgach in Belgrad erklären, der von der Skupschtina angenommene, aber in der Donaumonarchie nur einstweilen zu Recht bestehende Handelsvertrag könne wegen der Haltung Serbiens während der letzten Monate nicht parlamentarisch erledigt werden, und darum müsse nach Ablauf des Provisoriums der Zollkrieg eintreten. Wenn aber Serbien erkläre, es verzichte auf seine bekannten Ansprüche und wolle freundschaftliche Beziehungen zu Österreich-Ungarn unterhalten, so sei der Weg für Verhandlungen über Handels- und Verkehrsfragen offen. Inzwischen verbot die Pforte die weitere Zufuhr von serbischem Kriegsmaterial über ihr Gebiet. Serbien antwortete nun am 10. März — unzweifelhaft auf den Rat Rußlands — auf die mehrfachen Einwirkungen der Mächte mit einer Note an sämtliche Konferenzmächte, in der sie — mit kurzen Worten ausgedrückt — die europäische Konferenz zur Entscheidung über ihre gesamten Wünsche und Begehrungen anrief, wofür Serbien eigentlich gar keinen Rechtstitel besaß, da es selbst nicht zu den Konferenzmächten gehörte; außerdem fallen diese Fragen gar nicht in den Wirkungsbereich der Konferenz, die sich von rechtswegen nur mit den Abänderungen des Berliner Traktats zu beschäftigen hatte, soweit sie durch das Vorgehen Österreich-Ungarns und Bulgariens eingetreten waren. Es handelte sich offenbar um eine neue Verwirrung der Sachlage, wobei Serbien mit Hilfe Rußlands und anderer im Trüben zu fischen hoffte.

Während Ministerpräsident Frhr. v. Bienerth im österreichischen Abgeordnetenhause kurz und bestimmt erklärte, die Antwort Serbiens habe den Erwartungen nicht entsprochen, doch würden die Verhandlungen noch fortgesetzt, wurde in Serbien das gesamte zweite Aufgebot für den 23. zu einer 15tägigen Übung einberufen, was nicht auf Frieden zu deuten war. Die serbische Note hatte indessen den gewünschten Eindruck bei den Mächten nicht hervorgerufen, und sie begannen nun, Verhandlungen über gemeinsame Schritte einzuleiten, die in Belgrad zum Frieden mahnen sollten. Auch Rußland schloß sich jetzt nicht aus, denn im Lande herrschte — von den hitzigsten Panslawisten abgesehen — nicht die geringste Neigung, sich wegen der serbischen Brüder in ernste Verwicklungen einzulassen. Trotzdem gab die russische Regierung auf die Anzeige aus Wien über den Abschluß des Abkommens zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei eine Antwort, in der von der „bosnischen Frage" und der Notwendigkeit gesprochen wurde, über diese und einige andere Punkte auf der Konferenz zu „beraten". Diese Auffassung entsprach ganz der serbischen und stand im vollsten Gegensatz zu der Stellung, die Österreich-Ungarn bekanntermaßen zur Konferenz einnahm. In Serbien entstand darüber lauter Jubel, und die österreichisch-ungarische Regierung entschloß sich jetzt endlich, ihre an der Südgrenze stehenden Armeekorps förmlich mobil zu machen und die serbische Frage zur Entscheidung zu bringen.

Bei dieser ernsten Gestaltung der Lage wurde das Bestreben der Westmächte und Italiens zur Erhaltung des Friedens ernster, namentlich auf Einwirkung Deutschlands gab auch Rußland seine befremdende Auffassung über die „bosnische Frage" auf, und einer gemeinsamen Einwirkung der Mächte in Belgrad stand nun nichts mehr entgegen. Dort wurde die Wendung günstig eingeleitet durch den überraschenden, angeblich freiwillig erfolgten Rücktritt des Kronprinzen Georg, der sich durch seine fortgesetzten Roheiten gänzlich unmöglich gemacht hatte. Die Anerkennung der Annexion von Bosnien und der Herzegowina durch Rußland hatte bereits die letzten serbischen Hoffnungen zu nichte gemacht, dem überreizten Kriegsfieber war eine vollkommene Abspannung gefolgt, in der man sich geflissentlich mit dem Hofskandal beschäftigte und vermeinte, die Großmächte hätten das serbische Volk endgültig auf Gnade und Ungnade an Österreich-Ungarn ausgeliefert. England hatte in letzter Stunde noch Schwierigkeiten bei der Abfassung der gemeinsamen Note der Mächte an Serbien gemacht, weil Österreich-Ungarn darauf bestand, die serbische

Regierung müsse zugestehen, daß ihr aus der Annexion von Bosnien und der Herzegowina keine Ansprüche erwachsen seien, und daß sie in Zukunft jede politische Tätigkeit auf Vereinigung der Serben aller Länder unterlassen werde. Es wurde wieder angenommen, daß hinter dieser Stellungnahme Sir Greys eigentlich Iswolski stand. Hauptsächlich durch die Bemühung und das Entgegenkommen des Frhrn. v. Aehrenthal wurden auch diese diplomatischen Schwierigkeiten überwunden und in Belgrad konnte endlich die gemeinsame Note der Mächte überreicht werden, die Serbien ganz genau vorschrieb, wie es sich gegen Österreich-Ungarn zu verhalten habe. Am 31. März wurde in der Skupschtina die Note verlesen, die Serbien mit dem größten Nachdruck aufforderte, seine Note an die österreichisch-ungarische Regierung in kürzester Frist abgehen zu lassen. Weiter wurde gesagt, daß die Gesandten von England, Frankreich, Italien und Rußland ermächtigt seien, die serbische Regierung davon zu verständigen, daß Österreich-Ungarn in keiner Weise einen Druck ausüben werde, auch nicht die normale Entwicklung der Wehrmacht Serbiens zu hindern wünsche und nicht die Absicht habe, die Unabhängigkeit und Integrität Serbiens anzutasten oder seine freie Entwicklung zu hindern.

Es wurden zwar in der Skupschtinasitzung, die geheim war, von den Fortschrittlern und Nationalisten heftige Angriffe gegen die Regierung und die Dynastie gerichtet, aber es blieben leere Worte, und der Minister des Äußern, Milowanowitsch, fand schließlich keine besonderen Schwierigkeiten, als er die Abgeordneten von der Notwendigkeit überzeugte, sich dem „Rate der Mächte" fügen zu müssen. Der serbische Traum war zu Ende, da sich keine Großmacht dafür einsetzen wollte. Schon am Tage vorher hatte der serbische Gesandte in Wien, Simitsch, die verlangte Note überreicht, die freundliche Aufnahme fand. Damit war die serbische Krisis erledigt. Am 1. April überreichte Graf Forgach in Belgrad die zustimmende Antwort seiner Regierung und erklärte, die Verhandlungen über den Handelsvertrag, dessen Provisorium soeben abgelaufen war, könnten sofort beginnen. Es läßt sich nicht verkennen, daß Frhr. v. Aehrenthal im ganzen Verlaufe dieser Verwicklung mit Rücksicht auf die Zukunft gegen Serbien mit aller Großmut und im allgemeinen politisch sehr klug gehandelt hat. Bei der überwältigenden Übermacht Österreich-Ungarns, das außerdem in der Haltung Deutschlands vollkommene Rückendeckung besaß, wäre es ihm ein leichtes gewesen, zu jeder Stunde Serbien durch die kürzeste diplomatische Aufforderung zur Niederlegung der Waffen zu zwingen. Es war aber besser, daß schließlich die Mächte diese Rolle übernehmen mußten. Bei der Abwicklung der unnötig wegen der Annexionsfrage angezettelten politischen Krise haben sich dagegen die Diplomaten der Ententemächte keine besonderen Lorbeeren geholt. Um übrigens jede Mißdeutung der Äußerungen Österreich-Ungarns in bezug auf die serbische Wehrmacht auszuschließen, wurde nachträglich von Wien aus offiziös erklärt, daß darin keine Verpflichtung der Monarchie gegenüber Serbien ausgesprochen worden sei.

Im kleinen Montenegro war man über die politische Kapitulation Serbiens, mit dem man sich in der Hegung großserbischer Pläne einig gefühlt hatte, sehr mißgestimmt, man hatte wenigstens eine vorherige Verständigung über den notwendigen Umschwung erwartet. Nun stand man mit diesen Plänen allein auf vereinsamter Höhe, die glücklicherweise zu unbedeutend war, als daß sich jemand ernstlich darum zu kümmern brauchte. Nun mußte aber auch in Cetinje abgewiegelt werden, und die Verhandlungen darüber führte Italien. In einer Note stimmte auch Montenegro den von den Mächten vereinbarten Abmachungen zu und gab seiner besonderen Befriedigung über die Streichung aller Bestimmungen des Artikels 29 des Berliner Vertrages Ausdruck, die (in bezug auf den Hafen von Antivari) eine Einschränkung der vollen Souveränität Montenegros darstellten. Da Österreich-Ungarn schon bei der Annexion im vorigen Oktober seine Bereitwilligkeit zum Verzicht auf die ihm dort zustehenden Rechte ausgesprochen hatte, erblickte die Note in diesem „Wohlwollen" einen Grund zur vollen „Zuversicht auf die freundschaftlichen und gutnachbarlichen Beziehungen, die die österreichisch-ungarische Regierung einzuhalten gedenkt". Die Antwort Österreich-Ungarns lautete sehr verbindlich.

Die im guten Fahrwasser befindlichen Verhandlungen zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei waren inzwischen in der formellen Erledigung fortgeschritten. Schon am 18. Februar hatte der türkische Ministerrat das Ententeprotokoll genehmigt, Schwierigkeiten hatten sich nur darüber ergeben, weil Österreich-Ungarn verhindern wollte, daß sich die bosnischen Mohammedaner nicht durch zeitweilige Auswanderung der Wehrpflicht entzögen. Am 5. April nahm die türkische Deputiertenkammer in geheimer Sitzung die Abmachungen an, und am 10. tat der Senat das gleiche. Damit war die ganze Annexionsfrage erledigt, da die anderen Berliner Signatarmächte bereits vor einigen Tagen die Annexion anerkannt hatten. Bis zum 18. April hatten sämtliche Mächte ihr Einverständnis mit der Aufhebung des Artikels 25 des Berliner Vertrages erklärt, und damit war die bosnisch-herzegowinische Angelegenheit auch formell, und zwar ohne Konferenz, endgültig zum Abschlusse gebracht.

Nun fehlte nur noch der Abschluß der Verhandlungen zwischen der Türkei und Bulgarien, um den sich Rußland aus den bereits angeführten Gründen eifrig bemühte. Der bulgarische Handelsminister Ljaptschew führte die Verhandlungen in Konstantinopel. Es handelte sich um die Wakufs (Kirchengüter), die muselmanischen Gemeinden, die Sanitätsgebühren und die acht Leuchttürme in Bulgarien. Die Unterzeichnung des Abkommens erfolgte am 25. April. Schon am 19. war in Petersburg die Übereinkunft zwischen Rußland und Bulgarien über die Regulierung der türkisch-bulgarischen Geldangelegenheit unterzeichnet worden. Die Türkei erkannte die neue politische Lage in Bulgarien an, und die Angelegenheit der bulgarischen Entschädigung an die Orientbahnen wurde mit deren Zustimmung an ein Schiedsgericht

gewiesen. Damit waren die letzten Schwierigkeiten der bulgarischen Frage behoben, und nun sprachen auch Deutschland und Österreich-Ungarn die offizielle Anerkennung des Königreiches Bulgarien aus, womit die übrigen Mächte schon vorangegangen waren, zuerst natürlich Rußland als slawische Vormacht. Ihre Anerkennung hatten Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz Josef mit herzlichen Telegrammen an den König Ferdinand begleitet, der ebenso dankend erwiderte. In der Türkei fand die Abtrennung Bulgariens kaum noch Widerspruch, und die Kammer nahm das türkisch-bulgarische Protokoll über den Abschluß der Verhandlungen am 13. Mai mit 121 gegen 34 Stimmen an.

Somit war eine interessante politische Episode unseres Weltteils abgeschlossen, zur Befriedigung aller ehrlich denkenden Leute, die gar nicht einsehen mochten, warum über eine bisher aller Welt sonnenklar erscheinende Rechtslage so viele Diplomatenkunst aufgeboten und Tinte verschrieben werden konnte. Sie werden aber wohl wieder einmal daraus ersehen haben, daß es ohne Macht kein Recht gibt. Ohne den Respekt vor den Heeren der mitteleuropäischen Verbündeten wäre ohne Zweifel die habsburgische Monarchie in ihrem guten Recht verkürzt und wenigstens zum Teil um die Frucht ihrer dreißigjährigen Kulturarbeit gebracht worden. Das wollten die Ententemächte, denn Serbien ist ihnen „Hekuba".

Das Deutsche Reich.

Stimmung beim Jahresbeginn.

Das deutsche Volk, soweit seine nationalen Instinkte nicht durch Partei- und materielle Interessen verkümmert oder erstickt worden sind, befand sich zu Beginn des Jahres noch in der Stimmung der letzten Reichstagswahlen, in denen es seinem Grimm über den von allen Kreisen empfundenen Druck der Sozialdemokratie Luft gemacht hatte und einen Reichstag gewählt zu haben glaubte, von dem in allen nationalen Fragen eine ganz andere Haltung zu erwarten war wie von seinen Vorgängern. Diese Hoffnung war bisher nicht getäuscht worden, die kolonialen Angelegenheiten waren in der gewünschten Weise auf dem raschesten Wege erledigt worden, und der sogenannte „Block" hatte unter eifriger Vermittlung der Reichsregierung auch die Klippen des Börsen- und des Reichsvereinsgesetzes glücklich umschifft. Letzteres wurde in den weitesten Kreisen des Volkes nur mit geringer Teilnahme begrüßt, denn man fühlt sich in Deutschland in seinen Freiheiten durchaus nicht beengt. Vereinen und Versammlungen zur Förderung nationaler, kultureller und wirtschaftlicher Zwecke steht nirgends ein Hindernis im Wege, und es gibt zahlreiche, durchaus nicht reaktionär veranlagte Leute, die meinen, für den immer mehr zunehmenden Lärm und die wachsende Unruhe des öffentlichen Lebens gäbe es der Freiheiten gerade genug. Es sind nur die agitatorisch veranlagten Elemente, die davon immer noch mehr verlangen. Das Reichsvereinsgesetz hatte indessen den Vorzug, daß nun für ganz Deutschland einheitliche Bestimmungen bestanden. Jetzt sollte die Reichsfinanzreform zu stande gebracht werden, d. h. es sollten zur Deckung des Reichsdefizits jährlich 500 Millionen neue Steuern bewilligt werden. In allen vernünftigen Kreisen sah man die Notwendigkeit davon ein, man erging sich nicht in den sonst gebräuchlichen Betrachtungen und Anklagen über die Schuld derer, die den unerträglichen Zustand herbeigeführt hatten, sondern hoffte von dem neuen nationalen Reichstag Abhilfe und war zu den notwendigen Opfern bereit. Man wollte überhaupt von Parteikünsten und Parteistreitereien nichts mehr wissen und verlangte vom Reichstag nationale Taten. So war die Stimmung im Reiche, und die trotzdem betriebene Hetzerei der Parteiblätter gegeneinander verfehlten durchaus die in früheren Zeiten übliche erbitternde und aufregende Wirkung.

Noch niemals war seit den ersten Jahren des Reiches das deutsche Volk hoffnungsvoller gestimmt auf nationale Taten des Parlaments, noch niemals bereitwilliger, sie mit Jubel aufzunehmen. Noch niemals war ein Volk so ohne Murren bereit, sich eine schwere Steuerlast auf die Schultern zu laden, denn bis in die Reihen der Sozialdemokraten hinein sah man ein, daß es nicht anders ging; mit unmißverständlichem Unwillen wurde jeder Versuch einzelner Interessengruppen, nach früherer Weise Agitationen gegen gewisse Steuervorschläge in Bewegung zu bringen, zurückgewiesen. Die Regierungsvorlage war bei ihrer Veröffentlichung im großen und ganzen eher auf Zustimmung als auf Opposition gestoßen, ganz im Gegensatz zu allen früheren Steuerentwürfen, sie war also sicher sehr brauchbar. Noch niemals war einem Parlament die Zustimmung zu einer beträchtlichen Steuervermehrung so leicht gemacht, wie diesmal dem deutschen Reichstag. Die erste Lesung im Dezember des Vorjahres hatte freilich schon dargetan, daß die Parteien von dieser Volksstimmung sehr wenig in sich lebendig fühlten und daß sie sehr geneigt erschienen, zur Stärkung der eigenen Partei als Träger von Einzelinteressen aufzutreten. Man hoffte trotzdem von den Beratungen der Kommission noch das beste, unter der ausgleichenden Mitwirkung des Fürsten Bülow und der Reichsregierung mußte doch das notwendige Werk zu stande kommen! Hätte freilich der Reichstag sich als Ganzes gefühlt, und sein Gesamtansehen im Auge gehabt, so mußte er die Steuervorlage der Regierung nach kurzer Beratung annehmen, der Not des Reiches mit einer raschen Tat ein Ende machen. Er hätte damit dem Wunsche seiner Wähler entsprochen, die eine so prompte Tätigkeit mit Jubel aufgenommen hätten; die Bedeu-



tung des Reichstages wäre dadurch in den Augen des Volkes, ja der weiten Welt, in einem Maße gestiegen, wie alle Reden in den Sitzungen und alle Verlangen der Presse über sein Ansehen und seine wirklichen oder vermeintlichen Rechte es nie fertig bringen werden. Die Steuerbelastung des Einzelnen wäre auch kaum anders ausgefallen, wie durch die schließlich zu stande gekommene Steuerreform. Aber im Reichstag war dieses Gesamtgefühl, das seine Wähler erfüllte, nicht vorhanden, die Parteien fingen wieder an, ihre Steckenpferde zu reiten, sie vermochten nicht über die Schatten ihrer Vergangenheit zu springen.

Die Volksstimmung beruhte nicht auf der Wahlerinnerung allein, sie wurde noch durch die äußere politische Lage in ihrer ernsten Färbung bestärkt. Wenn auch der Wirrwarr von unverarbeiteten, widerspruchsvollen und selbst unwahren Nachrichten, mit denen die deutschen Lokalblätter (wirkliche große Zeitungen gibt es ja kaum) ihre Leser tagtäglich überschütteten, eine wirklich klare Einsicht in die politischen Vorgänge nur schwer ermöglichte, so hatte sich doch der Eindruck festgesetzt, daß irgend etwas gegen den treuen Verbündeten im Südosten im Werke sei. In unterrichteten Kreisen bestand kein Zweifel darüber, daß das Bündnis mit Österreich-Ungarn auf der gegenseitigen Garantie des Besitzstandes beruhe, und in ganz Deutschland war man unterschiedslos in allen Schichten der Bevölkerung darüber eines Sinnes, daß Bosnien und die Herzegowina Österreich-Ungarn gehören, mochte man auch sonst wenig oder viel davon wissen. Nach der sinnfälligen, von der herzlichsten Zustimmung des deutschen Volkes getragenen Bekräftigung des Bündnisses durch den Glückwunschbesuch der deutschen Fürsten mit dem Kaiser an der Spitze beim Kaiser Franz Josef im Vorjahre, hätte in Deutschland kein Mensch, auch wer von der Natur des Bündnisses nichts wußte, begriffen, wenn man Österreich-Ungarn im Stiche gelassen hätte. Daß das zum Kriege führen konnte, fühlte man auch, und bei allem wohlbegründeten Vertrauen auf Heer, Flotte und ihre Leitung lag demnach Grund genug zu einer ernsten Stimmung vor, die aber keine Spur von Kleinmut zeigte.

Daß die Sache so lag, ging auch aus einem Vorfall hervor, der durch Ungeschicklichkeit den Zeitungen zur Kenntnis kam und von einigen mit taktlosem Ungeschick ausgeschlachtet wurde. Von jeher hat Kaiser Wilhelm, wenn sich die kommandierenden Generäle zum Neujahrsempfang bei ihm einfanden, in diesem vertrauten Kreise mit vollster Offenheit Mitteilungen über die politische Lage gemacht. Diesmal hatte er auf einen Artikel der „Deutschen Revue" verwiesen (auch einige Stellen über Taktik und Grundsätze der Kriegführung vorgelesen), der von dem früheren Generalstabschef Grafen Schlieffen verfaßt ist und außerdem auch eine Schilderung der politischen Weltlage enthält. Da aus zufälligen Äußerungen in Offizierskreisen dieser Hinweis bekannt geworden war, so hatten einige Blätter den Artikel ganz oder teilweise abgedruckt, und daraus war schließlich gemacht worden, der Kaiser habe eine große politische Rede in diesem Sinne gehalten. Das war nun nicht einmal der Fall, aber wenn es auch geschehen wäre, so war es nach Artikel 63, 64 und 65 der Reichsverfassung sein gutes Recht, und das geht niemand etwas an. Es war nur eine Taktlosigkeit sondergleichen, ihm in einer so schwierigen politischen Lage vor dem gesamten Ausland eine solche Rede in den Mund zu legen. Freilich für gewisse Leute gilt Verfassung und politischer Takt nichts, sie kennen nur ihren Parteikatechismus. Einige ultramontane, und natürlich auch sozialistische, Blätter gingen sogar so weit, zu behaupten, der Kaiser habe damit gegen die Zusage durch den Fürsten Bülow vom 17. November gehandelt. Man kann die Selbstverblendung nicht gut weiter treiben. Ganz Deutschland würde sich gegen das Begehren empören, wenn man verlangte, der Kaiser solle in einer solchen Lage nicht einmal zu seinen Generalen reden! Der „Reichs- und Staatsanzeiger" stellte am 8. Januar die Vorgänge richtig und verwahrte sich gegen die Veröffentlichung. Was übrigens den Hinweis auf die verhängnisvollen Novemberdebatten betrifft, so sollten gewisse Leute doch davon ganz ruhig sein. Die nahezu götterhafte Unfehlbarkeit, mit der damals vor dem gesamten In- und Ausland über den Kaiser abgeurteilt wurde, hat genau das Gegenteil des gewollten Eindrucks hervorgerufen und in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes wie auch im Auslande nur den gewaltigen Unterschied zwischen seiner Persönlichkeit und seinen Kritikern erst recht hervortreten lassen. Die verständige Presse aller Parteien hat auch schon mehrfach eindringlich vor der Fortsetzung dieser Methode gewarnt.

Politische Ereignisse des ersten Halbjahres.

Der fünfzigste Geburtstag des Kaisers war am 27. Januar mit großer Teilnahme begangen worden, wie sie einem solchen ins Auge fallenden Zeitabschnitt entsprach. Auch im Ausland war man darin nicht zurückgeblieben und selbst in Frankreich der bedeutungsvollen Persönlichkeit des Kaisers Wilhelm in sympathischer Weise gerecht geworden. Am meisten mußte bei der bekannten Stimmung der englischen Bevölkerung gegen Deutschland die dortige Stellungnahme interessieren. Aber auch jenseits des Kanals erkannte man in zahlreichen Glückwunschartikeln die Persönlichkeit des Kaisers, namentlich seine lauteren Ziele und seine aufrichtige Friedensliebe, an. Man unterscheidet dort genau zwischen dem Enkel der Königin Viktoria und dem übrigen Deutschland, obgleich man im Kaiser den wahren Repräsentanten des deutschen Volkstums erkennt. Unter diesen Umständen war es gar nicht auffällig, daß die „Westminster-Gazette" schon am 13. Januar meldete, das englische Königspaar werde am 8. Februar einen dreitägigen Besuch in Berlin abstatten. An diesem Eindruck vermochte auch die von einflußreichen Männern auch weiter betriebene Hetze gegen Deutschland nichts zu ändern, weil sie gar nicht einen Krieg im Auge hat, sondern bloß dazu dienen soll, das englische Volk aus ganz anderen Gründen zu vermehrten kriegerischen Anstrengungen anzueifern. Nebenbei wird damit auch der Zweck erreicht, die deutschfeindlichen Neigungen in Frankreich und Ruß-



land anzuregen und die beiden Mächte an der Seite Englands festzuhalten. Darum wurde von dieser Seite der unpolitische Charakter der Reise eifrig betont, was in Deutschland mit Gleichmut aufgenommen wurde; man fand in dem Besuche wenigstens keine Verschärfung der bisherigen englischen Haltung gegen Deutschland, die wohl Unbehagen aber niemals die geringste Furcht hervorgerufen hatte. Die freundlichen Kommentare der englischen Presse zur Königsreise wurden darum mit ruhiger Freundlichkeit hingenommen, aber nirgends Hoffnungen für die Zukunft daran geknüpft. Man brauchte England nicht, fürchtete es ebensowenig, hegte nicht die behaupteten feindlichen Absichten, und darum war es ziemlich gleichgültig, welche Haltung England selbst einnahm. König Eduard war seit seiner Thronbesteigung noch nicht in Berlin gewesen, sondern hatte sich auf einige Besuche des Kaisers in Kronberg und Kiel beschränkt, die unter wechselnden Stimmungen doch mehr einen familiären Charakter trugen.

Jetzt sollte ein wirklich offizieller Besuch in der Reichshauptstadt stattfinden, die sich in der bei dergleichen üblichen Weise für den Empfang schmückte, und deren Bevölkerung durchaus nicht daran dachte, das Vergnügen zu stören. Die frühere Überschätzung des britischen Königs in der deutschen Presse hatte einer kühlen Gleichgültigkeit Platz gemacht, denn die ehemaligen Angstmacher vor der Einkreisungspolitik, die ihre Pfeile damit eigentlich gegen den Kaiser und die „schwächliche" Politik des Fürsten Bülow richteten, hatten bei der ernster gewordenen politischen Lage bis auf einige Unverbesserliche ihr Tun eingestellt. So konnte die Anstandsreise vor sich gehen, und man war gewillt, den Gast des Kaisers mit höflicher Freundlichkeit zu begrüßen. Sie galt überdies als Erwiderung des Besuches, den das deutsche Kaiserpaar infolge einer Einladung im November 1907 in England abgestattet hatte, und der deutschen Hauptstadt lag darum die Pflicht ob, die in London dem Kaiser erwiesenen Ehren nach Kräften zu erwidern. Das englische Königspaar war am 8. Februar in London bei seiner Abreise von einer großen Menschenmenge enthusiastisch begrüßt worden, passierte spät abends Köln und traf Dienstag den 9. um 11 Uhr auf dem Lehrter Bahnhofe in Berlin ein, wo der Kaiser und die Kaiserin mit sämtlichen Prinzen und Prinzessinnen zum Empfang erschienen waren, der ungemein herzlich verlief. Der Kaiser und der König, sowie die Kaiserin und die Königin küßten einander wiederholt, Kaiser Wilhelm trug englische Feldmarschalluniform, der König die Uniform der Blücherhusaren. Hierauf folgte unter lebhaften Begrüßungen zahlreicher Menschenmassen die Fahrt nach dem Königsschlosse. Auf dem Pariser Platze begrüßten an der Spitze der Stadträte und Stadtverordneten Oberbürgermeister Kirschner den König Eduard mit einer Ansprache, Bürgermeister Reicke die Königin Alexandra, der von Festjungfrauen ein Blumenstrauß überreicht wurde. Der König und die Königin dankten herzlich. Nun wurde bei sonnigem Winterwetter unter lauten Hochrufen und Kanonendonner die Weiterfahrt durch die reich geschmückte Feststraße Unter den Linden fortgesetzt, in der Gewerke, Innungen, Kriegervereine und Truppen der Berliner Garnison im Spalier standen. Nach der Ankunft im Schlosse fanden die üblichen Empfänge und Begrüßungen sowie um 1 Uhr ein Familienfrühstück statt.

Während sich die Bevölkerung in dichtgedrängten Scharen abends an der überaus glänzenden Beleuchtung der Feststraße ergötzte, begann im königlichen Schlosse um 8 Uhr die Galatafel, bei der Kaiser Wilhelm die Uniform seines englischen Dragonerregiments mit dem Hosenbandorden, König Eduard deutsche Generalsuniform mit dem Bande des Schwarzen Adlerordens trug. Von besonderer Bedeutung waren die zwischen beiden Monarchen gewechselten Trinksprüche, die in sehr warmen Worten die Freude über die erneute Begegnung aussprachen, wie die Erinnerung an den Besuch des Kaiserpaares in England auffrischten, aber sehr sorgsam abgewogen nach der politischen Seite hin klangen. Während Kaiser Wilhelm betonte, daß in dem Besuche „eine neue Bürgschaft für die fernere friedliche und freundschaftliche Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern" liege, und sagte: „Ich weiß, wie sehr unsere Wünsche nach Erhaltung und Festigung des Friedens übereinstimmen", bemerkte König Eduard in seiner Erwiderung: „Ew. Majestät haben über den Zweck und das erwünschte Resultat unseres Besuches meinen eigenen Gefühlen beredten Ausdruck gegeben", und er könne nur wiederholen, daß der Besuch „auch die Befestigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern und dadurch die Erhaltung des allgemeinen Friedens, auf die mein ganzes Streben gerichtet ist, erzielt". Die feierliche Form, in der beide Monarchen ihre friedlichen Absichten kundgaben, verdient alle Beachtung und mußte der Wirkung sicher sein, denn Deutschland will und England braucht den Frieden. Aber eine feierliche Versicherung, daß der Friede auch wirklich erhalten bleiben werde, wurde von keiner Seite gegeben und konnte auch nicht gegeben werden, da dabei doch zuviel von dem Verhalten der Verbündeten beider Reiche abhing. Jedenfalls wurde aber zunächst allen kriegerischen Bestrebungen, namentlich der englischen, der Charakter der unmittelbaren Bedrohlichkeit genommen, und das war für die große Öffentlichkeit immerhin von Vorteil.

König Eduard, der schon am Nachmittag eine Fahrt durch die Stadt unternommen hatte und dabei sehr lebhaft begrüßt worden war, machte am folgenden Tage gegen Mittag einen feierlichen Besuch im Rathause. Die Königstraße und das Rathaus waren prächtig geschmückt, der königliche Gast wurde von der Menschenmenge auf das freundschaftlichste empfangen. Im großen Festsaale des Rathauses waren alle Repräsentanten des kommunalen Berlins: der Magistrat, die Stadtverordneten, Ehrenbürger, die Ältesten der Kaufmannschaft, Mitglieder der Handelskammer und Vertreter der Presse versammelt, ebenso waren der Reichskanzler Fürst Bülow, die Staatssekretäre v. Bethmann-Hollweg und Freiherr v. Schoen, die Minister v. Moltke und Frhr. v. Rheinbaben, der Oberpräsident v. Trott zu Solz, der Polizeipräsident, die Rektoren der Hochschulen, die Bot-

schafter Sir Edward Goschen und Graf Wolff-Metternich, die Herren des Ehrendienstes &c. anwesend. König Eduard wurde von den beiden ersten Bürgermeistern und den Stadtverordnetenvorstehern empfangen und in den Saal geleitet, wo er mit Musik begrüßt wurde. Oberbürgermeister Kirschner sprach hierauf den Dank für den Besuch aus und bot dem König im Namen der Stadt einen Ehrentrunk. König Eduard sprach seinen herzlichsten Dank für den schönen gestrigen Empfang sowie für die Gelegenheit, das schöne Rathaus zu sehen aus und fügte hinzu, sein größter Wunsch sei, daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern immer die besten sein mögen. Nach einer Reihe von Vorstellungen unterhielt sich der König u. a. mit Professor Dr. Koch und dem Fürsten Bülow. Hierauf folgte ein Rundgang durch die Prunkräume, der im Festsaale endete, wo Stadtverordnetenvorsteher Michelet ein Hoch auf den König ausbrachte. Dieser verabschiedete sich darauf in der liebenswürdigsten Weise und begab sich zum Frühstück in die englische Botschaft, wo er auch eine Deputation der englischen Kolonie empfing, die eine Adresse überreichte. Nachmittags besuchte das englische Königspaar das Kaiserin Friedrich-Haus und besichtigte die Einrichtung und die Sammlungen. Dem Reichskanzler Fürsten Bülow, der nachmittags eine Besprechung mit dem Staatssekretär Sir Charles Hardinge gehabt hatte, sandte König Eduard seine Bronzebüste und eine Bronzebüste der Königin Alexandra. Abends war großer Hofball im Schlosse.

Wegen einer leichten Erkältung des Königs Eduard unterließ das englische Königspaar am 11. Februar die beabsichtigte Fahrt nach Potsdam zum Mausoleum in der Friedenskirche, besuchte aber mittags den königlichen Marstall, und dann begab sich der König zum Frühstück in die Kaserne des 1. Gardedragonerregiments (Königin von Großbritannien und Irland). Er brachte in deutscher Sprache den Toast auf den Kaiser aus und ließ sich nach der Tafel mit dem Offizierkorps photographieren. Nachmittags besuchten der Kaiser und die Kaiserin mit dem englischen Königspaar das Kaiser Friedrichs-Museum. Abends fand im Palais des Kronprinzen Familientafel und später Galavorstellung im Opernhause statt. Wegen der kalten Witterung unterblieb auch am folgenden Tage (Freitag) der Ausflug nach Potsdam. Die Kaiserin machte mit der Königin Alexandra mittags dem Hohenzollernmuseum im Schlosse Monbijou einen Besuch, zu dem auch der Kaiser eingetroffen war. Währenddem unternahm König Eduard mit dem Prinzen Heinrich eine Automobilfahrt nach dem Grunewald. Um 2 Uhr fand Familientafel im Schlosse statt, und gegen 5 Uhr begleiteten der Kaiser und die Kaiserin, Prinz und Prinzessin Heinrich, sowie Prinz und Prinzessin Adolf von Schaumburg-Lippe den König Eduard und die Königin Alexandra zum Bahnhof. Das trotz der strengen Kälte sehr zahlreiche Publikum begrüßte die Majestäten sehr lebhaft. Der Abschied auf dem Bahnhof war ungemein herzlich, noch nach der Abfahrt grüßten der König und die Königin noch lange aus den Fenstern des Salonwagens mit der Hand. — Der Gesamteindruck des englischen Königsbesuches in Berlin wurde in der ganzen Presse günstig geschildert. Wenn auch keine neuen Vereinbarungen für die Zukunft getroffen worden seien, so hätten sich doch auch weder bei den Besprechungen der Herrscher noch bei denen der Staatsmänner Meinungsverschiedenheiten ergeben. Gewisse Nachrichtenmacher wußten noch über allerlei besondere Abmachungen zu berichten, die aber sämtlich auf Erfindung beruhten. Das englische Königspaar, das nach einer sehr stürmischen Überfahrt am 13. gegen 6 Uhr abends in London eintraf, wurde dort von der Bevölkerung mit ungewöhnlichem Enthusiasmus begrüßt. König Eduard sprach sich mehrfach sehr befriedigt über den Aufenthalt in Berlin aus; er durfte zufrieden sein, denn er hatte herzliche Wärme ohne Überschwänglichkeit gefunden.

In die Tage des englischen Königsbesuches fiel auch der Abschluß des neuen Abkommens zwischen Deutschland und Frankreich über Marokko. Es ist gewissermaßen eine Ergänzung zur Algecirasakte, an der es selbstverständlich nichts ändert, aber ihre Grundlagen: die Integrität Marokkos und die offene Tür für den Handel aller Nationen von neuem rechtsverbindlich festlegt. Frankreich erkennt außerdem ausdrücklich die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und dieses eine gewisse Vormachtstellung Frankreichs in Marokko — natürlich im Rahmen der Algecirasakte — an. Dieses Abkommen wurde in Deutschland sehr verschieden beurteilt, was nicht befremden kann, denn in keinem Lande wird mit gleichem Eifer an vorgefaßten Meinungen festgehalten, und zwar um so mehr, wenn es mit dem Anschein des Besserwissens geschehen kann. Nun hat die deutsche Politik niemals im Ernste daran denken können, die politische Vormacht in Marokko zu werden. Leute, die dergleichen meinten, waren darüber ebenso unklar wie ihre Forderung, Deutschland müsse einen Kriegs- und Handelshafen an der Westküste von Marokko erwerben, wo es bekanntlich keinen gibt. Aber bei Leuten in anderen Ländern, die ebenfalls nicht wissen, daß es keine solchen Häfen gibt, mußte diese unsinnige Forderung das einmal vorhandene Vorurteil von der Hab- und Raubgier Deutschlands verstärken. Darunter hat die Stellung Deutschlands in der Marokkofrage dauernd gelitten. Die Entwicklung derselben ist in Deutschland von dieser Seite immer mißverstanden worden. Als das Abkommen zwischen England und Frankreich abgeschlossen worden war, in dem ersteres Ägypten in die freie Hand bekam, während es Frankreich geschickt mit Marokko belastete, hätte die französische Regierung nach diplomatischer Gepflogenheit die Pflicht gehabt, der Reichsregierung offiziell davon Anzeige zu machen. Deutschland hätte dann, wie jetzt, seine Handelsinteressen gewahrt, die es übrigens bei seiner Macht von Metz aus zu jeder Zeit gegen Frankreich zu schützen in der Lage ist, und alles wäre gut gewesen. Aber die französische Regierung tat das nicht. Herr Delcassé versuchte, wahrscheinlich in Erinnerung an einige vergnügte Frühstücksstunden bei König Eduard, der damals seinem kaiserlichen Neffen zürnte, Deutsch-

land geflissentlich zu übersehen. Das konnte sich Deutschland nicht bieten lassen, und es erfolgte der bekannte Besuch des Kaisers in Tanger, womit Deutschland sich auf den Boden der Marokkokonferenz von 1880 stellte, die sicher in Vergessenheit geraten wäre, wenn Frankreich korrekt gehandelt hätte. Das Fallenlassen der Politik Delcassés und bald darauf sein Sturz verhinderten die weitere Zuspitzung der damals sehr ernsten Lage. Trotz hartnäckigem Widerstandes der französischen Regierung mußte sie schließlich doch den deutschen Standpunkt anerkennen und in eine neue Marokkokonferenz willigen.

Das war der Erfolg der deutschen Politik, und niemand wird mehr, nach dieser festen Haltung, den Versuch machen, Deutschland zu übersehen. Daß in Algeciras sich das fast allgemeine Mißwollen gegen die neue Weltmacht geltend machte, fällt daneben gar nicht ins Gewicht. Diejenigen, die meinen, jede diplomatische Aktion müsse eine Gebietsabtretung oder mindestens eine Geldsumme bringen, waren damit nicht zufrieden, ebenso die nicht, die wünschten, Deutschland müsse sich in Marokko festsetzen, und die sich darum auch das Vorgehen der deutschen Politik in diesem Sinne zurecht gelegt hatten. — Ein Vorzug des neuen Abkommens ist die ausdrückliche Anerkennung der deutschen Handelsinteressen in Marokko durch Frankreich, die weit über die allgemein gehaltenen Bestimmungen der Algecirasakte hinausgeht. Frankreich hat damit die Politik der sogenannten pénétration pacifique in Marokko Deutschland gegenüber aufgegeben. Das Unglück der ganzen Marokkofrage besteht darin, daß sie trotz ihrer Geringfügigkeit an sich zeitweise ein Glied in der sogenannten Ententepolitik geworden war und darum einen Aufwand von diplomatischen Mitteln erforderte, der weit über ihre wirkliche Bedeutung hinausging. Wer sich nicht dieses Gesamtbild vor Augen zu halten vermag, dem wird freilich das Endergebnis sehr gering erscheinen. Man möge sich aber erinnern, daß einst um einer spanischen Königswahl willen der größte Krieg in Europa ausbrach, und ferner, daß es sich bei dem Kaiserbesuch in Tanger nicht um die Einleitung einer deutschen Festsetzung in Marokko, sondern um die Durchbrechung einer politischen Lage handelte, die noch lange hinterher, als schon jede Gefahr vorüber war, in den Köpfen gewisser Leute als sogenannte Einkreisungspolitik eine große Rolle spielte. Als sie anfingen, davon zu reden, war die Einkreisung schon abgewendet. Und wenn sie heute wieder behaupten, die jetzigen wirtschaftlichen Zugeständnisse Frankreichs wären schon früher leicht zu haben gewesen, so irren sie sich. Was damals vielleicht nicht durch eine militärische Drohung erreicht worden wäre, war aber jetzt unter einer vollständig umgewandelten politischen Lage von selbst zugestanden worden.

In allen unterrichteten und billig denkenden Kreisen des In- und Auslandes, namentlich auch in Frankreich und England, fand das Abkommen freudige Zustimmung. Daß die eigentlichen Hetzblätter und auch Herr Delcassé anderer Meinung waren und darin eine gewisse Demütigung Deutschlands sehen wollten, versteht sich von selbst; sie konnten zu ihrer Rechtfertigung sogar auf einen Teil der deutschen Blätter hinweisen, die weiter eifrig nachschrieben, was in deutschfeindlichen Blättern des Auslands gegen die deutsche Politik gesagt wurde. Zu diesen Albernheiten gehörte auch die Zeitungsente, daß sich England und speziell König Eduard um die Übereinkunft Verdienste erworben hätten. Die Verhandlungen waren in der Hauptsache zwischen dem Staatssekretär Frhrn. v. Schoen und dem französischen Botschafter Cambon in Berlin geführt worden, wo auch am 9. Februar die Unterzeichnung erfolgte, der deutsche Botschafter Fürst Radolin hatte in Paris wesentliche Unterstützung geleistet. Kaiser Wilhelm war über das Abkommen sehr erfreut, verlieh dem Botschafter Cambon das Großkreuz des Roten Adlerordens und dankte dem Fürsten Radolin durch ein besonderes Telegramm. Frhr. v. Schoen und Fürst Radolin erhielten das Großkreuz der Ehrenlegion. Anscheinend durch eine Indiskretion des Telegraphenbureaus war der Pariser „Matin" in der Lage, das Telegramm an den Fürsten Radolin mit Randglossen an die Öffentlichkeit zu ziehen, worüber in den Zeitungen wieder viel Gerede ohne Zweck und Bedeutung entstand. Einzelne deutsche Blätter rührten vergeblicherweise auch wieder die Novemberereignisse auf. Warum soll denn der Kaiser nicht einem Botschafter danken dürfen! Das Abkommen räumte mit einem unliebsamen Streitobjekt zwischen Deutschland und Frankreich auf, ein Vorteil, der selbst eines Opfers wert gewesen wäre, was sich aber nicht einmal als nötig erwiesen hatte. Nun bleibt als einziger trennender Gegenstand zwischen beiden Mächten nur noch Elsaß-Lothringen. Kein vernünftiger Mensch in Deutschland mißdeutet es den Franzosen, wenn sie mit Trauer daran gedenken. Hatte man doch selbst zwei Jahrhunderte diesen Verlust nicht vergessen, der einst dem machtlos gewordenen Deutschen Reiche zugefügt worden war. Ganz im Sinne der vorstehenden Auseinandersetzungen sind auch die vorsichtig zurückhaltenden Äußerungen des Fürsten Bülow am 29. März im Reichstage aufzufassen.

Etwas vorgreifend möge hier auch noch das letzte Nachspiel des Marokkostreites erwähnt werden. Am 21. Mai fällte das Schiedsgericht im Haag sein Urteil in der bekannten Casablanca-Angelegenheit. Der Spruch gibt beiden Teilen recht und unrecht, wie man es nehmen will. Da der Fall seine Bedeutung nur durch die politischen Nebenumstände erhalten hatte, unter denen er sich ereignete, so empfand man jetzt in beiden Ländern nur Befriedigung darüber, daß die Sache aus der Welt geschafft worden war. Schon vor Ende des Monats wurde die Formel vereinbart, unter der sich die deutsche und die französische Regierung gegenseitig das Bedauern über die vom Schiedsgerichte erkannten Mißgriffe ihrer Behörden ausdrückten.

Fürst Bülow begab sich am 4. April mit seiner Gemahlin wieder zu einem vierzehntägigen Aufenthalt nach Venedig, wo er am Ostersonntag (11. April) den Besuch des Ministers des Äußern Tittoni empfing und mit ihm längere Besprechungen hatte. Verschiedene Blätter benutzten die Gelegenheit wieder, um der Welt zu verkünden, was

sie gar nicht wissen können. Die Behauptung, es sei über die Verlängerung des Dreibundes verhandelt worden, war einfach lächerlich, da er bis 1913 vertragsmäßig besteht. Eine besondere Veranlassung zu politischen Besprechungen lag auch nicht vor, doch bot die Anwesenheit des deutschen Reichskanzlers eine erwünschte Gelegenheit, Meinungen über gewisse Tagesfragen auszutauschen, an denen Italien in seiner Doppelstellung als Dreibund- und Mittelmeermacht mehr beteiligt sein dürfte als Deutschland. Selbstverständlich wurde vollständige Übereinstimmung der beiden Staatsmänner erzielt. Die obige Ente wurde wenige Tage danach von dem anscheinend im französischen Solde stehenden römischen Blatte „Vita" von neuem in die Welt gesetzt, diesmal mit der Pointe, die bevorstehende Begegnung des Kaisers Wilhelm mit dem König Viktor Emanuel bezwecke, durch einen Druck der beiden, nach ihrem Erfolge in der bosnischen Frage übermütig gewordenen mitteleuropäischen Mächte Italien zum Verbleiben im Dreibunde zu zwingen. Die Bereitwilligkeit, mit der die noch im alten Stile arbeitende Presse der Ententemächte die Fabel weiter verbreitete, diente nur dazu, durch Reizung der italienischen Eitelkeit Mißstimmung zu erregen. Kaiser Wilhelm reiste mit der Kaiserin und dem Prinzen Oskar am 13. April von Station Wildpark ab und traf in Venedig am Mittag des folgenden Tages bei schönem Wetter ein. Beim Empfang waren außer den Spitzen der Behörden rc. auch Fürst Bülow mit Gemahlin anwesend. In einer Rudergig erfolgte die Fahrt nach der „Hohenzollern". Das zahlreiche Publikum, darunter viele Deutsche, am Ufer des Kanals, auf den Balkonen und Dächern der beflaggten Häuser grüßte lebhaft, die italienischen Schiffe hatten Flaggengala angelegt und feuerten ebenso wie die „Hamburg" Salut. Nachmittags machte das Kaiserpaar eine Gondelfahrt, abends war Tee an Bord der „Hohenzollern", die von Hunderten von Gondeln umgeben war. Dem Kaiserpaar wurde eine Serenade gebracht, außerdem spielte die Kapelle der „Hohenzollern" abwechselnd mit einer italienischen Kapelle. Die Ufer waren bengalisch beleuchtet. Am folgenden Tage machten die Majestäten Besuche und Spazierfahrten. Erzherzog Karl Stephan war war auf seiner Jacht „Rovenska" eingetroffen und empfing den Besuch des Kaiserpaares. Abends war Tafel auf der „Hohenzollern", die am Morgen des 16. nach Korfu in See stach.

Dort waren König Georg und die Kronprinzessin Sophie eingetroffen, die griechischen Panzerschiffe „Spetsai" und „Hydra" lagen im Hafen. Die „Hohenzollern", die unterwegs von den mit Schießübungen beschäftigten österreichisch-ungarischen Panzerschiffen „Habsburg" und „Babenberg" mit Salut begrüßt worden war, ging am 17. mittags im Hafen von Korfu vor Anker, König Georg, Kronprinzessin Sophie und Großfürstin Georg Michailowitsch, der deutsche Gesandte Frhr. v. Wangenheim sowie die Spitzen der griechischen Marine, des Militärs und der Behörden erschienen zur Begrüßung an Bord, später fand Tafel statt. Dann begaben sich die griechischen Herrschaften an Land und empfingen das landende Kaiserpaar, das sich nach der offiziellen Begrüßung durch die Behörden in Automobilen unter stürmischen Jubelrufen der Bevölkerung durch die beflaggte Stadt nach dem Achilleion begab. Der Aufenthalt auf Korfu dauerte bis zum 9. Mai und wurde meist zu Ausflügen benutzt. Der Verkehr mit dem König Georg war sehr lebhaft. Am 1. Mai reiste Prinz Oskar auf dem „Sleipner" nach Brindisi ab. Nach der Verabschiedung von Korfu traf das Kaiserpaar am 10. Mai nach ungünstiger Überfahrt vormittags um 10 Uhr im Hafen von Malta unter dem Kanonendonner der Forts und der englischen Kriegsschiffe ein, die Spitzen der Behörden und der deutsche Konsul meldeten sich an Bord, mittags erschienen der Herzog und die Herzogin von Connaught mit der Prinzessin Patricia zur Begrüßung auf der „Hohenzollern". Um 1 Uhr begab sich das Kaiserpaar an Land, wo feierlicher Empfang stattfand, und fuhr in Automobilen unter dem lebhaften Händeklatschen der Bevölkerung durch die beflaggte Hauptstraße, in der Militär Spalier bildete, nach dem Herzogsschlosse. Dort fand abends Festtafel statt, die deutschen und britischen Schiffe im Hafen hatten illuminiert. Im Laufe des Tages hatten Kaiser Wilhelm und König Eduard herzliche Telegramme gewechselt. Am nächsten Morgen früh erfolgte die Abfahrt nach Brindisi, wohin an demselben Tage der König und die Königin von Italien aus Rom abgereist waren, um an Bord des Panzerschiffes „Vittorio Emmanuele" zu gehen, während dem deutschen Kaisergeschwader als Eskorte zwei Torpedozerstörer entgegengesandt wurden.

Die „Hohenzollern" traf am 12. Mai um 10½ Uhr vormittags unter dem Salut der italienischen Kriegsschiffe, auf denen die Mannschaften paradierten, im Hafen von Brindisi ein, der von vielen mit Flaggen geschmückten Fahrzeugen voller Zuschauer belebt war, das Wetter war prächtig. Unmittelbar darauf begab sich das italienische Königspaar an Bord der „Hohenzollern" und wurde vom Kaiser und der Kaiserin an der Treppe empfangen. Die Begrüßung war sehr herzlich, der Kaiser und der König küßten sich wiederholt. Später unterhielten sie sich längere Zeit auf Deck, während die Kaiserin und die Königin im Königssalon verweilten. Nach einer Stunde verließ das Königspaar die „Hohenzollern" wieder. Gegen 2 Uhr begaben sich der Kaiser und die Kaiserin zum Besuch an Bord des „Vittorio Emmanuele", wurden vom König Viktor Emanuel und der Königin Helene an der Treppe empfangen und nach den üblichen Vorstellungen und Begrüßungen in den Admiralitätssalon geleitet, wo ein Frühstück stattfand, an dem u. a. auch der Minister Tittoni teilnahm. In den gewechselten Trinksprüchen betonten beide Monarchen gegenseitig das Wohl ihrer durch den Dreibund geeinigten Länder, deren Bündnis sich länger als drei Jahrzehnte als Friedenshort bewährt habe. Kaiser Wilhelm gedachte außerdem der großen Erdbebenkatastrophe und der aufopfernden Tätigkeit, die König Viktor Emanuel und seine Gemahlin dabei an den Tag gelegt hatten. Um 4 Uhr gaben der Kaiser und die Kaiserin auf der „Hohenzollern" einen Tee,



und nach der herzlichsten Verabschiedung vom italienischen Herrscherpaare wurde um 5 Uhr die Abfahrt nach Pola angetreten. Über die Begegnung in Brindisi wurde namentlich in der dreibundfeindlichen Presse wieder viel geschrieben und fabuliert. Die eigentliche Bedeutung derselben, daß die verantwortlichen Kreise in Italien gar nicht daran denken, die Vorteile aufzugeben, die ihnen das Dreibundverhältnis bietet, konnte sie doch nicht wegdisputieren. Man weiß in diesen Kreisen sehr wohl, in welchem Umfang die beiden verbündeten Mächte der eigenartigen Stellung Italiens im Mittelmeere verständnisvoll Rechnung tragen, und in entscheidenden Fällen dringt auch stets der gesunde Sinn der italienischen Bevölkerung nach dieser Richtung durch. Daneben fallen gewisse Preßtreibereien innerhalb und außerhalb Italiens gar nicht ins Gewicht. Das ist nach Bismarcks Ausspruch nur bedrucktes Löschpapier.

Von einer unbedingt einheitlichen Stimmung getragen wurde der nun folgende Besuch des deutschen Kaiserpaares in Wien. Dank der Haltung Deutschlands hatte die habsburgische Monarchie einen vollen Erfolg in der Annexionspolitik davongetragen, der Dreibund hatte sich der vielgerühmten Ententepolitik überlegen gezeigt; diesem Eindruck konnten sich auch die verbissensten slawischen Deutschfeinde nicht entziehen. So bildete die Anwesenheit des Kaisers Wilhelm und der Kaiserin Augusta Viktoria in Wien wirklich ein auf allen Seiten mit vollster Freude begrüßtes Ereignis. Darum hat auch die österreichische Hauptstadt bei dem Empfang des Kaiserpaares ihre dankbaren und bundesfreundlichen Empfindungen in einem Umfang bekundet, wie dies kaum einem Herrscher in einer fremden Hauptstadt zu teil geworden ist. Und es handelte sich dabei um keine flüchtige Gefühlswallung, man hat im gesamten Ausland den Eindruck davon zu würdigen verstanden, und das ist für alle Zukunft gut. Die Kaiserjacht „Hohenzollern“ traf am 13. Mai, mittags 1 Uhr, unter dem Donner der Kanonen der österreichisch-ungarischen Kriegsschiffe und des Hafenkastells sowie dem Hurra der Matrosen im Innenhafen von Pola ein, worauf sich die Erzherzogin Maria Josefa zur Begrüßung an Bord begab. Darauf erschienen die höchsten Spitzen des Heeres, der Marine, des Landes und der Stadt zur Meldung auf der „Hohenzollern“, wo um 2 Uhr ein Diner stattfand. Dann stattete das Kaiserpaar der Erzherzogin einen Besuch auf ihrer Jacht „Phantasie“ ab, begab sich um 1/25 Uhr an Land und bestieg unter großen Ehrenbezeugungen und den lebhaften Begrüßungen des freudig erregten Publikums den Hofzug nach Wien. Dort waren die Vorbereitungen für den Empfang so großartig getroffen wie noch nie. Eine lächerliche Ausstreuung der „Times“ wollte von einer Unzufriedenheit des Kaisers Wilhelm wissen, dem das alles gewissermaßen noch nicht genug sei. Darauf erfolgte aber die prompte Abweisung, daß gerade der deutsche Kaiser nur einen Besuch in Schönbrunn beabsichtigt hatte, aber auf ausdrücklichen Wunsch des Kaisers Franz Josef Wien für die Zusammenkunft gewählt worden sei, der die gesamte Bevölkerung in geradezu begeisterter Stimmung entgegensah. Die Straßen vom Bahnhof bis zur Hofburg trugen herrlichen Festschmuck, deutsche und österreichische Fahnen wehten von allen Häusern, trotz des ungünstgen Wetters waren die Straßen von vielen Tausenden angefüllt, die schon den Kaiser Franz Josef bei der Fahrt zum Bahnhof mit stürmischem Jubel begrüßten.

Um 10 Uhr vormittags am 14. Mai fuhr der Hofzug mit dem deutschen Kaiserpaar in die Halle des Südbahnhofes ein, wo sich der greise Kaiser Franz Josef mit sämtlichen Erzherzogen (nahezu alle in preußischer Uniform) und Erzherzoginnen, die deutschen Gesandtschaften, die höchsten Spitzen des Heeres, des Landes und der Stadt zum Empfang eingefunden hatten. Kaiser Franz Josef war in der Uniform eines preußischen Feldmarschalls dicht an das Geleise getreten und war der Kaiserin Augusta Viktoria beim Aussteigen behilflich; er küßte ihr höflich die Hand, worauf sich beide küßten. Nun begrüßte Kaiser Wilhelm (in österreichisch-ungarischer Feldmarschallsuniform) den greisen Monarchen, beide Herrscher umarmten und küßten sich dreimal, gar nicht höfisch und zeremoniell, sondern wie ein Freund den Freund küßt. Die gleiche Begrüßung fand auch zwischen dem Kaiser Wilhelm und dem Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand statt. Nach der ebenfalls äußerst herzlichen Begrüßung der übrigen Mitglieder des Kaiserhauses und den offiziellen Vorstellungen hielt Bürgermeister Dr. Lueger folgende Begrüßungsansprache: „Der Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien ist der Dolmetsch der ganzen Bevölkerung, wenn er dem Danke für die Bundestreue Ew. kaiserlichen Majestät sowie der Freude Ausdruck gibt, Ew. Majestät und Ihre Majestät die Kaiserin in Wien auf das herzlichste begrüßen zu können.“ Kaiser Wilhelm dankte in freundlichster Weise. Nun erfolgte die Fahrt nach der Hofburg, wegen des herabrieselnden Regens in geschlossenen Wagen. Aber das hielt die in dichten Reihen hinter dem Truppenspalier stehenden Menschenscharen nicht ab, ihrer Freude durch die lebhaftesten Zurufe Ausdruck zu geben, was auch weiter geschah, als kurz danach Kaiser Wilhelm und die Kaiserin Augusta Viktoria die üblichen Besuchsfahrten unternahmen. Darnach fand in der Hofburg Familienfrühstück statt.

Der politische Höhepunkt der Wiener Kaiserbegegnung war abends das Galadiner im Zeremoniensaale der kaiserlichen Hofburg mit den dabei ausgebrachten Trinksprüchen, die ausdrücklich verlesen wurden, damit sie als authentische politische Aktenstücke hinausgehen könnten in alle Welt und zeigen sollten, wie sehr die beiden Monarchen durchdrungen waren von der Bedeutung der Stunde, und welches Gewicht sie ihr beilegen. Darum wurde auch von beiden nachdrücklich des dritten Verbündeten gedacht. Kaiser Franz Josef erwähnte die friedengefährdenden Ereignisse des letzten Winters. „Mit tiefer und aufrichtiger Dankbarkeit gedenke ich hiebei der neuerdings in glänzender Weise bewährten bundesfreundlichen Haltung des Deutschen Reiches, dessen stets hilfsbereite Unterstützung die Erfüllung meines innigen Wunsches in so hohem Maße erleichtert hat, alle entstandenen Schwierig-

keiten ohne kriegerische Verwicklungen auszugleichen. Wenn auch alle Mächte einig in diesem redlichen Bemühen, so ist es doch vor allem der unerschütterlichen Bundestreue meiner hohen Freunde und Verbündeten, Ew. Majestät und Sr. Majestät des Königs von Italien, zu danken, wenn wir heute mit ungetrübter Befriedigung auf die erzielten Erfolge blicken können." Kaiser Wilhelm hob hervor: „Ein Menschenalter ist vergangen, seitdem Ew. Majestät mit meinem in Gott ruhenden Herrn Großvater den Grund zu dem Freundschaftsbunde gelegt haben, der bald darauf zu unserer hohen Freude durch Italiens Beitritt erweitert wurde. Welcher Segen auf diesem Bunde geruht hat, das wird dereinst die Geschichte künden. Alle Welt weiß aber schon heute, wie wirkungsvoll gerade in den letzten Monaten dieses Bündnis dazu beigetragen hat, ganz Europa den Frieden zu erhalten. Was damals begründet worden ist, steht heute festgewurzelt in den Herzen unserer Völker. Ew. Majestät wissen, wie spontan hüben und drüben, in Österreich-Ungarn wie in Deutschland, die Zustimmung war, so oft unser treues und geschlossenes Zusammenstehen nach außen hervortrat. Und als die Kaiserin und ich heute früh durch Ew. Majestät im Frühlingsschmuck prangende Residenzstadt Wien unseren Einzug in die altehrwürdige Burg hielten, da klang uns aus den goldenen Alt-Wiener Herzen brausender Jubel entgegen, und mächtig war der Widerhall, den dieser Jubel in unseren Herzen fand."

Diesen authentischen Worten von authentischer Seite gegenüber vermag die Totengräberindustrie der Dreibundgegner nicht mehr aufzukommen. Sie hatte sich davon genährt, daß so lange Jahre hindurch kein Ereignis eingetreten war, das eine Erprobung des Dreibundes erforderte. Aber beim ersten Fall, wo dies nötig wurde, hat dieses von Bismarcks Meisterhand errichtete politische Werk die Prüfung glänzend bestanden. Und die Geschichte wird noch an den Tag bringen, daß in den letzten schweren Monaten auch König Viktor Emanuel und sein treuer Tittoni eifrig mit am Werke gewesen sind, wenn auch nach Lage der Verhältnisse ihre Tätigkeit weniger sichtlich zu Tage trat. Beide Kaiser sandten auch von Wien aus eine Begrüßungsdepesche an den König von Italien, die dieser sofort erwiderte. Die Wiener Blätter brachten jeden Tag Artikel voller Begeisterung, deren Sinn sich in dem im offiziösen „Fremdenblatt" ausgesprochenen Leitmotiv zusammenfand: „Der Dreibund ist der Friede!" Nach dem Galadiner fand im überaus prächtig geschmückten Redoutensaale eine glänzende Soiree statt, an der über 1400 Gäste teilnahmen. Die beiden Kaiser zogen zahlreiche Anwesende ins Gespräch, u. a. den Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Pattai. Am folgenden Vormittag legte das deutsche Kaiserpaar in der Kapuzinergruft an den Särgen der Kaiserin Elisabeth und des Kronprinzen Rudolf Kränze nieder. Kaiser Wilhelm empfing dann den Frhrn. v. Aehrenthal, dem er seine Büste zum Geschenk gemacht hatte, und begab sich später in das Museum für Kunst und Industrie, wohin auch die Kaiserin Augusta Viktoria nachfolgte, nachdem sie mit der Erzherzogin Maria Annunziata eine Ausfahrt in den Prater unternommen und die Kaiserin Elisabeth-Gedächtniskapelle sowie die Kronprinz Rudolf-Brücke besichtigt hatte. Im Museum wendeten sie der Erzherzog Karl-Ausstellung ihre besondere Aufmerksamkeit zu. Um 1½ Uhr nachmittags fand im Marmorsaale der Hofburg Familienfrühstück statt, und eine Stunde später erfolgte unter begeisterten Kundgebungen der Bevölkerung, die alles bei derartigen Anlässen herkömmliche Maß weit überschritten, die Abfahrt des deutschen Kaiserpaares nach dem Westbahnhof. Kaiser Franz Josef in preußischer Generalsuniform geleitete den Kaiser Wilhelm, der österreichisch-ungarische Generalsuniform trug. Das Wetter war sehr schön. Die Verabschiedung auf dem Bahnhofe war die denkbar herzlichste. Das Publikum harrte aber noch auf den Straßen aus, um den Kaiser Franz Josef auf der Rückfahrt stürmisch zu begrüßen, und damit war für Wien das große Fest der Bundesfeier vorüber.

Das deutsche Kaiserpaar begab sich zunächst nach Karlsruhe zum Besuche am großherzoglichen Hofe und dann nach Wiesbaden, wo am 17. Fürst Bülow zum Vortrag erschien, und nahm dann am Sängerwettstreit in Frankfurt a. M. teil, worauf die Rückkehr nach Potsdam erfolgte. Spätere Reisepläne wurden zum Teil durch die Einladung des Kaisers Nikolaus zu einer erneuten Begegnung auf der Reede von Björkoe geändert, die offiziell als Erwiderung des vorjährigen Zarenbesuches in Swinemünde galt, aber großes Aufsehen hervorrief, da sie ein offenkundiger Beweis dafür war, daß Kaiser Nikolaus die europäische Politik Rußlands nicht im feindlichen Gegensatz zum Deutschen Reiche und zu Österreich-Ungarn geführt wissen will. Die bisherige Ententepresse war höchst mißvergnügt darüber, und englische Blätter versuchten sogar zu bestreiten, daß die Einladung von Rußland ausgegangen sei. Sie erhielten ein promptes Dementi; sie können sich eben die alte süße Verhetzungspolitik unter den Mächten des Kontinents nicht abgewöhnen, und ihnen war es sehr angenehm, sie bisher in zwei Heerlager geschieden zu sehen. In Petersburg hat man aber erkannt, daß die Ententepolitik, deren Vorteile in Asien und Europa man natürlich gern einstrich, während der Orientkrise doch auch bedenkliche Gefahren mit sich brachte, die durch die Wiederherstellung des guten Einvernehmens mit Deutschland von selbst wegfallen. Eine Abwendung von den bisherigen Freunden lag darin keineswegs, ein Teil der englischen Presse mit dem „Standard" an der Spitze, wollte das aber durchaus nicht einsehen, und verriet dadurch nur die kindliche Erwartung, Rußland werde englischen Wünschen und Interessen Vorspann leisten. Dazu sind die Mächte aber nicht da, jede einzelne mag in erster Linie für sich selbst sorgen und zufrieden sein, wenn sie dabei das Wohlwollen oder auch die Unterstützung anderer findet. Wer mehr verlangt, müßte ernstliche Gegendienste in Aussicht stellen, aber davon hat man in England nie viel wissen wollen. Daß auch in Rußland ein großer Teil der Presse sich unzufrieden, ja selbst feindselig zeigte, machte in Deutschland wenig Ein-

druck; man ist dergleichen von jeher gewöhnt und hat sich stets damit begnügt, sich mit dem offiziellen Rußland im Einvernehmen zu halten und die Volksmeinung drüben ihre eigenen Wege gehen zu lassen. Sie hatte auch diesmal nicht begriffen, daß die Ententepolitik Rußland bisher recht erhebliche Schlappen gebracht hat.

Die russische Kaiserjacht „Alexandra“ war am 12. Juni mit der kaiserlichen Familie an Bord nach den finnischen Gewässern in See gegangen, das deutsche Kaisergeschwader fuhr am 15. abends von Neufahrwasser ab und traf am 17. früh bei Björkoe ein, wo sich nach der Begrüßung der deutschen und russischen Geschwader Kaiser Nikolaus an Bord der „Hohenzollern“ begab und eine halbe Stunde verweilte, worauf sich Kaiser Wilhelm zum Gegenbesuch auf den russischen „Standart“ begab, wo ihn die Kapelle mit der „Wacht am Rhein“ empfing. Er wurde von Kaiser Nikolaus und Kaiserin Alexandra, in deren Gefolge sich auch der Ministerpräsident Stolypin und der Minister des Auswärtigen Iswolski befanden, auf das herzlichste begrüßt. Um 1 Uhr war Frühstück auf dem „Standart“, Kaiser Wilhelm blieb dort bis halb 6 Uhr und nahm auch den Tee. Die Abendtafel fand wieder auf dem „Standart“ statt und erhielt ihr politisches Gepräge durch die dabei gewechselten Trinksprüche. Diese Kundgebungen atmen in so hervorragendem Maße den Geist des Friedens und der Eintracht, wie es kaum je bei ähnlichen Gelegenheiten der Fall gewesen ist. Nach überaus herzlichem Willkommen und der Erinnerung an die in Swinemünde genossene Gastfreundschaft, nahm der Zar „diese glückliche Gelegenheit“ wahr, um zu versichern, daß er „den aufrichtigen und unveränderlichen Wunsch hege, die traditionellen Beziehungen herzlicher Freundschaft und gegenseitigen Vertrauens dauernd zu erhalten,.... die zu pflegen nicht bloß als ein Unterpfand der guten Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern, sondern auch des allgemeinen Friedens“ er lebhaft wünsche. Kaiser Wilhelm betonte seinerseits, er sehe in dem Empfang „eine neue und wertvolle Bestätigung der engen und aufrichtigen Freundschaft, welche unsere Personen und unsere Häuser verbindet“, und zugleich „eine neue Bestätigung der traditionellen Beziehungen herzlicher Freundschaft und des Vertrauens, die, den vielseitigen Interessen und den durchaus friedlichen Gesinnungen unserer Länder gleichermaßen entsprechend, zwischen unseren Regierungen bestehen“. Man sollte meinen, daß diese deutlichen Worte jede Möglichkeit ausschließen, ihr einen anderen Sinn unterzulegen, als sie gemeint sind. Von 5 Uhr ab hatte Staatssekretär Frhr. v. Schoen eine längere Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Stolypin und dem Minister des Äußern Iswolski gehabt.

Der Verkehr des Kaisers Wilhelm mit der gesamten russischen Kaiserfamilie war ungemein herzlich. Am Vormittag des 18. begab sich Kaiser Nikolaus in deutscher Admiralsuniform zur „Hohenzollern“ und besichtigte dann mit dem Kaiser Wilhelm den Kreuzer „Gneisenau“, dessen Mannschaften der Zar in deutscher Sprache begrüßte, und darauf das russische Torpedoboot „Finn“, dessen Besatzung Kaiser Wilhelm russisch ansprach. Später wohnte der Deutsche Kaiser auf der „Standart“ dem Gottesdienste zum Geburtstage der jungen Großfürstin Anastasia bei, um 1 Uhr war Frühstück auf der „Hohenzollern“, wobei Kaiser Wilhelm einen Toast auf die Kaiserin Alexandra ausbrachte. Nun fanden sich auch die Kinder des Zaren auf der „Hohenzollern“ ein und wurden vom Kaiser, der den Thronfolger hochhob und küßte, herzlich begrüßt. Bis zur Abfahrt der „Hohenzollern“ blieb Kaiser Nikolaus mit Gemahlin und Kindern auf dem Schiffe und verabschiedete sich dann vom Kaiser Wilhelm, den er dreimal küßte. Unter den Klängen der russischen Nationalhymne und dem Abschiedssalut der „Gneisenau“ verließ die russische Kaiserfamilie die „Hohenzollern“, die sich nun in Bewegung setzte. Bei der Vorüberfahrt an der „Standart“ stand Kaiser Wilhelm auf der Kommandobrücke und rief dem Kaiser Nikolaus einen Abschiedsgruß zu, die Kaiserin und die Kinder grüßten noch lange durch Winken mit Taschentüchern. Während in Rußland die Oppositionspresse in ihrem Deutschenhasse beharrte, lenkte der übrige Teil der Blätter unter dem Eindruck der Monarchenbegegnung ein, und einige äußerten sogar die sehr vernünftige Ansicht, daß an der ganzen Verhetzung Rußlands gegen Deutschland nur England die Schuld trage. Das mögen übrigens die Russen halten wie sie wollen. In Deutschland hegt man keine Illusionen, aber es wird von Nutzen für beide Länder und für den Weltfrieden sein, wenn zwischen ihren Regierungen und Dynastien persönlich vertrauensvolle Beziehungen bestehen. Wie viele das in Rußland einsehen, ist für Deutschland vor der Hand ziemlich gleichgültig. Die englischen Blätter bemühten sich, der Welt zu versichern, daß bei der Begegnung nichts Besonderes abgemacht worden sei, wozu nicht viel Scharfsinn gehörte. Die Bedeutung lag doch aber darin, daß sie überhaupt stattgefunden hatte, und zwar wenige Monate nach dem Zusammenbruch der sogenannten Ententepolitik und dem Scheitern der Konferenzidee.

Kaiser Wilhelm, der in Eilfahrt nach Berlin zurückgekehrt war, um mit der Kaiserin am 20. Juni noch rechtzeitig in Hamburg beim Horner Rennen anwesend zu sein und am 22. die Preisverteilung für die Regatta in Cuxhaven vorzunehmen, betonte dort mit Nachdruck in seiner Rede in Bezugnahme auf die Begegnung mit dem Kaiser Nikolaus: „Daher werden wir beide stets danach streben, soweit es in unseren Kräften liegt, mit Gottes Hilfe für die Förderung und Wahrung des Friedens zu wirken.“ Rußland wird demnach an keiner gegen Deutschland gerichteten Politik mehr teilnehmen. Sein Einvernehmen mit England besteht fort, aber daneben wird die Pflege der Freundschaft mit Deutschland betrieben. Damit hat die erfolgreiche Dreibundpolitik einen weiteren Stützpunkt gewonnen, und da sich auch Deutschland und Frankreich, dem schon die von England angezettelten Händel in der Orientkrise zum Ärger geworden waren, entschieden genähert haben, so schloß das erste Halbjahr für den Weltteil unter unzweifelhaft sehr friedlichen Zu-

ständen, die schon kurz vorher Sir Edward Grey im Unterhause treffend dahin charakterisierte, daß die Mächte wieder „friedlich vor Anker liegen".

Die Finanzreform und Fürst Bülows Rücktritt.

Es war ein erhebendes Gefühl für das gesamte deutsche Volk, daß die vom Kaiser und dem Fürsten Bülow mit ebenso viel Wärme als Geschick geführte deutsche Politik auf so erfolgreichen Pfaden wandelte, aber an dem, was mittlerweile die Parteikondottieri in der inneren Politik trieben und verpfuschten, konnte sich keines Menschen Herz erfreuen. Der Reichstag setzte seine am 4. November des Vorjahres eröffnete Session am 12. Januar fort. Es ist ihm später der Vorwurf der Saumseligkeit gemacht worden, aber er verdient ihn nicht, denn er hat im großen und ganzen recht fleißig gearbeitet. Der Vorwurf richtete sich auch eigentlich gegen die unglückselige Finanzkommission, die mit der vom Volke mit wahrer Sehnsucht erwarteten Steuerreform absolut nicht von der Stelle kam. Die Bevölkerung macht eben zwischen dem Reichstag und seinen Kommissionen keinen Unterschied, für sie ist der Reichstag ein ganzes, und die Parteien des Hauses sind sich gar nicht darüber klar, daß dem Reichstag als solchen ein Ruf, ein Ansehen eignet, das gehütet werden sollte, da es ebenso erhöht als vergeudet werden kann. Das Volk urteilt: Der „Reichstag" hat dies und jenes getan, und wenn ihm die Sache lange genug mißfallen hat, der Kaiser auflöst und das Volk aufruft, dann wählt es eben einen ganz anderen. Das hat sich nun schon viermal ereignet, aber die Leute mit Parteibrillen vor den Augen, erkennen diesen einfachen Vorgang nicht, sondern tun immer so, als ob diese oder jene Partei (besonders die eigene) gesiegt habe. Das ist doch keineswegs der Fall. Die Mehrheit des Volkes hat sich stets für die Kandidaten entschieden, die sich nach der Auflösung für Kaiser und Kanzler aussprachen, der Parteistandpunkt war den Wählern dabei ganz gleichgültig. So ist der Verlauf schon viermal gewesen, und hoffentlich bleibt es auch in Zukunft dabei; denn sonst versagt die ganze Reichsorganisation, und es würde, da die Verfassung für diesen Fall keine Bestimmungen enthält, zu irgend einem Neubau geschritten werden müssen. Vorläufig besteht in dieser Beziehung noch keine Gefahr, denn das Ansehen des Reichstags steht infolge der Vorgänge des Jahres abermals nicht hoch, und zwar nicht etwa wegen der zu stande gebrachten Steuerreform. Der Reichstag hatte es in der Hand, sein Ansehen mit einem Male zu einer bisher unerreichten Höhe zu steigern, wenn er mit raschem Entschlusse die Steuerreform beschlossen hätte. Sobald aber die Bevölkerung merkte, daß dieser große Zug fehlte, daß man in den Parteien um Interessen mäkelte, da wurde bei jedem Einzelnen auch der Gedanke rege, daß es sich wohl wieder um ungerechte Verteilungen handeln werde, und da sei es besser, wenn der andere für ihn zahle. Und wenn heute die Liberalen mit der Selbstberühmung im Lande agitieren, sie hätten nicht für die Steuer gestimmt, und wenn sie diese Steuerreform recht schlecht machen, so setzen sie damit bloß das Ansehen des Reichstags herunter, der sie beschlossen hat, und erreichen für sich nichts. Alle Nachwahlen bestätigen das. Durch den Parteienhader, dessen Ehrlichkeit oder Unehrlichkeit nur wenige zu durchschauen vermögen, ist das Ansehen des Reichstags wieder so tief gesunken wie vor der letzten Auflösung, und auch der Normalstand der damaligen Volksstimmung ist wieder eingetreten. Der nationale Hauch, der durch das Reich wehte, ist wieder verflogen. Der Nichtwähler wählt wieder einmal nicht mehr mit, weil ihm das Parteitreiben widerwärtig ist, und der Mitläufer ist wieder zu Bebels Gefolgschaft übergetreten, die ja erst recht glaubt, daß die Finanzreform nichts taugt. Das ist das Werk der Parteien, oder richtiger der Parteiführer, und die Bevölkerung reagiert in der gewohnten Weise darauf.

Der Reichstag hielt zunächst ununterbrochen Sitzungen bis zum 2. März, worauf er bis zum 20. in die Osterferien ging. Wenn auch der eigentliche Schwerpunkt seiner Tätigkeit in den Kommissionen lag, von denen es nicht weniger als zwanzig gab, so wurden in den Plenarsitzungen doch, neben minder wichtigen oder rein nebensächlichen, auch Gegenstände von wirklicher Tragweite verhandelt. Zu diesen gehörte außer dem Etat, der in 39 Sitzungen mit nur zwei Tagen Verspätung durchberaten wurde, die kleine Vorlage zum Wechselstempelgesetz, die einige kleine Härten beseitigte, die Vorlage über die politische Wirkung der Armenunterstützung, die die Entziehung des Wahlrechts und anderer politischer Rechte nur noch nach dem Verlust der wirtschaftlichen Selbständigkeit eintreten läßt, der Handelsvertrag mit San Salvador, der Entwurf über den Markthandel mit Schlachtvieh. Größeres Interesse nahm der Entwurf des Arbeitskammergesetzes am 15. und 16. Jänner in Anspruch, wobei der Staatssekretär des Innern von Bethmann-Hollweg eine bemerkenswerte politische Rede hielt. Der 21., 22. und 23. Jänner brachte die Beratung der Interpellationen der Polen und Sozialdemokraten über die Handhabung des neuen Vereins- und Versammlungsgesetzes. Sie ergab, daß keine wesentlichen Mißgriffe vorgekommen sind, und Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg wies überzeugend nach, daß die polnischen Vereine vielfach nicht wirtschaftliche, sondern politische Zwecke verfolgen. Die Vorlagen über die Doppelbesteuerung und über den unlauteren Wettbewerb wurden in erster und zweiter Lesung beraten, die Vorlage über die im Vorjahre abgelehnte Erhöhung der Reichsdampfersubvention um 500.000 Mark angenommen, ebenso in erster Lesung das Bankgesetz; das Weingesetz wurde am 16. und das Automobilgesetz am 27. März verabschiedet. Bei der Beratung des Kolonialetats fehlte es nicht an Sympathieversicherungen für den Staatssekretär Dernburg, auch die Indemnität für die Bahn Rehobot—Windhuk wurde am 5. Februar in namentlicher Abstimmung mit 190 gegen 120 Stimmen bewilligt. Große und freudige Überraschung bereitete die Erledigung des Flottenetats durch einstimmige Annahme nach nur anderthalbstündiger Beratung, eine Tat, die bei der po-



litischen Lage eines deutschen Reichstags würdig war. Bei Beratung des Heeresetats verteidigte der wieder genesene Kriegsminister v. Einem seine Verwaltung geschickt gegen Angriffe vom Zentrum, von den Freisinnigen und den Sozialdemokraten.

Wenn auch eine ganze Reihe von ziemlich zwecklosen Reden, Wiederholungen und Interpellationen mit rein agitatorischer Absicht nicht zu vermeiden war, so läßt sich doch nicht in Abrede stellen, daß der Reichstag bis dahin großen sachlichen Fleiß entwickelt und dem durch die Wahl ausgedrückten Willen des Volkes durchaus entsprochen hatte. Die Zahl der hochinteressanten Sitzungen, die allein weite Kreise zu fesseln vermögen, war allerdings nicht groß gewesen. Eine besondere Beachtung verdient die Sitzung vom 25. Februar, in der der Antrag des polnischen Abg. Brandys auf Freiheit des Grunderwerbs ohne Rücksicht auf Glaubensbekenntnis, politische Gesinnung oder Nationalität, womit dem preußischen Enteignungsgesetz in den Rücken gefallen werden sollte, wie der konservative Abg. Graf Westorp treffend nachwies, beraten wurde. Trotz dieser klaren Sachlage wurde der Antrag gegen 132 mit 189 Stimmen des Zentrums, der Polen, der Sozialdemokraten und der Freisinnigen angenommen. Die Regierung hatte sich an der Debatte gar nicht beteiligt, eine Wirkung hat der Antrag in keinem Falle, und in der liberalen Presse wurde wenig darüber geredet. Es muß aber doch in einer Jahresrückschau darauf hingewiesen werden, daß der Freisinn — noch dazu in einer nationalen Frage — für sich das Recht in Anspruch nimmt, mit den Polen zu stimmen, während er das bei anderen Parteien, wie es sich bald bei der Finanzreform zeigen sollte, zu einem politischen Verbrechen zu stempeln versucht.

Großes Interesse erregten die Sitzungen am 29. und 30. März, in denen der Etat des Reichskanzlers auf der Tagesordnung stand und Reden des Fürsten Bülow erwartet wurden. An beiden Tagen war das Haus voll besetzt, die Tribünen waren überfüllt. Am ersten Tage gab der Reichskanzler eine sehr ruhig gehaltene, aber freimütige Darlegung seiner auswärtigen Politik in den großen internationalen Fragen der letzten Monate. Er knüpfte an die Verhandlungen im englischen Unterhause und die Flottenpanik im britischen Volke an, ließ aber deutlich erkennen, daß er diesen Vorgängen nicht die Wichtigkeit beilegt, die sie in den deutschfeindlichen Betrachtungen englischer Parteiblätter erhalten haben. Wohl gab er an erster Stelle der Genugtuung Ausdruck, die der Besuch des englischen Königspaares in Berlin hervorgerufen hatte, aber er schien doch dafür zu halten, daß bei der überreizten Stimmung in England freundliche Worte keinen Zweck haben würden. Er ließ darum Zahlen sprechen, die den ungeheuren Umfang der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und England beweisen und die jenseits des Kanals eher eines Eindrucks fähig sind als Worte. Die eigenen Interessen weisen beide Staaten auf ein friedliches Auskommen miteinander hin. Das Verhältnis zu Frankreich zu erörtern, ist immer eine schwierige Sache. und eine ausführliche Darlegung des Zustandekommens der Vereinbarung über Marokko wäre ohne die Berührung früherer Spannungen und Empfindlichkeiten nicht möglich gewesen. Der Reichskanzler beschränkte sich darum auf die Anführung, daß Frankreich als Grenzmacht der überwiegende politische Einfluß gesichert sei aber ohne die Möglichkeit einer Erwerbung Marokkos, während Deutschland dort wirtschaftlich Frankreich gleichgestellt sei. „Ich könnte Ihnen, meine Herren, in einer historischen Betrachtung nachweisen, daß, wenn unsere Methode nicht immer die gleiche war, doch unser sachlicher Standpunkt immer derselbe geblieben ist. Im Fall des Marokkoabkommens liegt dem Vorwurf der Inkonsequenz, wie ich glaube, eine irrige Auffassung über unsere Aufgaben in Marokko zugrunde." Er verwarf die „Theorie einer krummen Politik" gegenüber Frankreich, weil es wieder einmal unser Feind sein könne. Den größten Eindruck machten die Ausführungen über Deutschlands Haltung während der Orientkrise. Es ist nicht nötig, hier ausführlich darauf einzugehen. Schlagend war der Nachweis, daß Deutschland sich von vornherein auf die Seite Österreich-Ungarns gestellt habe, daß diese Politik im eigenen Interesse Deutschlands gelegen habe, und daß nur auf diesem Wege zu Gunsten des Friedens hätte gewirkt werden können. Diese Ausführungen wurden von der großen Mehrheit des Hauses mit Zustimmung, zum Teil mit lebhaftem Beifall aufgenommen, und der Sozialdemokrat Ledebour, der nachträglich zu kriteln versuchte, holte sich beim Fürsten Bülow unter großer Heiterkeit des Hauses eine scharfe Abfuhr.

Am folgenden Tage gab der Reichskanzler ein Exposé über die innere Politik. Zunächst fertigte er einige Angriffe mit Überlegenheit ab. Er wies einen scharfen Ausfall unter Verdächtigung seiner Königstreue des Welfen Götz von Olenhusen in der braunschweigischen Angelegenheit mit Nachdruck zurück. „Ich lehne es ab, mir von dem Abg. Götz von Olenhusen Vorschriften machen zu lassen über meine Haltung gegenüber meinem König und Herrn." (Lebhaftes Bravo.) Dem sozialdemokratischen Abg. David, der auf die Novemberdebatten zurückgekommen war, rief er zu: „Greife man mich an, soviel man will, aber lasse man den Kaiser aus dem Spiel! Der Kaiser hat dem deutschen Volke volles Vertrauen bewiesen. Er hat bewiesen, daß er nicht klein denkt. . . . Das Land hat genug von diesen Erörterungen." Dann wandte er sich der Finanzreform zu, die in der Kommission schon heillos verfahren war. Er entfaltete seine ganze Geschicklichkeit, den Standpunkt der verbündeten Regierungen deutlich und entschieden zum Ausdrucke zu bringen. „Die verbündeten Regierungen bleiben daher dabei, daß ein großer Teil der neuen Steuern direkt erhoben werden muß. Es bleibt hiefür nur der Weg der Erbschaftssteuer übrig, wie die verbündeten Regierungen noch jetzt meinen. Ich bin der Ansicht, daß die Bedenken dagegen zum allergrößten Teil werden behoben werden können." Aber er ließ dabei keinen der kleinen Fäden fahren, deren Zusammenknüpfen den Block doch noch wieder zusammenführen und das Gelingen der Finanzreform

sichern könnte, und führte aus: Die Absicht des Blocks, die liberalen und konservativen Gegensätze zu mildern, und so brachliegende Kräfte fruchtbar zu machen, ist eine gesunde. Diese Idee hat im Volke Wurzel gefaßt, und ihre Berechtigung besteht noch. Ich hoffe, daß der Block noch manchen der Anwesenden überleben wird. Das Land empfindet es als nationale Kalamität, daß die Finanzreform verzögert wird. Die verbündeten Regierungen verlangen daher von diesem hohen Hause eine feste, unzweideutige, endgültige Entscheidung in der Reformfrage und noch in dieser Session. Die Schuld an der Verschleppung trifft alle Parteien gleich. Die großen Gesichtspunkte müssen in den Vordergrund gestellt werden. Die Abgeordneten dürfen sich nicht durch die Gefahr des Mandatsverlustes beeinflussen lassen. Ebenso müssen die egoistischen Interessen gewisser Erwerbsgruppen zurücktreten. Das Haus muß dem Lande und dem Auslande beweisen, daß es imstande ist, diese Aufgaben zu lösen. Das Haus spendete der großzügigen und gedankenreichen Rede lebhaften Beifall, aber die Parteien waren schon jetzt entschlossen, die großen Ideen sich auf das Konto zu schreiben, den anderen aber die Opfer zuzumuten.

Der Reichstag beendete am 1. und 2. April in drei Sitzungen noch die zweite und dritte Lesung des Etats und ging dann in die Osterferien. Seine anerkennenswerten Leistungen wurden wenig beachtet, denn alle Aufmerksamkeit war auf die Finanzkommission gerichtet, die in drei Monaten nichts Positives geschaffen hatte. Schon ihr erster Beschluß im Jänner, die einst vom Reichstage geschaffene, verpfuschte Fahrkartensteuer zu reformieren statt sie aufzuheben, wie die Regierung unter Vorbehalt anderweitiger Deckung vorgeschlagen hatte, ließ auf die Geneigtheit schließen, vom Vernünftigen gerade das Gegenteil zu tun. Im März wurden auch die Inseratensteuer und die Gas- und Elektrizitätssteuer abgelehnt, ohne daß an einen Ersatz gedacht wurde, die Konservativen hatten sich nachdrücklich gegen die Erbanfallsteuer erklärt. Anfang März hatten — unter Vorbehalt — die sogenannten Blockparteien ein Kompromiß vereinbart, nach dem von den Bundesstaaten — jeder nach seiner Art — 100 Millionen direkte Steuern aufgebracht, während die weiteren 400 Millionen durch indirekte Steuern erzielt werden sollten. Die Reichsregierung verhielt sich zunächst nicht ablehnend dazu, da ihr jeder gangbare Weg zur Finanzreform recht sein mußte. In der letzten Woche des Monats kam es indessen zum Bruche zwischen dem rechten und linken Flügel des Blocks. Wer die Parteibetrachtung im vorigen Jahrgang in Erinnerung hat, dem wird diese unerfreuliche Wendung nicht ganz unerwartet kommen. Die grundsätzliche Täuschung der liberalen Parteien, in dem Ausfall der letzten Reichstagswahl einen Sieg ihrer Parteigrundsätze zu sehen, während es sich tatsächlich um einen durchschlagenden Erfolg des nationalen Gedankens handelte, hatte sie zu der wenig berechtigten Forderung verleitet, nun müsse auch in ihrem Sinne regiert werden. Dazu waren sie mit ihren höchstens 110 Stimmen im Reichstage doch nicht stark genug. Sie hatten aber trotzdem die selbstmörderische Forderung auf Einführung des Reichswahlrechtes in Preußen aufgestellt, das doch nur der Sozialdemokratie nützen konnte und darum gegen den Blockgedanken verstieß. Zu den maßlosen Angriffen gegen die Person des Kaisers in den vorigen Novemberdebatten hatten sie auch noch die Forderung auf Einführung des parlamentarischen Regierungssystems gefügt. Das waren Schritte, die den Konservativen das Verharren im Block nicht sympathisch machen konnten. Dazu kam das zögernde Verhalten der Liberalen in der Finanzkommission, was in bezug auf die indirekten Steuern wohl nur durch Wahlrücksichten bedingt wurde, aber schließlich bei den Konservativen — ob mit ausreichendem Grunde, tut nichts mehr zur Sache — schließlich den Eindruck hervorrief, die Liberalen wollten ihre Zustimmung zur Finanzreform von der Gewährung des Reichswahlrechts für Preußen, wie die liberale Presse vielfach forderte, abhängig machen.

So war die Stimmung, als in der Finanzkommission die neue Branntweinsteuer zur Beratung kam. Dabei handelte es sich auch um die sogenannte „Liebesgabe". Mit dieser demagogischen Bezeichnung benennt die liberale Presse seit jeher die zwanzig Prozent betragende Ermäßigung der Spiritussteuer, die landwirtschaftliche Brennereien genießen, welche nur zu wirtschaftlichen Zwecken, auch nicht das ganze Jahr hindurch betrieben werden und in ihrer Erzeugung kontingentiert sind. Wie es mit dieser „Liebesgabe" eigentlich steht, dafür möge als Zeuge ein ausgesprochen liberaler Mann, der Bankdirektor Doktor Witting (Bruder des Maximilian Harden), sprechen, der als langjähriger Oberbürgermeister von Posen die Verhältnisse im Osten genau kennt und im „Berl. Tagebl." ausdrücklich erklärte, ohne diese Steuerermäßigung sei in den östlichen Provinzen der Kartoffelbau überhaupt nicht aufrechtzuerhalten. Dem sei nun wie ihm wolle, blockfreundlich war es auch nicht, daß die liberalen Parteien jetzt die Gelegenheit benutzten, diese Steuerermäßigung beseitigen zu wollen. Mit Unterstützung des Zentrums, der wirtschaftlichen Vereinigung und der Polen gelang es den Konservativen, die „Liebesgabe" sogar in der bisherigen Höhe aufrechtzuerhalten. Über diesen Kommissionsbeschluß wurde in den liberalen Blättern ein großer Lärm erhoben, auch vom Bruch des Blocks gesprochen, und als wenige Tage danach, am 2. März, im Reichstagsgebäude zwischen dem konservativen Abg. v. Normann und dem nationalliberalen Führer Bassermann eine scharfe Auseinandersetzung über das Verhalten der Parteien in der Finanzkommission — Authentisches darüber ist nicht bekannt geworden — stattfand, erklärte letzterer, jener habe den Block gekündigt. Das wurde zwar von konservativer Seite in Abrede gestellt, da aber von keiner der beiden Parteien ein ernster Versuch zur Wiederannäherung gemacht wurde, so darf man wohl das Ende des Blocks von diesem Tage datieren. Als die Finanzkommission in die Osterferien ging, hatte sie kaum 100 Millionen für die Finanzreform sichergestellt, alles andere war abgelehnt oder befand sich in der Schwebe. Während der Osterwochen verlautete aus allen Teilen des Reiches von Beschlüssen und Aufforderungen zur

Vollendung der Finanzreform, auch mannigfache Anregungen an die Konservativen zur Bewilligung der Erbanfallsteuer.

Am Tage der Wiedereröffnung des Reichstags empfing der Reichskanzler Abordnungen aus Süddeutschland und Thüringen mit einer Deputation des Bundes der Industriellen, die Resolutionen und Adressen zu Gunsten der Reichsfinanzreform überreichten. In seiner Erwiderung an diese 41 Herren gab Fürst Bülow den bereits bekannten Standpunkt der Regierung kund, als neu fügte er hinzu, daß die Licht- und die Inseratensteuer aufgegeben seien, wofür in den nächsten Tagen Ersatzsteuern eingebracht werden würden. Bemerkenswert war die Schärfe, mit der er die terroristische Agitation der ihre Sonderinteressen hartnäckig verfechtenden Erwerbsgruppen, besonders des Tabakvereins, verurteilte. Der Reichstag werde nicht vor einer endgültigen Stellungnahme zur Finanzreform vertagt werden. In dieser Lage und unter diesen Stimmungen setzte der Reichstag seine Beratungen fort und war trotz allem recht fleißig. Es genügt hier, seine Leistungen in aller Kürze anzuführen. Auf juristischem Gebiet kamen die Vorlagen über die Zivilprozeßordnung und zum Strafgesetzbuch zur Annahme, Beschwerden des Mittelstandes fanden durch die Gesetze über den unlauteren Wettbewerb und die Sicherung der Bauforderungen Abhilfe. Außerdem wurden die Vorlagen über die Haftung des Reichs für Amtsvergehen seiner Beamten, eine Münznovelle zur Einführung des Viertelmarkstückes, die Bestimmungen über die Schankgefäße, das Gesetz über die Doppelbesteuerung, sowie das über die Zollbehandlung der Einführung von Futtergerste erledigt. Auch wurde eine ziemliche Reihe von Anträgen beraten. Der Schluß der Session schnitt nur die große Gewerbeordnungsvorlage, das in der Kommission bereits durchberatene Arbeitskammergesetz und das Gesetz über die Fernsprechgebühren ab.

Das Hauptwerk des Reichstags blieb aber die Reichsfinanzreform und die davon abhängige Besoldungsvorlage. Infolge der Konflikte und der dem bisherigen Blockverhältnisse widersprechenden Abstimmungen hatten sich die Parteien immer mehr auf ihre Standpunkte versteift. Am 14. Mai legte der Vorsitzende der Finanzkommission, der nationalliberale Abg. Dr. Paasche wegen eines Streits um Formalitäten den Vorsitz nieder, worauf der Konservative Freih. v. Richthofen zum Nachfolger gewählt wurde und infolge der neuen Parteigruppierung die seit sieben Monaten unerhört verzögerten Arbeiten der Kommission rascher fortschritten. Obgleich es am 28. Mai zu einem weiteren Konflikt und der Niederlegung der Berichterstattung durch die dafür ausersehenen Mitglieder der Linken kam, hatte die Kommission doch schon am folgenden Tage ihre Arbeiten abgeschlossen. Die Berichte sollten nach Pfingsten am 12. Juni festgestellt werden. Die Mehrheit der Kommission rechnete wohl kaum auf die Annahme aller ihrer Beschlüsse und Anträge, aber es war wenigstens positives Material für die endliche Beratung im Hause geschaffen worden. In dem nach Pfingsten am 15. Juni wieder zusammengetretenen Reichstage hielt der Reichskanzler am folgenden Tage eine Rede zur Begründung der von der Reichsregierung vorgeschlagenen Ersatzsteuern, in erster Linie der abgeänderten Erbanfallsteuer. Zugleich benützte er die Gelegenheit, um sich über den Standpunkt der Bundesregierungen und seine Stellung zu den Parteien auszusprechen. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß ein großer Teil der Kommissionsbeschlüsse verworfen werden müsse, weil sie den Bedingungen einer annehmbaren Finanzreform nicht entsprechen, aber nicht weil sie von gewissen Parteien kamen. Die Regierung habe das Zentrum nicht ausschalten wollen, sondern auch Mitglieder der Partei zu Besprechungen über die Finanzreform zugezogen. Die Mitwirkung des Liberalismus sei bei großen Aufgaben der Gesetzgebung wünschenswert, aber eine gewisse doktrinäre Schwäche dieser Parteirichtung habe sich namentlich bei der hartnäckigen Ablehnung der „Liebesgabe" gezeigt, und das zeitweise Ausscheiden aus der Finanzkommission sei ein schwerer Fehler. So wenig wie einer anderen Partei könne er sich der konservativen unterordnen. Die Erbschaftssteuer sei die einzig mögliche allgemeine Besitzsteuer, das Festlegen auf ihre Ablehnung sei ebenfalls ein schwerer Fehler, es könnte dadurch einem schädlichen Radikalismus der Weg geebnet werden. Das Wesentliche der Blockpolitik sei, die Liberalen zu positiver Mitarbeit und die Konservativen zu vernünftiger Fortentwicklung anzuleiten, damit künftige schwere Konflikte vermieden würden. Die verbündeten Regierungen würden jede Sonderbesteuerung einzelner Teile von Einkommen und Vermögen ablehnen und an der gleichmäßig gerechten Erbanfallsteuer festhalten. Wenn im Reichstage sachlich unberechtigte Parteiwünsche und Machtbestrebungen die Oberhand gewinnen sollten über Gemeinsinn und soziales Empfinden, dann werde er keinen Augenblick zögern, dem Kaiser sein Rücktrittsgesuch zu unterbreiten.

Man durfte diese letzte Wendung wohl kaum anders auslegen, als daß Fürst Bülow nicht im Amte bleiben werde, wenn die Finanzreform unter Ausschließung der Mitwirkung der Liberalen zustande kommen werde. Aber weil diese Auffassung von der sich immer gehässiger gebärdenden liberalen Presse stürmisch vertreten wurde, fand sie auf konservativer Seite umsoweniger Glauben. Die Ereignisse spitzten sich immer mehr zu, nahmen aber nun einen raschen Verlauf. Alles Interesse wendete sich der Erbschaftssteuer zu, und die weitverbreitete liberale Presse tat ihr möglichstes, um den Lesern jetzt und auch weiterhin vorzureden, diese Steuer sei das eigentlich Wesentliche der Steuerreform. Da sie nur auf 35 Millionen veranschlagt war, ist das doch bei einem Gesamtbedarf von 500 Millionen purer Unsinn. Was nun diese Steuer selbst betrifft, so hatte sie anfangs nicht nur in den konservativen Parteien, sondern auch unter den Nationalliberalen zahlreiche Gegner, während viele nichtagrarische Konservative ihr nicht feindlich gegenüberstanden. Jetzt war sie aber das Kampfobjekt der Parteien geworden, das zu einer Machtprobe benützt werden sollte. Wäre sie nicht seit Monaten von der liberalen Presse zu den gehässigsten Angriffen gegen die Konservativen und Agrarier aus-



genützt worden, so hätte sich eine geringe Mehrheit für sie erzielen lassen, nun fühlte sich aber eine Anzahl von Konservativen bewogen, ihre Partei nicht im Stiche zu lassen, da es offenkundig die Liberalen und Sozialdemokraten darauf anlegten, ihr eine demütigende Niederlage zu bereiten. Die verhängnisvolle Abstimmung fand am 24. Juni statt, die Steuer wurde mit 194 gegen 186 Stimmen abgelehnt, und zwar in allen Teilen, so daß sie auch nicht mehr zur dritten Lesung kommen konnte. Zur Mehrheit gehörte die Mehrzahl der Konservativen, einige Freikonservative und einige Mitglieder der wirtschaftlichen Vereinigung, das Zentrum und die Polen, zur Minderheit die Nationalliberalen, die Fraktionszwang beschlossen hatten, die übrigen Liberalen, die Sozialdemokraten und die Mehrzahl der Freikonservativen (Reichspartei).

In vier weiteren Sitzungen wurden in der Kommission die neuen Ersatzsteuern der Regierung (Erbanfallsteuer, Stempelsteuergesetznovelle, Erhöhung des Wechselstempels und Schecksteuer) beraten, auf Einspruch der Bundesregierungen waren die von der neuen Mehrheit vorgeschlagene Mühlenumsatzsteuer und der Kohlenausfuhrzoll fallen gelassen und die Kotierungssteuer in eine Zinsbogen-(Talon-)steuer umgewandelt worden, während die Einführung einer Wertzuwachssteuer auf zwei Jahre verschoben wurde. In den ersten Tagen des Juli erfolgten im Reichstage die Abstimmungen über die einzelnen Steuern, die durchwegs in der Fassung der Kommission mit den Stimmen der beiden konservativen Parteien, des Zentrums, der wirtschaftlichen Vereinigung, der Polen und der Fraktionslosen angenommen wurden, während die Liberalen, Sozialdemokraten, Welfen und Dänen dagegen stimmten. Die Liberalen hatten erklärt, sie würden sich wohl an der Diskussion beteiligen, nicht aber am Zustandekommen. Am 10. Juli gab Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg im Namen des Reichskanzlers eine Erklärung ab, die zugab, daß wohl durch die bewilligten Steuern der Gesamtbedarf des Reiches gedeckt werde, aber ein Einverständnis über die vom Bundesrate bevorzugten Besitzsteuern nicht erzielt, und die wünschenswerte Bindung der Matrikularumlagen nicht erreicht worden sei. Trotzdem habe sich der Bundesrat entschlossen, unter Vorbehalt der weiteren Verfolgung der Neuordnung der Reichsfinanzen, die vereinbarten Steuern unter Ausschluß der unannehmbaren Kotierungssteuer als einheitliches Ganze zur Verabschiedung zu bringen, wofür sachliche, nüchterne Berechnungen bestimmend gewesen seien und bei der Stellung der Parteien später kein günstigeres Ergebnis zu erwarten sei. Die Verschiebung ins Ungewisse komme trotz aller Mängel des Erreichten einer Tat der Gegenwart nicht gleich. Die verbündeten Regierungen leisteten dem Vaterlande einen Dienst, wenn sie in Gemeinschaft mit dem Reichstage in diesem Sinne handelten. Hierauf folgte die dritte Lesung, soweit sie nicht schon durchgeführt war, der einzelnen Steuern, die mit der bekannten Stimmengruppierung angenommen wurden. Damit war die Reichsfinanzreform zu Ende geführt. Nachdem am 13. Juni auch die Besoldungsvorlage in dritter Lesung in der zwischen dem Bundesrat und dem Finanzausschusse vereinbarten Fassung angenommen worden war, hatte der Reichstag seine Arbeit erledigt und wurde durch Verlesung einer kaiserlichen Botschaft geschlossen. Die Session umfaßte einen Zeitraum von acht Monaten und zehn Tagen, war somit ausgedehnter wie jede frühere und ihre bedeutsamste Tat war die Finanzreform.

Man braucht sich durch den hinterher darüber ausgebrochenen Zeitungslärm und Parteihader in der Wertschätzung dieser „Tat", wie Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg die erzielte Einigung richtig bezeichnete, nicht irre machen zu lassen. Der Bundesrat wußte ganz genau, warum er zustimmte. Bezeichnend ist für die Volksstimmung, daß der Lärm, den die liberale und sozialdemokratische Presse früher bei jeder Steuer- und Zollvorlage durch Schürung der Einzelinteressen hervorzubringen gewußt hatte, diesmal erst entstand, als das Reformschifflein sicher im Hafen lag. Vorher wollte man im Volke vom Hader nichts wissen. Hier ist es auch am Platze, mit der Fabel aufzuräumen, als sei die Reichsfinanzreform mißlungen. Sie ist im Gegenteil im ganzen wohl gelungen, denn es will bei dem heutigen Parteiwesen mit seiner ausgesprochenen Rücksichtnahme auf Wahlinteressen schon viel sagen, 500 Millionen Steuern mit einem Male durchzusetzen. Ist auch der ursprüngliche Reformplan, der wie kaum ein anderer vor der fachwissenschaftlichen Kritik bestand und auch in der öffentlichen Meinung auf keinen nennenswerten Widerstand gestoßen war, nicht in allen seinen Teilen durchgebracht worden, was ja heute kaum der geringfügigsten Gesetzvorlage zu widerfahren pflegt, so ist es doch reichlich zur guten Hälfte gelungen. Die übrige kleinere Hälfte kann auch nicht als mißlungen bezeichnet werden, und die zustande gebrachte Reform hat noch den Vorzug, daß sie infolge des Verhaltens der Parteien für etwaige Bedürfnisse der Zukunft eine gewisse Reserve an Steuern und Steuerformen übrig gelassen hat: die Weinsteuer, das staatliche Erbrecht, auch die kaum für alle Zeiten beseitigte Erbanfallsteuer, und schließlich eine weitere Tabaksteuer; denn es ist doch kaum anzunehmen, daß neben einer beträchtlichen Erhöhung anderer indirekter Steuern die diesmal unter dem Einfluß des Tabakvereins bewirkte Herabminderung der ursprünglich beabsichtigten Erhöhung von 77 auf 43 Millionen das Ende der Heranziehung dieses in allen Kulturländern viel höher besteuerten ausgesprochenen Genußmittels und Luxusgegenstandes bedeuten sollte. Die Finanzreform hat also neben der erfreulichen Tatsache, daß sie überhaupt zustande gekommen ist, auch noch einige Vorzüge. Betrübend sind nur die Begleiterscheinungen: die erneute Verfeindung der auf reinnationalem Boden stehenden Parteien und der Rücktritt des Fürsten Bülow, also insgesamt das Scheitern der sogenannten Blockidee, mit der er sich solidarisch gefühlt zu haben scheint, denn sonst lag kein Grund zu seinem Scheiden aus dem Dienste vor.

Wenn es dem erfolgreichen Diplomaten und gewandten Unterhändler nicht geglückt war, die „konservativ-liberale Paarung" durchzuführen, so konnte er sich mit seinem großen Vorgänger, dem Fürsten Bismarck trösten, dem es 1879 trotz der größten Mühe auch nicht gelang, die Nationallibe-



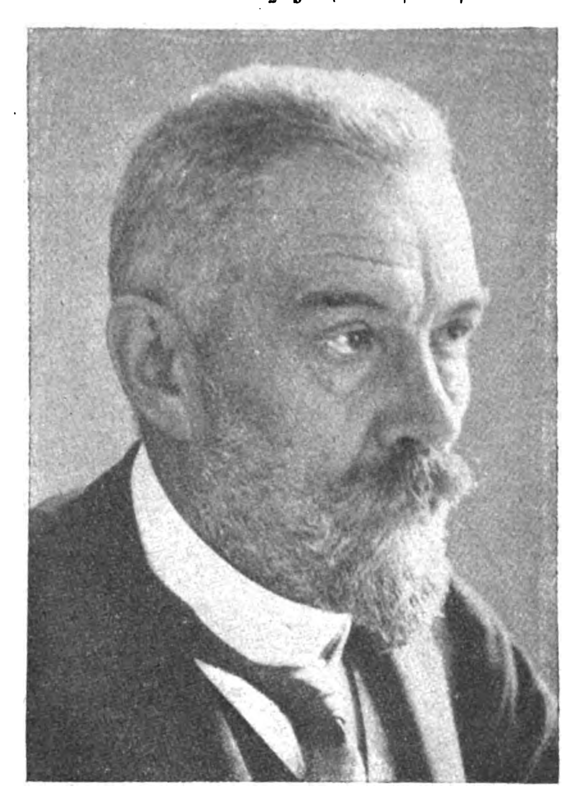
ralen für eine konservativ-liberale Mehrheit zum Zustandebringen der Zolltarifreform zu gewinnen. Diese Mehrheitsbildung gelang erst acht Jahre später, zur Zeit der großen nationalen Erregung während der Septennatswahlen. Der Blockgedanke unter dem Fürsten Bülow nahm den umgekehrten Weg: er erstand in einer lebhaften nationalen Bewegung für unsere Überseeinteressen und erstarb unter dem mit der Finanzreform verknüpften Widerstreit der wirtschaftlichen und Parteiinteressen. Das brauchte aber dem Reichskanzler immerhin doch keinen Anlaß zum Rücktritte zu geben. Er hatte eine erste entschiedene Andeutung darauf schon am 10. November des Vorjahres während der sogenannten Kaiserdebatten gemacht. Seine damaligen Worte: „Wie lange mir das möglich ist, steht dahin," war von der ganzen Milieupresse dahin ausgelegt worden, sie bezögen sich auf sein Verhältnis zum Monarchen. Es ist schon im vorigen Jahre nachgewiesen worden, daß diese Auffassung irrig sein mußte, da jenes Verhältnis feststand, und daß die Andeutung nur dem Verhältnis der Parteien gelten konnte, da sich soeben bei den die Grenze der Zulässigkeit weit überschreitenden (übrigens im Auslande wie auf das deutsche Volk jede Wirkung verfehlenden) Angriffen auf die Person des Kaisers eine weite Kluft zwischen den beiden Gruppen des Blocks aufgetan hatte, die nur schwer wieder zu schließen war. Er, der allein Verantwortliche in dieser Angelegenheit, sah deutlich diese Kluft, die sich durch eine fernere Zurückweisung von seiner Seite noch erweitert hätte, und die nur durch späteres gemeinsames Zusammenarbeiten auf nationalem Boden möglicherweise wieder ausgefüllt werden konnte. Den Anlaß dazu konnte die Reichsfinanzreform bieten, eine nationale Pflichtarbeit, hinter der auch der einmütige Wille aller vaterländisch gesinnten Kreise des Volkes stand. Ob die Hoffnungen des tiefblickenden Staatsmannes groß waren, steht dahin, die erste Lesung im Dezember war sicher nicht geeignet, sie zu stärken; der Block war, trotz der Stimmung im Reiche, nicht mehr fest genug, um die Belastungsprobe der Reichsfinanzreform auszuhalten.

Diese Auffassung läßt das weitere Verhalten des Fürsten Bülow vollkommen erklärlich erscheinen. Er hielt sein Prestige durch jene Debatten, für die er, welche Version über die Veröffentlichungen des „Daily Telegraph" richtig sein mochte, die Verantwortung trug, und denen die weitere Spaltung des Blocks gefolgt war, für erschüttert. Nur die Besinnung der Blockparteien auf die Bedingungen, unter denen sie gewählt worden waren, konnte die frühere Lage wieder herstellen, aber davon war bei der auf beiden Seiten bereits hervorgetretenen Gegensätzlichkeit und Erbitterung schon nicht mehr die Rede. Die Konservativen ließen die Rücksicht auf das Reich hinter dem agitatorischen Einfluß des Bundes der Landwirte zurücktreten, und die Liberalen schwammen vollkommen im Fahrwasser ihrer weitverbreiteten Presse, die längst wieder die alte Methode der Verhetzung gegen jede Steuer und gegen die Agrarier aufgenommen hatte. Unter diesen Umständen ist die Zurückhaltung, die der Reichskanzler bewahrte, verständlich, wenn sie auch im vollkommenen Gegensatz stand zu dem warmen Eifer, mit dem er vor drei Jahren in die Wahlagitation eingegriffen hatte. Er schien die Hoffnung aufgegeben zu haben und beschränkte sich in seiner letzten Rede am 16. Juni, neben der Rechtfertigung des Standpunktes der Bundesregierungen und unter der jetzt notwendig erscheinenden Schonung des Zentrums auf eine eindringliche Mahnung an die Blockparteien, insonderheit an die Konservativen, von denen er die bessere Einsicht in die Lage erwartete. Er wurde nicht mehr gehört oder wenigstens nicht mehr verstanden, und darum reiste er unmittelbar nach der ersten Ablehnung der Erbanfallsteuer durch das Plenum zum Kaiser nach Kiel und bat ihn am 26. Juni um Entlassung. Der Kaiser billigte die Gründe seines bewährten Reichskanzlers, entschied aber, daß der Rücktritt erst nach Durchführung der Finanzreform erfolgen sollte. Das Ereignis rief im gesamten In- und Auslande große Erregung hervor, auch von den Parteien, mit Ausnahme des Zentrums, der Polen und der Sozialdemokraten, wurde es schmerzlich empfunden, die liberale Presse beeilte sich, die Schuld allein den Konservativen zuzuschieben, und sie verlangte stürmisch die Auflösung des Reichstags in dem irrigen Glauben, für die Liberalen ständen große Wahlerfolge in Aussicht. Die Regierung ließ sich aber auf das in dieser Lage gefährliche Experiment nicht ein, und die bald darauffolgenden Reichstagsersatzwahlen haben durch ihren Ausfall gezeigt, wie sehr sie Recht hatte.

Das Bedauern über Bülows Rücktritt war allgemein, und am meisten taten sich jetzt die hervor, die ihn Jahre hindurch wegen seiner angeblich „schwächlichen" äußeren und seiner „agrarischen" inneren Politik herabgesetzt, ihm die Stimmung verdorben und die Arbeit nach außen und innen erschwert hatten. In der äußeren Politik stand seine groß angelegte Diplomatie gerade auf der Höhe des größten Erfolges, und selbst die, deren wenig beneidenswertes Gewerbe es ist, alles über ihnen stehende herabzusetzen und ins Lächerliche zu ziehen, hatten das anerkennen müssen. Die ganze Ententenpolitik hatte sich als ein hinfälliges Kartenhaus erwiesen, das vor des Kaisers und Bülows Bundestreue in lächerlicher Weise zusammengeklappt war. Der Nachlaß Bülows als Minister des Äußeren ist glänzend und wird seinem Nachfolger einen sorgenfreien Anfang und auf lange Jahre hinaus eine leichte Arbeit bieten. Verlangte es freilich die äußere Lage, so würde ihn sein Pflichtgefühl trotzdem im Amte gehalten haben. Er ist wegen der Parteizustände im Reichstage gegangen, und ob es gerade notwendig war, daraus die äußersten Folgerungen zu ziehen, darüber zu urteilen war er allein zuständig. Er hatte sich persönlich zu sehr mit dem Blockgedanken verknüpft, der wegen Mangel an Verständnis bei den Parteien wie in der Presse undurchführbar geworden war, hatte sich schließlich, wohl im Vertrauen auf die Konservativen, zu sehr für die Erbschaftssteuer eingesetzt, sodaß er bei seiner Feinfühligkeit annehmen mochte, sein staatsmännisches Ansehen habe gelitten. Beim deutschen Volke gewiß nicht, das ihm schon bei der letzten Reichstagswahl das vollste



Vertrauen entgegengebracht hatte, das in seinem Gedenken den vierten Reichskanzler stets unmittelbar neben den unvergeßlichen ersten stellen und



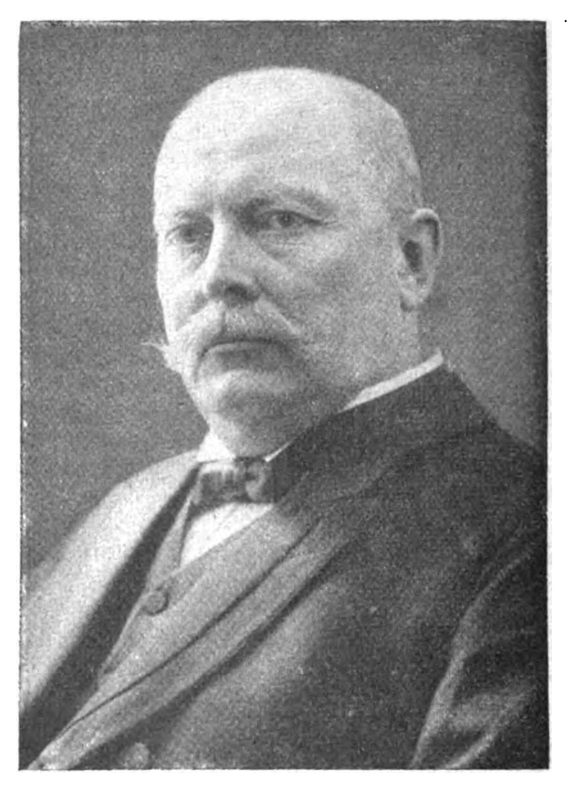
Dr. Theobald von Bethmann-Hollweg, Deutscher Reichskanzler.

sich einst, wenn der gegenwärtige Zeitungs- und Parteilärm vergessen ist, deren erinnern wird, daß es der Reichstag war, der diesen Rücktritt veranlaßte. Aus letzterem Umstande hatten ausländische Blätter den Schluß ziehen wollen, das sei der erste Anfang einer parlamentarischen Regierung in Deutschland, und einige deutsche Blätter hatten dies in ihrer Kritiklosigkeit nachgedruckt. Es ist unnötig, gegen diesen baren Unsinn ein Wort der Widerlegung zu verschwenden.

Unmittelbar nach dem Abschluß der Finanzreform, am 14. Juli, genehmigte der Kaiser das Rücktrittsgesuch des Fürsten Bülow unter Verleihung des Schwarzen Adlerordens mit Brillanten. Das Entlassungsschreiben hebt hervor, wie schwer es dem Monarchen geworden ist, auf das vertrauensvolle Zusammenwirken mit dem Fürsten zu verzichten, und sagt unter anderem: „Es ist mir aber ein Bedürfnis des Herzens, Ihnen bei dieser Gelegenheit für die Hingebung und Aufopferung, mit denen Sie in den verschiedenen Ämtern und Stellungen Ihrer ehrenvollen und segensreichen Dienstlaufbahn meinen Vorfahren, mir und dem Vaterlande so hervorragende Dienste geleistet haben, meinen wärmsten Dank auszusprechen." Der Kaiser empfing den Abschiedsbesuch des Fürsten Bülow am genannten Tage im königlichen Schlosse, führte ihn nach dem gegenüber der Burgstraße gelegenen kleinen Schloßgarten unmittelbar neben der Kurfürstenbrücke und promenierte mit ihm längere Zeit in lebhaftem Gespräch. Zahlreiche Zuschauer waren Zeugen dieses freundschaftlichen Abschieds. Von allen deutschen Bundesfürsten waren dem Fürsten Sympathiekundgebungen zugegangen. Am 18. Juli reiste er mit seiner Gemahlin zunächst nach Klein-Flottbeck bei Hamburg ab, von wo er sich später nach Norderney begab. Während der Fahrt nach dem Bahnhofe wurden beide vom Publikum mit lebhaften Hochrufen begrüßt. Auf dem Lehrter Bahnhofe hatten sich sämtliche Minister, die Beamten des Auswärtigen Amtes, zahlreiche Diplomaten und im Auftrage des Kaisers der Flügeladjutant Oberst v. Heineccius eingefunden. Bei der Abfahrt sang das Publikum: „Deutschland, Deutschland über alles."

Politische Ereignisse des zweiten Halbjahres.

Während sich im Reichstage die letzten Entscheidungen über die Finanzreform vollzogen, hatte der Kaiser wie alljährlich an der sogenannten Kieler Woche teilgenommen und dann am 6. Juli gemeinsam mit dem König Gustav von Schweden die Eröffnung des Trajekts Saßnitz-Trelleborg vollzogen. Durch die Dampffährschiffe „Deutschland," „Preußen" und „Drottning Viktoria" werden die Eisenbahnzüge von einer Küste nach der anderen zur direkten Weiterfahrt übergeführt. Die Festlichkeiten begannen am 5. Juli in Saßnitz, wo die schwedischen Gäste nachmittags auf der „Drottning Viktoria" eingetroffen waren. Abends hatte der preußische Verkehrsminister v. Breitenbach im



Klemens Delbrück, Reichsstaatssekretär des Innern.

Schlosse Dwasieden ein Diner für die deutschen und schwedischen Festgäste veranstaltet, dem später eine Fahrt auf dem Dampfer „Odin" unter malerischer

Beleuchtung der Kreidefelsen, der Ufer und des Schlosses folgte. Kaiser Wilhelm war Nachmittags 5 Uhr auf der „Hohenzollern" mit den Begleitschiffen „Hamburg" und „Sleipner" angekommen. Am anderen Vormittag um 8 Uhr traf König Gustav bei sehr schönem Wetter mit einem schwedischen Geschwader auf der Rhede von Saßnitz ein, und machte sofort auf der „Hohenzollern" einen Besuch, den der Kaiser auf dem Panzer „Oskar II." erwiderte. Auf der „Hohenzollern" fand dann ein Frühstück statt, bei dem der Kaiser und der König herzliche Trinksprüche wechselten, die der gemeinschaftlichen Bemühung beider Staaten um die Herstellung der neuen Verkehrsverbindung gedachten, die den Handel und Verkehr kräftig beleben und eine neue Brücke zwischen den von altersher befreundeten Völkern bilden möge. Nachmittags fuhren das deutsche und das schwedische Geschwader, ebenso die Fährschiffe „Deutschland" und „Drottning Viktoria" nach Trelleborg ab, wo sie nach 7 Uhr eintrafen. Wie in Saßnitz waren auch hier Kais, Molen und Hafenbollwerk mit dichten Menschenmassen besetzt und trugen reichen Flaggenschmuck. Nachdem zuerst König Gustav und dann Kaiser Wilhelm gelandet waren, hielt der Minister Graf Hamilton zuerst in schwedischer, dann in deutscher Sprache die Eröffnungsrede. Ein Festbankett für die Gäste auf dem schwedischen Fährboot schloß die bedeutungsvolle Feier.

Nach seiner Rückkehr nach Kiel machte Kaiser Wilhelm mit der Kaiserin eine mehrtägige Küstenfahrt an der Ostküste der Nordmark, wobei überall sehr herzlicher Empfang stattfand, von dem sich aber der dänische Teil der Bevölkerung absichtlich fernhielt. Der Kanzlerwechsel machte dann die Anwesenheit des Monarchen in Berlin notwendig. Am 14. Juli wurde der bisherige Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg zum Reichskanzler ernannt, der bisherige Handelsminister Delbrück wurde sein Nachfolger, der Staatssekretär des Reichsschatzamtes Sydow Handelsminister und an seine Stelle trat Unterstaatssekretär Wermuth. Der seit längerer Zeit wegen Krankheit beurlaubte Kultusminister Holle erhielt die erbetene Entlassung und der bisherige Oberpräsident von Brandenburg v. Trott zu Solz wurde sein Nachfolger. Für ihre Verdienste um das Zustandekommen der Finanzreform erhielt der Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben die Brillanten zum Kreuz und Stern der Komture des Hohenzollernordens und Handelsminister Sydow den Roten Adlerorden 1. Klasse mit Eichenlaub. Die Veränderungen in den höchsten Staatsstellen erregten in der Öffentlichkeit wenig Aufsehen, da es sich um bekannte und bereits bewährte Persönlichkeiten handelte, nur auf den neuen Reichskanzler richtete sich die allgemeine Aufmerksamkeit. Die Fabel vom Beginn des parlamentarischen Regimes wegen des Rücktrittes Bülows infolge einer parlamentarischen Entscheidung wurde durch die Ernennung sicher nicht bestätigt, denn der neue Reichskanzler wurde nicht aus den Reihen der Mehrheit entnommen. Herr v. Bethmann-Hollweg war als nächster Mitarbeiter des Fürsten Bülow mit dessen Ansichten besonders eng verwachsen, so daß seine Übernahme des Amtes wohl auch die Fortsetzung der bisherigen Politik bedeutet. Es ist auch von keiner Seite bestritten worden, daß der Kaiser den Rat Bülows eingeholt hatte. Nur die Berufung eines anderen hätte Erstaunen hervorgerufen, obwohl auch ein Diplomat, ein höherer Armee- oder Marineoffizier mit diplomatischer Erfahrung sehr wohl hätten in Frage kommen können. Der neue Reichskanzler ist der erste, der aus der inneren Verwaltung hervorgegangen ist, und man hat daraus den Schluß ziehen wollen, es sei aus dem Grunde geschehen, daß augenblicklich der Schwerpunkt der deutschen Politik auf dem Gebiete des Innern läge. Das dürfte kaum der Grund gewesen sein, denn trotz der unter dem Fürsten Bülow geschaffenen und einen dauernden Frieden versprechenden Lage kann



August von Trott zu Solz, preuß. Kultusminister.

doch kein Mensch wissen, was in der äußeren Politik der morgige Tag bringt. Sollte man erst dann geschwind einen eingearbeiteten Minister des Äußeren suchen? Besondere innere Schwierigkeiten und Aufgaben sind auch nicht ersichtlich, denn der unleidliche Parteienwirrwarr ist doch — einige erfreuliche Pausen ausgenommen — immer dagewesen. Theobald v. Bethmann-Hollweg ist 53 Jahre alt, entstammt einer Gutsbesitzer- und Beamtenfamilie im Brandenburgischen, die ihren Ursprung aus dem bekannten Frankfurter Bankhause Bethmann genommen hat. Wenn ein Berliner Blatt daraus eine jüdische Herkunft annehmen zu dürfen glaubte, so lief das auf eine Täuschung hinaus; die Familie Bethmann stammt aus dem Harz wie auch die Familie Goethe.

Der Kaiser kehrte nach diesen Personalveränderungen wieder an die Seeküste zurück, machte am 17. Juli dem Hagenbeckschen Tierpark bei Hamburg einen Besuch und trat am folgenden Tage die gewohnte Nordlandsfahrt an. Sie führte am 19. nach Bergen, wo Tags darauf König Haakon

erschien und auf der „Hohenzollern" seinen Besuch abstattete, den Kaiser Wilhelm auf der „Norge" erwiderte. Später fand ein Frühstück auf dem Aussichtspunkte Flöjen und abends Diner auf der



Adolf Wermuth, Reichsschatzsekretär.

„Hohenzollern" statt. Der freundschaftliche Verkehr der beiden Monarchen wurde auch am folgenden Tage fortgesetzt, und in der Nacht ging die „Hohenzollern" weiter nordwärts in See. Am 22. wurde der Stadt Aalesund und der neuerbauten Kirche ein Besuch abgestattet und bei ungünstiger gewordenem Wetter Molde erreicht, wo bis zum 27. Aufenthalt genommen wurde. Bei wechselnder Witterung wurde am 29. wieder Bergen, am 30. Odde erreicht. Von dort wurde am 1. August die Rückreise angetreten; am 3. langte die „Hohenzollern" Nachmittags nach 4 Uhr wieder in Swinemünde an, wo der Kaiser vom Publikum bei der Ankunft lebhaft begrüßt wurde. Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg war zum Bericht erschienen. Währenddem hatte Kaiser Nikolaus, der sich auf der Besuchsreise nach Paris und London befand, mit seiner Familie dem Prinzen Heinrich, seinem Schwager, auf Schloß Hemmelmark bei Kiel einen Besuch abgestattet, wo auch Großherzog Ernst Ludwig von Hessen mit Gemahlin eintraf. Der Aufenthalt dauerte vom 27. bis zum 29. Juli, an welchem Tage Kaiser Nikolaus die Reise durch den Kaiser Wilhelmskanal fortsetzte. Bei der Rückkehr am 6. August wurde er auf der Fahrt durch den Kanal von seinen Verwandten empfangen und begleitet. Kaiser Wilhelm fuhr ihm am 7. bis zum Andorfer See entgegen, hatte mit ihm eine herzliche Begegnung auf der Kaiserjacht „Standart" und begleitete ihn bis in die Kieler Bucht. Abends reiste Kaiser Wilhelm nach Berlin und begab sich am folgenden Tage mit der Kaiserin, die von Wilhelmshöhe nach Münster gekommen war, nach Cleve zur Feier der Enthüllung des Denkmals des Großen Kurfürsten, die am 9. zur Erinnerung an die dreihundertjährige Zugehörigkeit des Herzogtums zum Staate der Hohenzollern mit großen Festlichkeiten und unter überaus zahlreicher Beteiligung der Bevölkerung vor sich ging. Nachmittags machte das Kaiserpaar dem Grafen Bentinck und Waldeck-Limpurg auf Schloß Middachten bei dem holländischen Orte de Steeg einen Besuch und reiste am folgenden Tage nach Wetter a. d. Ruhr, um an der dreihundertjährigen Erinnerungsfeier der Zugehörigkeit der Grafschaft Mark auf der Hohensyburg teilzunehmen. Die Festlichkeit verlief in gleich glänzender Weise und unter überaus zahlreicher Beteiligung der Bevölkerung wie in Cleve. Das Kaiserpaar nahm dann in Wilhelmshöhe Aufenthalt.

Am 12. August erfolgte die Bekanntgabe der Enthebung des Kriegsministers, General der Kavallerie von Einem gen. von Rothmaler von seiner Stellung, der er acht Jahre unter allseitiger Anerkennung und Beliebtheit — namentlich auch im Reichstage — vorgestanden hatte. Er hatte wegen seines Befindens um die Enthebung ersucht und wurde vom Kaiser zunächst mit der Vertretung des kommandierenden Generals des VII. Armeekorps und später mit dem definitiven Kommando betraut. Sein Nachfolger als Kriegsminister wurde der bisherige kommandierende General des II. Armeekorps, General der Infanterie v. Heeringen.

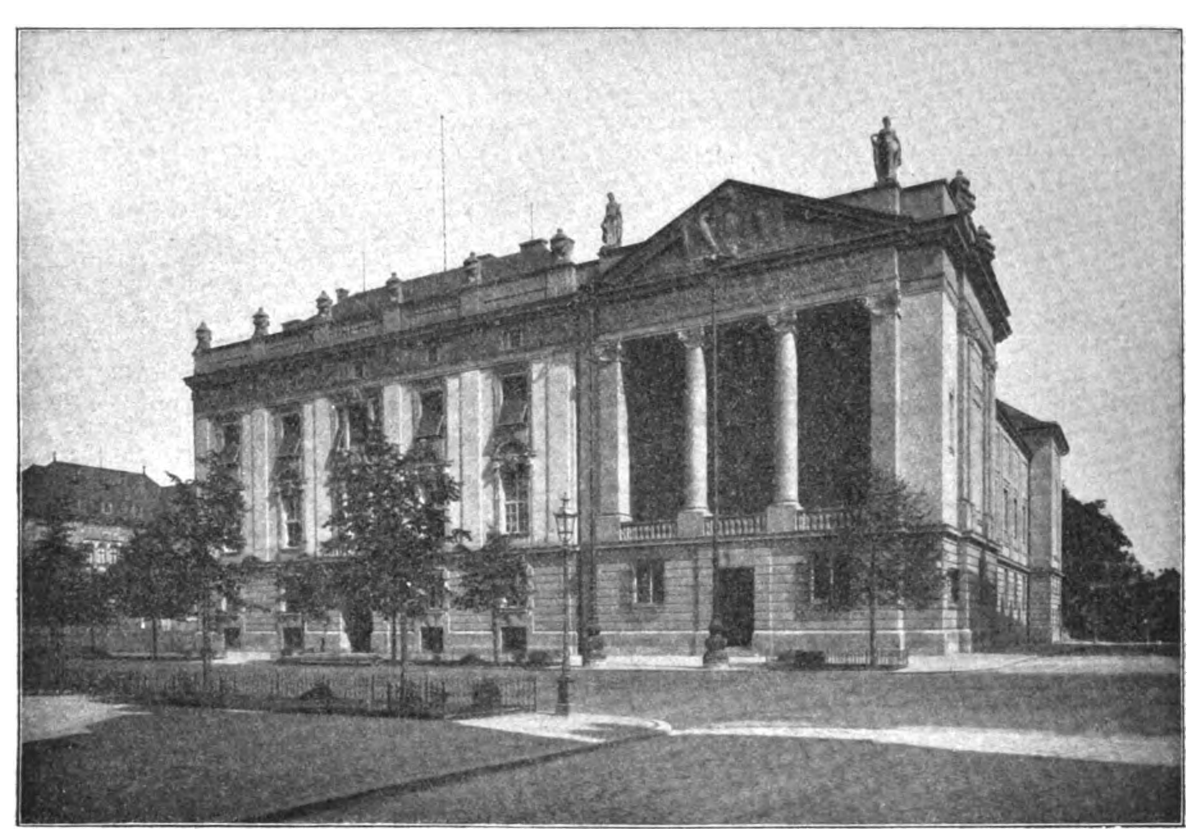
Am 18. August wurde auf Schloß Wilhelmshöhe wie alljährlich der Geburtstag des Kaisers Franz Josef feierlich begangen und am 20. in



General J. v. Heeringen, preuß. Kriegsminister.

Gegenwart des Kaisers Wilhelm in Falkenstein im Taunus das Offizier-Genesungsheim eingeweiht, das solchen Offizieren des Heeres, der Flotte und der Schutztruppe zum Aufenthalt dienen soll, die

sich in der Rekonvaleszenz befinden oder durch das Tropenklima geschädigt worden sind. Das Heim ist auf Anregung des Kaisers als Stiftung vornehmlich durch reiche Zuwendungen aus Erwerbskreisen entstanden. Der Kaiser wohnte dann am 26. August der Eröffnungsfeier des neuerbauten Hoftheaters in Kassel mit der Aufführung von Lortzings „Undine" bei, besuchte am folgenden Tage das Damenstift Fischbeck bei Hameln, wo er der Äbtissin Frau v. Butlar einen Äbtissinnenstab überreichte, und begab sich nach Berlin, um bei der Ballonfahrt des Grafen Zeppelin nach der Reichshauptstadt anwesend zu sein. Nach der Herbstparade des Gardekorps am 1. September nahm er bis zum 5. an den Flottenmanövern teil, der Paradetafel im königlichen Schlosse begleitete König Wilhelm den Kaiser, der zu den Manövern in Mähren abreiste, unter stürmischen Zurufen einer riesigen Menschenmenge zum Bahnhofe. Vier Tage darauf war Kaiser Wilhelm schon wieder bei der Parade des XIV. (bad.) Armeekorps anwesend, die bei Forchheim in der Nähe von Karlsruhe stattfand und zu der schon am Tage vorher die Großherzoge von Mecklenburg-Schwerin und von Hessen, der Herzog-Regent Johann Albrecht von Braunschweig, Kronprinz Friedrich Wilhelm und Prinz Oskar von Preußen, Prinz Ludwig von Bayern und Fürst Friedrich von Hohenzollern eingetroffen waren. Bei dem feierlichen Einzuge des Kaisers in Karlsruhe, der erst nach der



Die neue Schack-Galerie in München.

die Prinz Heinrich zum letzten Male leitete. Am 7. September war das Kaiserpaar in Stuttgart bei der Parade des XIII. (württemb.) Armeekorps anwesend, wozu schon am Tage vorher Erzherzog Friedrich als Vertreter des Kaisers Franz Josef eingetroffen und vom König wie von sämtlichen Prinzen des Königshauses auf dem Bahnhofe feierlich empfangen worden war. Bei der Parade waren außerdem anwesend: König Friedrich August von Sachsen, Prinz Eitel Friedrich, Prinz Ludwig von Bayern, Erzherzog Franz Salvator, Prinz Johann Georg von Sachsen, Fürst Friedrich von Hohenzollern, Graf Zeppelin und viele andere. Kaiser Wilhelm hatte am Tage vorher kurz nach seiner Ankunft mit der Kaiserin auch dem neuen Stuttgarter Rathause einen feierlichen Besuch abgestattet. Nach Parade erfolgte, wurde er vom Bürgermeister Sigrist mit einer Ansprache begrüßt und hatte in seiner Erwiderung, in Anknüpfung an die vortrefflichen Leistungen des Armeekorps, eine Äußerung in dem Sinne getan, daß die Armee zur Erhaltung des Friedens den rocher de bronze bilden müsse, solange es noch Kriege gebe. An diesen selbstverständlichen Gedanken versuchten wieder demokratische Blätter aller Schattierungen, die von Abrüstung und Milizheeren schwärmen, allerlei törichte Redereien über persönliches Regiment u. dgl. anzuknüpfen. Warum sollte der Kaiser als oberster Kriegsherr gerade nach den militärischen Eindrücken der letzten Tage nicht einem Grundsatze Ausdruck verleihen, der sonst allen Menschen als selbstverständlich gilt? Vor wenigen Monaten erst hatte der Respekt vor der deutschen und der österreichisch-

ungarischen Armee, und sonst nichts anderes, den Frieden erhalten.

Nach Schluß der Kaisermanöver traf Kaiser Wilhelm am 18. September zur Neueröffnung der Schackgalerie im neuen preußischen Gesandtschaftsgebäude in München ein. Bei der Ankunft früh um 8¾ Uhr wurde er vom Prinzregenten Luitpold und sämtlichen Prinzen des Königshauses, die in ihren preußischen Uniformen erschienen waren, in der herzlichsten Weise empfangen. Er selbst trug die Uniform seines bayerischen Ulanenregiments und ließ sich bei den Begrüßungen vom Prinzregenten auch den in letzter Zeit vielgenannten Prinzen Ernst August von Braunschweig-Lüneburg vorstellen. Die Fahrt durch die Stadt, die namentlich auf dem Bahnhofsplatz und dem Marienplatz reich und künstlerisch vollendet geschmückt war, erfolgte mit dem Prinzregenten unter stürmischem Hochrufen überaus zahlreicher Menschenschaaren, die trotz des nebeligen und regendrohenden Wetters die Straßen füllten. Nach dem Frühstücke in der Residenz fand in dem alten kunsthistorisch berühmten und festgeschmückten Rathause um 11 Uhr die feierliche Überreichung der goldenen Bürgermedaille an den Kaiser statt, eine Feier, die in ihrem intimen Reize und feiner künstlerischer Wirkung den Monarchen sichtlich tief ergriff. Unter Glockengeläute und Fanfarenklängen war er in der Uniform seines bayerischen Infanterieregiments im alten Rathause eingetroffen, wurde von den Vertretern der Gemeindekollegien empfangen und unter Vorantritt von Herolden, Pagen und Festjungfrauen in den Saal geleitet, den eine glänzende Festversammlung füllte. Der Kaiser nahm vor dem Throne Platz, und hierauf hielt Oberbürgermeister Dr. v. Borscht eine Ansprache, in der er daran erinnerte, daß der Kaiser die ihm vererbte Galerie des Grafen Adolf Friedrich v. Schack der Stadt München erhalten und ihr nun auch ein neues Heim geschaffen habe. In freudiger Erinnerung daran, daß sich der Kaiser in der alten Galerie selbst als Bürger von München bezeichnet habe, böte ihm jetzt die Gemeinde die goldene Bürgermedaille. Bei der Überreichung brachte der Sprecher ein begeistert aufgenommenes Hoch auf den Kaiser aus, feierlicher Gesang ertönte, Ehrenjungfrauen mit Kornblumenkränzen näherten sich blumenstreuend dem Kaiser, während Ehrendamen den Festtrunk kredenzten und eine junge Münchener Dame einen sinnigen von F. v. Ostini gedichteten Willkommengruß für den Kaiser sprach. Diese Szene von ungemein poetischem Reiz machte einen tiefen Eindruck auf die festliche Versammlung. Kaiser Wilhelm dankte mit einer Ansprache, in der er seinen herzlichen Gesinnungen für München in sinniger Beredtsamkeit Ausdruck verlieh, und tat den Ehrentrunk. In dem nun folgenden Cercle, bei dem sich Kaiser Wilhelm eine Reihe von Herren vorstellen ließ, mit denen er sich unterhielt, sprach er wiederholt seine herzliche, aufrichtige Freude über die in ihrer Art einzig stimmungsvolle Feier aus und bekundete in den zwanglosen Gesprächen das wärmste Interesse für alle Verhältnisse Münchens.

Hierauf begab sich Kaiser Wilhelm, geführt von beiden Oberbürgermeistern und geleitet von Edelknaben und Pagen, zu Fuß über den Marienplatz nach dem neuen Rathause. Der Platz, wie die Fenster und Dächer waren dicht mit Menschen besetzt, die in brausende Hochrufe ausbrachen, während von den Zinnen des Rathauses Fanfaren ertönten. Im großen Hofe wurde der Kaiser von den Münchener Gesangvereinen mit einer Hymne begrüßt, er besichtigte mit großem Interesse den prächtigen Bau und begab sich dann zu Fuß unter ununterbrochenen Hochrufen des Publikums nach der Residenz. Um 1 Uhr war Frühstückstafel in der preußischen Gesandtschaft, wo der vorher eingetroffene Kaiser den Prinzregenten empfing und in den Saal geleitete. Außerdem nahmen teil sämtliche bayrische Prinzen, der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, Ministerpräsident Frhr. v. Podewils, Oberbürgermeister Dr. v. Borscht, die auswärtigen Festgäste u. a. Nach der Tafel begaben sich die Gäste in den anstoßenden Lenbachsaal der Schackgalerie, wo sich das diplomatische Korps, das Ministerium, der Erzbischof, eine große Anzahl von Reichs- und Staatsräten, Professoren, Künstler ꝛc. eingefunden hatten. Kaiser Wilhelm betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß die Sammlung auch ein Maßstab zur Beurteilung der jetzigen Kunst sein solle. Der Künstler habe die schöne Aufgabe, „nicht nur die Vorkommnisse des alltäglichen Lebens in zum Teil drastischer, sensationeller und abstoßender Form zur Darstellung zu bringen, sondern vielmehr unter dem Einfluß der Ästhetik mit reinem Sinn, in vornehmer Auffassung, die Flamme des Ideals in der Brust, seine Zeitgenossen über die Misere des alltäglichen Lebens emporzuheben und das Schönheitsgefühl des Volkes zu pflegen und zu stärken.“ Er bat zum Schluß den Prinzregenten, die Galerie für eröffnet zu erklären. Prinzregent Luitpold dankte dem Kaiser für die der bayerischen Hauptstadt schon oft und jetzt abermals bewiesene gnädige Gesinnung, erklärte die Galerie für eröffnet und schloß mit einem Hoch auf den Kaiser, der aber sofort mit einem Hurraruf auf den Prinzregenten erwiderte. Mit diesen Huldigungsgrüßen schloß die Eröffnungsfeier, und es folgte ein Rundgang durch die Galerie, wobei Kaiser Wilhelm den Prinzregenten Luitpold geleitete. Abends war Hoftafel im Residenzschlosse, bei der die gewechselten Toaste der ausgezeichneten Haltung der bayerischen Truppen beim Kaisermanöver galten. Der Kaiser reiste Abends 10 Uhr nach Altenburg ab. Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, der vom Prinzregenten und vom Prinzen Ludwig empfangen, und dem der Hubertusorden verliehen worden war, begab sich nach Wien.

Sonntag den 19. September, früh 8½ Uhr, traf Kaiser Wilhelm in Altenburg ein, wenige Minuten später kam die Kaiserin Augusta Viktoria von Potsdam an. Herzog Ernst und die Herzogin waren auf dem Bahnhofe anwesend, die Begrüßung war ungemein herzlich. Die Fahrt nach dem Schloß erfolgte unter dem brausenden Jubel der Bevölkerung. Während des Frühstücks sangen im Schloßhofe 1000 Schulkinder, die Mädchen mit Blumenkränzen im Haar, vaterländische Lieder. Das Kaiserpaar wohnte dem Gottesdienste in der Schloßkirche bei und begab sich um 11½ Uhr zum Marktplatz,

wo der Kaiser Parade über den Landes-Kriegerverband Sachsen-Altenburg abhielt, von dem 132 Vereine mit Fahnen und Musik erschienen waren. Dann folgte der Huldigungszug der Bauernschaft des Ostkreises. Eine Deputation in der bekannten Landestracht begrüßte das Kaiserpaar; ein alter Bauer hielt eine Ansprache, eine Bäuerin begrüßte die Kaiserin, eine andere überreichte Blumen. Der Kaiser und die Kaiserin dankten und reichten den erfreuten Leuten freundlich die Hand. Den Festzug eröffneten Vorreiter mit Schärpen in den Reichs- und Landesfarben, dann folgte ein bäuerliches Trompeterkorps zu Pferde, berittene Fahnenträger, der Festausschuß im Wagen und dann ein großer ländlicher Hochzeitszug, wie er in reichen Bauernfamilien noch heute vorkommt: Musikanten, Fahnenträger, Hochzeitsbitter, Freundinnen der Braut, Blumen streuende Kinder, Brautjungfern, das Brautpaar (das in den nächsten Tagen wirklich Hochzeit hatte), Brautführer, die Eltern des Hochzeitspaares, der Ausstattungswagen mit Bettgestell, Spinnrad und Wiege, Verwandte und Gäste — alles zu Pferde und in Wagen — und zum Schluß etwa 100 Freunde des Bräutigams zu Pferde. Der Kaiser und die Kaiserin waren sichtlich erfreut über die prächtigen Gruppen des Festzuges. Auf der Rückkehr zum Schlosse, wo um 7 Uhr Galatafel stattfand, wie bei der Fahrt nach dem Bahnhofe um 10 Uhr Abends waren sie unausgesetzt der Gegenstand begeisterter Kundgebungen der von weit und breit herbeigeeilten Bevölkerung. Die Kaiserin kehrte nach Potsdam zurück, der Kaiser begab sich in das Manövergelände der sächsischen Truppen (XII. und XIX. Armeekorps), wurde am 21. früh vom König Friedrich August und den sächsischen Prinzen auf dem Bahnhofe Hainichen erwartet und fuhr mit ihnen in Automobilen in das Übungsgebiet. Dann wurde auch noch die von den Eisenbahntruppen erbaute Feldeisenbahn Borritz—Wilsdruff und die 280 Meter lange Feldbrücke bei Meißen besichtigt. Die Ankunft in der prachtvoll renovierten Albrechtsburg erfolgte erst Abends 7 Uhr. Kurze Zeit darauf begann die Manövertafel im großen Bankettsaal. Um $9^1/_2$ Uhr wurde eine Elbfahrt auf dem Dampfer „Kaiser Wilhelm II.“ unternommen, um die Illumination der Stadt, der Elbufer, der Fahrzeuge und der entfernteren Höhen in Augenschein zu nehmen. Die Beleuchtung der Albrechtsburg bildete dabei den Höhepunkt.

Das Kaiserpaar traf am 22. September in Rominten ein und blieb dort bis zum 5. Oktober. An diesem Tage machte Kaiser Wilhelm in Königsberg einen Besuch, nahm das Frühstück im Kasino des 2. Ostpr. Gren.-Rgts. Nr. 3 (König Friedrich Wilhelm I.) und reiste nachmittags nach Cadinen. Von dort machte er am 8. dem Bischof von Ermland Dr. Bludau in Frauenburg einen Besuch, fuhr von da im Automobil über Elbing nach Marienburg und traf $^1/_2$7 Uhr Abends in Danzig ein, wo er nach Besichtigung des Patschkenhauses (mit Majoliken aus Cadinen) im Uppenhagen-Park das Diner im Offizierskasino der Leibhusaren-Brigade in Langfuhr nahm und $^1/_2$11 Uhr nach Hubertusstock abreiste. Am 18. Oktober fand in der Friedenskirche zu Potsdam die Konfirmation und Einsegnung der Prinzessin Viktoria Luise in Anwesenheit ihrer kaiserlichen Eltern, sämtlicher Angehörigen der kaiserlichen Familie und vieler fürstlicher Verwandten, des Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg, des Oberhofstaates, von Vertretern der staatlichen, städtischen und Gemeindebehörden unter den im Hohenzollernhause üblichen Bräuchen statt. Die Ansprache hielt Oberhofprediger D. Dryander. Die Prinzessin legte nach Hausbrauch das von ihr selbst geschriebene Glaubensbekenntnis ab, dem sie Ev. Joh. 6, Vers 68, 69 zugrunde gelegt hatte. Nach der Einsegnung nahm die kaiserliche Familie gemeinsam mit der Prinzessin das Abendmahl.

Ein nach verschiedenen Richtungen hin Interesse bietendes Ereignis war der viertägige Besuch des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Erzherzogs Franz Ferdinand mit Gemahlin bei der kaiserlichen Familie in Potsdam. Bekanntlich ist die Gattin des Thronfolgers eine ehemalige Gräfin Chotek, und ihre Kinder sind nicht ebenbürtig. Sie ist nicht in allen Kreisen der kaiserlichen Familie gern gesehen, hat sich aber klugerweise darauf beschränkt, ihrem ritterlichen Gatten ein trautes Familienheim zu schaffen und hat sich dadurch eine Stellung erworben. Wenn sie auch bei den Hoffestlichkeiten früher niemals erschien, versäumten doch die fürstlichen Besucher in Wien in keinem Falle, im Belvedere, der Residenz des Thronfolgers, vorzusprechen, wo sie als Fürstin Sophie von Hohenberg als Hausfrau waltete. Anfang Oktober erfuhr sie eine Standeserhöhung, indem sie zur Herzogin mit dem Titel Hoheit ernannt wurde, wodurch sie zwar noch immer nächst den Erzherzoginnen rangiert, aber ihre Stellung wenigstens äußerlich stark ausgeglichen wird. Es wurde vermutet, daß diese Standeserhöhung auch mit dem bevorstehenden Besuche in Potsdam im Zusammenhang stehe, wo die Gattin des Thronfolgers als Herzogin und Hoheit erschien. Der Besuch, der der persönlichen Freundschaft zwischen dem Kaiser Wilhelm und dem Erzherzog-Thronfolger entsprungen ist, trug in Berücksichtigung der Verhältnisse am Wiener Hofe einen rein freundschaftlichen Charakter und bewegte sich so wenig als möglich im Rahmen des höfischen Zeremoniells. Offizielle Festlichkeiten fanden nicht statt. Erzherzog Franz Ferdinand weilte den größten Teil der Zeit mit dem Kaiser auf Hofjagden im Hannöverischen, während seine Gemahlin bei der Kaiserin Auguste Viktoria in Potsdam verblieb, mit ihr Wohltätigkeitsanstalten besichtigte und auch im Hoftheater erschien.

Die Ankunft erfolgte am 11. November um 12 Uhr 47 Minuten auf dem Anhalter Bahnhofe in Berlin, wo Kaiser Wilhelm, die Prinzessin Eitel Friedrich, der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, der österreichisch-ungarische Botschafter v. Szegyönyi u. a. erschienen waren und eine Ehrenkompagnie vom Kaiser Franz-Gardegrenadierregiment aufgestellt war. Die Begrüßung war ungemein herzlich, und die Herrschaften fuhren danach in Automobilen durch den Grunewald nach Potsdam, wo nach ebenfalls sehr herzlicher Begrüßung durch die Kaiserin ein Familienfrühstück stattfand. Abends war in der Jaspisgalerie

Tafel, zu der außer den in Berlin anwesenden Fürstlichkeiten der Kronprinz von Griechenland mit Gemahlin, der Reichskanzler, Botschafter v. Szögyényi-Marich, Staatssekretär Freiherr von Schoen u. a. geladen waren. Am folgenden Vormittag fuhr der Kaiser mit dem Erzherzog nach Letzlingen, wo Jagden auf Damwild und Wildschweine abgehalten wurden und Abends bei der Tafel auch der berühmte, noch von Friedrich Wilhelm III. herstammende Vexierbecher aus Hirschgeweihen seine Rolle spielte. Am 13. abends trafen die Jagdgäste wieder in Potsdam ein. Am nächsten Tage wohnte Erzherzog Franz Ferdinand mit Gemahlin dem Gottesdienste in der katholischen Kirche in Potsdam bei, machte dann dem Prinzen Friedrich Leopold in Glienicke einen Besuch und nahm um 1 Uhr am Familienfrühstück im Neuen Palais teil. Nach demselben fuhr Kaiser Wilhelm mit dem erzherzoglichen Paar — der Kaiser mit der Herzogin im ersten Automobil — nach Charlottenburg, wo das Mausoleum und das Schloß besucht wurden. Nach ungemein herzlicher Verabschiedung erfolgte die Abreise des erzherzoglichen Paares um 4¼ Uhr vom Bahnhof Charlottenburg. Es verdient bemerkt zu werden, daß dieser Besuch in ganz Deutschland mit warmer Sympathie aufgenommen und als neuer Beweis für die engen Beziehungen der beiden Kaiserhöfe und für den dauernd gesicherten Bestand des Bündnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn angesehen wurde.

Der Wirrwarr der Parteien.

Es scheint fast so, als ob das deutsche Volk mit seiner Neigung zu staatsgefährlicher und volksschädigender politischer Eigenbrötelei immer ein problematisches Volk bleiben soll, das selbst die politische Unfruchtbarkeit als Ideal aufputzt, große Worte für Taten nimmt und mit politischer Wichtigkeit nichtige „Grundsätze" predigt. Ab und zu ist es seinen großen Männern gelungen, diese Erbsünde unschädlich zu machen und neue kräftige Antriebe zu geben. Aber schon Bismarck hat auf diesem Gebiete nationale Rückfälle erleben müssen, und der Versuch des Fürsten Bülow, die nationalen Kräfte zu ernster Tätigkeit zu sammeln, ist nach kaum zwei Jahren an dem alten Parteijammer gescheitert, von dem das Volk sich mit Ernst abzuwenden begonnen hatte. Die 15 Fraktionen und Fraktiönchen, oder richtiger ihre Führer, haben es in einem halben Jahre fertiggebracht, den kraftvollen Aufschwung des Volkes wieder in die hergebrachte Zerfahrenheit zu verwandeln, und gerade in einer Zeit, in der das Reich ohne Schwertschlag, ja selbst ohne Drohung, gewissermaßen nur durch die durchschlagende Kraft seines Daseins in schwieriger Lage jene führende Stellung wiedergewonnen hatte, die seit Bismarcks Abgang verloren gegangen zu sein schien. Für solche Momente haben unsere Parteiführer kein Verständnis, sie gleiten höchstens mit einigen nichtssagenden Redensarten darüber hinweg und fahren fort, ihren privatpolitischen Standpunkt auf die Lebens- und Schicksalsfragen ihres Staates anzuwenden. Ein Mandat mehr für die Partei gilt ihnen mehr als die entscheidendsten Angelegenheiten des Reichs, dessen Namen sie oft geradezu mißbrauchen, um ihre Parteibegehrlichkeiten zu verbrämen. Mit dieser Praktik haben sie es glücklich dahin gebracht, die einheitliche Volksstimmung, die noch beim Jahresanfang opferbereit die schleunige Erledigung der Reichsfinanzreform heischte und vollen Unwillens über die Verschleppung im Reichstage war, binnen wenigen Monaten in das frühere, vor der Reichstagswahl bestandene Chaos zu verwandeln. Jede Mißstimmung ist den Demagogen recht, denn ihr Vorhandensein gibt ihnen die Möglichkeit, sie in eine gewünschte Richtung abzulenken. Diese schöne Gelegenheit wäre verloren gegangen, wenn der Reichstag mit rascher Tat die Finanzreform beschlossen und damit der nationalen Volksstimmung einen weiteren Aufschwung und die Festigung für alle Zukunft gegeben hätte. Man hoffte eben, für die eigene Partei durch Anreizung der Privatinteressen mehr Vorteil zu erzielen und die Mißstimmung gegen den Reichstag auf die Gegenparteien abzuleiten. Das Experiment ist insoweit gelungen, als die Parteiverhetzung in der früheren Weise von neuem blüht, aber die Parteihoffnungen haben sich als eitel Täuschung erwiesen: der lachende Erbe ist die Sozialdemokratie, der man abermals wie beim Zolltarif und bei der Fleischnothetze die Agitation gratis geliefert hat.

Es ist schon in früheren Jahrgängen darauf hingewiesen worden, daß sich die liberalen Parteien über ihre Erfolge bei der Reichstagswahl einer unzweifelhaften Täuschung hingaben. Die liberalen Blätter phantasierten viel von einem Sieg des Liberalismus, während doch bloß von einem gewaltigen Durchbruch des nationalen Gedankens und von einer kräftigen Unwillensäußerung der bürgerlichen Parteien gegen die sie peinigenden Sozialdemokraten die Rede sein konnte. Der Aufschwung des Liberalismus war früher ausgeblieben, weil es dazu an den nötigen Wählern fehlt, und die liberalen Abgeordneten, mit wenigen Ausnahmen, nur in Stichwahlen durch Unterstützung von rechts oder links als das kleinere Übel in den Reichstag gewählt worden waren. Im Jänner 1907 war es anders gewesen. Da waren auf den Ruf Bülows Wähler aller Parteien, dazu auch sehr viele bisherige Nichtwähler herbeigeeilt, und hatten in nationaler Begeisterung jeden gewählt, der sich zu Kaiser und Kanzler bekannte. Das war doch kein Aufschwung des Liberalismus, aber der Wahlerfolg hätte sich dazu gestalten können, wenn sich die liberalen Führer nicht einer grundsätzlichen Täuschung darüber hingegeben hätten. Die Schuld liegt hauptsächlich in der liberalen Presse. Die Unzahl der deutschen Zeitungen erscheint in Städten, und darum haben sie, mit geringen Ausnahmen, eine liberale städtische Haltung, wenn auch in den verschiedensten Nuancen. In diesen Blättern tauchte der „Aufschwung des Liberalismus" immer wieder auf, wurde zwischen ihnen hin und her geschoben, variiert und gesteigert, und das mußte auf Leute, die bloß „zwischen Häusern und Zeitungen leben," wie einstmals Bismarck treffend bemerkte, den Eindruck machen, das sei die öffentliche Meinung. Das war aber eben die Täuschung, und die Regierung



weiß es sehr wohl. Als darum nach der ersten Ablehnung der Erbanfallsteuer der ganze Chor der liberalen Blätter den Ruf nach Auflösung des Reichstags erhob, hütete sie sich, darauf einzugehen, und Fürst Bülow wußte ganz genau, daß er wohl Nichtwähler und Mitläufer ins nationale, aber nicht ins liberale Lager ziehen könne, daß vielmehr die ersteren wieder zuhause bleiben und die letzteren abermals mit den Sozialdemokraten wählen würden. Alle späteren Nachwahlen haben es bestätigt.

Die mehr oder weniger vorteilhafte Stellung in einem Parteibündnis, wofür doch der Block galt, hängt lediglich von dem Maße des Vertrauens ab, das sich eine Partei bei den anderen erwirbt. Es wird nicht verkannt, daß sich namhafte Führer der Liberalen, freisinnige und süddeutsche Volksparteiler noch mehr als nationalliberale, im ersten Jahre redlich bemüht haben, auf diese Vertrauensstellung hinzuwirken, und sie hatten auch dafür bei den Konservativen das wärmste Entgegenkommen gefunden. Aber das hatte sich mit der Zeit geändert. Die liberale Presse stellte immer wieder die Forderung auf und richtete sie auch an die Regierung, infolge des angeblichen Sieges des liberalen Gedankens müsse nun auch ausschließlich im liberalen Sinne regiert werden. Es ist doch aber bei einem Parteienbündnis untunlich, daß bloß im Sinne einer Partei vorgegangen wird, es müssen vielmehr für alle Einzelfälle Kompromisse vereinbart werden, wie es auch beim Börsen- und beim Vereinsgesetz der Fall gewesen war. Am auffälligsten war die Forderung auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen. Nach Lage der Sachen ist doch ohne weiteres klar, daß dafür weder im Abgeordnetenhaus noch im Herrenhaus eine Mehrheit und die Zustimmung der Regierung überhaupt nicht zu haben war. Ferner ist das allgemeine Wahlrecht ursprünglich gar kein liberaler Grundsatz, denn im konstituierenden Reichstage des Norddeutschen Bundes hatten sich die damaligen Fortschrittler gegen seine Einführung viel entschiedener ausgesprochen als selbst die äußersten Konservativen. Außerdem war mit Sicherheit vorauszusehen, daß nach Einführung dieses Wahlrechts in Preußen die meisten liberalen Mandate an die Sozialdemokraten fallen mußten und die übrigen nur durch Unterstützung von rechts gehalten werden konnten. Unter diesen Umständen erschien die Annahme ganz berechtigt, daß dieses Vorgehen der Liberalen nur rein agitatorisch gemeint war, vielleicht in der Absicht, den Sozialdemokraten Wähler zu entziehen. Aber es ist ihren Führern dabei ganz entgangen, daß die Aufrollung dieser Frage, die eigentlich nur von den Sozialdemokraten vertreten wurde und nur ihnen zugute kommen würde, im vollständigen Widerspruche mit dem Gedanken des Blocks stand und nicht angeregt werden durfte, solange man darin bleiben wollte. Als die Erbitterung der Parteien am höchsten gestiegen war, wurde in der liberalen Presse das allgemeine Wahlrecht in Preußen sogar durchgängig als Gegengabe für die Reichsfinanzreform gefordert.

Dazu waren bei den sogenannten Kaiserdebatten die jedes Maß überschreitenden persönlichen Angriffe gegen den Monarchen und die weitere Forderung nach Einführung des parlamentarischen Regiments gekommen: lauter Dinge, die den Konservativen das Verbleiben im Block unbehaglich machen mußten. Die Möglichkeit des Scheiterns des Blocks und des darauf folgenden Rücktritts des Fürsten Bülow ist schon im vorigen Jahre bei der Besprechung der Kaiserdebatte angedeutet worden, die dem unparteiischen Zuschauer nicht anders als ein Wendepunkt in der Parteienlage erscheinen mußte. Der Bruch erfolgte freilich erst bei der Finanzreform, wobei wieder der liberalen Presse ein großer Teil der Schuld zufällt. Obwohl die Führer und auch sämtliche Parlamentarier ständig versicherten, sie würden ernstlich am Zustandekommen der unvermeidlichen Finanzreform mitarbeiten, begann doch die liberale Presse, ganz wie in den früheren Zeiten der reinen Oppositionsstellung, die einzelnen Steuervorlagen herunterzureißen, die ganze Finanzreform zu bekämpfen und sich zum Sprachrohr der Interessen aller Gewerbskreise herzugeben, die von den neuen indirekten Steuern einen Nachteil für ihren Geschäftsgewinn befürchteten. Das machte zwar anfangs keinen Eindruck auf die Bevölkerung, sah aber nicht nach positiver Mitarbeit aus und war politisch unklug, denn die liberale Presse hätte wissen müssen, daß das Zentrum bereit stand, um durch Eintreten in jede durch Veranlassung der Liberalen geschaffene Lücke bei der Finanzreform die vor zwei Jahren eingebüßte parlamentarische Stellung wiederzugewinnen. Beharrlich und bedachtsam hat das Zentrum daran gearbeitet, die Stellung des Fürsten Bülow zu untergraben. Die Arbeit wäre nicht so bald gelungen, wenn nicht die Linke sich bemüht hätte, den sogenannten Block zu einer Art liberaler Versicherungsanstalt zu machen, wenn sie vielmehr seinem rein nationalen Zwecke mehr Rechnung getragen hätte, und infolgedessen Rechte und Linke sich dauernd auf der mittleren Linie zusammenfinden konnten. Aber die Hetzereien über die sogenannte „Liebesgabe" und die Wiederaufnahme der alten Schimpfpolitik gegen die Konservativen in der liberalen Presse und selbst von liberalen Abgeordneten machte es diesen kaum noch möglich, von ihrem Standpunkte weiter nachzulassen. Da schon mehrfach deutlich zu erkennen gewesen war, wie bereitwillig die liberalen Parlamentarier der Strömung ihrer Presse nachschwammen, mußte der innerlich seit den Novemberdebatten bereits geborstene Block auch nach außen in Trümmern gehen.

Das war die notwendige Folge der Täuschung über den vermeintlichen Aufschwung des Liberalismus. Die Erbanfallsteuer sollte nun der Punkt sein, von dem aus man die konservative Welt aus den Angeln heben wollte. Wie man sich auch zu dieser Steuer stellen mochte: eine entscheidende Bedeutung konnte man ihr grundsätzlich nicht beimessen. Gas- und Elektrizitätssteuer, Inseratensteuer 2c. waren glatt abgelehnt worden, und die Regierung hatte Ersatzsteuern eingebracht; die Tabaksteuer war in der Kommission von 77 auf 73 Millionen heruntergesetzt worden, und die Regierung hatte keine Miene verzogen. Sie hatte

wohl auch die von den Konservativen grundsätzlich abgelehnte Erbanfallsteuer der stärksten getadelten Härten entkleidet, freilich ohne den gewünschten Erfolg, aber es hätte, wie die Folge lehrte, auch leicht Ersatz dafür geschaffen werden können. Unter diesen Umständen muß doch die Frage aufgeworfen werden: warum sich Fürst Bülow gerade für diese Steuer so sehr einsetzte und nach ihrer Ablehnung sogar seinen Abschied nahm. Die Antworten der gewöhnlichen Presse darauf waren falsch, denn sie beruhten auf der hergebrachten Täuschung, aber eine Lesart dürfte richtig sein. Darnach habe der Reichskanzler, der schon bei den Novemberdebatten den inneren Zusammenbruch des Blocks erkannt hatte und darum nach der Vollendung der Reichsfinanzreform ohnehin zurücktreten wollte, um nicht mit dem wieder in den Vordergrund tretenden Zentrum verhandeln zu müssen, nur noch den Zweck verfolgt, die Finanzreform zu sichern. Bei dem hinhaltenden Benehmen der Liberalen, die mit Rücksicht auf ihre Wähler nur zögernd an die direkten Steuern herangingen, bei der bis zur Erbitterung gesteigerten Verfeindung von rechts und links und der Taktik des Zentrums, daraus Vorteil zu ziehen, war an eine schleunige Erledigung der Reform überhaupt nicht zu denken, und wahrscheinlich wäre sie heute noch nicht fertig. Rasch mußte es dagegen gehen, wenn er demonstrativ seine Person opferte und dadurch seine erbitterten Gegner für die Sache interessierte und verpflichtete. Das Kalkül war richtig gestellt. Als er bei der Erbanfallsteuer gewissermaßen die Kabinettsfrage stellte und Polen und Zentrum sie mit Befriedigung niedergestimmt hatten, trat er zurück, und richtig: die neue Mehrheit, der sich im Reichsinteresse die Reichspartei anschloß, fand nun binnen zwei Wochen Ersatzsteuern und bewilligte alles, nur damit er nicht wiederkommen sollte. Damit war das Werk durchgesetzt worden, und der Bundesrat nahm die Reform an, wie ausnahmsweise erklärt wurde einstimmig, und bezeichnete sie als eine „Tat".

Die Liberalen beteiligten sich nicht mehr an den Abstimmungen und erwarteten, damit einen guten Eindruck auf die Wähler zu machen. Auch das ist eine Täuschung gewesen. Sie haben damit nur den Sozialdemokraten ein weiteres Recht, gegen die Bedrückung der „Armen" durch die indirekten Steuern zu hetzen, und ihrer Presse Anlaß gegeben, in ähnlichem Tone die ganze Steuerreform zu verlästern und damit der Sozialdemokratie die Wege zu ebenen. Darum die Mißerfolge bei den Nachwahlen, in denen alle liberalen Kandidaten gegen Sozialdemokraten unterlagen. Die Spaltung des Blocks, die unausgesetzte Verhetzung gegen die Konservativen und schließlich der Rücktritt Bülows bedeuten allerdings einen starken Ruck nach links, den die Liberalen im eigensten Interesse hätten hemmen sollen, statt ihn durch Reden und die Agitation zu beschleunigen. Um mit einem Bilde Bismarcks zu sprechen, waren sie blindlings in einen Zug nach Potsdam eingestiegen und gedachten, in Kohlhasenbrück auszusteigen, aber es war ein Schnellzug, der sie unaufhaltsam nach Potsdam mitführte. Das heißt: die von ihnen angefachte Agitation kam nur der Sozialdemokratie zugute, sie stellte überall die Parteizustände vor den letzten Reichstagswahlen wieder her, sie verwandelte die Steuerfreudigkeit der weitesten Kreise der Bevölkerung in eine schließlich in demokratische Kanäle verlaufende unfruchtbare Verärgerung. Diese wurde noch vermehrt durch die Begehrlichkeit gewisser Händlerkreise und Brauereiverbände, die die liberalen und sozialdemokratischen Übertreibungen bei der Steuerhetze zu einer unerhörten Preissteigerung benutzen wollten, die sich aber die Bevölkerung doch nicht wieder wie in früheren Zeiten gefallen ließ, sondern mit einer ernsten Boykottbewegung die Herabsetzung auf die durch die Steuer gerechtfertigte Höhe durchsetzte. Die Sache hatte übrigens eine recht erfreuliche Folge, denn es kamen sehr viele Leute dahinter, daß man auch bei Beschränkung des gewohnten Biergenusses ein durchaus anständiges Leben führen kann. Die Folgen haben die Biererzeuger einzig und allein ihrer Profitwut zuzuschreiben, wenn sie auch die Steuer dafür verantwortlich machen werden.

Die Vorgänge bei dem Zustandekommen der Reichsfinanzreform samt dem Rücktritt des Reichskanzlers hatten noch einige Nachspiele auf dem Gebiete des Parteiwesens zur Folge. Wenige Tage nach seinem Rücktritt wurden im „Hamb. Koresp." Auslassungen des Fürsten Bülow über die Ursachen seines Rücktritts und die neue Parteienstellung von seinem bekannten Standpunkte aus dargelegt, nur mit dem besonderen Unterschiede, daß seine Vorwürfe gegen die Haltung der Konservativen noch schärfer zugespitzt waren wie früher. Er tadelte, daß sie das Opfer, das er persönlich von ihnen verlangt hatte, ihm persönlich verweigert und er dadurch in die Lage gebracht wurde, die Finanzreform mit dem Zentrum und den Polen zustande bringen zu müssen. Das wurde nun wieder von den Liberalen zu heftigen Angriffen gegen die Konservativen ausgenützt, bis sie darauf aufmerksam gemacht wurden, daß Fürst Bülow ihrer doch gar nicht gedacht habe, und am allerwenigsten ihr Verhalten bei den letzten Ereignissen rühmte. Das tat er auch nicht einige Tage später in seiner Antwort auf die Telegramme, die die nationalliberale Partei nach seinem Scheiden aus dem Amte an ihn gerichtet hatte. Er betonte ausdrücklich nur „die Ergebnisse gemeinsamer Arbeit der konservativen und liberalen Fraktionen," wünschte der nationalliberalen Partei „eine Zukunft, die ihren in der Vergangenheit erworbenen großen Verdiensten um die Belebung des nationalen Gedankens im deutschen Volke und um den Ausbau unserer politischen Einheit entspricht," erwähnte aber mit keiner Silbe die Stellungnahme der Partei bei der Finanzreform, obgleich die zweite Depesche deutlich darauf angespielt hatte. Die Liberalen konnten daraus keinen Anlaß ableiten, sich gewissermaßen die Rolle der Leidensgefährten des Fürsten zurechtzulegen, und ließen auch die darauf gerichteten Versuche bald fallen.

Diese Vorgänge, namentlich der Rücktritt des Fürsten Bülow, hatten in der konservativen Partei eine nicht geringe Erschütterung hervorgerufen. Das hatte man nicht gewollt, das ging gegen



die konservative Tradition. Namentlich die nichtagrarischen Kreise, die auch die grundsätzliche Gegnerschaft gegen die Erbanfallsteuer nur in geringer Zahl teilten, waren mit der Parteileitung im hohen Maße unzufrieden. Man warf ihr vor, daß sie die dringende Mahnung des Fürsten Bülow nicht beherzigt und den Schein auf sich geladen hatte, als hätten ihn die Konservativen gestürzt, wie der ganze Chor der liberalen Presse behauptete; daß sie nicht den Anschein vermieden hatte, daß die konservative Partei nicht besser sei wie die anderen. Man erhob auch mit Recht Vorwürfe gegen die parlamentarische Taktik der Führer. Erst am 10. Juli, nachdem die Entscheidungen bereits gefallen waren, hielt Herr v. Heydebrand und von der Lasa, der Vorsitzende, eine bedeutsame, der Partei würdige Rede, in der er namentlich betonte, einer Körperschaft, wie der Reichstag, in dem wohl einmal die Sozialdemokraten die Mehrheit erlangen könnten, dürfe man in keinem Falle Eingriffe in das Privatvermögen einräumen. Das war ein Standpunkt, der Beachtung verdiente, und den man als Hauptargument bei der Opposition gegen die Erbsteuer hätte verwenden müssen. Statt dessen hatte man vorher eigentlich nur agrarische Redner vorgeschickt, die mit ihren tragischen Worten über die Untergrabung des Familiensinns und anderen sentimentalen Wendungen wohl einen Eindruck in Versammlungen des Bundes der Landwirte machen konnten, aber nicht in einem Reichstage, der doch über die Auflegung von 500 Millionen neuer Steuern beschließen sollte, die jedermann erhebliche Opfer auflegten. Gerade solche Äußerungen wurden von der liberalen Presse eifrig gegen die Konservativen ausgenutzt, um ihnen Eigennutz und Ähnliches vorzuwerfen. Hier lagen offenbar starke taktische Fehler vor, die das Ansehen der Partei schädigten. Auch ging die Meinung dahin, bei geschickterer parlamentarischen Stellungnahme hätte es nicht schwer fallen können, die Liberalen zu einer entschieden verneinden Haltung in der Frage der indirekten Steuern zu zwingen, bevor man sich mit Zentrum und Polen zur Erledigung der Steuerreform zusammenschloß, was nun von der liberalen Presse als vorher abgekartetes Bündnis hingestellt wurde und auch in vielen Kreisen Glauben fand. Es bildete sich darum eine kleine konservative Vereinigung, die sich aus diesen Gründen entschieden gegen die Parteileitung erklärte.

Die Nationalliberalen hätten aus dieser damals in konservativen Kreisen weit verbreiteten Stimmung erhebliche Vorteile ziehen und sich namentlich für die Zukunft zahlreiche Wähler sichern können, wenn sie in diesem Augenblick verstanden hätten, die nationale Seite ihres Programms zu betonen. Sie hätten sagen müssen: Die Reichsfinanzreform ist verfassungsmäßig, wenn auch nicht ganz in unserem Sinne, durch Reichstag und Bundesrat vereinbart worden, wir werden sie darum, so wie sie ist, mit Geduld tragen, denn sie ist zum Wohle des Reiches unbedingt notwendig. Damit hätte sie vermieden, an der Verhetzung des Volkes mitzuarbeiten, jedenfalls keine Wähler an die Sozialdemokratie verloren und aus verstimmten Kreisen von rechts neue erworben. Aber die nationalliberale Parteileitung hat ein unglückliches Jahr hinter sich und nur mit Verlusten abgeschlossen. Hauptsächlich infolge des Einflusses ihrer nur im Süden gedeihenden, aber in Preußen auf entschiedene Ablehnung gestoßenen jungliberalen Gruppe, verfiel auch sie der Täuschung aller Liberalen, die Vorgänge bei der Finanzreform brächten eine starke Bewegung nach links, also auch für sie, wenn sie sich recht weit links stellten. Ihre Presse, die sich längst kaum noch von der radikalen unterscheidet, wetteiferte mit der übrigen liberalen in den bittersten Angriffen auf die Finanzreform, gegen die Konservativen, den Bund der Landwirte und natürlich erst recht gegen das Zentrum. Das war sehr unklug, denn fast alle nationalliberalen Wahlkreise sind Stichwahlkreise gegen die Sozialdemokraten, die man doch nicht unnötig vermehren durfte, und gegen die das Mandat nur durch Unterstützung des Bundes der Landwirte und der Konservativen zu behaupten war. Zuerst ging Landau, das seit dem Zollparlament (1867) ununterbrochen durch Nationalliberale vertreten gewesen war, an die Sozialdemokraten verloren, den gleichen Verlauf nahm die Nachwahl in Koburg, wo die Liberalen einen ihrer festesten Sitze einbüßten. Diese Wahl war sehr bezeichnend, denn hier kam kein Haß gegen Konservative und Zentrum wegen der Finanzreform ins Spiel, sondern die Sozialdemokraten hatten 2000 neue Stimmen aufgebracht und siegten in der Stichwahl gegen die vom Freisinn unterstützten Nationalliberalen, obwohl doch beide gegen die Finanzreform gestimmt hatten. Auch hier war der Ruck nach links und die nachfolgende Verhetzung nicht den Liberalen zugute gekommen, ob aber ohne letztere die Sozialdemokraten die knappe Mehrheit von 400 Stimmen erreicht hätten, läßt sich bezweifeln. Da die Nationalliberalen infolge des Fraktionszwanges bei der Abstimmung über die Erbanfallsteuer schon drei Abgeordnete zum Austritt veranlaßt hatten, kostete ihnen ihre Taktik bei und nach der Finanzreform nicht weniger als fünf Mandate.

Hier sei noch das Ergebnis der beiden außerdem stattgefundenen Wahlen angeführt. Halle ging wieder an die Sozialdemokraten verloren, die mit 4000 Stimmen siegten, während der Freisinn 1907 mit einer ungefähr gleichen Mehrheit durchgedrungen war. Auch hier war die Bewegung nach links den Sozialdemokraten, nicht den Liberalen zugute gekommen. Bei allen drei Wahlen war übrigens den in Frage kommenden Konservativen oder Landwirtsbündlern von der Parteileitung das Eintreten gegen die Sozialdemokraten anempfohlen worden. Interessant verlief die Wahl in Landsberg-Soldin, bei der es sich um ein konservatives Mandat handelte, das also an die Liberalen hätte fallen müssen, wenn ihre Ansicht richtig war. Aber der gemeinsame Kandidat der Nationalliberalen und Freisinnigen kam nicht einmal in die Stichwahl, in der dann die Nationalliberalen dem Konservativen zur Mehrheit verhalfen, während der von den Freisinnigen unterstützte Sozialdemokrat unterlag. Die Wahlbeteiligung war um 3000 Stimmen geringer wie 1907, die Sozialdemokratie hatte nur 1000

Wähler gewonnen, aber die vereinigten Nationalliberalen und Freisinnigen hatten nur 200 Wähler mehr aufgebracht als 1907 der Freisinn allein. Damals waren die Nationalliberalen von vornherein mit den Konservativen gegangen. Diese Wahlen sind nur ausnahmsweise ausführlicher besprochen worden, um mit Tatsachen zu belegen, daß die Auffassung der Liberalen über die politische Lage ein Irrtum war. Die liberale Presse aller Schattierungen wehrte sich aber hartnäckig gegen diese Erkenntnis und setzte mit umso größerer Erbitterung die Angriffe gegen die konservative Partei fort, was aber nur zur Folge hatte, daß der dort zutage getretene Zwiespalt sich rasch wieder schloß, auf dem konservativen Parteitag am 11. Dezember der Parteileitung geglaubt wurde, daß sie unter den obwaltenden parlamentarischen Verhältnissen nicht gut anders handeln konnte, und daß sie ein einstimmiges Vertrauensvotum erhielt. Damit war auch die sogenannte „Pankower" Sonderbewegung in der Partei gegenstandslos geworden.

Im Anschlusse hieran sei noch des gerade während der Beratung der Finanzreform vielfach erwähnten Bundes der Landwirte gedacht. Seine meisten Mitglieder gehören der konservativen Partei an, aber er bildet nur einen wesentlichen Bestandteil, nicht die Partei selbst. Er stellt eine reine Interessenvertretung dar, wie Tabakverein, Brauereiverbände, Beamtenvereine 2c., und geht in der Betonung seiner Interessen ebenso von einem einseitig egoistischen Standpunkte aus, wie diese anderen auch, die aber, weil meist städtischen Charakters, von der liberalen Presse gefördert werden, während der Bund der Landwirte infolge des seit vielen Jahrhunderten bestehenden Gegensatzes zwischen Stadt und Land von ihr grundsätzlich angefeindet wird. Wegen der unbestreitbaren großen Erfolge bei der Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen nehmen seine Redner häufig den Mund etwas voll, ohne aber dafür immer die Billigung der Partei zu finden; im Gegenteil hatte gerade ihr zu starkes Hervortreten bei den Steuerdebatten die erwähnte Mißstimmung in der konservativen Partei hervorgerufen. Wegen der zahlreichen gemeinsamen Grundsätze und Interessen wird indessen in absehbarer Zeit niemals eine Trennung der konservativen Partei und des Bundes der Landwirte in Frage kommen, so oft und viel auch die liberale Presse in doktrinärer Befangenheit und erstaunlicher Unkenntnis der ländlichen Verhältnisse darüber redet. Auf einem ähnlicheren Mißverständnis beruhte offenbar auch der zur Zeit der großen Parteikrisis unternommenen Versuch, bei dem meistens Nationalliberale beteiligt waren, im Gegensatz zu dem Bunde der Landwirte, einen sogenannten Bauernbund zu gründen mit der ausgesprochenen Absicht, die Bauern gegen den Großgrundbesitz auszuspielen. Es werden sich nun überall leicht einige Landwirte finden, die meist aus persönlichen Gründen auf diesen Gedanken eingehen, aber im allgemeinen fehlt dafür jede Grundlage, weil in der Landwirtschaft nicht jener geschäftliche Gegensatz zwischen groß und klein besteht, wie in den städtischen Gewerben. Der Großgrundbesitzer ist nicht der Konkurrent des kleineren Besitzers, weil es in der Landwirtschaft einen Konkurrenzkampf wie im Handwerk, Kaufmannsgewerbe und in der Industrie überhaupt nicht gibt. Der Bauer sieht im Großgrundbesitzer nicht den geschäftlich überlegenen Konkurrenten, sondern in der Regel sein wirtschaftliches Vorbild, seinen Berater und den besten Vertreter der landwirtschaftlichen Interessen. Darum arbeitet er auch gern mit dem Großgrundbesitzer in landwirtschaftlichen Vereinen und wählt ihn meistens zum Abgeordneten, weil in seinem Stande nur wenige in der Lage sind, ein Mandat zu übernehmen. Daher kommt die den liberalen Blättern so ärgerliche große Anzahl der „Junker" in den Parlamenten. Unter diesen Umständen war der Versuch der Gründung des Bauernbundes ein Schlag ins Wasser ohne sichtlichen Erfolg.

Es ist schon im vorigen Jahrgang ausgeführt worden, daß die Konservativen infolge ihres gesamten parlamentarischen Verhaltens auch bei der Finanzreform von ihrem Standpunkt mehr durchsetzen würden als die Liberalen. Das hat sich vollkommen bestätigt, und es ist nur eine nicht eigentlich in der Sachlage begründete Nebenerscheinung, daß der Bund der Landwirte so sehr im Vordergrunde stand und namentlich von der liberalen Presse als der eigentliche Träger des Erfolges hingestellt wurde. Das Resultat wäre indessen das gleiche geblieben, wenn die konservative Parteileitung den parlamentarischen Aufmarsch anders gestaltet hätte. In weiten Kreisen wurde indessen die Tatsache des konservativen Erfolgs unter der einseitigen Beleuchtung der Presse lediglich als ein Triumph der Agrarier aufgefaßt, und es entstand infolgedessen eine tiefgehende Bewegung aller derer, die sich durch ein einseitiges Übergewicht agrarischer Interessen, namentlich durch das deutliche erkennbare Bestreben bedroht fühlten, das erforderliche Quantum an direkten Reichssteuern der Börse und dem mobilen Kapital aufzulegen. Darum fand schon am 13. Juni im Zirkus Schumann in Berlin eine große Versammlung statt, die die Gründung eines „Hansabundes" für Gewerbe, Handel und Industrie beschloß. Man hat über den tönenden Namen des neuen Bundes gewitzelt, aber der Name tut nichts zur Sache. Dergleichen Vereinigungen sind ebenso berechtigt wie der Bund der Landwirte, und sie hätten schon längst als Gegengewicht gebildet werden sollen. Daß es jetzt erst in einem Augenblick zorniger Erregung geschah, war keineswegs von günstigem Einfluß, denn die gemeinsame Opposition gegen die Agrarier ist keine geeignete Grundlage für eine positive Tätigkeit. Indem man diese gesamte Opposition in eine Einheit zusammenfassen wollte, versuchte man, Gewerbsgruppen mit vielfach stark widerstrebenden Interessen unter einen Hut zu bringen. Das wird ebenso große Schwierigkeiten finden wie die sogenannte Mittelstandsbewegung, für die auch die gemeinsame Tatsache einer mittleren Lebensführung keine ausreichende Triebkraft bildet, um die großen Interessengegensätze zwischen Handwerkern, Kaufleuten, Beamten 2c. auszugleichen.

Die neue Vereinigung hatte wohl den Vorteil großer ziffernmäßiger Stärke, aber trotzdem ließ die erwartete positive Betätigung auf sich



warten, da es sehr schwer war, für so viele widerstrebende Interessenkreise ein gemeinsames Programm aufzustellen. Die „Richtlinien des Hansabundes" wurden erst Anfang Oktober veröffentlicht und mußten unter den gegebenen Verhältnissen ebenso vielseitig wie allgemein gehalten ausfallen. Es fehlte zwar nicht an kräftigen Ausfällen gegen das Überwiegen des Agrariertums und gegen die Finanzreform, aber es mußte doch betont werden, daß politische und konfessionelle Gegensätze im Hansabunde keinen Platz finden sollten. Wenn auch unter der großen liberalen Aufregung zustandegekommen, dennoch war die Charakterisierung des Bundes als eine ausdrücklich liberale Schöpfung ausgeschlossen. Dem entsprechend hatten die Versuche von liberaler und nationalliberaler Seite, in der neuen Gründung die Leitung zu erlangen und sie für die eigene Partei auszunützen, auch keinen Anklang gefunden. Die Beteiligung der großen Industrieverbände wird in Zukunft verhüten, daß der Hansabund als Vorspann für einzelne Parteibestrebungen benutzt wird, denn in diesen weitblickenden Gewerbskreisen durchschaut man sehr wohl, daß eine politische Verfeindung zwischen Handel, Industrie und Landwirtschaft keinem dieser großen Gewerbe von Vorteil sein kann, und vielmehr auf die Ausgleichung vorhandener Interessengegensätze hingearbeitet werden muß.

Die einsichtigen Führer der drei linksliberalen Fraktionen schienen doch einzusehen, daß das Triumphgeschrei der Blätter über den großen liberalen Erfolg sehr wenig begründet war, und die Wahlergebnisse zeigten überall, daß die Selbstausschaltung bei der Finanzreform den gewollten Erfolg nicht gebracht hatte. Aus taktischen Gründen behielt man zwar die Siegermiene bei, aber man wußte sehr gut, daß wohl fast alle Blätter liberal waren, leider aber die Mehrzahl der Leser nicht. Man mußte darum die liberale Front zu verstärken suchen, und darum wurde die seit Jahren wenig geförderte Einigung der linksliberalen Fraktionen eifriger betrieben. Zu einer Einigung mit den Nationalliberalen kam es nicht, und die von einigen demokratischen Schwärmern gewünschte Vereinigung von „Bassermann bis zu Bebel" fand sehr wenig Anklang. Ein Briefwechsel zwischen dem süddeutschen Demokraten C. Haußmann und Bebel Anfang Oktober ließ auch jeden Anschluß an die äußerste Linke aussichtslos erscheinen. Kurz vor Weihnachten kam der Viererausschuß der freisinnigen Volkspartei, der freisinnigen Vereinigung und der süddeutschen Volkspartei über ein Einigungsprogramm und ein Organisationsstatut überein, die beide bloß noch der Genehmigung der drei Parteien bedurften. (Die Einigung ist nach Neujahr vollzogen worden). Es ist ein entschiedener Fortschritt für das deutsche Parteiwesen, daß sich dieser Zusammenschluß vollzogen hat, nicht allein wegen der Verminderung der Fraktionen. Wenn aber der Liberalismus wachsen will, muß er sich durchaus auf den nationalen Boden stellen. Seine große Zeit war, als ihn das deutsche Volk für den Träger des Einheitsgedankens hielt, sein letzter Erfolg gründete sich auf sein Eintreten für die Kolonialpolitik. Diese Tatsachen lehren mehr als alle Worte und Programme.

Das Zentrum befand sich das ganze Jahr hindurch dank seiner vortrefflichen Taktik sehr wohl. Es sah den Block auseinanderfallen, den Fürsten Bülow infolgedessen seinen Platz verlassen; es stellte sich ganz unbefangen an die Stelle der ausscheidenden Liberalen, deren parlamentarische und Preßangriffe wirkungslos blieben. Daß die Liberalen durch ihre Hetzereien die Zahl der Sozialdemokraten vermehrten, verbesserte nur seine Stellung. Es konnte ganz ruhig die Zeit abwarten, in der der Unverstand der Radikalen den Zustand wiederhergestellt haben würde, in dem es im Reichstage mit den Sozialdemokraten die verneinende, mit den Konservativen die bejahende Mehrheit bildete. Man mag darüber denken, wie man will, jedenfalls könnten die anderen Parteien von dieser Politik lernen, so unter anderen auch, daß man mit solchen Erfolgen auch demokratische und konservative Elemente in einer Partei zusammenzuhalten vermag. Ein um die Osterzeit ausgebrochener Streit über das eigentliche Wesen der Partei wurde spielend beigelegt. Der Katholikentag, der in Breslau in den letzten August- und den ersten Septembertagen abgehalten wurde, verlief unter den Augen des Kardinals Dr. Kopp sehr würdig und tolerant, und man beschäftigte sich nur mit katholischen Angelegenheiten. Ein Schatten fiel auf die Versammlung, weil die Regierung polnische Reden verboten hatte. Man hielt sich aber auch mit dieser „politischen" Sache nicht lange auf, sondern behielt sich die Erledigung im Reichstage vor. Aber dieser „polnische Schatten" liegt für alle national empfindenden Deutschen auf dem Zentrum, dem ja einsichtsvolle Leute nichts vorwerfen, als daß ihm katholisch über deutsch geht.

Am wohlsten befanden sich die Sozialdemokraten, die unter dem Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien zwei wenig erfreuliche Jahre hinter sich hatten, obwohl sie es sich natürlich nicht merken ließen. Jetzt während und nach der Finanzreform machte die radikale Presse wieder ihre Geschäfte, und sie hatten nur nötig, in ihren Blättern die nötigen Kraftworte im Parteiton hinzuzufügen und im übrigen die Wahlsiege zu zählen, die ihnen die erneute Parteihetze im Reich, in den Bundesstaaten und in den Gemeinden reichlich einbrachte. Ja, es ist eine Freude, von den Fehlern seiner Gegner leben zu können! Unter diesen Umständen konnte man sich schon erlauben, wieder ein wenig mit der revolutionären Maske zu spielen. Am 9. Februar, dem Einzugstage des Königs Eduard in Berlin, hatten Großstadtpöbel und arbeitsscheue Störenfriede in einzelnen, von Polizei entblößten Stadtteilen Ausschreitungen versucht, aber bei der Bevölkerung selbst energischen Widerstand gefunden. In einer Markthalle hatten die dort beschäftigten Arbeiter zu Besen und Knitteln gegriffen und die Unholde vertrieben, sodaß die Polizei nachträglich wenig zu tun fand. Die Sozialdemokraten hielten aber für nötig, sich dieser angeblich „Arbeitslosen" anzunehmen. Sie braucht sich dann aber nicht zu wundern, wenn die Polizei sich bereit hält, ihre Schuldigkeit zu tun, so bald diese Schützlinge der Partei, auf eigene Faust oder im Hintergrunde von Demonstrationen, den Drang

zur Betätigung verspüren. Es handelt sich für die Führer dabei immer nur darum, in den Massen eine gewisse revolutionäre Stimmung zu erhalten. Dergleichen war auch bei einzelnen mutwillig heraufbeschworenen Streikbewegungen wie z. B. in Mansfeld zu beobachten. Auch wurde die angeblich „ausgepowerte" Arbeiterschaft veranlaßt, für die ebenfalls mutwillig streikenden schwedischen Arbeiter gegen eine halbe Million zu sammeln. Der alljährliche sozialdemokratische Parteitag wurde in der ersten Septemberhälfte in Leipzig abgehalten und bot das übliche Bild. Mit dem Gezeter über den erneuten Steuerdruck kontrastierte auffällig die Höhe der Parteieinnahmen, die ob freiwillig geleistet oder durch Terrorismus erpreßt, hauptsächlich die Mittel zur Besoldung der zahlreichen Parteiangestellten gewähren, die dafür auch das größte Interesse daran haben, daß die Partei so bleibt und zusammenhält wie bisher. Wegen des fröhlichen Schimpftons widmete die Presse den Verhandlungen mehr Raum, als ihnen eigentlich gebührte. Gewisse liberale Blätter wollten wieder einen Erfolg des sogenannten „Revisionismus" herausgehört haben, viele lobten auch den Beschluß über den Schnapsboykott. Damit wird es seine guten Wege haben, denn eine auf revolutionäre Erregung aufgebaute Partei kann ja das Kneipenleben nicht entbehren. „Wir müssen Öl ins Feuer gießen, wo wir die Brandstoffe nur herkriegen, um fortgesetzt eine große Bewegung zu entfesseln, daß wir alle zusammen trotz aller Meinungsverschiedenheiten für unsere große Sache, für die Entwicklung des Sozialismus tätig sein werden." Dieses mit allgemeinem Beifall aufgenommene Schlußwort Ledebours umfaßt Radikale und Revisionisten, überhaupt das eigentliche Wesen der Sozialdemokratie. Es leben außerdem so viele davon und spielen eine Rolle in der Öffentlichkeit. Das erhält die Partei.

Die Wintersession des Reichstages.

Am letzten Tage des November trat der 1907 gewählte Reichstag zu seiner dritten Session zusammen. Die zweite hatte mit der definitiven Besiegelung des Bruches des Blockes geendet, und noch war kein politisches Ereignis eingetreten, das im stande gewesen wäre, die Aufmerksamkeit mehr von der Vergangenheit abzuziehen und sie auf neue gemeinsame Arbeit zu lenken. Es stand auch keine besonders wichtige Aufgabe in Aussicht, und die vollkommen gesicherte äußere Lage gestattete den Parteien und der Presse, sich so recht nach Behagen auf dem Parteifechtboden zu ergehen, nachdem die Blockpolitik so lange Zeit wenigstens einige Zurückhaltung geboten hatte. Daß sie eigentlich richtig gewesen war und in Zukunft doch wieder eingeschlagen werden müsse, wollte man namentlich auf der linken Seite absolut nicht hören. Es ist Tatsache, daß die Mahnung, in der Polemik unnötige Schärfen zu vermeiden, ausschließlich nur in mehr oder minder rechtsstehenden Blättern zu lesen war, aber von der Linken unwirsch abgelehnt wurde, als wenn man gar nicht merkte, daß die Sozialdemokratie auf der Lauer stand, um den hadernden bürgerlichen Parteien Wahlsitze wegzunehmen, und daß diese Verluste die meist unsicheren liberalen Mandate trafen. Daß alle nicht von Parteiwut befallenen Leute diese notwendigen Folgen des Zankes vorausgesagt hatten, schien die führenden Männer und Zeitungen erst recht zu erbittern. Man ergötzte sich an der neuen Erfindung vom „schwarzblauen Block", obwohl man wußte, daß zwischen Konservativen und Zentrum kein Bündnis bestand, und man hing ihm auch noch die Polen an, die doch nur, um sich an Bülow zu rächen, für die Finanzreform gestimmt hatten. Der neue Reichskanzler hatte anfangs eine „gute Presse" gefunden, denn er galt mit Recht als Nachfolger auf den Wegen seines Vorgängers; man verzieh ihm sogar deshalb in der Milieupresse, daß er die †††-Finanzreformgesetze unterzeichnet hatte. Man übersah nur dabei, daß die Fortsetzung der Bülowschen inneren Politik ihm umso schwerer fallen müsse, je mehr sich die Liberalen von dessen liberal-konservativer Richtschnur entfernten. Als er nun die Taktik einhielt, den Parteien- und Blätterkampf sich austoben zu lassen, statt ihn durch Erklärungen und Programme neu zu beleben, da verlor er auch die „gute Presse", denn was nützt den Zeitungen ein Reichskanzler, der ihnen keinen Stoff liefert? So begann die neue Reichstagssession fast unter denselben Stimmungen, unter denen die letzte geschlossen worden war.

Der Reichstag wurde vom Kaiser Wilhelm im Weißen Saale des Königschlosses unter den üblichen Gebräuchen und bei Anwesenheit einer sehr großen Zahl von Abgeordneten mit einer Thronrede eröffnet, die alle enttäuschte, die auf ein großes Programm gerechnet hatten. Sie war fast noch nüchterner als alle früheren und beschränkte sich im wesentlichen auf die Aufzählung der Hauptberatungsgegenstände, ohne für irgend einen ein wärmeres Interesse auszudrücken, was auch bei keinem erforderlich war. Die Erwähnung der äußeren politischen Lage klang wenigstens etwas lebhafter im Ton, war indessen auch streng sachlich gehalten. „Um dem deutschen Volke eine ruhige und kraftvolle Entwicklung zu sichern, ist meine Regierung andauernd bemüht, friedliche und freundliche Beziehungen zu den anderen Mächten zu pflegen und zu festigen. Mit Befriedigung sehe ich, daß das mit der französischen Regierung getroffene Abkommen über Marokko in einem Geiste ausgeführt wird, der den Zwecken, die beiderseitigen Interessen auszugleichen, durchaus entspricht. Im Deutschen Reiche ist ebenso wie in der österreichisch-ungarischen Monarchie dankbar der Zeit gedacht worden, als vor einem Menschenalter die später durch den Beitritt Italiens zum Dreibund erweiterte Allianz beider Mächte ins Leben trat. Ich hege das Vertrauen, daß das Zusammenhalten der drei verbündeten Reiche auch ferner seine Kraft für die Wohlfahrt ihrer Völker und die Erhaltung des Friedens bewähren wird." Bei der Erwähnung des Dreibundes wurden Bravorufe laut. Die besondere Erwähnung Italiens machte unzweifelhaft gewissen Preßerörterungen über angebliche politische Neigungen dieses Landes ein Ende. Bemerkenswert war daneben auch die Anerkennung der loyalen Ausführung des Marokkovertrags durch Frankreich.



über die Finanzreform, überhaupt über die Vergangenheit, schwieg die Thronrede zum großen Ärger der Milieupresse, die sich eingeredet hatte, die Regierung würde den Konservativen wegen der Ablehnung der Erbanfallsteuer die Fehde ansagen. Das hätte doch nur geschehen können, wenn sie zugleich die Liberalen wegen ihres förmlichen Streiks ebenso behandelt hätte! Die Mitteilungen über die Kolonien, namentlich über die Förderung der dortigen Bahnbauten klangen sehr verheißungsvoll, bemerkenswert war die Anführung, daß im Etat die Sparsamkeit stark Einkehr gehalten hat. Nachdem der Reichskanzler den Reichstag für eröffnet erklärt und der bayerische Bundesratsgesandte Graf Lerchenfeld ein Hurra auf den Kaiser ausgebracht hatte, entfernte sich dieser mit den Prinzen.

Die am nächsten Tage stattfindende Präsidentenwahl, die selbstverständlich das Zentrum nicht wieder ausschalten konnte, mußte die veränderte Lage zum Ausdruck bringen. Da der persönliche Verkehr zwischen den Führern der Rechten und Linken infolge der in den letzten Monaten noch gestiegenen Verbitterung ziemlich erschwert erschien, so hatten sich Konservative, Zentrum, Reichspartei und wirtschaftliche Vereinigung dahin geeignet, daß der Konservative Graf Stolberg-Wernigerode zum Präsidenten, das Zentrumsmitglied Dr. Spahn zum ersten, der Nationalliberale Dr. Paasche zum zweiten Vizepräsidenten zu wählen seien, was der Stärke der Parteien gerecht wurde, nachdem das Zentrum zu Gunsten des bisherigen bewährten Präsidenten Graf Stolberg zurückgetreten war. Man durfte deshalb die Zustimmung der Nationalliberalen erwarten. Bei der Unsicherheit über deren Haltung war wohl auch die Reichspartei in Frage gekommen, sie hatte aber mit Rücksicht auf die Nationalliberalen und weil sie ihre Parteiinteressen durch die Wahl des Grafen Stolberg ausreichend gewahrt sah, sich entschieden geweigert, im Präsidium vertreten zu sein. Die wegen ihrer Mitgliederzahl zunächst noch nicht in Frage gekommenen Liberalen hatten unzweideutig erklärt, sie würden in keinem Falle im Präsidium des Reichstags mit der „schwarzblauen“ Mehrheit eine Stelle annehmen. Nach diesem Präludium ging die Präsidentenwahl vor sich. Graf Stolberg und Dr. Spahn wurden mit großer Mehrheit gewählt, obgleich Nationalliberale, Liberale und Sozialdemokraten weiße Zettel abgaben, Dr. Paasche, der darauf ebenfalls gewählt wurde, lehnte aber dankend die Wahl im Einverständnis mit seinen Parteigenossen ab. Sie hatten sich erst kurz vor der Sitzung dazu entschlossen. Da weiter keine Vereinbarung über den zweiten Vizepräsidenten getroffen worden war, wurde die Wahl auf die nächste Sitzung verschoben und dann der Hospitant der Reichspartei, Erbprinz zu Hohenlohe-Langenburg, gewählt. Die liberale Presse schilderte die Vorgänge in dem Sinne, daß man die „schwarzblaue“ Mehrheit hätte zwingen wollen, einen Welfen oder Polen in das Präsidium wählen zu müssen. Nach der Ablehnung der Reichspartei und der liberalen Gruppen hätte, da die Sozialdemokraten überhaupt nicht in Frage kommen, nur der welfisch gesinnte Abg. v. Damm von der wirtschaftlichen Vereinigung oder ein Pole gewählt werden können. Es sollte dadurch im Präsidium ein „Symbol“ des „schwarzblauen“ Blocks geschaffen werden. Da die Reichspartei nach Ablehnung der liberalen Gruppen die stärkste war, hatte sie durch Beanspruchung ihres Rechtes den nationalen Charakter des Reichstags ebenso gewahrt wie durch ihr Verhalten bei der Finanzreform. Ein Teil der nationalliberalen Presse war mit dem Verhalten der Partei nicht einverstanden.

Nun konnten endlich die Beratungen beginnen. Die Verlängerung des Handelsvertrags mit England wurde ohne Debatte in erster und zweiter Lesung erledigt, die Hinausschiebung des Termins für das Inkrafttreten der Witwen- und Waisenversorgung nach den unvermeidlichen langen sozialpolitischen Reden bewilligt, der Handelsvertrag mit Portugal einer Kommission überwiesen und zwei Tage auf Interpellationen wegen des Kieler Werftprozesses, der eben mit der Freisprechung sämtlicher Angeklagten geendet hatte und über den an anderer Stelle berichtet werden wird, verwendet. Dienstag, den 9. Dezember begann endlich die Etatsberatung, die das Haus und die Tribünen vollständig gefüllt hatte, da der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg zum ersten Male sprechen sollte. Nach der ganzen politischen Lage durfte man sich nur auf eine vorsichtige und ruhige Betrachtung gefaßt machen, trotzdem fand man die Rede über alle Maßen nüchtern. Er ergriff gleich zu Beginn das Wort und sprach nur wenig über eine Viertelstunde. Die Quintessenz seiner Rede dürfte in dem Satze liegen: „Wir können uns nicht den Luxus gestatten, uns bei Vergangenem aufzuhalten oder untätig zu bleiben.“ Die Reichsregierung könne sich keine feste Mehrheit auf Grund irgend eines Prinzips bilden; sie könne dem Reichstage nur gesetzgeberische Arbeiten vorlegen ohne Rücksicht auf Parteigrundsätze. Die Notwendigkeit der Arbeit werde schließlich die auf dem Boden der Staatsordnung stehenden Parteien zusammenführen, da es nicht angeht, alles nach der Formel: Reaktion und Radikalismus zu behandeln. Die leidenschaftslosen, ausschließlich auf die Zukunft gerichteten Ausführungen fanden bloß warme Zustimmung auf der rechten Seite des Hauses, die Nationalliberalen hüllten sich in tiefes Schweigen, die Sozialdemokraten und einzelne Freisinnige suchten durch höhnische und wüste Zwischenrufe zu glänzen. In der darauffolgenden Unruhe im Hause gingen die sehr klaren Darlegungen des neuen Staatssekretärs Wermuth fast verloren, aus denen hervorging, daß der Etat endlich wieder einmal im Gleichgewichte sei, und daß die neuen Steuern, deren Beharrungszustand nicht so bald erreicht werden dürfte, bei vorsichtiger Sparsamkeit genügen würden. In Zukunft würde keine Ausgabe mehr ohne Deckung vorgeschlagen werden.

Am folgenden Tage erklärte der Reichskanzler in einer kurzen Erwiderung auf eine Anzapfung des freisinnigen Abg. Dr. Wiemer, daß er die preußische Wahlreform erst in dem dafür zuständigen preußischen Landtage berühren werde, und gab dann ein kurzes Exposé über die auswärtige Politik. Das Verhältnis zu Österreich-Ungarn sei

über jeden Tadel erhaben, und wegen des Zarenbesuches in Racconigi haben Italien und Rußland vollkommen befriedigende Mitteilungen gemacht. Der englische Premierminister habe soeben erst den Wunsch nach einem friedlich-freundschaftlichen Verhältnis zu Deutschland ausgesprochen; die Deutschfeindlichkeit russischer Blätter habe bei der deutschfreundlichen Politik der russischen Regierung keine Bedeutung. „Es ist nicht zu bestreiten, daß es dort ebenso wie anderwärts gewisse Kreise gibt, die es sich zur Aufgabe zu machen scheinen, Deutschland abenteuerliche, den Weltfrieden bedrohende Absichten anzudichten. Mit Recht und einmütig leitet unsere Nation daraus die Forderung an ihre Regierung ab, daß die deutsche auswärtige Politik, die derartige Ziele nicht kennt, mit um so größerer Ruhe und Stetigkeit und frei von aller Nervosität geführt werde." Die Etatsberatung bot im übrigen nur wenige interessante Momente, die Parteiredner stellten ihre Standpunkte fest und bekämpften die der anderen wie immer, nur etwas heftiger und auf der Linken oppositionslustiger, die sozialdemokratischen Redner in auffälligerer Weise wie sonst. Das Resultat war indessen, daß die Reichsregierung für alle eingebrachten Vorlagen einer Mehrheit sicher sein kann. Nachdem der Reichstag noch die beiden Nachtragsetats bewilligt und in zwei langen Sitzungen die Interpellationen über den Arbeitsnachweis der Arbeitgeber des Ruhrreviers in verhältnismäßig sehr ruhiger Weise erledigt hatte, ging er am 15. Dezember in die Weihnachtsferien.

Polen, Dänen, Welfen.

Die polnische Frage hat sich im Verlaufe des Jahres wenig geändert. Daß sie überhaupt nicht bestehen würde, wenn die preußische Regierung von vornherein etwa in der Weise verfahren wäre, wie die Franzosen in Nizza nach der Annexion vor 50 Jahren, steht auf einem anderen Blatte. Aber die „barbarischen" Preußen haben eben den Polen die verfassungsmäßige Gleichberechtigung, Preßfreiheit, wirtschaftliche Förderung, vortrefflichen Schulunterricht 2c. angedeihen lassen und haben nun jetzt das Vergnügen, das auf diesen Freiheiten emporgekommene, anspruchsvoll gewordene und auf Lostrennung sinnende Polentum nicht durch Gewalt, sondern nur durch verfassungsmäßige Mittel von der weiteren Zurückdrängung des Deutschtums in den Ostmarken abzuhalten. Die seinerzeit gehegte Erwartung, die neu erworbenen Untertanen zu polnisch sprechenden Preußen zu erziehen, hat sich nicht erfüllt, im Gegenteil versichern die polnischen Führer und Zeitungen bei jeder Gelegenheit, daß die ungeheuere Mehrheit der polnischen Volksgesamtheit „in allen drei Teilen" das „Verlangen nach einem selbständigen polnischen Staatswesen" fühle, die ganze polnische Literatur von Rej bis Sienkiewicz sei von diesem Sehnen durchzogen, und man werde nicht aufhören zu agitieren, bis dieses Sehnen gestillt sei. Dieser Polonismus hat sich den poetischen Kultus eines mehr eingebildeten, als wirklich jemals bestandenen Vaterlandes geschaffen, begeistert sich darin bis zur Raserei und bekämpft in dieser Selbsttäuschung mit geradezu phantastischem Fanatismus namentlich das Deutschtum, weil es in ihm das hauptsächlichste Hindernis der Verwirklichung seiner politischen Träume sieht, für die schon oft und vergeblich polnisches Blut geflossen ist. Will Preußen nicht das kulturelle Kapital, das es seit fast anderthalb Jahrhunderten in seine östlichen Provinzen gesteckt hat, gänzlich verlieren, so bleibt ihm nur übrig, energische Maßregeln zur Zurückdämmung der weiteren Polonisierung und staatsfeindlichen Verhetzung zu ergreifen und durchzuführen. So steht die Sache und wird auch noch lange so stehen. Sicher ist aber, daß der Kaiser und seine Regierung, nachdem sich die Verhältnisse, meist infolge früherer Schwankungen, so unerträglich gestaltet haben, fest entschlossen sind, die notwendigen Abwehrmaßregeln, wenn auch mit der eines Kulturstaates würdigen Milde, aber entschieden durchzuführen. Daß die Polen durch ihre internationalen Verbindungen in der Presse Preußen und Deutschland dafür zu schmähen und zu verdächtigen suchen, läßt ganz kalt; man ist im Deutschen Reiche an dergleichen längst gewöhnt.

Kaiser Wilhelm machte am 3. Juni in Posen zur Besichtigung des neuen, seiner Vollendung entgegengehenden Residenzschlosses einen Besuch und wurde von der in den geschmückten Straßen von allen Seiten herbeigeeilten deutschen Volksmenge jubelnd begrüßt. Schon die Wahl des Stils des Kaiserpalastes drückt aus, daß es sich um die Fortsetzung der deutschen Herrschaft im Mittelalter handelt und daß man sich um die an die polnische Zwischenherrschaft geknüpften Träume und Hoffnungen nicht sonderlich kümmert. Anfang Juni unternahm auch der Minister des Innern von Moltke eine Bereisung der Provinz Posen und der Ansiedelungsgebiete. Die polnische Presse hat vollkommen Recht, wenn sie in dem neuen Ministerpräsidenten und Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg den Nachfolger des Fürsten Bülow erkennt und bekämpft, und er hat schon in seiner Antwort auf ein Begrüßungstelegramm bei der Enthüllung des Bismarckdenkmals in Kulm am 1. September bekräftigt: „Das Deutschtum in unseren Ostmarken zu erhalten und zu stärken, bleibt mir eine Aufgabe, an deren Erfüllung getreu den Traditionen des großen Staatsmannes, dem Sie soeben ein Denkmal geweiht haben, ohne Wanken fortgearbeitet werden wird." Auch Fürst Bülow erklärte zu dieser Zeit gegenüber gewissen Ausstreuungen liberaler Blätter, er habe öffentlich und privatim eine verständige und vorsichtige Anwendung des Enteignungsgesetzes in Aussicht gestellt, aber selbstverständlich seine Nichtanwendung niemals versprochen. Über diese Einmütigkeit in allen leitenden Kreisen geben sich auch die Polen keiner Täuschung hin. Von besonderem Wert war im Mai die Bereisung der Provinzen Posen und Westpreußen sowie der Ansiedelungsgebiete durch eine Anzahl süddeutscher Parlamentarier und Journalisten, um die Erfolge der zwanzigjährigen Kulturarbeit kennen zu lernen und einen Einblick in die Verhältnisse der Ostmark zu gewinnen. Sie haben die Überzeugung gewonnen und ihr auch unverhohlen Ausdruck gegeben, daß Preußen die moralische Unter-



stützung des ganzen deutschen Volkes bei seinem erfolgreichen Kampfe um das nationale Volkstum verdient. „Dort haben die Steine zu uns gesprochen und uns, die späten Enkel, gemahnt, dem Rückstoß der Polen nicht zu weichen und das Vätererbe nicht verderben zu lassen." Das Zusammenstehen aller deutschen Parteien im Osten ist jedenfalls für die Zukunft gesichert.

Wenn auch das Enteignungsgesetz vom Jänner vorigen Jahres noch nicht in einem einzigen Falle angewendet worden ist, so hat es doch günstig gewirkt, insofern es die Preistreiberei auf dem Gütermarkt zum Stillstand gebracht hat. Die Polen haben bereits bei Gütern, die überzahlt worden waren, in der Zwangsversteigerung erhebliche Verluste erlitten. Es wird sich aber noch ein Gesetz über die Beschränkung der Parzellierung notwendig machen, um die Tätigkeit der polnischen Banken lahmzulegen. Über die deutschen Kulturarbeiten veröffentlichte George Cleinow aus langjähriger Kenntnis von Land und Leuten im September in der „Leipziger Illustrierten Zeitung" ein anschauliches Bild. „Wo sich früher Gut an Gut reihte und weite Flächen Roggen, Gerste und Hafer, aber auch große Strecken Unland, Heide und Weiden auf die Vorherrschaft des Großgrundbesitzes hindeuteten, da erheben sich gegenwärtig Hunderte von Bauerngehöften. Die tote Chaussee von ehedem hat sich in eine belebte Verkehrsstraße verwandelt, auf der zahlreiche Bauernwagen zur Genossenschaftsmolkerei, von der genossenschaftlichen Mühle oder Ziegelei, von und zu wohlbestellten Feldern eilen und keuchen. Der tiefe Sandweg von damals, der Batteriechef und Futtermeister in gleich schlechte Laune versetzt hatte, ist gepflastert oder wenigstens zur Lehmchaussee geworden. Viele Sümpfe und Tümpel, die die Karte verzeichnet, sind verschwunden. Soweit das Auge schweift, liegen, von jungen Obstbäumen umgeben, Gehöfte mit roten und schieferblauen Dächern im Umkreise verstreut, und aus den dunklen Parks der alten Güter ragen — ehrgeizig und stolz zugleich — schlanke Türme lutherischer Kirchen, herrliche Wahrzeichen deutschen Strebens nach oben, nach Vollendung."

Es ist selbstverständlich, daß die Polen mit aller Anstrengung dagegen ankämpfen. Aber der 1905 von Herrn v. Koscielski auf seinen „politischen Teeabenden" begründete Strafschverein hat auf die Dauer nicht die erwarteten Erfolge gehabt, im nächsten Jahre sollen nun große Grunwald- und Chopinfeiern veranstaltet werden, die natürlich in erster Linie Agitationszwecken dienen sollen. Das „polnische Informationsbureau," das alles Material zur Hetze gegen das Deutschtum im In- und Auslande lieferte, ist aus Mangel an Geld wieder eingegangen. Der polnische Nationalschatz auf Schloß Rapperswyl in der Schweiz ist angeblich aufgelöst worden. Ob er nahezu aufgezehrt ist, wie behauptet wurde, scheint fraglich, wahrscheinlich ist die Auflösung nur auf Forderung der Schweizer Bundesregierung erfolgt, der der gemeingefährliche Charakter des Nationalschatzes immer bedenklicher geworden war. Dafür sammeln die Polen in Amerika einen Nationalschatz; an Geld wird es also nicht fehlen, wenn es einmal „losgeht". Auch beabsichtigen die Polenvereine in den Vereinigten Staaten einen großen Ausflug zur fünfhundertjährigen „Grunwaldfeier" (Schlacht bei Tannenberg) im nächsten Jahre in Krakau, wobei sie den „preußischen" Bahnen auch nicht einen Groschen zu verdienen geben wollen. Die polnischen Agitationen unter den Masuren in Ostpreußen haben auch in diesem Jahre keinen Erfolg gehabt, dagegen scheinen sie unter den Kaschuben in der Danziger Gegend Fuß zu fassen. Am bedenklichsten sind die Zustände in Oberschlesien, das über 700 Jahre nicht mehr zum polnischen Reiche gehört hat, aber trotzdem von den Polen reklamiert wird. Die Agitation ist von Posen aus in das Land getragen worden, hat aber jetzt ihren Hauptherd in Galizien, vorwiegend in Krakau. Namentlich in den letzten zwanzig Jahren ist planmäßige Polonisierungsarbeit betrieben worden, zuerst auf religiösem und nationalen Gebiet, dann durch wirtschaftliche Förderung und soziale Organisation. Die eigentlichen Mittelpunkte der großpolnischen Agitation sind gegenwärtig Beuthen und Kattowitz, die Hauptführer Napieralski und Seyda, beide gebürtige Posener.

Diese beiden sind auch bei den letzten Wahlen in seither dem Zentrum treu gewesenen Wahlkreisen in den Reichstag gewählt worden. Früher war in Oberschlesien der katholische Klerus der Führer in der politischen Gesinnung des Volkes, jetzt sind es die Posener Sendlinge des Marcinkowskivereins und die Stipendiaten des polnischen Vereins „Unterrichtshilfe", junge Kleriker, die zu geschworenen Feinden des Deutschtums herangezogen werden. Bald wird es in Oberschlesien sein wie in Posen und Westpreußen, wo der katholische niedere Klerus die Hauptstütze der großpolnischen Agitation bildet und bei den kirchlichen Oberen und den westlichen Glaubensgenossen noch Schutz dabei findet. Die konfessionelle Weltanschauung schlägt das vaterländische Empfinden und das nationale Denken in Fesseln. Wenn sich die Polen zum evangelischen Glauben bekennten, würde sich kein Zentrumsmann um sie kümmern, jetzt verzeiht man ihnen sogar die Verdrängung bei den Wahlen. Tatsächlich haben die Polen dafür nur Verachtung, ihr Volkstum steht ihnen höher als Rom, sie kennen die Muttergottes nur als Königin von Polen, sie verlangen auch in deutschen katholischen Kirchen polnische Altäre und würden sich von einer Religion abkehren, die sich nicht in den Dienst ihrer nationalen Bestrebungen stellte. Die Deutschen in Oberschlesien erkennen die Gefahr und schließen sich zusammen. Der Deutsche Tag des Ostmarkenvereins, der diesmal vom 4. bis 6. September in Kattowitz abgehalten wurde, legte davon Zeugnis ab wie von dem Interesse, das man in weiten Kreisen des Reiches an dem nationalen Kampfe im Osten nimmt. Auch die Antwort des Kaisers auf ein Begrüßungstelegramm erkennt dankbar die Bestrebungen des Vereins an und schließt: „Möge der für die Zukunft und die Größe des deutschen Vaterlandes so bedeutungsvollen Arbeit Gottes Schutz und Segen in reichem Maße beschieden sein." Der Reichskanzler sagte in seiner Antwort für alle auf dieses Ziel gerichteten Bestrebungen seine Mit-



arbeit zu. Daß weder die Reichs- noch die preußische Staatsregierung gewillt sind, den Dingen in Oberschlesien ihren weiteren Lauf zu lassen, bestätigte Mitte Dezember die Versetzung „im Interesse des Dienstes" von zwölf Lehrern und Beamten, die bei der Gemeindewahl in Kattowitz auf Einwirkung der Zentrumspartei großpolnischen Kandidaten ihre Stimmen gegeben hatten.

In Schleswig hat unstreitig die Agitation der Dänen zugenommen, die Maßregeln zur milderen Behandlung der Optanten haben ihr neue Kräfte zugeführt. Das ist die notwendige Folge der in Deutschland im Gegensatz zu anderen nationalen Staaten immer wieder bewiesenen Milde bei der Behandlung fremder Bevölkerungsbruchstücke. Im Grunde genommen ist die Sache nicht so schlimm, weil aus diesen Agitationen im Norden niemals eine Gefahr für Deutschland erwachsen kann. Es macht nur einen nichts weniger als erhebenden Eindruck, wenn ein so mächtiges Reich seine innere Gesetzgebung derartig gestaltet hat, daß man offenkundigen landesverräterischen Bestrebungen nicht beikommen kann. Aber bei der Haltung des Reichstags, dessen Liberalen aus doktrinären, dessen Zentrum aus konfessionellen Gründen keine sogenannten Ausnahmegesetze zugestehen würden, war es doch schon bei der Beratung des Reichsvereinsgesetzes beinahe so weit gekommen, daß man Polen, Dänen 2c. vollkommene Gleichberechtigung ihrer Sprachen im Deutschen Reiche zuerkennen wollte. Die französische Republik würde mit sicherem nationalen Instinkt die Italiener in Nizza und Savoyen ganz anders behandeln, wenn sie sich so aufführen würden wie die Dänen in Nordschleswig. Inzwischen muß sich die preußische Regierung auf andere, meist kostspielige Mittel zur Zurückdrängung des staatsfeindlichen Dänentums beschränken. Sie hat im Jahre 1909 für 900.000 Mark Ländereien zur Sicherung und Vermehrung des deutschen Besitzes angekauft; sie findet dabei Unterstützung durch die den gleichen Zweck verfolgende neugebildete schleswig-holsteinische Siedelungsgenossenschaft, die sich auch der Unterstützung des Provinziallandtages erfreut. Der Minister des Innern v. Moltke hat im Abgeordnetenhause am 26. Februar mit Bestimmtheit erklärt, daß an die Stelle der Nachgiebigkeit gegen das Dänentum eine entschiedene Abwehr dänischer Übergriffe und eine kräftige Unterstützung des bedrängten Deutschtums treten werde, und Oberpräsident v. Bülow sagte beim Festessen des Provinziallandtages in Anwesenheit des Prinzen Heinrich wenige Tage darauf: „Es ist unser Wille und unsere Aufgabe, das Land, das wir von unseren Vätern ererbt haben, uns auch innerlich ganz zu eigen machen . . . Was Kaiser Wilhelm der Große erwarb, das wird Kaiser Wilhelm II., das wird kein deutscher Kaiser jemals wieder preisgeben." Die Regierung hat bereits mit der Ausweisung einer Reihe von dänischen Optantensöhnen, die aus Abneigung gegen den Heeresdienst die Naturalisation verweigerten, sowie verschiedener dänischer Hetzer begonnen, ein Lehrer wurde versetzt, weil er dänisch gestimmt hatte, und einem anderen, der dänischer Redakteur geworden war, die Pension entzogen, was die Zustimmung des angerufenen Abgeordnetenhauses fand. Auch die Gerichte verhängten über dänische Agitatoren empfindliche Strafen, u. a. über den Schriftsteller Erich Schlaikjer. Leider findet die dänische Agitation Unterstützung bei gewissen Freisinnigen wohl aus Wahlrücksichten, und die Förderung der dänischen Sprache beim nordschleswigschen Pastorenverein wegen des Konfirmationsunterrichtes.

Die Welfen in Hannover sterben nach und nach aus, der neue Nachwuchs ist nur spärlich. Dagegen wird im Braunschweigischen eine neue Welfenfrage lebendig, da man aus partikularistischen Gründen einen cumberländischen Prinzen zum Herzog haben möchte. Ohne einen vollständigen Verzicht auf Hannover ist das aber verfassungsmäßig in Deutschland nicht denkbar. Die Begegnung des Kaisers mit dem Prinzen (Herzog) Ernst August von Cumberland in München, wo zweimal eine vom Kaiser mit der größten Liebenswürdigkeit geführte Unterhaltung stattfand, hat vieles Gerede über Annäherungen 2c. zur Folge gehabt, die aber höchstens als erster Schritt einer Anbahnung betrachtet werden dürften. Die politische und staatsrechtliche Frage liegt zu klar, als daß mehr erwartet werden könnte, bevor nicht im Hause Cumberland gewisse Gelöbnisse erloschen oder aufgegeben sind. Im April hat das braunschweigische Oberlandesgericht ein Gesuch des Herzogs von Cumberland um Anerkennung seiner angeblichen Staatsangehörigkeit in Braunschweig abgewiesen. Auf die Andeutungen eines rheinischen Blattes, am Schweriner Hofe spiele das Welfentum eine bedeutende Rolle, wurde amtlich erklärt, daß die Fürsten von Mecklenburg-Schwerin allzeit treu zu Kaiser und Reich gestanden und auch diese Gesinnung stets betätigt haben.

Heer und Flotte.

Die deutsche Armee hat in diesem Jahre einen großen Erfolg errungen, ohne einen Schuß tun zu müssen. Dadurch, daß sie von Kaiser und Kanzler als letztes diplomatisches Mittel in der Balkanpolitik als sicherer Kampfgenosse des befreundeten österreichisch-ungarischen Heeres nur gezeigt wurde, blieb auch diesem erspart, sich mit halbbarbarischen kleinstaatlichen Scharen herumschlagen zu müssen, und der Friede war gesichert. Die Heere der allgemeinen Wehrpflicht sind nicht mehr so kriegsdurstig wie einst die Werbetruppen, und doch wird ihnen niemand nachsagen, daß sie jenen an Kriegstüchtigkeit nachstünden. Mehr denn je kommt es aber bei den heutigen Massenheeren auf den Geist und die Disziplin an, die in dem Volksheere herrschen. Die Waffen und die Ausrüstung sind es nicht allein, die die Überlegenheit eines Heeres ausmachen, und übrigens kann heutzutage jeder Staat, der die nötigen Geldmittel anwendet, sich auf dem Weltmarkt die neusten Waffen kaufen, falls die eigene Industrie sie nicht schaffen kann. Das ist alles leicht nachzumachen, auch das äußere Getriebe einer Armee kann leicht erkannt und nachgeahmt werden, weniger gelingt das aber mit dem inneren Getriebe, dem eigentlichen Geiste, der die Truppen beseelt. Der ist nicht überall der gleiche, schon deshalb nicht, weil sich die taktischen Formen, die



Vorschriften für das Gefecht, ja die gesamten Heereseinrichtungen in gewissem Sinne dem Volkscharakter und dem mittleren Bildungsgrade anpassen müssen. Die Voraussetzungen dafür sind nicht überall gleich, aber in allen Staaten wird die Notwendigkeit erkannt, das zerstreute Gefecht so aufgelöst wie möglich zu führen, und dabei kommt auf die Charaktereigenschaften des einzelnen Mannes alles an. Je mehr es die heutige Fernwirkung der Waffen mit sich bringt, daß er selbständig handelt, um so mehr muß der Geist in ihm lebendig sein, sich als Glied des großen Ganzen fühlen, sonst wird er zum Drückeberger. Je mehr dieser Geist in jedem Einzelnen lebt, um so mehr wird er selbst, wird erst recht das Ganze leisten. Wie auch die Meinungen im einzelnen auseinandergehen mögen, wird doch im allgemeinen im In- und Auslande anerkannt, daß in der Pflege dieses Gemeinsamkeitsgefühls die vielgestaltige deutsche Armee den ausländischen mindestens gleichsteht.

Am 1. März wurde die Hundertjahrfeier des preußischen Kriegsministeriums festlich begangen. Kaiser Wilhelm gedachte in einer gedankenreichen Rede der trüben Zeit der Entstehung und der bedeutungsvollen Leistungen des Instituts insbesondere unter Scharnhorst und Roon.

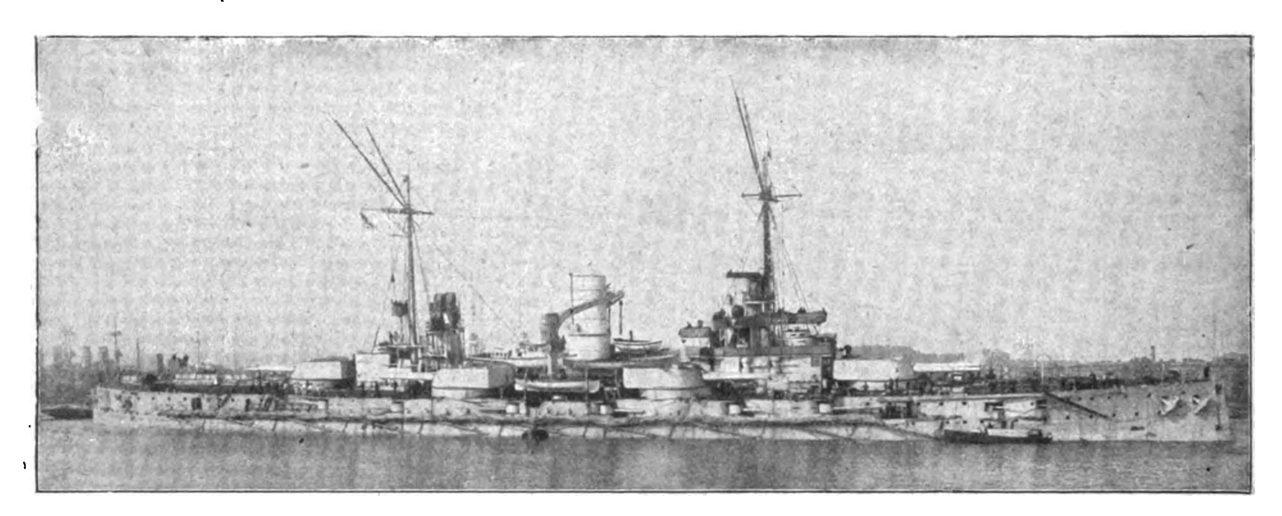
Das abgelaufene Jahr hat nur geringfügige Vermehrungen gebracht. Der Felddienstordnung ist das neue Exerzierreglement für die Kavallerie vom 3. April gefolgt. Als Leitmotiv für die gesamte Ausbildung dürfte der alte friederizianische Ausspruch gelten: „Keine Esquadron soll abwarten, bis sie attaquieret wird, sondern allemal zuerst den Feind attaquieren." Es ist also an der Grundanschauung festgehalten worden, daß die Reiterei in erster Linie auf den Kampf zu Pferde angewiesen ist. Bei der ungemein auflösenden Wirkung des heutigen Infanteriegefechts bestehen für sie Aussichten des Erfolgs für Angriffe in größerem Verbande namentlich bei der Verfolgung, auch muß eine bedeutende reiterliche Leistung für die Ausnutzung des Fußgefechts gefordert werden. Darum ist die Ausbildung im Gefecht zu Pferde derjenigen zu Fuße vorangestellt. Die Stärke des Fußgefechts der Kavallerie liegt in der Möglichkeit, dieses schnell dahin zu tragen, wo es dem Gegner besonders empfindlich wird. Auf die Wichtigkeit des Gefechts zu Fuß wird besonders hingewiesen, und es ist nach Möglichkeit in die Übungen zu Pferde einzuflechten. Die Schulung für den Schützenkampf erfolgt in der Schwadron, doch sind auch größere Verbände im Fußgefecht zu üben. Für die Verwendung der reitenden Artillerie und der Maschinengewehre enthält das Reglement umfassende Bestimmungen, da beide Waffen die Kavallerie befähigen, schon auf weite Entfernung den Marsch feindlicher Kolonnen hemmend zu beeinflussen. Die Vereinfachung der Formen bei der Ausbildung ist ziemlich bedeutend; bemerkenswert ist, daß das Leichttraben in allen Verbänden die Regel ist, nur mit „angefaßter Lanze" wird nicht leicht getrabt. Das Mitteltrabtempo ist von 300 auf 275 Schritt in der Minute herabgesetzt worden. Durch Kabinettsorder vom 2. Dezember ist auch eine Schießvorschrift für die Kavallerie genehmigt worden. Um ihr eine annähernd gleichwertige Schußwaffe in die Hand zu geben wie der Infanterie, ist sie mit dem längeren Karabiner M 98 ausgerüstet worden, der auch in der Regel beim Dienst zu Fuß getragen wird. Über ein im Fußgefecht aufzupflanzendes Seitengewehr ist noch keine Entscheidung getroffen worden, auch die Erprobung der neuen Bekleidung und übrigen Ausrüstung der Kavallerie scheint noch nicht vollständig abgeschlossen zu sein. An Stelle des Revolvers ist die Selbstladepistole M 08 in der Armee eingeführt worden; sie hat neun Millimeter Kaliber, acht Patronen im Magazin und ist leicht und sicher zu handhaben. Die Feldartillerie hat durch das Feldhaubitzgeschoß M 05 ein Einheitsgeschoß erhalten, das ebensowohl als Schrapnell wie als Granate mit Aufschlagzünder oder mit Verzögerung verfeuert werden kann.

Die Verwendung von Automobilen für den Heeresdienst macht Fortschritte. Die Heeresverwaltung gewährt Privatfirmen, die Automobilfahrzeuge für den Kriegsfall zur Verfügung stellen, Zuschüsse beim Ankauf und für den jährlichen Betrieb. Mit der Automobilisierung des Trains ist beim Train-Bataillon Nr. 17 in Danzig begonnen worden. Bei der Kraftwagenabteilung sind vier kleine Depeschenwagen mit Erfolg erprobt worden, die an die Stelle der Motorräder treten dürften. Das militärische Verkehrswesen aller Länder wendet der Militärluftschiffahrt großes Interesse zu. Die Erfolge mit Luftschiffen verschiedener Systeme, namentlich in Deutschland haben ergeben, daß die vorhandenen Luftfahrzeuge, trotz noch mancher ihnen anhaftenden Mängel, dem Heere im Kriege große Dienste zu leisten vermögen. Eine militärische Verwendung der Luftschiffe nach strategischen oder taktischen Gesichtspunkten ist indessen heute noch nicht möglich, es handelt sich gegenwärtig nur um den Erkundigungsdienst. Dafür sind alle drei in Deutschland erprobte Systeme verwendbar. Ende Oktober und Anfang November fanden bei Köln Luftschiffmanöver zu allerhand Vergleichsfahrten und zur Ausbildung von Führern, Maschinisten und Mannschaften für Höhen-, Ziel-, Dauer-, Nacht- und Fernfahrten statt, an denen die im Besitz der Heeresverwaltung befindlichen Fahrzeuge P I (Parseval), Z II (Zeppelin) und M II (Groß), außerdem an mehreren Tagen das im Privatbesitz befindliche Luftschiff P III teilnahmen. Über die Ergebnisse wird ebenso Stillschweigen bewahrt, wie über die Versuche mit drahtloser Telegraphie mittels Lenkballons. Seit Ende November sind Z I, P I und M II dauernd in Metz stationiert.

Die Kaisermanöver fanden diesmal an der Tauber in größerem Umfange als früher und auch sonst unter Umständen statt, die einer politischen Erwähnung wert sind. Es nahmen 10 Infanterie- und 3 Kavalleriedivisionen teil, also mehr als ein Fünftel der deutschen Armee im Friedensstande. Kontingente von Baden, Württemberg, Hessen, Bayern, Preußen und Mecklenburg waren beteiligt. Die angenommene Kriegslage bot eine ganz neue Situation: den ersten Beginn der militärischen Operationen bei der auf der einen Seite noch nicht vollständig durchgeführten Mobilmachung. Je mehr sich diese Übungen der Wirklichkeit nähern, desto

größeren Nutzen gewähren sie für die Ausbildung der Persönlichkeiten, die zur Führung von Armeen berufen sind, und ihrer Gehilfen. Es handelt sich keineswegs um unnütze und teuere Spielereien, wie gewisse Leute behaupten möchten, denn im Ernstfalle würde ein Mangel an Erfahrung und Gewandtheit in der höheren Truppenführung sich sehr folgenschwer äußern, und hierüber haben in manchen, noch gar nicht weit zurückliegenden Kriegen alle anderen Armeen viel trübere Erfahrungen gemacht wie die preußische, bei der die Friedensmanöver immer eine große Rolle spielten. Die beiden obersten Truppenführer: Prinz Leopold von Bayern (Generalinspektor der 4. Armeeinspektion) und Generaloberst v. Bock und Polach (Inspektor der 3. Armeeinspektion) haben der ihnen gestellten Aufgabe vollkommen entsprochen. Große Marschleistungen der Infanterie waren ebenso beachtenswert, wie die Leere des Gefechtsfeldes, die neben der geschickten Verwendung der Kavallerie im Aufklärungsdienst und Feuergefecht deutlich erkennen ließen, in wie hohem Maße den beiden Truppengattungen die neuen Felddienstordnungen bereits in Fleisch und Blut übergegangen sind. Das Eingreifen der Feldartillerie in das Infanteriegefecht, die Mitwirkung der schweren Artillerie, der Maschinengewehrabteilungen und die ausgiebige Tätigkeit der Pioniere fanden allgemeine Anerkennung, namentlich auch bei den zahlreichen ausländischen Offizieren. Die Verwendung des Luftschiffes M II lieferte infolge seiner funkentelegraphischen Ausrüstung bemerkenswerte Resultate trotz ungünstiger Witterung. Über die weiteren Leistungen des Nachrichten- und Verpflegsdienstes ist nur zu bemerken, daß in jeder Beziehung gegenüber den Vorjahren noch Verbesserungen und Fortschritte erzielt worden sind. Die Anwesenheit des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand und des Generalstabschefs General der Infanterie Conrad v. Hötzendorf entbehrte nicht größerer politischen Bedeutung: sie wurde von mehr wie einer Seite als militärische Bekräftigung des Freundschaftsbundes zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn gedeutet.

Der neue Schrecken Englands, die deutsche Flotte, entwickelt sich ruhig nach dem aller Welt bekannten Plane weiter, unbekümmert darum, was man jenseits des Kanals darüber denkt und sagt. Am 17. März sah sich Staatssekretär v. Tirpitz bei der Beratung des Flottenetats in der Budgetkommission ausdrücklich genötigt, die offiziösen englischen Angaben zu dementieren, nach denen Deutschland 1912 angeblich 17 „Dreadnoughts" haben würde, während bis zum Herbst des Jahres erst 13 fertig sein werden. Daß die Entwicklung der deutschen Flotte rasch fortschreitet, bestreitet niemand, aber der Wille des Volkes steht dahinter. Noch vor sieben Jahren stand sie hinter der russischen zurück an fünfter Stelle, jetzt hat sie bereits die französische überholt und wird 1912 voraussichtlich der nordamerikanischen gleichkommen. Diese Entwicklung entspricht durchaus dem Stand der deutschen Handelsflotte und hat für niemand etwas Bedrohliches, wenn man es nicht absichtlich sucht. Einer Abrüstungspolitik, mit der England aus durchsichtigen Gründen kokettiert, steht Deutschland, wie die anderen Großmächte auch, ablehnend gegenüber, wird aber zu jeder Zeit eine den Interessen beider Länder dienende Friedenspolitik mit Freude begrüßen. Von den neuen Linienschiffen zu 18.500 Tonnen sind erst in den letzten Monaten des Jahres „Westfalen" und „Nassau" in die Flotte eingestellt worden, „Rheinland" und „Posen" folgen im Jahre 1910. Die Bestückung besteht aus zwölf Geschützen mit 28 Zentimeter, 12 zu 15 Zentimeter und 16 zu 8,8 Zentimeter, sämtlich Schnellfeuerkanonen. Der ebenfalls vollendete große Kreuzer „Blücher" hat 15.000 Tonnen, 12 zu 21 Zentimeter-, 8 zu 15 Zentimeter- und 16 zu 8,8 Zentimeter-Schnelladekanonen, steht also den englischen großen Kreuzern vom Typ „Invincible" an Größe und Kaliber erheblich nach; er ist also nicht zu den sogenannten „Dreadnoughts" zu zählen. Der nächste große Kreuzer „v. d. Tann" mißt allerdings 19.000 Tonnen und wird eine größere Anzahl 28 Zentimeter-Schnellfeuergeschütze erhalten. Vom Stapel gelaufen sind im Herbst drei neue Linienschiffe „Thüringen", „Ostfriesland" und „Helgo-



Das Linienschiff „Nassau", das erste deutsche Panzerschiff der Dreadnoughtklasse.



land", die größer sind als die Nassauklasse und den neuesten englischen „Dreadnoughts" gleichkommen werden. Die neuen großen Kreuzer erhalten Turbinenmaschinen, wie auch alle künftigen Linienschiffe, kleinen Kreuzer und Torpedoboote. Von diesem Winter ab bestehen die deutschen Torpedoflotillen nur noch aus Hochseetorpedobooten, alle früheren Arten sind ausgeschieden; im ganzen 84 Boote in 7 Flotillen zu je 7 Schiffen. Die ehemalige Kaiserjacht „Kaiseradler" (die erste „Hohenzollern") und elf Panzerkanonenboote haben keinen Gefechtswert mehr, sind aus der Flotte ausgeschieden und kommen zum Verkauf. Auch das letzte Schiff mit Takelage, die noch als Schulschiff verwendete „Charlotte", ist aus der Marine ausgeschieden. Im Jahre 1909 waren im ganzen 233 Kriegsfahrzeuge dauernd oder vorübergehend unter der Flagge. Im Dienst standen auch vier Unterseeboote, vier weitere befinden sich noch im Bau; die Aufstellung einer besonderen Unterseebootsabteilung erfolgt am 1. April 1910.

Ende Oktober sind neue Bestimmungen für den Dienst an Bord herausgegeben worden, die ein frischer Geist durchweht. Vieles Veraltete ist gestrichen und überall der Forderung der Neuzeit Rechnung getragen worden. An fremden Besuchen empfing die Flotte u. a. Ende März ein russisches Geschwader und Ende Juni das englische Kadettenschulschiff „Cornwall". Die großen Flottenmanöver fanden in Anwesenheit des Kaisers vom 31. August bis 3. September in der Ostsee statt. Die beiden Geschwader der Hochseeflotte, das Reserve-(Küstenpanzer-)geschwader, die Torpedoflottillen, Unterseeboote und Versuchsschiffe nahmen daran teil. Nach beendetem Manöver beförderte der Kaiser den Prinzen Heinrich, der drei Jahre das Kommando der Hochseeflotte geführt hatte, zum Großadmiral, womit die Stellung eines Generalinspektors der Marine verbunden ist. Großadmiral v. Köster, der Ende 1906 aus dem aktiven Dienste geschieden war, beging am 21. Juni sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum und erhielt die Brillanten zum schwarzen Adlerorden.

Die Verlegung des ersten Geschwaders nach Wilhelmshaven, wofür ausgedehnte Arbeiten und Verbesserungen des Fahrwassers der Jahde nötig waren, erfolgt am 1. April 1910, woraus hervorgeht, daß auch ein Teil der gemeinsamen Übungen der Flotte künftig in der Nordsee vor sich gehen wird. Der neue Schutzhafen für kleinere Fahrzeuge auf Helgoland ist nahezu vollendet und hat bereits eine ansehnliche Vergrößerung des Unterlandes durch Anschwemmung veranlaßt. Die Emsmündung hat eine Sicherung durch Befestigungsanlagen auf der Insel Borkum erhalten.

Die deutschen Kolonien.

Ein volles Vierteljahrhundert erfreut sich das junge Deutsche Reich seines Kolonialbesitzes, und die allgemeine Volksstimmung nimmt daran mit einem gewissen Stolze teil. Es erinnert sich dankbar dessen, daß es der unvergeßliche Bismarck war, der damit dem deutschen Volke neue Ideale stecken wollte und dieses Ziel auch nach Überwindung des üblichen parlamentarischen Widerstandes erreichte, ohne übrigens die Tragweite zu ahnen, wie tief der überseeische Idealismus von den deutschen Herzen Besitz ergreifen werde. Der weitere Aufschwung erfolgte erst, als Kaiser Wilhelm II. den engen Zusammenhang zwischen seiner Flotten- und Weltpolitik und den kolonialen Angelegenheiten in voller Klarheit durchschaute. Seit dieser Zeit ist die Entwicklung der Kolonien rasch fortgeschritten, sie sind dem deutschen Volke ein Schmerzens- und Lieblingskind geworden, je mehr die vielen, die in Dienst, Verkehr und Kampf „draußen" gewesen sind, daheim davon zu erzählen wissen. Neben ihren lebensfrischen Worten ist die Gleichgültigkeit und Mißgunst der Presse nicht von Bedeutung gewesen wie leider sonst in vielen anderen Fragen. Es hat sich eine ganz selbständige Volksmeinung gebildet, die der Presse gar nicht mehr bedarf. Heer, Flotte, Kolonien: das sind die drei Dinge, an die man von der Opposition nicht rühren läßt. Freilich so, wie es sich der Altreichskanzler zuerst gedacht hatte, ist die Entwicklung der Kolonien nicht verlaufen. Er hatte gemeint, der „königliche Kaufmann" werde die Sache machen, und das Reich brauche bloß zum Schutze die Flagge darüber zu halten. Ja, wenn die deutschen Erwerbungen so reich wie Indien gewesen wären, hätte es wohl so gehen können, aber solche Kolonien waren eben nicht mehr zu haben. In der Tat haben darum in den ersten zwanzig Jahren und darüber Offiziere und Beamte die Hauptrolle gespielt, es stellte sich heraus, daß man erst entwickeln und kultivieren müsse, bevor man ernten könne, und das kostete viel Geld und Blut. Die Folge davon war eine zeitweilige Kolonialmüdigkeit im Parlament und in den leitenden Kreisen, sowie eine allgemeine Knauserei bei den Ausgaben. Da steckte der Aufstand in Südwestafrika ein helles Licht darüber auf, was an nationaler Ehre und an angelegten Werten auf dem Spiele stand, und nun ging eine Wandlung oben und unten durch das Land. Man schlug nach schweren, selbstverschuldeten Opfern neue Bahnen ein, um das Erworbene und Behauptete zu erschließen.

Heute steht ein Kaufmann an der Spitze der Kolonialverwaltung. Darin liegt kein Mißtrauen gegen die alten „Afrikander", die ihr Bestes getan haben. Aber auf Grund der von ihnen ausgestreuten Ideen, mehr oder weniger geglückten Versuchen und dem reichen Schatze der dabei gesammelten Erfahrungen sind neue Verwaltungsgrundsätze mit genauer Rechnung, genauen Bilanzen, gründlich vorbereiteten Unternehmungen und Bauentwürfen zur Geltung gekommen. Insbesondere hat sich der Gedanke Durchbruch verschafft, daß die Kolonien durch Bahnen erschlossen, zur Ruhe und zur Entwicklung gebracht werden müssen. Gegenwärtig sind 2000 Kilometer im Betrieb, 1550 Kilometer im Bau begriffen, weitere Bahnbauten haben Aussicht auf Verwirklichung. Die Kolonien sollen sich selbst erhalten und auch für Eisenbahnen einstehen, das Reich soll nur noch die militärischen und politischen Kosten tragen. Die Handelsbilanz befindet sich in erfreulichem Aufschwunge, sie beträgt bereits 130 Millionen, die



Beteiligung des Privatkapitals an kolonialen Unternehmungen beläuft sich auf etwa 250 Millionen, der tatsächliche Zuschuß des Reiches hat sich auf 8 Millionen vermindert und dürfte in nicht ferner Zukunft gänzlich wegfallen. Die weiteren Ziele der Kolonialpolitik müssen die Hebung und Erziehung der Eingeborenen zu stetiger Arbeit und damit zum Wohlstand, die Förderung der deutschen Ansiedler und Pflanzer durch Arbeitsordnungen, Selbstverwaltung und Verbesserung des Gerichts- und Bankwesens, strenge Trennung der Rassen und Förderung der deutschen Besiedelung sein. Es soll den Eingeborenen gut gehen, weil sie bei den kulturwirtschaftlichen Bestrebungen brauchbare Mitarbeiter werden sollen, aber wenn eine alle Kolonien ruinierende Mischrasse vermieden werden soll, muß auf alle Zeiten eine Schranke zwischen Weißen und Eingeborenen aufgerichtet werden. Falsche Humanität hat namentlich in Deutschostafrika bewirkt, daß der Respekt vor der weißen Rasse abgenommen hat. Neger wie Indier fassen in jedem Falle die Gewährung der Gleichberechtigung als Schwäche auf, die Zulassung auch des getauften Negers zum Eid würde die deutsche Rechtsprechung entwürdigen und ihrer Grundlage berauben. Die Vermehrung der deutschen Besiedelung ist in vielen Gebieten möglich, an die man früher gar nicht zu denken wagte. Jeder neue deutsche Ansiedler trägt zur Sicherung der Kolonie bei und läßt die Vermehrung der Schutztruppe weniger nötig erscheinen. Auch für die Selbstverwaltung wird sich zwischen den Rechten des Reiches und der Selbstsucht und dem bei Deutschen unvermeidlichen Besserwissen der Ansiedler ein Ausgleich finden lassen.

In Deutschostafrika macht sich der fördernde Einfluß der Bahnen, sowohl der deutschen Morogorobahn, die im ersten Drittel bis Kilossa vollendet wurde, wie der englischen Usambarabahn deutlich bemerkbar. Tausende von ehemaligen Karawanenträgern sind dadurch für die Bodenbearbeitung freigeworden. Der Plantagenbetrieb breitet sich aus und beginnt mit den Hilfsmitteln des landwirtschaftlichen Großbetriebes zu arbeiten. Die Beschränkung der indischen Einwanderung hat noch nicht den Beifall des Gouverneurs Freih. v. Rechenberg gefunden, der im Gegenteil das indische Element zu begünstigen scheint. Infolge der Fortschritte der Besiedelung des Kilimandscharo-Merugebietes soll dort eine landwirtschaftliche Versuchsstation eingerichtet werden. Wegen des Ausbleibens der Regenzeit ist in Morogoro, Kilossa und Tabora eine teilweise Mißernte eingetreten. Es mag übrigens an dieser Stelle betont werden, daß das einst so beklagte Sansibar heutzutage handelspolitisch und wirtschaftlich bedeutungslos geworden ist, während Helgoland die wichtigste Rolle bei der Verteidigung der deutschen Küsten spielt. Auch die Anschauungen über Südwestafrika haben sich wesentlich geändert. Wer möchte heute die vielgeschmähte „Sandwüste" wieder hergeben, nachdem sich dort ein so gesundes deutsches Volkstum entwickelt hat, die Farmwirtschaft blüht und sogar Diamanten im Sande liegen! Der Glücksfall mit den Diamantenfunden ist gewiß mit Freuden zu begrüßen, denn es läßt sich jetzt hoffen, daß die Kriegskosten wieder aus der Kolonie herausgeholt werden können. Leider haben die Diamanten auch manchen Unfrieden gestiftet; man wird darum gut tun, Südwestafrika auch ferner hauptsächlich als Siedelungskolonie zu betrachten. Die Klagen über Benachteiligung bei den Diamantenfunden durch die Kolonialverwaltung haben inzwischen im Reichstage wenig Anklang gefunden. Die Schutztruppe ist auf 2431 Mann herabgesetzt worden. Dank des Zusammenwirkens der deutschen und britischen Behörden hat das Herumstreifen unruhiger Negerbanden so ziemlich aufgehört. Die Heranziehung brauchbarer Arbeiter aus den Negerstämmen im Norden und Süden hat erfreuliche Fortschritte gemacht. Am 19. Jänner ist in Windhuk eine sechsklassige Realschule mit der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Heeresdienst eröffnet worden. Die Regenzeit ist sehr günstig verlaufen, der Bergbau, namentlich auf Kupfer und neuerdins auf Marmor, entwickelt sich weiter. Die Otavibahn ist vom Kolonialfiskus angekauft und an die Otavi-Minengesellschaft verpachtet worden. Im Anschluß daran wird der Umbau der Staatsbahn nach Windhuk auf Kapspur und der Bau der Linie Windhuk—Keetmanshoop erfolgen. Auf der Staatsbahn Windhuk—Swakopmund verkehren seit Juli schon Eilzüge lediglich mit Personen-, Gepäck- und Postverkehr im Anschluß an die Ozeandampfer. Aus Kamerun war die bemerkenswerteste Nachricht die vom Ausbruch des für erloschen gehaltenen Kamerunvulkans Ende April, der bis zum Jahresende noch nicht gänzlich wieder zur Ruhe gekommen war. Außer dem üblichen Schrecken hat er keinen besonderen Schaden angerichtet. Die Kolonie hat infolge des Preisrückganges auf dem Weltmarkte einen Rückgang der Ausfuhr erlitten, befindet sich aber trotzdem in der gedeihlichsten Entwicklung. Togo hat weiter den Rang als Musterkolonie behauptet.

Auf Samoa waren infolge der bekannten Stammeseifersüchteleien mit Rücksicht auf einen etwaigen Nachfolger des greisen Oberhäuptlings Mataafa Streitigkeiten ausgebrochen, und einer der angesehensten Häuptlinge Lauati war mit seinem Anhange nach Apia gezogen, um dem Gouverneur Dr. Solf Verhaltungen über gewisse Angelegenheiten zu machen, wurde aber von Dr. Solf, der seit zehn Jahren Land und Leute kennt, abgewiesen. Da der Gouverneur über keine Schutztruppe verfügt, wurde das ostasiatische Kreuzergeschwader beauftragt, nach Samoa abzugehen. Der neue Kreuzer „Leipzig" mit Kontreadmiral Coerper an Bord traf am 15. März in Apia ein, Kreuzer „Arkona", Kanonenboot „Jaguar" und Begleitschiff „Titania" folgten in den nächsten Tagen. Lauati stellte sich auf Aufforderung selbst und wurde mit einigen anderen unruhigen Geistern nach Saipan abgeführt. In Neuguinea hatte der neue von Berlin aus verfügte Zolltarif zu unangenehmen persönlichen Streitigkeiten zwischen dem Gouverneur Dr. Hahl und einer Anzahl europäischer Pflanzer und Kaufleute geführt, was den Gouverneur veranlaßte, im August einen neuen Gouvernementsrat zu bilden. Kiautschau, diese Kolonie der Marine, entwickelt sich, trotz eines durch die allgemeine Handels-



lage bewirkten Rückschlags in den Einnahmen von 40.000 Dollars, in der günstigsten Weise weiter. Das Anführen von Zahlen hat keinen Zweck, wohl aber sei hier der Ausspruch des Staatssekretärs v. Tirpitz in der Budgetkommission des Reichstags vom 26. März wiedergegeben, wonach Tsingtau in elf Jahren aus einem öden armen Dorfe zur siebenten Handelsstadt Chinas unter den 40 europäischen Niederlassungen emporgewachsen ist.

Handel und Verkehr.

Die allgemeine Wirtschaftskrise des Jahres 1907 ist in Deutschland nicht annähernd so stark zum Ausbruch gekommen wie in den Vereinigten Staaten und einigen anderen Ländern, dafür aber zeigt es sich, daß die Überwindung der Depression langsamer erfolgt wie nach früheren Krisen, und daß Nordamerika darin sogar schon weiter zu sein scheint. Der Tiefpunkt ist auch in Deutschland längst wieder überschritten, aber auch das erst begonnene Jahr 1910 verspricht kaum einen Aufschwung wie in früheren Zeiten, um so mehr da bedenkliche Lohnkämpfe in Aussicht zu stehen scheinen. Es drängt sich überhaupt die Annahme auf, daß die Entwicklung der handelspolitischen Weltlage den bisherigen Wechsel zwischen großen Aufschwungs- und Niedergangsbewegungen erheblich beschränken wird. Die Hochwellen wurden doch meist bedingt durch die Exportmöglichkeiten, auf deren Vermehrung der größte Teil der Unternehmungen der Industrieländer zugeschnitten ist. Bei der ersten Aufwärtsbewegung trat darum ein übermäßiger Wetteifer in Erzeugung, Verbesserung der Einrichtungen und Neubegründungen ein, um die Konjunktur auszunützen. Gerade der Umfang der Neuanschaffungen erhöhte den Aufschwung und verlieh ihm den Anschein der Gesundheit, bis die schließlich notwendigen Folgen: Überproduktion und hoher Kursstand eine Stockung und Krise hervorriefen. Die Steigerung der Exportmöglichkeiten hat sich aber vermindert, je mehr die industrieller gewordenen Länder ihre eigenen Erzeugnisse für den Inlandsmarkt durch Zölle zu schützen beginnen, und selbst England, das Ursprungsland der Freihandelstheorie, diesen Gedanken fallen läßt. Die Exportmöglichkeiten nehmen eher ab als zu, es kostet alle Anstrengung, das früher Errungene auch nur zu behaupten, und industrielle Erneuerungen und Neugründungen müssen sich in mäßigen Grenzen halten. Damit fällt ein wesentlicher Anstoß für aufwärtsschnellende Bewegungen fort, dafür tritt aber zugleich die bisher ziemlich obenhin behandelte Bedeutung des Inlandsmarktes für die Industrie in den Vordergrund. Muß doch die stets sehr freihändlerisch gesinnte Berliner Handelskammer in ihrem Bericht über 1909 zugestehen: „Bemerkenswert ist ferner, daß diejenigen Gewerbe und Betriebe, welche vorzugsweise landwirtschaftliche Kundschaft haben, in diesem Umstande eine Stütze ihres Absatzes fanden, eine Tatsache, die wir auch schon für das Jahr 1908 feststellen konnten. Der Ertrag der landwirtschaftlichen Betriebe hat sich in den letzten Jahren dank guter Ernten, die zu hohen Preisen verwertet wurden, nicht unbeträchtlich gehoben." Das ist doch schon etwas. Man wird auch in diesen Kreisen noch einsehen lernen, wie wahr der Spruch ist: „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt."

Die der Industrie sicher nicht fremde Elberfelder Handelskammer geht in ihrem Berichte noch weiter und sagt offen: „Zur Anbahnung einer Besserung hat dann nicht wenig die gute Lage der Landwirtschaft beigetragen, die sich wiederum einer vorzüglichen Ernte erfreute und durch die Schutzzollpolitik in ihrer Kaufkraft gestärkt worden ist." Das Letztere ist natürlich die Hauptsache, denn ein reicher Ernteertrag allein bringt es noch nicht mit sich. Hier mag auch gleich angeführt werden, daß nach dem Ausweise der Handelsstatistik die von freihändlerischen Rednern und Journalisten geschmähten neuen Handelsverträge der deutschen Ausfuhr in der jetzigen Zeit des wirtschaftlichen Stillstandes eine feste Stütze gegeben haben, was deutlich beim Vergleich mit der Ausfuhr anderer Länder hervortritt. Natürlich können Handelsverträge eine allgemeine Depression nicht aufheben.

Die Entwicklung von Handel und Verkehr wurde in den ersten vier Monaten des Jahres von der unsicheren politischen Weltlage beeinflußt. Die Streitigkeiten um Marokko, die fortgesetzten englischen Verhetzungen gegen Deutschland, die Balkanwirren und die damit zusammenhängende Erprobung des Bündnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn hemmten jede Unternehmungslust, später trat eine Wendung zum Bessern ein, die aber weniger in einem Umschwung der Stimmung als in einer erheblichen, nahezu allgemeinen Steigerung der wirtschaftlichen Tätigkeit zum Ausdrucke kam. Am günstigsten hat die elektrische Industrie abgeschnitten, die für den Ausfall an ausländischen Aufträgen durch stärkere Beschäftigung im Inlande, namentlich durch den Bau von Überlandzentralen, entschädigt wurde. Die Eisenindustrie und der Kohlenbergbau befanden sich hauptsächlich infolge ihrer zweischneidigen Kartellpolitik noch in einer schwierigen Lage, die Textilindustrie erfreute sich einer mäßigen Erholung, die Schiffbauindustrie hatte noch ein recht sorgenvolles Jahr, aber die zunehmende allgemeine Gesundung zeigte sich in den von Monat zu Monat steigenden Einnahmen der Bahnen und der Seedampferlinien. Der günstige Einfluß des trotz großer Besorgnisse wegen der Witterung reichlich ausgefallenen Ernteertrages ist schon erwähnt worden; leider läßt die ungenügende Futterernte für das Jahr 1910 höhere Viehpreise befürchten. Die überaus hohen Weizen- und Roggenpreise von März bis Juli fallen durchaus nicht der Landwirtschaft zur Last, die um diese Zeit keine Vorräte mehr in der Hand hatte. Als vom September ab die neue Ernte auf den Markt kam, hatte der Getreidehandel die Preise bereits auf eine normale Höhe sinken lassen. Börse, Banken und Geldmarkt waren vom Verlauf des Jahres befriedigt, die Börse stand sogar unter dem Zeichen einer ganz außergewöhnlichen Spekulation, die ihren ersten Antrieb durch die Diamantenfunde in Deutschsüdwestafrika und einen zweiten durch die Besserung der wirtschaftlichen Lage in den Vereinigten Staaten erhielt.

Entsprechend der Entwicklung der industriellen Tätigkeit verhielt sich die Lage auf den Arbeitsmarkt; im ersten Vierteljahr war die Zahl der Stellesuchenden noch größer als im gleichen Zeitraume des Vorjahres, später nahm sie ab und hatte zu Ende des Jahres einen verhältnismäßig günstigen Stand erreicht. Die Zahl der Streiks und Aussperrungen hat keine Zunahme gegen früher erfahren, dafür haben aber einzelne an Ausdauer und Heftigkeit zugenommen. Bei diesen handelte es sich immer um die bekannte Machtfrage zwischen dem Arbeitgeber und den sozialdemokratischen Führern. Am meisten Aufsehen hat der Bergarbeiterstreik im Mansfelder Bergrevier erregt. Dort wurden unter den meist angesessenen Knappen keine Sozialdemokraten geduldet, es hatte auch keine gegeben. In der letzten Zeit hatte aber die sozialdemokratische Parteileitung vom Bochumer Verband dort Fuß zu fassen gesucht, und als infolgedessen 71 Bergleute entlassen wurden, brach der Streik aus. Die Wut der Streikenden richtete sich noch schärfer als gegen die Bergwerksleitung gegen die große Anzahl der Arbeitswilligen, die in der rohesten Weise beschimpft und mißhandelt wurden. Da die Unruhen den Charakter des Aufruhres annahmen, wurde von Halberstadt, Halle und Magdeburg Militär abgeschickt, dessen Hauptaufgabe darin bestand, die Arbeitswilligen ungefährdet an die Arbeitsstelle zu geleiten. Das Magdeburger Bataillon hatte, da es sie doch nicht gut zu Hause lassen konnte, auch seine zwei Maschinengewehre mitgebracht, über welche „Provokation" selbst in bürgerlichen Blättern unverständige Sensation gemacht wurde. Das Militär hat keinen Schuß zu tun gebraucht. Nach sechs Wochen mußte die Parteileitung den Streik aufgeben und das Resultat war, daß einige hundert Arbeiter, die sich besonders um den Streik bemüht hatten, nicht wieder angenommen, andere wegen Mißhandlung und Beschimpfung zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden.

Preußen.

Gleichzeitig mit dem Reichstage trat der Landtag am 12. Jänner wieder zusammen. Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben brachte den Etat mit einer die Finanz- und wirtschaftliche Lage ziemlich ungünstig schildernden Rede ein. Die Mindereinnahmen der Staatsbahnen wirken besonders empfindlich. Unter diesen Umständen waren dem Landtage, da er in dieser Ungunst der Zeit auch noch die Mittel zu einer ansehnlichen Reform der Beamtenbesoldung zu beschaffen hatte, eine besonders schwierige Aufgabe gestellt. Zunächst wurden zur Befriedigung gewisser Parteiwünsche einige Sitzungen mit vergeblichen Reden über die Arbeitslosigkeit und über die Ausschreitungen der sogenannten Nacktkultur verbracht. Dann begann die wirkliche Arbeit mit der Budgetdebatte, die nur die drei Sitzungen vom 18. bis 20. Jänner in Anspruch nahm. Sie brachten neben den üblichen, wenig hervorragenden Parteireden am 19. Mitteilungen des Ministers des Innern v. Moltke über seinen Plan der Vereinfachung der inneren Verwaltung und wurden am Schlusse stark beeinflußt durch die in Aussicht stehende Ungültigerklärung der Berliner sozialdemokratischen Landtagsmandate.

Das wichtigste Ereignis war aber am genannten Tage eine große Rede des Ministerpräsidenten Fürsten Bülow. Sie erregte schon dadurch einige Überraschung, daß er auch Gegenstände berührte, die eigentlich in den Reichstag gehörten, deren enger Zusammenhang mit der preußischen Politik aber nicht zu bezweifeln war und deren Besprechung im Reichstage nach dessen Geschäftseinteilung zunächst nicht in Aussicht stand. Die Rede begann mit einer nochmaligen Ermahnung zur Sparsamkeit, und damit ergab sich von selbst der Übergang zur Reichsfinanzreform, wobei der Fürst den Konservativen ans Herz legte, den Widerstand gegen die Nachlaßsteuer aufzugeben. Er selbst wie auch der Finanzminister sei seit zwei Jahren in dieser Frage vom Saulus zum Paulus geworden, und er hoffe das gleiche von der konservativen Partei, wenn auch diese Steuer besonders den ländlichen Grundbesitz stärker treffe als das bewegliche Vermögen. In bezug auf das Wahlrecht würden die Vorarbeiten mit allem Eifer betrieben und die Vorschläge würden erfolgen, sobald das Material einen sicheren Überblick gewähre. Über den Fall Schücking führte Fürst Bülow aus, daß unter ihm kein Beamter wegen liberaler oder freisinniger Gesinnung gemaßregelt werden würde, solange dieser so viel Takt und Zurückhaltung zeige, wie sie das Amt und die Rücksicht auf die Vorgesetzten erfordern. Aber ein Beamter könne auch nicht deshalb sakrosankt sein, weil er liberal oder freisinnig sei. Davon sei im vorliegenden Falle keine Ausnahme gemacht worden. Zur Sozialdemokratie dürfe sich kein Beamter bekennen. Eine besondere Stellung nehmen die politischen Beamten ein, die nach dem königlichen Erlaß vom 4. Jänner 1882 zur Unterstützung der Politik der Staatsregierung ausdrücklich verpflichtet sind. Der infolge von Überarbeitung erkrankte Kultusminister Holle, dessen Entlassungsgesuch vorläufig abgelehnt worden sei, werde im Frühjahr einen Nachfolger erhalten, wenn sich sein Zustand nicht bessern sollte. Dann ging Fürst Bülow auf die von den Vorrednern berührte Frage des sogenannten „persönlichen Regiments" des Kaisers ein und berief sich unter Hinweis auf die neuerlich gegen ihn in der Presse erhobenen Angriffe darauf, daß es seine Pflicht sei, die Stellung der Krone sowohl zum Lande wie auch die des Landes zur Krone nach dem Wortlaute und dem Geiste der Verfassung zu wahren. „Dieser Verpflichtung habe ich mich nie entzogen, seitdem ich die Verantwortung trage für den Gang der Staats- und Reichsgeschäfte . . . Ich habe auch, als jener Artikel im „Daily Telegraph" erschien und eine große Bewegung durch das Land ging, nicht einen Augenblick gezögert, den Sachverhalt richtigzustellen und die Schuld auf mich zu nehmen. . . . Ich bin überzeugt, daß . . . jeder ehrliche und denkende Anhänger der monarchischen Staatsform und der Stellung des Kaisers im Reiche mich verstehen und mir glauben wird, wenn ich sage, daß ich gerade in den schweren und schmerzlichen Novembertagen als wahrhafter Royalist gehandelt habe in voller Übereinstimmung mit

dem gesamten Staatsministerium und dem gesamten Bundesrate (Bravo). In dieser Überzeugung lasse ich mich nicht irre machen, auch nicht durch einfältige und perfide Zeitungsartikel, durch Klatsch und Kamarillagerede (Bravo) .... Preußen ist groß geworden durch seine Herrscher.... Wir wissen auch alle, daß wir in unserem König und Kaiser einen von großen Idealen erfüllten Herrscher haben .... er hat die Flotte geschaffen, er hat unser Heer schlagfertig erhalten und vervollkommnet, er hat den Frieden erhalten. In dem Verständnis zwischen König und Volk, in dem Ernst, mit dem von beiden Seiten dieses Verhältnis aufgefaßt wird, darin daß der Fürst sich fühlt als erster Diener des Landes und daß das Land weiß, daß die Interessen des Landes auch die Interessen des Fürsten und seine Richtschnur sind, darin lag in der Vergangenheit unsere Kraft, darauf beruht auch unsere Zukunft."

Zum Schlusse sprach Fürst Bülow über das Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie. Mit Rücksicht auf die Aufforderung zu ihrer energischen Bekämpfung gab er wohl die Möglichkeit zu, „daß die Regierung im Laufe der Zeit genötigt sein wird, der Sozialdemokratie gegenüber den Weg der Gesetzgebung zu beschreiten," bemerkte aber, die Regierung habe bis auf weiteres die Überzeugung, daß die vorhandenen Mittel bei richtiger energischer Anwendung genügen. Erforderlich aber sei vor allem, daß die bürgerlichen Parteien zusammenhalten und nicht der Sozialdemokratie durch Schädigung der Autorität Waffen liefern, wie dies seit zwei Jahrzehnten in bedenklichem Maße geschehen sei. Nach einem geschickt modifizierten Vergleiche mit den Zuständen vor der französischen Revolution schloß er: „Aber lernen sollen wir aus der Geschichte, lernen und uns nicht überheben, wir sollen in allen Kreisen und an allen Stellen stark, bescheiden, einfach und tüchtig bleiben (Beifall rechts). Dann, aber nur dann werden die Söhne behaupten, was die Väter erworben haben." (Lebhafter Beifall, Zischen bei den Sozialdemokraten.) Soweit die Rede auf weitere Kreise berechnet war, machte sie kaum den gewünschten Eindruck. Alle Parteien suchten sich das aus, was ihnen nicht paßte, und mäkelten daran. Die Liberalen hatten einen Kommentar zu den Andeutungen der Thronrede über die Landtagswahlreform erwartet, sei es auch nur als Stoff für ihre Zeitungen, denn sie selbst hatten sich bereits auf das allgemeine Stimmrecht festgelegt. Auf gewissen Seiten wollte man aus den Andeutungen der Rede die Ankündigung eines neuen Gesetzes gegen die Sozialdemokratie herauslesen, während man auf anderen gerade darüber unzufrieden war, daß eigentlich das Gegenteil gemeint sei. Erfreulicher als diese Zerfahrenheit war die in diesen Tagen in der Kommission vollzogene Verständigung über die Beschaffung der Mittel für die Erhöhung der Beamtengehälter. Dann wurden wieder zwei Tage auf unnützes, nur die Parteigegensätze schürendes Redegeplänkel über die Anträge der Freisinnigen und Sozialdemokraten auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen verwendet. Der Minister des Innern v. Moltke lehnte die Teilnahme der Regierung an der Debatte ab. Am 26. Jänner wurden sämtliche Anträge gänzlich abgelehnt, wozu gerade die in den letzten Tagen von den Berliner Sozialdemokraten veranstalteten Straßendemonstrationen nicht wenig beigetragen hatten.

Schon am 28. und 29. Jänner wurde die zweite Lesung der Besoldungsvorlage erledigt. Zwischen den Parteien und der Regierung war darüber ein Kompromiß zu stande gekommen, das die letztere auch im Herrenhause vertreten wollte. Am 30. Jänner lehnte das Haus den sozialdemokratischen Antrag auf Haftentlassung des Abg. Dr. Liebknecht ab und nahm am 4. Februar die Besoldungsvorlage in dritter Lesung einstimmig an; auch die Sozialdemokraten stimmten dafür. Man wird dem Abgeordnetenhaus und seiner Kommission das Lob nicht vorenthalten können, daß sie mit Ernst und Eifer eine sehr schwierige Arbeit in recht kurzer Zeit durchgeführt und dem mit der gleichen Aufgabe betrauten Reichstage ein nachahmenswertes Beispiel gegeben haben. Die Anhänger des preußischen Wahlrechts zogen den keineswegs unbegründeten Schluß daraus, daß das Dreiklassenwahlrecht doch gar nicht so unvernünftig sein könne, wenn es eine so geschickte Kammer hervorgebracht habe. Fürst Bülow lud am 1. März die Mitglieder der Kommission, die Präsidenten und die Vorsitzenden aller Parteien des Abgeordnetenhauses zu einem Mahle im Reichskanzlerpalais ein und sprach ihnen im Namen der Regierung Dank und Anerkennung aus. Im Februar hatte das Abgeordnetenhaus noch die wichtigen Gesetze über die Besoldung der Lehrer und der Geistlichen und einige kleinere Gesetzvorlagen in erster und zweiter Lesung erledigt, nach heftigen Redegefechten die Wahl der Berliner sozialdemokratischen Abgeordneten kassiert und einen großen Teil des Etats beraten.

Nach Ostern trat das Haus am 21. April wieder zusammen, beriet bis Pfingsten den Etat zu Ende und einigte sich in einer einzigen Sitzung über das vom Herrenhause abgeänderte Besoldungsgesetz. Unter den weiter angenommenen Gesetzen verdienen besondere Erwähnung das Berggesetz und das für die Besoldungsreform notwendige Stempelsteuergesetz. Das Herrenhaus nahm am 22. Mai die Besoldungsvorlage in der neuen Fassung des Abgeordnetenhauses an, ebenso die Steuervorlagen. Unter diesen erfreulichen Umständen war die Arbeit nach Pfingsten nicht mehr groß, da es sich nur noch um zweite und dritte Lesungen handelte. Schon am 25. Juni hatten beide Häuser des Landtages ihre Verhandlungen beendigt, und die Session wurde in einer gemeinsamen Sitzung nachmittags geschlossen. Das Abgeordnetenhaus hatte seit dem 10. Oktober 1908 100, das Herrenhaus 18 Plenarsitzungen abgehalten. Die Regierungsvorlagen waren sämtlich, bis auf einen kleinen Gesetzentwurf über die Änderung von Landgerichtsbezirken im Rheinland, erledigt worden. Als Verdienst des angeblich „reaktionären" preußischen Landtags muß doch betont werden, daß er in rascher und wenig geräuschvoller Arbeit Gesetzentwürfe angenommen hat, die mit der Erhöhung der Einkommen- und Vermögensteuer sowie der neuen Stempelsteuer eine recht erhebliche Mehrbe-

lastung der besitzenden Klassen zu Gunsten der mittleren und unteren Beamten nebst der Volksschullehrer brachten, sowie mit dem neuen Berggesetz berechtigten Wünschen weit entgegenkamen. Neben dem großen Lärm und der Parteienspaltung im Reichstag machte diese würdigernste Arbeit den besten Eindruck.

Die Ersatzwahlen in Berlin infolge von vier für ungültig erklärten sozialdemokratischen Mandaten ergab in drei Wahlkreisen die Wiederwahl der sozialdemokratischen Abgeordneten, während im Wahlkreise Moabit durch das Zusammenwirken der bürgerlichen Parteien in der Stichwahl am 30. November der Freisinnige Kunze gewählt wurde.

In der letzten Woche des Jahres wurde die statistische Bearbeitung der Wahlen für das Abgeordnetenhaus im Jahre 1908 veröffentlicht, woraus die Parteien selbstverständlich das herausnahmen, was sie für ihre Anschauungen brauchbar fanden. Es ließ sich aber doch nicht verkennen, daß gewisse Urteile abfälliger Art, die nach krassen Ausnahmefällen der Großstädte über die Dreiklassenwahl gefällt worden sind, für die Allgemeinheit nicht zutreffen.

Aus den Bundesstaaten.

In einem Bundesstaat wird es immer einige Reibungen unter den Einzelstaaten geben und zwar um so mehr, wenn sie infolge ihrer Größe und wirtschaftlichen Entwicklung einer besonderen Betätigung fähig sind. Selbst in der Schweiz kommt zuweilen derartiges vor, obgleich die Kleinheit der Verhältnisse besondere Schwierigkeiten kaum aufkommen läßt. In Deutschland bietet die überwiegende Größe Preußens dem oft recht kurzsichtigen Partikularismus in den Einzelstaaten sehr häufig Anlaß, die eigene Suppe am eigenen Feuerchen warm zu halten, und man verschließt sich der Einsicht, daß sich die oft übertriebenen Leiden in den meisten Fällen leicht heilen ließen, wenn man der unitarischen Richtung einen größeren Spielraum gewähren wollte. Der Widerstand dagegen kommt weniger von den Fürstenhäusern als von dem partikularistischen Beamtentum, das leicht an den Fingern abzählen kann, wie viele Stellen dann überflüssig werden würden. Ein Hauptübel und der Gegenstand fortwährender Reibereien und Eifersüchteleien schreibt sich davon her, daß § 42 der Reichsverfassung mit der ausdrücklichen Verpflichtung „alle deutschen Eisenbahnen im Interesse des allgemeinen Verkehres wie ein einheitliches Netz zu verwalten" nur höchst unvollkommen durchgeführt worden ist. Preußen hat sich, nach Ablehnung des dieser Verpflichtung entsprechenden Reichseisenbahngedankens genötigt gesehen, alle für sein Verkehrsgebiet wichtigen Bahnlinien zu erwerben. Die kleineren Staaten sind seinerzeit aus guten Gründen bereitwillig darauf eingegangen, ohne irgendwelche Bedingungen zu stellen. Trotzdem sind in den letzten Jahren immer lautere Klagen über daraus entspringende Steuerbenachteiligungen der kleineren Staaten erhoben wurden. Um dem ein Ende zu machen, ist eine Novelle zur Beseitigung der Doppelbesteuerung in Kraft getreten, nach der die Eisenbahnbeamten ihre Steuern nicht mehr an den anstellenden Staat zahlen, sondern an den Staat, in dem sie wohnen, obgleich er ihnen keinen Gehalt zahlt. Preußen verliert dadurch gegenwärtig 378.000, Sachsen 40.873, Hessen 25.768, die übrigen Staaten zusammen 6699 Mark. Während das Gesetz für die kleineren Staaten Erhöhungen der Steuereinkünfte bringt, wird Preußen nur einen sehr geringen Anteil seines Ausfalls durch die Neuberechnung wieder erhalten.

Obgleich Preußen auch hier wieder Opfer bringt, erntet es in gewissen süddeutschen Kreisen doch nur Undank. Die jährliche Ersparnis durch die Güterwagengemeinschaft wird von der badischen Regierung auf 729.000, von den Eisenbahnverwaltungen in Sachsen auf 1,506.246, in Bayern auf 975.000 Mark angegeben. Das sind doch ganz erhebliche Summen, die bei der nur Defizite veranlassenden Unzulänglichkeit der verkehrspolitischen Einrichtungen der Einzelstaaten nicht zu verachten sind. Trotzdem häufen sich die Angriffe in süddeutschen Blättern, und es werden zu diesem Zwecke Angaben verbreitet, die ebensowohl aus verkehrspolitischer Unkenntnis als auch partikularistischer Verärgerung entspringen. So sah sich die badische Regierung Anfang Februar genötigt, der Unwahrheit entgegenzutreten, daß Baden 2000 Güterwagen (20%) neu anschaffen müsse, während Preußen mit 7,3% wegkomme. Tatsächlich handelt es sich um die Neubeschaffung von 485 Güterwagen, also nicht einmal 5%, und dafür sind drei Jahre gewährt. Das Naivste an Erfindungen brachten aber Zeitungen in Bayern, das bei seinen Verkehrsanstalten mit einem Ausfall von 10 Millionen zu rechnen hat. Im Mai wurde behauptet, die guten bayrischen Güterwagen gingen nach Preußen, das dafür schlechte schicke. Das ist schon darum barer Unsinn, weil gerade die bayrischen Güterwagen im Durchschnitt älter, mangelhafter und minder tragfähig sind als die preußischen. Im August wurde nach dem „Eisenbahner" in bayrischen Blättern gar behauptet, eine außerbayrische (natürlich die preußische) Eisenbahnverwaltung benutze etwa 120 mit ihren Besitzabzeichen versehene bayrische Waggons. Das bayrische Verkehrsministerium nahm sich Zeit, den wahren Sachverhalt über diese angeblich „gestohlenen Güterwagen" klarzustellen. Schon einige Tage vorher hatte die offiziöse „Norddeutsche Allg. Zeitung" zu einem Plane für den baldigen Zusammenschluß sämtlicher deutscher Eisenbahnen auf föderativer Grundlage geäußert: „Ob in Preußen große Geneigtheit bestehen wird, dem entwickelten Plane näher zu treten, möchten wir nach den gemachten Erfahrungen bezweifeln." Der „Schwäb. Merkur" hatte auch vorher bemerkt, der Plan sei für die süddeutschen Staaten wohl annehmbar, aber kaum für Preußen, daß dafür die „Dreingabe der üblichen Schmähungen, daß es die süddeutschen Staaten hineingelegt und übervorteilt habe," erhalten werde. In Württemberg ist wegen der Unterbilanz der Bahnen die Neigung sehr stark, in die preußisch-hessische Eisenbahngesellschaft aufgenommen zu werden. Wenn Preußen darauf eingehen wollte, müßte Bayern schwer geschädigt werden.

Ein Gegenstand, der den Partikularisten und gewissen Interessenten mannigfachen Anlaß zur Aufregung gegen Preußen lieferte, war der seit einigen Jahren von diesem Staate betriebene Plan, seine Wasserstraßen für größeren Verkehr auszubauen und zur Deckung der dadurch entstehenden Kosten Schiffahrtsabgaben zu erheben. Da der Staat das Recht hat, sich die für die Eisenbahnen aufgewendeten Kosten von den sie Benutzenden erstatten zu lassen, so muß er es auch für seine zur Förderung der Schiffahrt geschaffenen Einrichtungen haben. Das allgemeine Interesse an den Schiffahrtsstraßen ist sicher nicht größer als wie an den Eisenbahnen; man würde sogar auch heute noch allgemein Chaussee- und Brückengelder haben, wenn sich die Erhebung lohnte. Daß sich die Schiffahrtsinteressenten gegen eine neue Abgabe sträuben, ist begreiflich, aber sie sollten doch erwägen, ob nicht die ihnen in Aussicht stehenden Vorteile überwiegen. Die Hamburger Handelskammer, die sich früher auch ablehnend verhielt, hat sich neuerdings auf diesen Standpunkt gestellt. Es ist nun für die deutschen Verhältnisse recht bezeichnend, daß sich einzelne Regierungen, statt die neue Vervollkommnung des Verkehrsnetzes zu fördern, sich zum Vertreter der Schiffahrtsinteressenten aufwerfen; dabei sind wohl Beweggründe lokaler Natur, die um so ausschlaggebender sein können, je kleiner der Staat ist, entscheidend gewesen. Man beruft sich auf § 54 der Reichsverfassung, der noch aus einer Zeit stammt, in der man an die heutige Verkehrsentwicklung noch gar nicht dachte, und dessen Absicht offensichtlich dahin ging, die Einzelstaaten zu verhindern, die natürlichen Wasserstraßen finanziell auszunützen, wie es noch zu Zeiten des deutschen Bundes versucht worden war. Preußen hatte auch ursprünglich den Paragraphen als gar nicht im Wege stehend angesehen, ist aber wegen des erhobenen Widerspruchs dazu geschritten, beim Bundesrat eine neue Fassung des § 54 zu beantragen. Das läuft natürlich auf eine Verfassungsänderung hinaus, die als abgelehnt gelten würde, wenn sich im Bundesrat 14 Stimmen dagegen erklären. Diese sind aber bis zum Jahresschlusse nicht zusammengebracht worden. Als Gegner sind Sachsen, Baden und Hessen aufgetreten, und die Regierungen beider erstgenannten Staaten hatten sogar eine gemeinsame Protesterklärung erlassen, die in ihrer Schärfe weit über die Bedeutung des Gegenstandes hinausging und fast an gewisse Vorgänge aus den letzten Tagen des deutschen Bundes erinnerte. Trotz des Lärms der Presse zu Gunsten gewisser Interessenten hat man die Angelegenheit weder in Berlin noch sonstwo tragisch genommen.

Bayern. Prinzregent Luitpold zählt mit seinen 89 Jahren nun zu den letzten jener markigen Gestalten, die den großen Zeiten der Entstehung des Reiches durch ungebrochene Lebenskraft bis ins Greisenalter ein so charakteristisches Gepräge verliehen haben. Die Eindrücke jener welterschütternden Tage, von denen die heutige Generation aus eigenem Erleben nichts mehr weiß, sind für seine politischen Handlungen maßgebend geblieben. Das zeigte sich wieder in der Tatsache, daß er bei der Anwesenheit des Kaisers in München nach den Kaisermanövern bekannt gab, daß im kommenden Sommer auch die Büste des Feldmarschalls Grafen Moltke, stiftungsgemäß zehn Jahre nach dem Ableben, in der Walhalla zur Aufstellung gelangen werde. Am 18. März machte der Herzogregent von Braunschweig dem bayrischen Hofe seinen Antrittsbesuch. Der älteste Sohn des Prinzregenten, Prinz Ludwig, ist an



Prinzregent Luitpold von Bayern.

den Kämpfen um die deutsche Einheitsfrage persönlich beteiligt gewesen und auch darum der geistige Erbe des Vaters, ein vollkommener Wittelsbacher, aber kein bayrischer Partikularist. Er liebt es, bei Gelegenheit ein offenes Wort zu sprechen und kümmert sich wenig darum, wie es sich die Parteien für ihre Zwecke zurechtzulegen suchen. So betonte er beim Festmahl zur 150-jährigen Gründungsfeier der Münchener Akademie am 13. Mai, die Freiheit sei gewiß eine schöne Sache, man müsse aber auch die Ansichten über Freiheit, die andere haben, respektieren, und der Weg zur Wahrheit müsse jedermann freistehen, da es keine zweierlei Wahrheiten gebe. Größeres Aufsehen erregte seine Rede beider Einweihungsfeier eines Gedenksteins zur Erinnerung an das Gefecht bei Helmstadt (25. Juli

1866 südlich von Würzburg), wo er als Ordonnanzoffizier seines Vaters verwundet wurde. Die Feier fand am 3. Oktober statt. Prinz Ludwig sprach über die großdeutsche Idee und ihre Bedeutung für die Deutschen in Österreich. Seiner Versicherung, er habe damals für die großdeutsche Idee gekämpft, ist unbedingt Glauben zu schenken, denn daran glaubten damals alle jungen Deutschen im Süden, ob aber auch die von Herrn v. d. Pfordten geleitete bayrische Politik dieses Ziel verfolgte, müßte erst bewiesen werden. Wegen dieser Erinnerung übrigens aus dem bayrischen Thronfolger einen heimlichen Gegner des jetzigen Deutschen Reiches machen zu wollen, war ein vergebliches Bemühen gewisser Blätter. Der Gedankengang führte den Rednern von selbst auf die Lage der Deutschösterreicher, worüber er sich in warmer, den namentlich im Süden vertretenen Auffassungen entsprechender Weise äußerte, ihnen empfahl, fest zusammenzuhalten und treue Österreicher zu sein. Er schloß mit Hinweisen auf das enge Bündnis mit Österreich-Ungarn und den Dreibund, der ungefähr das Gebiet umfasse wie einst das heilige römische Reich unter den Hohenstaufen. Die Rede hat bei den Deutschösterreichern nicht den guten Eindruck hervorgerufen, in dem sie gemeint war. Vor allem vertragen sie nicht die leiseste Andeutung, als seien sie gewissermaßen Schmerzenskinder. Sie behaupten in ihren nationalen Kämpfen zuweilen selbst Ähnliches, aber von anderer Seite mögen sie es nicht gern hören und empfinden es geradezu als eine Herabsetzung. Am 30. November starb nach vollendetem 70. Lebensjahre der Chef der herzoglichen Linie Dr. Karl Theodor, Herzog in Bayern, an den Folgen einer Influenza im Bad Kreuth. Er hatte in jungen Jahren gleich den anderen bayrischen Prinzen die militärische Laufbahn ergriffen, als Offizier an den Feldzügen von 1866 und 1870 teilgenommen, war aber nach dem Tode seiner ersten Gemahlin zum Studium der Medizin übergegangen und erwarb sich als Augenarzt, noch mehr als Wohltäter armer Blinder einen großen Ruf. Die Trauer um das Hinscheiden des fürstlichen Menschenfreundes wurde in allen Kreisen durch das ganze Deutschland geteilt. Auf letztwilligen Wunsch wurde der Dahingeschiedene am 3. Dezember in Tegernsee in aller Stille beigesetzt.

Auch Bayern leidet, wie die meisten Bundesstaaten und das Reich selbst, an der Finanznot. Wie überall, hat man um der Partei willen gegeben und bewilligt, und nun machen sich die Folgen davon geltend, um so mehr seitdem die Verkehrsanstalten und der Malzaufschlag Mindererträge ergeben. Seit Dezember 1908 beriet eine Steuerkommission des Landtags über die Finanzlage und die Reform des ziemlich veralteten Steuerwesens. Als am 29. September die Abgeordnetenkammer zusammentrat, erklärte Finanzminister v. Pfaff, die Finanzlage sei nicht erfreulich, denn neue Einnahmen seien notwendig, aber im Vergleich zu anderen Ländern würde die Belastung nicht groß und auch nicht hinderlich für die Entwicklung des Landes werden. Schon am 4. November nahm die Kammer mit 130 gegen 20 Stimmen das Einkommensteuergesetz an, durch das eine allgemeine progressive Einkommensteuer eingeführt wird. Damit nicht die kleinen und mittleren Einkünfte eine Mehrbelastung erleiden, sollten sie bei der Gemeindebesteuerung geschont werden. Schwierigkeiten boten sich eigentlich erst bei dem die Distrikts- und Gemeindeumlagen regelnden Umlagegesetz, das an die Kommission zurückverwiesen wurde und in abgeänderter Gestalt am 3. Dezember mit 119 gegen 30 Stimmen zur Annahme gelangte, wobei diesmal ein Teil der Liberalen mit den Sozialdemokraten dagegen stimmte. Im Gegensatz zu den Vorgängen im Reichstag hatten die Liberalen die Neigung überwunden, die Finanzreform im ganzen abzulehnen, obwohl sie auch mehr oder minder berechtigte Klagen über Benachteiligung der städtischen Bevölkerung erhoben. Es verdient bemerkt zu werden, daß Bayern bisher noch keine Einkommensteuer hatte. Aus den sonstigen Verhandlungen der Abgeordnetenkammer ist noch mitzuteilen, daß sie am 14. Oktober einen liberalen Antrag auf Kündigung des Auslieferungsvertrags mit Rußland einstimmig annahm, obgleich der Ministerpräsident Freih. v. Podewils auf die Unfreundlichkeit eines solchen Schrittes hingewiesen und angeführt hatte, Bayern habe überhaupt nur in 4 Fällen eine Auslieferung wegen Mordes zugestanden, während es in zwei überhaupt vorgekommenen Fällen die Auslieferung erreicht habe. In der Kammer der Reichsräte wurde der Antrag aber am 16. November einstimmig abgelehnt, nachdem der Ministerpräsident ausgeführt hatte, der Vertrag habe Bayern davor bewahrt, ein Sammelpunkt für revolutionäre und anarchistische Elemente aus Rußland zu werden. Der Militäretat, der bekanntlich vom Reichstag bewilligt wird und an dem nichts zu ändern ist, gibt gleichwohl der Kammer der Abgeordneten jedesmal Gelegenheit, mehrere Tage mit Reden über militärische Angelegenheiten zu verbringen. Diesmal wurde am 15. Dezember namentlich über die Kaisermanöver vielerlei Zutreffendes und noch mehr Unzutreffendes vorgebracht. Kriegsminister v. Horn stellte am folgenden Tage das Irrige richtig und betonte insbesondere, die Teilung der Armee sei aus rein militärischen Gründen erfolgt und um politische Eifersüchteleien auszuschließen.

Die Parteiverhältnisse haben sich nicht geändert. Das Zentrum behauptet seine übermächtige Stellung, obgleich der demokratische Flügel unter Dr. Heim Anlaß zu Mißvergnügen gibt. So seine neuerliche Gründung eines Verbandes der ländlichen Dienstboten, von dem man eine Stärkung des mühsam niedergekämpften Bauernbundes befürchtet, um so mehr da in bäuerlichen Kreisen das Zusammengehen des Zentrums mit der Sozialdemokratie unangenehm berührt. Dafür kümmert sich das Zentrum mit kluger Zurückhaltung grundsätzlich nicht um die unausgesetzten Streitereien im liberalen Lager, die durch den Gegensatz zwischen Jung- und Nationalliberalen eine neue Auffrischung erfahren haben.

Sachsen. Der seit Jahren betriebene Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht hat im vergangenen Jahre sein Ende erreicht, indem das von den Nationalliberalen empfohlene Pluralwahlrecht eingeführt wurde. Wie schon im Vorjahre angedeutet



wurde, hatte sich die am 7. Jänner wieder zusammengetretene zweite Ständekammer am 22. mit 72 gegen 5 Stimmen für ein von der ersten Ständekammer vereinbartes Kompromiß entschieden, das jedem direkte Staatssteuer zahlenden Sachsen über 25 Jahre das Wahlrecht zuspricht mit Zusatzstimmen je nach Einkommen, Besitz, Selbständigkeit, Bildung und Alter, die aber nicht mehr als vier betragen dürfen. König Friedrich August verlieh sofort nach dem Zustandekommen des Gesetzes dem Staatsminister Grafen Hohenthal den Hausorden der Rautenkrone. Am 17. hatten in Dresden sozialdemokratische Wahlrechtsdemonstrationen mit Kundgebungen gegen den König und blutigen Zusammenstößen mit der Polizei stattgefunden; ähnliche Demonstrationen wiederholten sich am 20. Jänner. Nachdem noch das Wassergesetz angenommen worden war, wurde der Landtag am 26. mit einer Thronrede geschlossen. Am 27. Februar trat der König über Antwerpen eine Reise in das Mittelmeer und nach Süditalien an, von wo er nach einem Besuche am großherzoglichen Hofe in Karlsruhe am 29. März wieder in Dresden eintraf. Mitte April wurde veröffentlicht, daß Staatsminister Graf Hohenthal wegen schwerer Erkrankung am 1. Juli in den Ruhestand treten und durch den bisherigen Gesandten in Berlin Grafen Vitzthum v. Eckstädt ersetzt werden würde. Am 4. Mai machte der Herzogregent Johann Albrecht von Braunschweig dem königlichen Hofe in Dresden seinen Antrittsbesuch, am 26. überbrachte Infant Don Fernando von Spanien dem König Friedrich August die Uniform des ihm verliehenen spanischen Infanterieregiments Soria Nr. 9. Am 14. Juni nahm an der Feier des 200jährigen Bestehens des 3. Infanterieregiments Nr. 102 „Prinzregent Luitpold" in Zittau Prinz Ludwig von Bayern, am 20. an der Feier des gleichen Jubiläums des 4. Infanterieregiments Nr. 103 in Bautzen, Großherzog Friedrich II. von Baden, teil.

Vom 28. bis zum 31. Juli wurde das 500jährige Jubiläum der Universität Leipzig in feierlicher Weise begangen. Zur Teilnahme waren König Friedrich August mit den königlichen Prinzen und Prinzessinnen, Prinz August Wilhelm von Preußen als Vertreter des Kaisers, die Großherzoge von Baden und Hessen, der Kronprinz von Rumänien, die Herzoge von Sachsen-Altenburg, Georg Alexander und Karl Michael zu Mecklenburg, Erbprinz Bernhard von Sachsen-Meiningen, Erbprinz Heinrich XXVII. von Reuß j. L., die Prinzen Heinrich XXXIV. von Reuß j. L. und Otto von Schaumburg-Lippe, sowie Deputationen zahlreicher inländischer und ausländischer Universitäten erschienen, worunter die Vertreter der deutschen Universität in Prag, der Mutteranstalt, besondere Beachtung fanden. Den Höhepunkt der Feier bildete am 30. der Festaktus in der Universitätsaula mit der feierlichen Immatrikulation des Erbprinzen Georg und des Prinzen Friedrich Christian. König Friedrich August schloß seine Rede: „Möge unsere liebe Universität dasselbe in Zukunft sein und bleiben, was sie in der Vergangenheit war, eine Pflanzstätte der Wissenschaft, eine Zuflucht und Schutz für unseren heiligen christlichen Glauben, ein Hort guter Gesinnung gegen König und Vaterland, gegen Kaiser und Reich! Das walte Gott!" Auf den Festaktus folgte ein historischer Festzug der Studentenschaft und Abends ein großer Festkommers, dem der König präsidierte. Den Schluß der Festlichkeiten bildete am 31. Juli eine Festtafel auf der Albrechtsburg in Meißen. Am 1. September wurden in Chemnitz in Gegenwart des Königs die von der Stadt mit einem Aufwande von 3½ Millionen errichteten Monumentalgebäude, das König Albert-Museum und das neue Stadttheater eingeweiht. Am 11. und 12. Oktober stattete König Friedrich August dem herzoglichen Hofe in Altenburg und am 18. und 19. dem großherzoglichen Hofe in Schwerin einen Besuch ab. Am 29. September war der



Christoph Graf Vitzthum v. Eckstädt,
sächsischer Minister des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten.

kürzlich erst in den Ruhestand getretene Staatsminister Graf Hohenthal-Bergen seinen Leiden erlegen. Seine Verdienste als langjähriges Mitglied des Bundesrats sind ebenso allgemein anerkannt worden als die während seines dreijährigen Ministerpräsidiums, währenddessen er sich namentlich für die Wahlreform bemühte. Er hatte bekanntlich vor zwei Jahren einen eigenen Entwurf vorgeschlagen, von dem man bald sagen wird, er wäre besser gewesen, wie das jetzige Kompromißgesetz, das nie eine aktive Kammer ergeben wird.

Für die Neuwahlen am 21. Oktober war den ganzen Sommer hindurch eifrig agitiert worden, alles was politisch links stand, hatte sich vereinigt, die bisherige Mehrheit der Konservativen zu brechen, was sich übrigens bei dem neuen Wahlgesetz so ziemlich von selbst verstand. Die Liberalen hätten darum wohl klüger getan, nicht zu sehr mit den

Sozialdemokraten in eine Kerbe zu hauen. Der Erfolg des verfehlten Eifers zeigte sich dann auch bei der Wahl. Es wurden nur 4 Nationalliberale, dagegen 14 Konservative und 15 Sozialdemokraten bei 58 Stichwahlen gewählt. Es zeigte sich auch hier, daß die Liberalen aus eigener Kraft nur über wenige Mandate verfügen. Da in den Stichwahlen die Konservativen überall für die Liberalen eintraten, so ergab schließlich das Gesamtresultat 29 Konservative, 29 Nationalliberale, 8 Deutschfreisinnige und 25 Sozialdemokraten. Die neue Abgeordnetenkammer trat am 7. November zusammen und wählte den Nationalliberalen Vogel zum Präsidenten, den Konservativen Opitz zum ersten und den Freisinnigen Bär zum zweiten Vizepräsidenten. Die offizielle Eröffnung der Kammer erfolgte am 11. durch den König mit einer Thronrede.

Württemberg. Auch das Königreich Württemberg leidet an Finanznot. Der Finanzminister bekannte in seiner Finanzrede am 9. Jänner, daß bei den Etats für 1909 und 1910 ein Fehlbetrag von je 4 Millionen in Aussicht stehe und eine Erhöhung der Einkommen-, Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Kapitalsteuer notwendig sei. Die Hauptschuld liegt am rapiden Rückgang der Erträge der Eisenbahnen, weil man bei Einführung der vierten Klasse einfach Wagen 3. Klasse mit einer 4 bezeichnet hatte. Infolgedessen fahren 72% der Reisenden in der 4. Klasse. Nachdem die zweite Kammer das Volksschulgesetz beraten und am 9. Februar mit 63 gegen 26 Stimmen des Zentrums angenommen hatte, vertagte sie sich bis zum 23. März, um der Budgetkommission Zeit zur Beratung zu geben. Das Volksschulgesetz beseitigt die bisher weitgehende Herrschaft der Kirche, betont den Charakter der Schule als Staatsanstalt und beseitigt die geistliche Aufsicht. Die Oberschulbehörde soll einheitlich sein, aber eine evangelische und eine katholische Abteilung erhalten. Die Bezirksschulaufsicht wird durch Fachmänner ausgeübt, die lokale Tätigkeit des Ortsschulrats beschränkt sich auf die äußere Schulpflege, den Vorsitz führt der Ortsvorsteher. Die Höchstschülerzahl wird von 90 auf 60 herabgesetzt. In den Unterricht wird Zeichnen, für Knaben Turnen, für Mädchen weibliche Handarbeit aufgenommen. Die erste Kammer setzte mit Rücksicht auf den Lehrermangel die Höchstziffer auf 70 hinauf, die Einheitlichkeit der Oberschulbehörde und die fakultative Simultanschule wurde abgelehnt, für kleine Orte die Leitung des Ortsschulrates an den Geistlichen und die Leitung des evangelischen Religionsunterrichts den kirchlichen Organen zurückgegeben. Nach langen Verhandlungen zwischen beiden Kammern begnügte sich die zweite mit der Höchstziffer von 60 Schülern und gab in den übrigen Punkten, die in der Hauptsache mit der ursprünglichen Regierungsvorlage übereinstimmten, nach. Durch die letzte Abstimmung in der ersten Kammer am 11. August wurde das Volksschulgesetz definitiv mit 28 gegen 8 Stimmen angenommen. Am 14. August nahm die zweite Kammer den Etat mit 63 gegen 14 sozialdemokratische Stimmen an. Einen sehr unangebrachten Antrag leisteten sich die Demokraten am 4. August, indem sie wegen Verspätung der Ernte die Verschiebung der Kaisermanöver verlangten. Obgleich der Antrag schließlich mit 51 gegen 34 Stimmen angenommen wurde, blieb er selbstverständlich ohne Wirkung.

Baden. Nachdem König Friedrich August von Sachsen am 27. März dem großherzoglichen Hofe einen Besuch abgestattet hatte, folgten am 11. Mai das württembergische Königspaar und am 17. und 18. Prinz Ludwig von Bayern in Vertretung seines Vaters, des Prinzregenten. Am 23. Mai wurde in Bühl in Anwesenheit des großherzoglichen Paares das erste Denkmal für den Großherzog Friedrich I. enthüllt, am 28. Juni im Schloßgarten zu Baden-Baden, das von der Großherzoginwitwe gestiftete zweite. In den folgenden Tagen reisten der Großherzog und Gemahlin zu längerem Aufenthalt nach Stockholm ab. Die inneren Verhältnisse wurden fast das ganze Jahr von den Landtagswahlen beherrscht, für die die Agitationen schon im Frühjahr begannen. Die Nationalliberalen, die vor 20 Jahren noch 80% aller Mandate besaßen, hatten schon vor vier Jahren ein Bündnis mit der Linken bis zu den Sozialdemokraten abgeschlossen, um ihre Verluste auszugleichen, aber ohne Erfolg. Diesmal erneuerten sie den sogenannten Block wenigstens für die Stichwahlen mit dem ausgesprochenen Zweck, eine liberal-demokratische Zweidrittelmehrheit zu schaffen. Das Ziel wurde nicht erreicht; das Zentrum verlor nur 2, die Konservativen 1 Mandat, die Nationalliberalen aber 6; gewonnen hatten nur die Sozialdemokraten, die mit 20 Sitzen als zweitstärkste Partei in den Landtag eintraten, wo die Nationalliberalen nur noch 17 Sitze haben. Selbst die nationalliberale Berliner „Nationalzeitung" gab zu: „Der Einfluß der extremen Linken wurde durch das Großblockabkommen gestärkt, aber nur zum Schaden der nationalliberalen Partei." Das Abkommen trat auch bei der Wahl in das Präsidium noch in Wirkung, wo sich die Linke von den Sozialdemokraten ins Schlepptau nehmen ließ, ohne die freilich keine Mehrheit gebildet werden kann. Der Landtag wurde am 23. November vom Großherzog mit einer Thronrede eröffnet, die wesentliche Steuererhöhungen in Aussicht stellte. Bei der Präsidentenwahl wurde der Nationalliberale Rohrhurst mit 41 gegen 28 Stimmen gewählt; da der zum ersten Vizepräsidenten gewählte Fehrenbach (Zentrum) ablehnte, wurde der Sozialdemokrat Geß und als zweiter der Demokrat Heimburger gewählt. Da Geß ablehnte, „zu Hofe zu gehen," wurde diesmal die Wahl des Präsidiums dem Großherzog nur schriftlich angezeigt.

Elsaß-Lothringen. Es läßt sich nicht verkennen, daß seit der Aufhebung der sogenannten „Diktatur" die Französlinge immer kecker den Kopf erheben. Es haben sich im abgelaufenen Jahr verschiedene Demonstrationen ereignet, die zwar selbstverständlich für Deutschland ungefährlich sind, aber doch im auffälligen Widerspruch mit dem Streben der Elsaß-Lothringer nach größerer Selbständigkeit der Reichslande stehen. Hierüber ließen auch der Staatssekretär Frhr. Zorn v. Bulach am 7. Juli im Landesausschusse wie der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg in seiner dritten Rede im

Reichstage am 13. Dezember keinen Zweifel bestehen. Die Parole „Elsaß den Elsaß-Lothringern" habe etwas für sich, es müsse aber Garantie gegen eine Schädigung der Interessen des Reichs geboten werden. Die Bestrebungen auf eine künstliche Verwelschung würde der Gewährung der Autonomie durchaus im Wege stehen.

Hessen. Die Finanzlage ist ziemlich unerträglich geworden, obgleich seit dem Abschluß der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft die Bahnen statt des früheren Defizits erhebliche Überschüsse ergeben. Die Schuld der betrübenden Lage liegt einerseits darin, daß drei voneinander unabhängige Minister in ihren Ressorts schalten, noch mehr aber in dem Übelstand, daß die Abgeordneten seit Jahren ihre Tätigkeit darauf zugespitzt haben, lokale Interessen ihrer Wähler auf Staatskosten zu befriedigen. Es versteht sich unter diesen Umständen von selbst, daß in den Debatten der Kammer die wechselnden Geschicke der Reichsfinanzreform vielfach zur Sprache kamen. Nach einem durch Vermittlung des Großherzogs beigelegten Konflikt der ersten Kammer mit dem Ministerium wurden die Kammern nach Bewilligung des Budgets am 31. März vertagt. Beim Wiederzusammentreten der Kammer am 6. Oktober eröffnete der Finanzminister Gnauth, eine Erhöhung der direkten Steuern sei nötig, für die Aufbesserung der Beamten seien aber keine Mittel vorhanden. Trotzdem verwendete die zweite Kammer viel Zeit auf die von der Regierung eingebrachte Wahlrechtsvorlage, wobei Sozialdemokraten und Freisinnige stürmisch die Einführung des Reichstagswahlrechts verlangten.

Oldenburg. Der Landtag beschäftigte sich Anfang Februar viel mit der Einführung des Pluralwahlrechts, nachdem im Vorjahre erst das Reichstagswahlrecht eingeführt worden war. Schließlich wurde jedem Wähler nach Überschreitung des 40. Lebensjahres eine zweite Stimme zugesprochen. Am 3. März wurde das neue Schulgesetz mit 27 gegen 16 Stimmen angenommen, das bedeutungsvolle Neuerungen bringt und die geistliche Schulaufsicht beschränkt. Am folgenden Tage wurde nach Bewilligung eines provisorischen Gehaltszuschlags von 6% für Beamte und Lehrer der Landtag durch den Minister Ruhstrat geschlossen. Die an einem Nervenleiden erkrankte Großherzogin Elisabeth siedelte Ende März vom Sanatorium Bellevue bei Konstanz nach dem Sanatorium Hohemark im Taunus über.

Mecklenburg. Die Verfassungsfrage für beide Großherzogtümer ist im abgelaufenen Jahre noch nicht erledigt worden. Bei der Überreichung einer Petition mit 40.000 Unterschriften erklärten Großherzog Friedrich Franz am 15. und Großherzog Adolf Friedrich am 18. Februar, daß sie ihre Bemühungen zur Einführung einer Repräsentativverfassung fortsetzen würden. Einer Deputation der Ritterschaft gegenüber betonte Großherzog Adolf Friedrich am 27. Februar, die Verfassungsreform müsse zustandekommen. Auch der Reichstag verwendete am 15. Juni eine ganze Sitzung auf eine Interpellationsdebatte über diese Angelegenheit, ohne praktischen Erfolg, da Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg im Namen des Reichskanzlers ausführte, daß die verbündeten Regierungen sich von der Einmischung in die Verfassungsangelegenheiten der Einzelstaaten fernhielten, übrigens die Mecklenburgische Angelegenheit noch keineswegs gescheitert sei. Großherzog Adolf Friedrich stellte, um die Verhandlungen zu fördern, zur Begleichung der sogenannten Rückstände der Verwaltung 12 Millionen zur Verfügung. Der gemeinschaftliche Landtag trat am 19. November in Sternberg zusammen, lehnte aber am 30. die Verfassungsvorlage ab. Die Landschaft hatte sie mit 36 gegen 7 Stimmen angenommen, die Ritterschaft mit 169 gegen 15 Stimmen dagegen gestimmt. Auch die Städte Rostock und Wismar hatten sie abgelehnt. Beide Regierungen weigerten sich, die Entscheidung entgegenzunehmen, erklärten sich mit dem Beschluß der Landschaft im wesentlichen einverstanden, legten die Verantwortung der Ritterschaft auf und erklärten, sie würden die Verfassungsreform nicht aufgeben. Der Landtag wurde am 18. Dezember geschlossen.

Sachsen-Weimar. Die Regierung hatte dem Landtage ein neues Wahlgesetz vorgelegt, daß die direkte Wahl aufhebt, das Wahlverfahren vereinfacht, das Wahlgeheimnis sichert und die Zahl der Abgeordneten von 33 auf 38 erhöht, von denen 23 aus allgemeinen Wahlen hervorgehen. Die Regierungsvorlage kam 2. April mit 20 gegen 12 zur Annahme mit den Abänderungen, daß das Wahlalter von 21 auf 25 Jahre und die Wahlperiode von drei auf sechs Jahre erhöht wurden. Die allgemeinen Wahlen fanden im Dezember statt und ergaben 8 Konservative, 10 Liberale, 4 Sozialdemokraten und 1 Zentrumsmitglied; die Sozialdemokraten erhielten in 7 Stichwahlen kein weiteres Mandat. Die Mitglieder der privilegierten Wahlen sind konservativ oder nationalliberal. Der seit dem 17. Jänner 1905 verwitwete Großherzog Wilhelm Ernst, der im 33. Jahre steht, verlobte sich am 11. Oktober mit der Prinzessin Karola Feodora von Sachsen-Meiningen, einer Enkelin des Herzogs Georg. Sie ist am 29. Mai 1890 geboren.

Braunschweig. Bedeutungsvoll für die künftige Regentschaftsfrage erscheint der im Februar von Kultusminister Wolff unter Billigung der maßgebenden Kreise des Reichs in der Landessynode eingebrachte und einstimmig angenommene Entwurf, in das Kirchengebet eine Fürbitte für das herzogliche Haus Braunschweig aufzunehmen. Vom 30. März bis 1. April wurde die Hundertjahrfeier des braunschweigischen Infanterieregiments Nr. 92 und des Husarenregiments Nr. 17 mit großen Festlichkeiten begangen. Der Herzogregent hatte eine Stiftung von 10.000, der Herzog von Cumberland 30.000 Mark überwiesen. Am 18. Oktober ließ der Prinzregent amtlich erklären, daß die künftige Regelung der Regentschaft nur unter Erfüllung der Pflichten gegen das Reich erfolgen werde. Am 9. November verlobte er sich mit der Prinzessin Elisabeth von Stolberg-Roßla. Die Vermählung fand am 15. Dezember in Braunschweig unter Teilnahme des Kaisers statt. Die Neuvermählten traten am 29. eine Reise nach Süd- und Ostasien an.



Sachsen-Meiningen. Für die Landtagswahlen im Oktober hatten die bürgerlichen Parteien ein Bündnis gegen die Sozialdemokraten abgeschlossen. Letztere gewannen bei den allgemeinen Wahlen zwei Wahlsitze. Infolgedessen wurde der Sozialdemokrat Wehder zum Vizepräsidenten des Landtags gewählt.

Sachsen-Altenburg. Der Landtag hat am 2. März ein neues Wahlgesetz angenommen, nach dem auf das Land 12, auf die Städte 11 und auf die Höchstbesteuerten 9 Abgeordnete fallen. Ihre Anzahl ist um zwei vermehrt worden.

Anhalt. Der Landtag wurde am 22. Februar durch den Herzog Leopold Friedrich mit einer Thronrede eröffnet, die die Erhöhung der Beamtengehälter und zur Aufbringung der Mittel ein Urkundenstempelgesetz und eine Erhöhung der Einkommensteuer ankündigte. Am 29. März wurden die Anträge auf Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht abgelehnt, das Besoldungsgesetz im April angenommen. Ende des Jahres wurde Staatsminister v. Dallwitz zum Oberpräsidenten von Schlesien ernannt, Nachfolger wurde sein bisheriger Stellvertreter Ernst Laue.

Schwarzburg-Sondershausen. Fürst Karl Günther verschied am 28. März im Sanatorium Weißer Hirsch bei Dresden im 79. Lebensjahre, der zweitälteste der regierenden deutschen Fürsten. Er war ein Studiengenosse und Jugendfreund Kaiser Friedrichs III. und nahm als preußischer Offizier am Feldzuge von 1866 teil. Nachdem er als Nachfolger seines erblindeten Vaters 1880 die Regierung angetreten hatte, hat er sich ebensowohl durch seine edle Reichsgesinnung wie durch seine gerechte und wohlwollende Leitung der Geschicke seines Landes ausgezeichnet. Dafür dankte ihm auch die tiefe Trauer der Bevölkerung bei der feierlichen Beisetzung in Sondershausen am 1. April. Als Vertreter des Kaisers war Prinz August Wilhelm anwesend, viele Fürsten und Prinzen schritten hinter dem Sarge. Fürst Karl Günther war kinderlos, vermählt mit der Prinzessin Maria von Sachsen-Altenburg und war der letzte Sprosse seines Hauses. Das Fürstentum fällt an Schwarzenburg-Rudolstadt, mit dem es ein gemeinsames Ministerium erhalten soll. Das Vermögen des Verstorbenen fällt nach dem Ableben seiner Witwe einzelnen Gemeinden und Stiftungen des Fürstentums zu.

Verschiedenes.

Deutschland hat seine Zeppelins, seine Parsevals und seine Groß, deren Leistungen keine andere Nation bisher gleiches an die Seite zu stellen hatte. Aber für das deutsche Volk in seiner Gesamtheit ist und bleibt Graf Zeppelin, der größte unter ihnen. Es ist ein gutes Zeichen für den gesunden deutschen Sinn, daß er sich nicht durch die kleinlichen Parlamentsstreitigkeiten und die Steuerhetze der Zeitungen die Begeisterung für den Mann der Tat, den greisen Grafen, trüben läßt. Es wird auch bald wieder die Stunde kommen, in der man zwischen Tat und Reden in anderen Dingen genau unterscheidet. Mit atemlosem Staunen verfolgte man im abgelaufenen Jahr die kühnen Dauerfahrten des seiner selbst sicheren Grafen, die fast sämtlich in heftigem Kampfe gegen widriges Wetter durchgesetzt wurden. So die Dauerfahrt von Friedrichshafen nach München, am 1. und 2. April, seine auf 36 Stunden berechnete Pfingstfahrt nach Bitterfeld, die durch sensationelle Reportermeldungen durchaus zu einem Besuch in Berlin gestempelt werden sollte, dort alles auf die Beine gebracht und selbst den Kaiser von Potsdam nach Berlin gelockt hatte. Nach 38stündiger Fahrt geriet der Ballon auf der Rückkehr infolge der Erschöpfung des Personals bei einer Landung in der Nähe von Göppingen in einen Birnbaum und wurde so erheblich beschädigt, daß ein Teil abmontiert werden mußte, der notdürftig hergestellte Rest aber mit einer Maschine Friedrichshafen doch wieder erreichte. Neuen Schwierigkeiten begegnete die Überführung des „Zeppelin I" nach Metz. Schwere Regenstürme nötigten das Luftschiff zu einer Landung im freien Felde bei Biberach, von wo nach fünf Tagen die Fahrt fortgesetzt und am 4. Juli früh Metz unter ungeheurem Jubel der Bevölkerung glücklich erreicht wurde. Die vereinbarte Fahrt nach Berlin mit dem neuen „Zeppelin III" wurde am 27. August von Friedrichshafen angetreten. Wegen Störungen an den nicht ausreichend erprobten Motoren und Antriebsvorrichtungen kam der Ballon erst gegen Abend nach Bitterfeld, wo er landete, da Berlin nicht vor der Dunkelheit zu erreichen war. Die Berliner Bevölkerung nahm auch diese Enttäuschung nicht übel, sondern war am nächsten Tage (Sonntag) wieder vollzählig auf dem Platze. Die Ankunft des Grafen Zeppelin, der das Luftschiff selbst führte, in der Reichshauptstadt gestaltete sich für Millionen zu einem wirklichen Volksjubelfest vom Kaiser bis herab zum einfachen Privatmann. Auf der Rückfahrt erlitt der „Zeppelin III" bei Bülzig einen Propellerbruch, der für jedes andere System verderblich gewesen wäre, hier aber nur zu einem zweitägigen Aufenthalte nötigte. Die Folge davon war freilich, daß der beabsichtigte Besuch von Bundesrats- und Reichstagsmitgliedern in Friedrichshafen um einen Tag verschoben werden mußte und auch die Begrüßung des Kaisers Franz Josef bei seiner Anwesenheit in Bregenz durch den „Zeppelin" unterblieb. Weitere Fahrten zur Luftschifferausstellung in Frankfurt a. M. und in das rheinisch-westfälische Industriegebiet ergaben gleichfalls die ungeheuere Widerstands- und Leistungsfähigkeit des Zeppelinschen Systems.

Die Hetze gegen die ohne die Liberalen zustande gekommene Finanzreform beschäftigte die Milieupresse den ganzen Sommer hindurch so ausgiebig, daß sie sich nicht mit Erfindungen über Ministerstürze u. dgl. zu bemühen brauchte. Aber einen besonderen Genuß mußte sie sich doch machen: das war die sogenannte „Ferrerwoche". In Barcelona war nach der Revolution der notorische Anarchist Ferrer erschossen worden, der dort eine anarchistische „freie Schule" unterhielt, bei dem der Bombenwerfer Morral bei der Königshochzeit 1906 „Privatsekretär" gewesen war rc. Da aber Ferrer Mitglied der Loge war, die in allen romanischen Ländern der Sitz politischer Agitationen und



republikanischen Verschwörungen ist, machte die von ihr beeinflußte Presse dieser Länder ungeheueren Lärm, worauf Proteste in Versammlungen und in den Kammern in Rom, Paris 2c. folgten. Die ausländische Blätter kritiklos nachschreibenden deutschen Zeitungen folgten nichts weniger als errötend diesen Spuren, und plötzlich befand sich Deutschland in einer gewissen Aufregung gegen den angeblichen „Justizmord". Auch der gewöhnlich schlafende „Goethebund" hielt für nötig, einen Protest ergehen zu lassen. Wenn Goethe diesen offenkundigen Mißbrauch seiner Ansicht erlebt hätte! Die Bewegung erlosch ebenso rasch wieder, wie sie gekommen war — wie die Maikäferplage.

Am 14. und 15. August wurde in Detmold und auf der Grotenburg am Hermannsdenkmal unter überaus zahlreicher Beteiligung die tausendjährige Jubelfeier der Schlacht im Teutoburger Walde begangen, woran sich auch Fürst Leopold zur Lippe mit Gemahlin beteiligte. Professor Dr. Hans Delbrück hielt die Festrede, der eine Darstellung des Festspieles „Hermann der Cherusker" von A. Weweler folgte.

Eine Erwähnung verdient auch der sogenannte Kieler Werftprozeß, der wochenlang die Zeitungen beschäftigte, aber am 3. Dezember mit der Freisprechung sämtlicher wegen Unterschlagung Angeklagten endete. Es ergab sich, daß zwar bedauerliche Unterschleife vorgekommen sind, aber nicht schlimmer wie in jedem Privatbetriebe und geradezu unbedeutend im Verhältnis zu der gewaltigen Gesamtsumme der riesigen Flottenverwaltung, deren Tätigkeit im Gegenteil die vollste Anerkennung verdient. Die Erheber der aussichtslosen Anklage haben offenbar gar nicht bedacht, welches Material zur Herabsetzung des Vaterlandes sie seinen inneren und äußeren Feinden geboten haben. Die in der Presse vielfach gezogenen Vergleiche zwischen Marine- und Armeeverwaltung und gar mit „kaufmännischen Betrieben" beruhten meist auf Sachunkenntnis. Das von den gesetzgebenden Körperschaften festgelegte und eingeengte System der Marineverwaltung, das trotzdem so außerordentliches geleistet hat, ist gar nicht kaufmännisch zu betreiben, weil ihm die freie Entschlußfähigkeit des nicht an Vorschriften gebundenen Kaufmanns verwehrt ist. Das schließt allerdings einige Verbesserungen der Kontrolle nicht aus.

Am 7. Februar starb in Gries bei Bozen der ehemalige Hofprediger und Reichstagsabgeordnete D. Adolf Stöcker im 74. Lebensjahre. Er war eine der markantesten Gestalten der politischen Bewegung der letzten Jahrzehnte, leitete Ende der Siebzigerjahre die christlichsoziale Bewegung ein, um die Arbeiter für christliche und vaterländische Gesinnung zurückzugewinnen, was ihn nach und nach durch den Widerstand der sozialdemokratischen und linksliberalen Presse in das antisemitische Lager führte. Da er seiner ausgesprochenen politischen Richtung nicht entsagen wollte, gab er 1890 sein Hofpredigeramt auf und trennte sich auch später von den Konservativen.

Der ehemalige langjährige vortragende Rat im auswärtigen Amte Geheimrat Fritz v. Holstein schied am 8. Mai in Berlin aus dem Leben. Er war 1837 geboren. Politik war sein Lebenselement, und darum blieb er auch 20 Jahre gewissermaßen in der Zentrale der Reichspolitik, vielleicht auch, weil ihm sein Verhalten im Arnimprozeß den Weg zur Botschafterlaufbahn erschwert hatte. Daß er auch nach dem Ausscheiden des Fürsten Bismarck im Dienste blieb, hat ihm seinerzeit die Friedrichsruher Tafelrunde schwer verdacht. Das hat ihn aber nicht abgehalten, nach seinem Ausscheiden aus dem Amte Maximilian Harden Material zu liefern.

Am 2. Mai starb unerwartet in Friedrichshafen der frühere württembergische Ministerpräsident Hermann Frhr. v. Mittnacht nach vollendetem 84. Lebensjahre. Er war der letzte lebende deutsche Staatsmann, der als leitender Minister an der Gründung des Reiches Anteil hatte. Obwohl ein ausgesprochener Partikularist stand er doch in fast allen großen Fragen dem Fürsten Bismarck zur Seite, dessen Vertrauen und Freundschaft er dafür genoß. Auch auf die Geschicke seines Landes hat er einen Einfluß ausgeübt, wie wenige vor ihm.

Einer der noch wenigen Überlebenden aus dem Frankfurter Parlament, der 93jährige ehemalige Universitätsprofessor in München Johann Nepomuk Sepp, starb am 5. Juni. Obwohl er nie aufhörte, ein ausgesprochener Bayer zu sein und nie die Selbständigkeit des Landes aufgegeben hätte, bewahrte er doch schon in Frankfurt eine preußenfreundliche Haltung, und 1870 rief er in der bayrischen Kammer den Befürwortern einer neutralen Haltung zu: „Wir Bayern haben an der Schlacht bei Leipzig nicht teilgenommen, bei der neuen Nationalschlacht wollen wir dabei sein." Dem Reichstage hat er nicht angehört, wohl aber vorher dem Zollparlament.

Der im Juli wegen Überanstrengung aus dem Amte geschiedene Kultusminister Dr. Holle erlag schon am 12. Dezember in Godesberg bei Bonn seinem Leiden, für das er vergeblich in Italien Heilung gesucht hatte. Er war erst 53 Jahre alt und hatte sich in seinen früheren Stellungen schon durch außerordentliche Befähigung und Arbeitslust ausgezeichnet. Mit Recht sprach der Kaiser der Witwe in einem Telegramm aus, daß der Verstorbene dem Vaterlande noch ausgezeichnete Dienste hätte leisten können.

Österreich-Ungarn.

Es mochte in den letzten Jahren manchen nicht mit besonderem Weitblick Begabten so vorkommen, als wenn die große habsburgische Monarchie ein wenig außer Rand und Band gegangen sei, als wenn die Zentralgewalt ihre alte Energie verloren hätte, nicht mehr herrschte, sondern mit mehr oder weniger ausgesprochenen Rebellen unterhandle. Hier ist dieser Standpunkt niemals geteilt worden. Die Annahme, daß man einen mit vielen feurigen Rossen bespannten Wagen dadurch zu lenken gedenke, daß man die Zügel immer nur nachlasse, war irrig. Eine solche Regierung ist nicht nur mühselig, sondern geradezu unmöglich, denn sie hätte entweder zur gänzlichen Auflösung des Reiches in seine nationalen Bestandteile oder zur Allgewalt der Krone zurückführen müssen. Letzteres ist heutzutage kaum mehr möglich; aber deswegen, weil man die nationalen Kräfte vor dem Staatswagen sich einigermaßen austoben ließ, um ihre politische Leistungsfähigkeit zu erproben, ist noch keineswegs der Schluß zu ziehen, daß man die Zügel aus der Hand gegeben habe. Die österreichisch-ungarische Monarchie wird nie gänzlich eines autokratischen Einschlags entbehren können, und die Krone wird dort nicht allein aus historischen Gründen stets einen noch mehr ausschlagenden Einfluß ausüben müssen als in rein nationalen Staaten; aber wer die letzten vier Jahrzehnte in ruhiger Prüfung überblickt, wird zuzugeben genötigt sein, daß sie dies auch in allen entscheidenden Staatsfragen nicht versäumt hat. Die einzelnen Nationen, die überhaupt dabei in Betracht kommen, haben das zu ihrem Leidwesen erfahren müssen, wenn sie sich einmal in Überschätzung ihres Kraftgefühls verleiten ließen, den Staatswagen allein leiten oder zum Stillstand bringen zu wollen. Auch der einzige Hauptfehler, der einmal in einer Stunde politischer Enttäuschung gemacht wurde, die Spaltung in zwei Staaten — ein Anachronismus in unserer Zeit der Großmächte — ist längst über seinen verderblichen Höhepunkt hinaus, seitdem sich herausgestellt hat, daß der von allen Zeitungen, denen er Stoff liefert, gepriesene Parlamentarismus nicht die Hauptsache, am wenigsten aber die Kraftquelle der Staaten ist. Nirgends tritt das so schlagend hervor wie in Österreich-Ungarn, wo man die parlamentarischen und nationalen Rosse hat austoben lassen, um nun die in der Hand der Krone ruhenden Zügel wieder straffer zu fassen. Das läßt sich hüben wie drüben auf beiden Ufern der Leitha deutlich erkennen.

Es gibt Leute, die darin eine Wandlung in der Politik des Monarchen sehen, sie sogar auf den Einfluß des Thronfolgers zurückführen wollen. Ohne dessen klaren Blick und stets bewiesene Energie in irgend einer Weise unterschätzen zu wollen, würde man doch mit dieser Annahme den greisen Kaiser Franz Josef nicht richtig einschätzen. Seine unerschütterliche Bestimmtheit in allen Fragen, die die von der Verfassung ausdrücklich der Krone vorbehaltenen Rechte: Hoheit über das Verteidigungswesen und die Leitung der auswärtigen Politik, betrafen, hätte schon früher darüber belehren können, daß sich mit einer überaus großen Milde und Nachgiebigkeit in allen anderen Dingen eine ungemeine Festigkeit und Entschiedenheit in der Person des Monarchen zusammenfinden. Nationaler und Parteienhader sind die unvermeidlichen Begleiterscheinungen jedes aus Wahlen mit ihren Agitationen hervorgehenden Parlamentarismus, und es gehört eine gewisse objektive Höhe des politischen Standpunktes dazu, sich nicht darüber unnötig aufzuregen und dergleichen zu überschätzen. Darunter kann ein moderner Staat leiden, aber zu Grunde geht er daran nicht; für Österreich-Ungarn sind die gemeinsamen historischen Bande und die Gewalt der Krone dazu zu mächtig. Es ist schon in früheren Jahrgängen betont worden, daß Kaiser Franz Josef auf dieser politischen Höhe steht und sich in seinen Entschließungen weder von Parteien und Nationen, noch von Personen, Kamarilla rc. bestimmen läßt. Wenn er seit Jahren dem einsichtigen Rate des Thronfolgers Raum gewährt, so liegt darin mehr eine Wertschätzung für dessen Persönlichkeit und ein Beweis für die unendliche Liebenswürdigkeit des Monarchen, die er auch seinem einstigen Nachfolger beweist. Aber unter seinem Einflusse steht er nicht, so viel zwischen beiden auch eine Übereinstimmung der Ansichten besteht. Wenn sich in neuerer Zeit, wie man sagt, eine festere Hand geltend macht, so liegt doch ausreichender Grund dafür in den hilflosen parlamentarischen Zuständen der beiden Reichshälften, die, nachdem alle sanften Mittel erschöpft sind, bewiesen haben, daß sie aus sich heraus nicht mehr gesunden können, woraus für die Krone die Pflicht erwächst, nun auch im Innern Aufgabe und Richtung vorzuschreiben. Dafür mußte allerdings ein Zeitpunkt gewählt werden, in dem der hoffnungslose Zustand der Parlamente auch dem einfachsten Manne klar geworden ist, und wo der Staat durch den Gang der Weltereignisse genötigt war, nach langer, in parlamentarischer Reibung vergeudeten Zeit wieder eine positive Politik aufzunehmen. Wenn nicht alles täuscht, so hat die Mehrzahl der Bevölkerung in der Monarchie Verständnis dafür.

Auch die Ernennung des Grafen Ährenthal zum Leiter des auswärtigen Amtes hängt damit zusammen. Jedenfalls wird seitdem die Einheit der Monarchie stärker betont und infolgedessen läßt auch die Führung der inneren Angelegenheiten in beiden Reichshälften größere Festigkeit und Zielsicherheit wahrnehmen. Der Staat ist nicht mehr Material, aus dem sich Tschechen und Magyaren ein Staatsideal zurecht zimmern möchten, woraus aber noch lange nicht folgt, daß alle sogenannten „Postulate" der deutschen Parteien nun ohne weiteres als Staatsnotwendigkeiten proklamiert werden. Die Deutschen haben im Gegenteil noch mehr nötig wie bisher, alle radikalen Neigungen aufzugeben, ihren Vor-

teil nur in der Unterstützung des Reichsgedankens zu suchen und vor allen Dingen zu vermeiden, sich nicht wieder wie 1879 in doktrinärer Befangenheit in der Bewilligung von wirklichen Lebensbedürfnissen des Staates von den Slawen übertreffen zu lassen, wodurch sie die verhängnisvolle „Ära Taaffe" mit ihren verderblichen Folgen über ihr Haupt beschworen hatten. Die Gelegenheit für sie ist jetzt günstig, aber ohne Opfer ist nirgends auf der Welt etwas zu haben, und was die Väter verspielt haben, können Söhne und Enkel nur schwer wieder gewinnen. Österreich ist kein Nationalstaat und kann, schon weil kein Volksstamm die Mehrheit hat, nicht nach einem bestimmten nationalen Grundsatz regiert werden. Ob der „Nachtwächter von Leitomischl" oder der „Wagenschieber von Boskowitz" deutsch oder tschechisch spricht, ist keine Staatsfrage. Aber die Geschichte der Annexion von Bosnien und der Herzegowina hat nicht nur gelehrt, daß das Bündnis mit Deutschland unerläßlich ist und nach allen Seiten hin volle Sicherheit gewährt, sondern daß auch die tschechischen und die Mehrzahl der südslawischen Parteien panslawistischen Tendenzen zuneigen und in ihrem Innern der gesamten auswärtigen Politik der Monarchie feindlich gesinnt sind. Es verbietet sich darum für jede Regierung von selbst, einer Verwaltung Raum zu geben, unter der die Tschechen auf terroristischem Wege ein Stück nach dem anderen vom nationalen Besitzstande der Deutschen an sich reißen. Man darf aber auch nicht auf deutscher Seite diese Gunst der Lage dadurch wieder verscherzen, daß man jede Besetzung einer Stelle zu einer Staatsfrage aufzubauschen sucht und sich dadurch wieder in eine oppositionelle Stellung hineinärgern läßt, die die Regierung zwingt, doch wieder die slawische Unterstützung annehmen zu müssen.

Politische Ereignisse des ersten Halbjahres.

Schwerer als Völker zu leiten, scheint die Aufgabe zu sein, durch den aufgeregten Trubel des parlamentarischen Parteiwesens einen sicheren Kurs zu steuern und das vorgesetzte Ziel zu erreichen. Dieser Gedanke zwingt sich unwillkürlich auf, wenn man die groß angelegte Politik des leitenden Ministers mit dem kleinlichen Parteitreiben im Reichsrate vergleicht, der in einer Zeit großer Entschlüsse und keineswegs ohne damit zusammenhängender Gefahren, nur oberflächlich davon berührt, die gewohnten Parteisteckenpferde weiter zu reiten versuchte. Für die Monarchie bedeutet an und für sich die Annexion von Bosnien und der Herzegowina wie auch der drohende Krieg mit dem ohnmächtigen Serbien sehr wenig, die damit zusammenhängenden Änderungen sind gering und würden auch nicht größer gewesen sein, wenn der Krieg wirklich zum Ausbruch gekommen wäre. Aber daß sich die politische Lage so zuspitzte, daß man gegen Serbien, und wer konnte wissen, gegen wen noch, zu rüsten gezwungen war, daß man vor dem äußersten nicht mehr zurückschreckte und die Notwendigkeit davon die gesamte Bevölkerung, wenige bezeichnende Ausnahmen abgerechnet, durchwehte, das ist von großer Bedeutung. Es gibt neben der parlamentarischen und nationalen Misere doch ein gewaltiges Staatsgefühl in Österreich-Ungarn, und die Nachwirkung der Bewegung in jenen entscheidungsvollen Tagen macht sich noch in der Gegenwart bemerklich. Jenes entschlossene Gefühl ist noch lebendig, man sieht mit gutem Mute in die Zukunft, der seit Jahrzehnten eingefressene Pessimismus ist verschwunden, und die Regierung kann sich darauf verlassen, selbst wenn die Parlamente versagen.

Beim Jahresbeginn war die Lage noch ziemlich unsicher. Der Konferenzgedanke, dem die Beabsichtigung einer Demütigung Österreich-Ungarns zugrunde lag, war noch nicht beseitigt. Dahinter stand offenbar die englische Politik, die Rußland nur verschob und ihren seit Jahren betriebenen Plan verfolgte, der habsburgischen Monarchie zu beweisen, daß das Bundesverhältnis mit Deutschland in schwierigen politischen Lagen wertlos sei, und nur Englands Huld die Vorteile gewähre, alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen. Aber in Wien wie in Berlin war man dagegen über die Vorzüge einer realen Machtpolitik vollkommen klar, und man wußte, daß man gerade damit den Frieden der Welt zu erhalten vermochte und auch ferner erhalten werde, ohne daß sich eine der beiden Mächte genötigt sieht, aus seiner Interessensphäre herauszutreten oder in die des Nachbars hinüberzugreifen. An diesem einfachen Machtverhältnis zerschellte auch die serbische Intrigue, die gar nicht eingefädelt worden wäre, wenn sich nicht unterschiedliche Ententepolitiker eingebildet hätten, Deutschland werde wegen der seinen Interessen gänzlich fernliegenden serbischen Frage den Verbündeten im Stiche lassen. Das hätte aber eine Gefährdung des Besitzes von Bosnien für die Zukunft bedeutet, und darum entschloß man sich in Berlin, schon jetzt für die Grundlage des ganzen Dreibundes, die gegenseitige Garantie des Besitzstandes, einzutreten. Serbien mußte schließlich die demütigenden Folgen der gescheiterten Ententepolitik einstecken. Es war ein Triumph der Ährenthalschen Politik, als Rußland Serbien schon in den letzten Tagen des Februars den Rat erteilen mußte, alle Gebietsforderungen aufzugeben. Nun läßt sich nicht behaupten, daß die österreichisch-ungarische Politik Serbien übermütig behandelt hätte, denn sofort nach dem Schritte Rußlands wurde in Wien offiziös erklärt, nach diesem Verzicht sei die Zeit gekommen, in der man mit Serbien über wirtschaftliche Vorteile verhandeln könne. Da man in Belgrad die Sachlage noch nicht zu überblicken in der Stimmung war, mußte freilich auch an einen ernsten militärischen Druck gedacht werden. Aus dienstlichen Rücksichten wurde am 9. März der bisherige kommandierende General und Chef der Landesregierung Winzor unter Ernennung zum Freiherrn und Anerkennung seiner Verdienste seines Amtes enthoben und der rangältere General Varešanin ernannt, was als erster Schritt der Vorbereitung der Kriegslage anzusehen war. Außerdem wurde die Einberufung der Reserven vorbereitet, aber noch kein Ultimatum an Serbien gerichtet, jedoch ließ der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand offiziell die Nachricht des Pariser „Figaro" dementieren, nach der er gesagt haben sollte, es werde nicht zum Kriege kommen.

Am 28. März erzielte die Ährenthalsche Politik den zweiten großen Triumph, indem auch England seinen bisherigen Widerstand aufgab, worüber die britische Presse jammerte, daß das deutsch-österreichische Bündnis „Europa seinen Willen oktroyiert" habe, und ein Teil der französischen Blätter sogar von „Revanche" sprach. Weniger hitzige Leute konnten daraus entnehmen, daß nun der Friede gesichert sein müsse. Schon am 2. April wurde im Wiener Gemeinderat unter lebhaftem Beifall der Antrag des Vizebürgermeisters Dr. Neumayer angenommen, eine Huldigung der Bevölkerung vor dem Kaiser aus Anlaß des erreichten Friedenswerkes durchzuführen. Damit wurde der Stimmung der weit überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung der Monarchie Ausdruck gegeben, die zu allen patriotischen Opfern bereit gewesen war mit Ausnahme der Slowenen, die für die „serbischen Brüder fühlten", und der Tschechen, die sogar die Abfahrt böhmischer Regimenter nach dem Süden zu hindern versucht hatten. Während Mitte April das Reichskriegsministerium schon den Beginn der Entlassung der „zur teilweisen Ergänzung des Heeres" einberufenen Reservisten ankündigte, scheiterten noch am 13. die Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag mit Serbien, weil die Unterhändler keine gemeinsame Grundlage zu vereinbaren vermochten. Am 18. April (Sonntag) fand bei prachtvollem Frühlingswetter im Parke von Schönbrunn die beschlossene Kaiserhuldigung statt, an der weit über 60.000 Personen — meist Korporationen — teilnahmen, so daß schließlich die Eingänge gesperrt werden mußten. Bürgermeister Dr. Lueger begab sich in das Schloß, um dem Monarchen den Dank und die Huldigung der Reichshauptstadt auszusprechen. Kaiser Franz Josef sagte in seiner Erwiderung: „Ernste Zeiten sind an uns vorübergegangen. Es erfüllt mich mit stolzer Befriedigung, daß mir die patriotische Gesinnung der gesamten Bevölkerung der Monarchie sowie die Bereitschaft meiner von dem besten Geiste beseelten tapferen Armee einen festen Rückhalt und die Möglichkeit geboten haben, den Frieden zu erhalten. Denn auch ein gerechter und unabwendbarer Krieg fordert viele Opfer, und reicheren Segen bringt den Völkern ein in Ehren bewahrter Friede." Als der Kaiser hierauf auf der Freitreppe des Schlosses erschien, erschütterten stürmische Hochrufe die Luft. Der Wiener Sängerverband trug patriotische Lieder vor, die unter stürmischen Hochrufen mit der Volkshymne schlossen.



Marian Varešanin v. Vareš,
Chef der Landesregierung von Bosnien und der Herzegowina.

Acht Tage darauf hatten die braven Wiener in etwas anderer Richtung Gelegenheit, ihrer Befriedigung über den ebenso friedlichen als ehrenden Ausgang der politischen Wirren Ausdruck zu geben. Am 25. April traf Kronprinz Friedrich Wilhelm auf der Rückkehr von Bukarest in Wien ein, um seinem kaiserlichen Paten einen Besuch abzustatten. Die Tausende und aber Tausende von Menschen, die bei herrlichem Sommerwetter vom Staatsbahnhofe bis zur Hofburg in dichten Reihen standen und den kaiserlichen Gast mit stürmischem Jubel begrüßten, drückten den Dank der Bevölkerung für die Bundestreue Deutschlands aus. Kronprinz Friedrich Wilhelm traf, in österreichischer Husarenuniform, um 2 Uhr 8 Minuten ein und wurde vom Kaiser Franz Josef und den in Wien anwesenden Erzherzogen, sämtlich in preußischen Uniformen, auf dem Bahnhofe auf das herzlichste empfangen. Der Kaiser umarmte und küßte ihn dreimal in väterlich inniger Weise und fuhr mit ihm im offenen Hofwagen nach der Burg. Der Kronprinz war von der jubelnden Begrüßung der Wiener sichtlich freudig überrascht, aber noch mehr freute sich Kaiser Franz Josef darüber. Nachmittags machte der Kronprinz den Erzherzogen Besuche, sagte aber die beabsichtigte Teilnahme am Frühjahrsrennen in der Freudenau ab. Abends 7 Uhr war im neuen Saale der Hofburg Diner. Darnach begab sich der Kronprinz in das Hofopernhaus und später zum Tee im Palais des Erzherzogs Friedrich. Am nächsten Vormittag legte er in der Kapuzinergruft an den Särgen der Kaiserin Elisabeth und des Kronprinzen Rudolf Kränze nieder, begab sich darauf zum Militärreitinstitut, unternahm eine Praterfahrt und machte dem Minister des Äußern Freiherrn von Ährenthal einen Besuch. Um 1 Uhr fand Frühstück in der deutschen Botschaft statt, darnach begab sich Kronprinz Friedrich Wilhelm in den kaiserlichen Marstall, wo ihm in der Marstallparade die prächtigen Wagen und Pferde vorgeführt wurden. Er besuchte dann auch noch die Reitübungen in der Hofreitschule. Um 7 Uhr fuhr Kaiser Franz Josef mit dem Kronprinzen zum Belvedere, wo beim Erzherzog Thronfolger Franz Ferdinand Diner stattfand. Hierauf verabschiedete sich der Kaiser, und Erzherzog Franz Ferdinand begleitete später seinen Gast, der den ganzen Tag über bei seinen Ausfahrten stets von der Bevölkerung auf das wärmste begrüßt worden war, unter er-

neuten Hochrufen des ungemein zahlreichen Publikums zum Nordbahnhofe, von wo nach der herzlichsten Verabschiedung um 10 Uhr die Abreise nach Berlin erfolgte.

Wie bereits ausführlich berichtet wurde, fand nach diesem Vorspiel die eigentliche Dankeskundgebung der Reichs- und Hauptstadt Wien für die „Nibelungentreue" Deutschlands erst am 14. und 15. Mai während der Anwesenheit des Kaisers Wilhelm und der Kaiserin Augusta Viktoria statt. Diese Begegnung erhielt einen besonderen politischen Hintergrund dadurch, daß der deutsche Kaiser kurz vorher eine Zusammenkunft mit dem König Viktor Emanuel gehabt hatte. Es ist ja bekannt genug, daß zwar die offiziellen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Italien sich durchwegs korrekt im Rahmen des Dreibundes bewegen, daß aber in den beiden Völkern Stimmungen vorhanden sind, die sich häufig gereizt, mitunter geradezu feindlich äußern. Während der Spannung des letzten Winters hatten nun die Österreich feindselig gesinnten Kreise in Europa nicht geruht, die Bestrebungen der Irredenta, den Neid der Italiener über die befestigte Stellung Österreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel und selbst das Mißtrauen gegen die Ersatzbauten für die österreichisch-ungarische Flotte kräftig zu schüren, während andrerseits nicht versäumt wurde, auch in Österreich-Ungarn die von der italienischen Regierung geplante Reorganisierung des veralteten und zum Teil ziemlich verrotteten Heerwesens zu verdächtigen. Die Absicht war natürlich schon seit Jahren dabei, Italien vom Dreibunde loszulösen, was nicht in allen Kreisen der habsburgischen Monarchie durchschaut wird. Da bilden nun glücklicherweise Deutschland und sein Herrscher das Bindeglied zwischen den beiden anderen Mächten des Dreibundes, ja Kaiser Wilhelm vermittelt sogar die persönlichen Beziehungen zwischen dem Kaiser Franz Josef und dem König Viktor Emanuel, die wegen der römischen Frage noch keine Zusammenkunft gehabt haben. Das wurde nun in Wien von den beiden Kaisern sehr wirkungsvoll betont. Es war in Italien unangenehm empfunden worden, daß in den ersten Monaten des Jahres weder Fürst Bülow noch Ministerpräsident Frhr. v. Bienerth bei ihren politischen Mitteilungen im Parlament Italiens gedacht hatten. Damals war doch einige Vorsicht, wohl gerade Italiens wegen, in der Behandlung dieses Themas geboten. Inzwischen hatte eine Begegnung zwischen dem Fürsten Bülow und Tittoni sowie die Zusammenkunft des deutschen Kaisers mit dem König von Italien stattgefunden, es lagen überhaupt vollendete, aller Welt bekannte Tatsachen vor. Da war die Kundgebung der beiden Kaiser über die Bundestreue Italiens auch gewissen Kreisen der italienischen Bevölkerung gegenüber erst recht am Platze. Denn in Italien erkennt man trotz mancher Abneigung gegen Österreich-Ungarn den Wert des Dreibundes für die Unabhängigkeit des Landes von den Westmächten durchaus an.

Für die Reichshauptstadt und die weitere Bevölkerung brachten die nächsten Tage noch reichen Anlaß zu patriotischer Anregung. Nachdem bereits am 13. Mai unter Anwesenheit des Kaisers Franz Josef, der Erzherzoge, Generalität, Deputationen 2c. das Denkmal für den Feldmarschall Freih. von Heß enthüllt worden war, wurde am 21. und 22. die Jahrhundertfeier der Schlacht bei Aspern mit großen Festlichkeiten begangen. Am ersten Tage fand die Feier auf dem Schlachtfelde vor dem historischen Löwendenkmal Fernkorns statt; sämtliche Erzherzoge, Minister, Vertreter des Parlaments und der Gemeindevertretungen von Wien und Budapest 2c. waren anwesend und begrüßten den Kaiser Franz Josef, als er vormittags vor der historischen Kirche eintraf, mit Begeisterung. Nach der Festmesse begab er sich zum Löwendenkmal, wo der Bürgermeister von Wien Dr. Lueger die Fest- und Begrüßungsrede hielt. Er entledigte sich dieser Aufgabe wieder in seiner volkstümlich wirksamen Sprechweise, gedachte der Helden von Aspern, in deren Geiste die lebende Generation zu handeln gelobe, und hob besonders hervor, daß die Geduld, Weisheit und der feste Wille des Monarchen sowie die Macht des Bündnisses mit Deutschland in jüngster Zeit den Frieden erhalten habe. In seiner



Kriegerdenkmal in Aspern.

Erwiderung betonte der Kaiser: „Möge der Allmächtige, welcher unseren Vorfahren seinen Schutz und Schirm in so reichem Maße angedeihen ließ, auch fürderhin mit seinem Segen uns geleiten in friedlichen und ernsten Zeiten." Nun begab sich die Festversammlung nach der an der Straße von Aspern nach Eßling liegenden Napoleonswarte, wo der Grundstein zu dem neuen großen Asperndenkmal gelegt wurde. Hier hielt der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand als Vertreter des Heeres die Ansprache und betonte, die Armee sei in unerschütterlicher Treue ihrem obersten Kriegsherrn ergeben und seines Befehls gewärtig, ebenso wie einst ihre Vorfahren auf dem Schlachtfelde von Aspern. In seiner Erwiderung sagte der Kaiser: „Der trauernde Löwe hält hier die Ehrenwacht. Heute aber, nach hundert Jahren, schreiten wir dankbar gehobenen Sinnes zur Schaffung eines Denkmals, welches der fernen Nachwelt verkünden soll, wie in des Vaterlandes Drang und Not der Ruf des Monarchen in der Begeisterung des Heeres und des Volkes jenen Widerhall fand, der sich in Opferfreudigkeit und Todesmut unter Erzherzog Karls Führung so glänzend bewährte." Er vollzog dann die üblichen ersten Hammerschläge. Nach der Besichtigung der zur Feier herangezogenen Truppen kehrte er unter den jubelnden Begrüßungen der Bevölkerung nach Wien zurück.



Der nächste Tag der Festlichkeiten begann in Wien mit einem Festgottesdienste in der Votivkirche. Darauf folgte eine Gedenkfeier vor dem Reiterstandbilde des Erzherzogs Karl im äußeren Burghofe, dem sogenannten Heldenplatze. Die Festversammlung war die gleiche wie am vorigen Tage. Zuerst erklang ein Weihelied, dann legten der Kaiser und die Deputationen der Regimenter Kränze am Fuße des Denkmals nieder. Nach der Volkshymne defilierte die gesamte Garnison von Wien vor dem Kaiser. Nachmittags fand ein großes Mannschaftsfest unter riesiger Beteiligung im Prater statt. Abends gab die Stadt Wien der Generalität und den Deputationen der Regimenter (über 300 Offiziere) im Rathaussaale ein Fest. Bürgermeister Dr. Lueger hielt die Begrüßungsansprache voller patriotischer Wärme und Heeresfreundlichkeit, der frühere Generalstabschef Graf Beck brachte das Hoch auf Wien und seinen Bürgermeister aus. Weniger der Inhalt der Reden charakterisierte übrigens die Wärme der Empfindungen, die Gäste und Gastgeber verbanden, als vielmehr das stille, aber in jeder Miene lesbare Einverständnis, daß die Armee und das heutige deutsche Bürgertum die beiden Grundpfeiler in Österreich sind, auf deren Traditionen die Einheit des Staates und die Dynastie ruht. Ein Teil der Presse, namentlich jener, der Dr. Lueger feindlich gesinnt ist, hat die Art der Festlichkeiten getadelt; sie seien rein militärisch gewesen, man hätte die Bürger mehr heranziehen sollen, das Volk beteiligen 2c. Wie soll man das heute in unseren Millionenstädten machen? Daß bei einer Aspernfeier das Heer in erster Linie in Frage kommt, kann nicht bestritten werden, das „Volk in Waffen" ist das nächste dazu. Der Wunsch nach größerer Heranziehung der „Bürger" kann doch höchstens nur für diejenigen gelten, die es dazu haben, sich einen besseren Platz zu besorgen. Alle übrigen, also das Volk werden sich nach wie vor auf die Zehen stellen müssen, wenn sie etwas sehen wollen.

Am 27. Mai wurde der 100. Todestag Josef Haydns begangen, des großen Meisters der Töne, der insbesondere durch seine Kaiserhymne, die auch in Deutschland als Volksmelodie fortlebt, in Österreich ungemein populär ist. In Wien und weiterhin war namentlich auch auf Veranlassung der internationalen Musikgesellschaft, vielfach Sorge dafür getroffen worden, daß durch musikalische Aufführungen auch der breiten Masse Gelegenheit geboten wurde, sich an Schöpfungen Haydns zu erfreuen. Das war im deutschen Österreich in allen bedeutenderen Orten geschehen. Hie und da hatte man auch besondere Festlichkeiten veranstaltet, so in Wien am 26. ein Festbankett der Stadt. Dabei feierte Dr. Lueger in einer eindrucksvollen Rede den großen Tondichter, bedauerte aber, daß dieser in „fremder Erde" ruhe, wo es verpönt ist, das Schönste und Erhabenste zu hören, was er geschaffen hat. Trotzdem begab er sich am anderen Tage mit dem Wiener Festausschuß für die Haydnfeier nach Eisenstadt in Ungarn, wo Haydn begraben ist und wohin Graf Esterhazy Einladungen zu einer Gedenkfeier erlassen hatte, der zahlreiche namhafte Persönlichkeiten gefolgt waren. Nach der Festmesse wurden Kränze am Grabe niedergelegt. Dr. Lueger kümmerte sich aber nicht um die Anordnung des Gastgebers, nach der Wien als „ausländische" Stadt zuletzt an die Reihe kommen sollte, sondern legte den Kranz der Stadt Wien zuerst nieder mit den Worten: „Wir stehen hier an dem Grabe Haydns, des guten Deutschen und des guten Österreichers. Ich grüße auf ungarischem Boden das Grab des Komponisten, der uns unsere heilige Volkshymne geschenkt hat, die auf diesem Boden verachtet wird." Später begab er sich in das Schloß und teilte dem Grafen Esterhazy mit, die Wiener Deputation könne nicht Gast in einem Hause sein, in dem die Volkshymne nicht gespielt werden dürfe. Die deutsche Landbevölkerung des Komitats Steinamanger brachte der Wiener Deputation bei der Rückreise Ovationen dar. Man mag an der Form der Demonstration Dr. Luegers Anstoß nehmen, jedenfalls hat er der Empfindung wohl aller Deutschösterreicher Ausdruck gegeben, die es satt haben, sich vom Übermut der Magyaren weiter verletzen zu lassen.

Von anderen politischen Ereignissen ist noch zu erwähnen, daß am 28. Mai der Infant Ferdinand von Spanien dem Kaiser Franz Josef die Abzeichen der Marschallswürde der spanischen Armee und dem Erzherzog Franz Ferdinand die Uniform des spanischen Kavallerieregiments Lusitania überbrachte. Er wurde auf dem Bahnhofe vom Kaiser und den Erzherzogen empfangen und nach der Hofburg geleitet. Am 4. Juni empfing der Kaiser eine türkische Spezialgesandtschaft, die ein eigenhändiges Schreiben des Sultans mit der Anzeige der Thronbesteigung überreichte. Am folgenden Tage eröffnete Kaiser Franz Josef persönlich im Künstlerhause die von der Allgemeinen deutschen Kunstgenossenschaft veranstaltete große deutsche Kunstausstellung, wobei Professor Löwith aus München die Begrüßungsansprache hielt, und nahm am 20. Juni an der Grundsteinlegung des technischen Museums für Industrie und Gewerbe teil. Am 25. Juni, dem 50jährigen Gedenktage der Schlacht bei Solferino, wurde der General der Infanterie Frhr. v. Fejervary, der sich an jenem Tage den Maria Theresienorden erworben hatte, vom Kaiser Franz Josef in besonderer Audienz empfangen und erhielt die Brillanten zu dem Orden. Viel bemerkt wurde in diesen Tagen die Ankündigung, daß der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand im Monat Juli dem königlichen Hofe von Rumänien einen längeren Besuch abstatten und von seiner Gemahlin, der Fürstin Sophie Hohenberg, begleitet sein werde. Es wurde dabei betont, daß die Dame in letzter Zeit auch mehrfach zu den Hoffestlichkeiten herangezogen worden sei, was bisher nicht der Fall war.

Vom Reichsrate.

Das Ministerium Bienerth hatte vor Weihnachten trotz der Obstruktion der radikalen Tschechen sein Budgetprovisorium durchgesetzt, aber eine vernünftige Arbeit des Abgeordnetenhauses war damit noch keineswegs für das neue Jahr ge-

sichert. Nun sollte das Haus am 20. Jänner wieder zusammentreten, und das Beamtenkabinett, das seinen provisorischen Charakter vernehmlich betonte, stellte seine Vervollständigung durch Parlamentarier in Aussicht und suchte dadurch die Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses zu ermöglichen. Wie weit der kluge Frhr. v. Bienerth selbst daran glaubte, mag dahingestellt bleiben. Der Plan, sofort in den ersten Sitzungen eine Reform der Geschäftsordnung durchzusetzen, war aussichtslos, da mehrere Parteien dagegen waren und da außerdem die Kleinigkeit von 120 Dringlichkeitsanträgen den Weg zur Tagesordnung versperrte. Das beste Mittel, durch Androhung des Schlusses der Session, womit die Diäten wegfallen, die parlamentarische Arbeit zu erzwingen, läßt sich aber schlechterdings nur bei den dringlichsten Staatsnotwendigkeiten anwenden. Das Hindernis bei allem, auch bei der etwaigen Parlamentarisierung des Kabinetts, war der Zwiespalt zwischen Deutschen und Tschechen. Gelang es, durch irgend ein Mittel diesen zu beseitigen, so wäre es hinterher völlig gleichgültig gewesen, wie viele parlamentarische Eitelkeiten befriedigt werden mußten. Die Regierung machte nun den Versuch, den Sprachenstreit in Böhmen durch mehrere Gesetzentwürfe aus der Welt zu schaffen. Am schlimmsten trat die sprachliche Anarchie bei den Gerichten und im Postwesen zu Tage. Die Regierung hatte unbedingt die Verpflichtung, im guten oder im bösen dem Unwesen ein Ende zu machen, gegenüber der aufsässigen Beamtenschaft die Autorität des Staates wieder herzustellen und den geschäftlichen Verkehr vor weiteren daraus entspringenden Schädigungen zu bewahren. Sie wendete aber ihre Exekutivgewalt gegen die Beamten nicht an, sondern wollte die Grundzüge ihrer Gesetzentwürfe den zu diesem Behufe einberufenen Vertrauensmännern der deutschen und tschechischen Parteien vorlegen. In anderen Ländern würde man das wohl kaum regieren nennen, aber das Kabinett erreicht damit den Vorteil, auf einige Zeit von der böhmischen Sprachenfrage entlastet zu werden und die Verantwortung dafür, wenigstens zeitweise, den Parlamentariern zuzuschieben. Sie fand auch dafür den begeisterten Beifall jener hauptstädtischen Presse, die der Verordnungsgewalt jeder Regierung die tollste Verwirrung im Lande vorzieht.

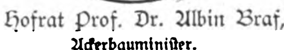
Unter diesen Umständen trat das Abgeordnetenhaus in sehr gedrückter Stimmung wieder zusammen. Die Regierung brachte Gesetzentwürfe über Errichtung einer italienischen Fakultät in Wien, über eine Abänderung des Berggesetzes, über die Wahl von Arbeiterausschüssen und Bestellung von Sicherheitsmännern beim Bergbau und schließlich die Rekrutenvorlage ein. Dann gingen die Debatten über die unglückseligen Dringlichkeitanträge los und wurden in den nächsten Sitzungen fortgesetzt, selbstverständlich ohne ein anderes Ergebnis, als daß sich Parteien und Nationen gegenseitig Unangenehmes sagten, demgegenüber das Vernünftige und Berechtigte in der Regel zu verschwinden pflegt. Dabei wird auch der Ton von Tag zu Tag schärfer und unmanierlicher. So kam es darum schon am 29. Jänner zu einer der üblichen Lärmszenen. Das als Allheilmittel angepriesene „Volkshaus" hat zur Abschwächung des nationalen Haders nicht das mindeste geleistet. Dazu haben die parlamentarischen Ministerien, die das allgemeine Wahlrecht erst ermöglicht hatten, durch ihre tschechischen Mitglieder auf sprachlichem Gebiete, namentlich in der Prager Postdirektion, Zustände geschaffen, gegen die sich der Unwille des gesamten Deutschtums in der heftigsten Weise richtete. Die deutschen Parteien bestanden darum darauf, daß vor ihrem Eintritt in die Sprachenenquete erst der grauenhaften Verwirrung in der Prager Postdirektion mit durchgreifenden Verordnungen ein Ende gemacht werden müsse. Die deutschen Parteien hatten sich über ein gemeinsames Vorgehen für die Verhandlungen über die Sprachen- und andere nationale Gesetze geeinigt, die Tschechen wollten dagegen ihre neuen „nationalen Errungenschaften" nicht wieder aufgeben. Am 22. war ein Regierungserlaß erschienen, der die Sprachenfrage im Bereiche der Prager Postdirektion regeln sollte, der aber die Deutschen nicht befriedigte, da er nur die Zustände vom 1. Jänner 1907 wieder herstellte, wo aber der tschechische Handelsminister Dr. Forscht schon kräftig tschechisiert hatte. Damit war die Sprachenenquete zu Wasser geworden. Die Zeitungen fingen schon an, von einer Ministerkrise zu reden und ihre Kandidaten zu empfehlen.

Ministerpräsident Frhr. v. Bienerth hatte am 26. Jänner dem Monarchen über die Lage Bericht erstattet, aber von einem Rücktritt war nicht die Rede. Die Zeitungen legten das so aus: es sei ihm eine neue Frist zur Parlamentarisierung des Kabinetts zugestanden worden. Er brachte nun am 3. Februar die beiden Gesetzentwürfe, die der Enquete hatten vorgelegt werden sollen, direkt im Abgeordnetenhause ein. Der eine brachte die Kreiseinteilung auf Grund der nationalen Abgrenzung, der zweite eine Regelung der Sprachenfrage für die staatlichen Behörden in Böhmen. Es ist hier nicht nötig, diesen Entwürfen kritisch näher zu treten, da dies nur einen Zweck hätte, wenn die Parteien die Neigung gehabt hätten, sie als Grundlage für eine ernste Beratung und Vereinbarung zu benutzen. Das war aber weder bei den Deutschen noch bei den Tschechen der Fall. Erstere waren von neuem erbost, weil sich die tschechischen Postbeamten nicht an den Regierungserlaß hielten, und weil der Prager Stadtrat den Bummel der deutschen Studenten dadurch unmöglich zu machen versuchte, daß er unter dem Vorwande einer Reparatur der elektrischen Kabel das Straßenpflaster auf dem Graben aufreißen ließ. Außer kleinen Gruppen, in denen Ministerkandidaten saßen, verhielten sich alle deutschen Parlamentarier grundsätzlich ablehnend. Die eindringliche Rede des Ministerpräsidenten, der schon beim Eintritte von den tschechisch Radikalen mit Protestrufen empfangen wurde, bewirkte trotz des unausgesetzten Lärmens dieser Elemente doch, daß ein Antrag auf sofortige Beratung einstimmig angenommen wurde. Die deutschen und tschechischen Radikalen protestierten aber hinterher dagegen, verlangten die Fortsetzung der Beratung der Dringlichkeitsanträge, und die letzteren verübten stundenlang einen solchen Obstruk-

tionslärm, daß die Sitzung resultatlos blieb. Am nächsten Tage begann die Beratung wohl ziemlich friedlich, als aber der Jungtscheche Dr. Kramarsch den Posterlaß und den Leiter des Handelsministeriums Dr. Mataja heftig angriff, begann der Lärm sämtlicher tschechischen Parteien und wurde in der Sitzung am 5. so heftig fortgesetzt, so daß der Ministerpräsident Frhr. v. Bienerth dem Präsidenten die kaiserliche Verordnung über den Schluß der Session übergab und sich mit den Ministern entfernte. Eine solenne Prügelei zwischen Tschechischradikalen und Sozialisten beendete diese Episode der Tätigkeit des Abgeordnetenhauses.

Nun betraute der Kaiser den Ministerpräsidenten mit der Bildung eines definitiven Ministeriums. Die Zeitungen redeten von einem Beamtenministeriums; das hatte aber seine Schwierigkeiten, da gerade in der Zeit der parlamentarischen Kabinette unter den ministerfähigen Beamten stark aufgeräumt worden war. Es zeigte sich auch, daß keit seiner Absichten und in die Festigkeit seiner Entschlüsse und Handlungen volles Vertrauen gewinnen, daß aber auch das staatliche Ansehen keinen Abbruch erleiden soll." Darnach schien die Politik, das Abgeordnetenhaus durch nationale Zugeständnisse arbeitsfähig zu machen, aufgegeben zu sein, sondern es einfach vor die Frage zu stellen, ob es arbeiten wolle oder nicht. An eine Mitarbeit der Tschechen war vorläufig nicht zu denken, dagegen stand das Zusammenwirken der deutschen und polnischen Parteien im Vordergrunde. Die Tschechen hatten sich überdies durch ihre serbenfreundlichen Demonstrationen höchst unliebsam bemerklich gemacht, und die Regierung ging am 16. Februar gegen die Führer der tschechischnationalen Partei, darunter die Abgeordneten Klofac, Choc, Burival und Slama, vor. Es wurden zahlreiche Haussuchungen vorgenommen und wichtiges Material gefunden. Das erste erfreuliche Resultat davon war, daß am nächsten Sonntag die





Hofrat Prof. Dr. Albin Braf,
Ackerbauminister.



Dr. Viktor v. Hochenburger,
Justizminister.



Hofrat Anton Ritt,
Minister für öffentliche Arbeiten.

Die neuen Männer des zweiten Ministeriums Bienerth.

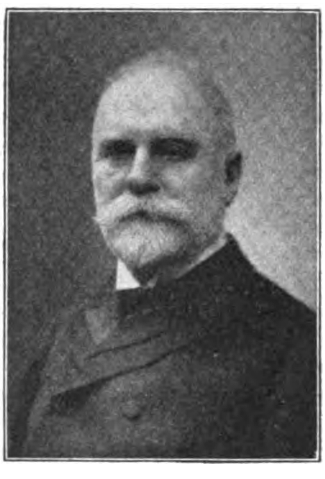
Frhr. v. Bienerth auf Parlamentarier, die im Verwaltungswesen Erfahrung besaßen, hatte zurückgreifen müssen. Am 13. Februar fand die Vereidigung des neuen Kabinetts statt. Aus dem früheren Ministerium waren geblieben: der Minister des Innern Frhr. v. Haerdtl, der Landesverteidigungsminister FML. v. Georgi, ebenso die drei Landsmannminister Dr. Schreiner, Dr. Zazek und v. Abrahamowicz. Justizminister wurde der Präsident der Grazer Advokatenkammer Dr. v. Hochenburger, Finanzminister (zum zweitenmal) der Gouverneur der österreichisch-ungarischen Bank v. Bilinski, Unterrichtsminister das Herrenhausmitglied Graf Stürgkh, Handelsminister der Direktor der Wiener Stadtverwaltung Dr. Weiskirchner, Ackerbauminister das Herrenhausmitglied Dr. Braf, Arbeitsminister Hofrat Ritt. Eine Kundgebung der amtlichen „Wiener Zeitung" teilte mit, das neue Kabinett solle „ein Ministerium der kräftigen, unbeeinflußten Verwaltung, der nationalen Annäherung und der sozialen Formen sein" und werde „dafür zu sorgen wissen, daß Volk und Parlament in die Redlich- gewohnten Angriffe des Prager Pöbels auf die deutschen Studenten unterblieben.

Die tschechischen Parlamentarier hatten sich inzwischen bemüht, eine „slawische Union" gegen das Ministerium zusammenzubringen, und auch die deutschen Parteien arbeiteten wieder einmal an dem immerfort versuchten Zusammenschlusse, dem aber die verärgerten Ministerkandidaten hinderlich waren. In den angesehensten Börsenblättern wurde Lärm darüber geschlagen, daß die Regierung am 1. März dem Wiener Staatsanleihekonsortium für 200 Millionen Schatzscheine begeben hatte. Nun war doch die Lage der Monarchie in dieser Zeit wahrlich darnach angetan, daß sie bei den Verhältnissen im Südosten dringend Geld brauchte, sie hatte außerdem die frühere Genehmigung des Reichsrates für ein Darlehen von 222 Millionen, und der von ihr gewählte Weg der Geldbeschaffung war bei den Kursverhältnissen für den Staat der billigste. Unter diesen Umständen war es doch wahrhaftig nicht mehr als eine Silbenstecherei, wenn in jenen Börsenblättern verlangt wurde, der Reichsrat hätte deswegen einberufen werden müssen. Das hätte die

schönste Gelegenheit für eine neue tschechische Obstruktion gegeben. Bezeichnend für die Parteiverhältnisse war es aber, daß die Deutschfreiheitlichen diese Finanzoperation für verfassungswidrig erklärten. Sie haben freilich seit Jahrzehnten politisch immer nur von dem gezehrt, was die Börsenblätter schrieben. Am 5. März erhielt der polnische Landsmannminister v. Abrahamowicz die erbetene Demission, sein Nachfolger wurde Dr. v. Dulemba. Die neue Mehrheit des Polenklubs hatte einen nationaldemokratischen Vertreter im Kabinett gewünscht. Da die slawische Union von den Tschechen weder dazu gebracht worden war, gegen die Staatsnotwendigkeiten zu stimmen, noch einen Tschechen zum ersten Präsidenten zu wählen, so durfte man der für den 10. März bestimmten Eröffnung des Reichsrats mit ziemlicher Beruhigung entgegensehen. Die feste Haltung des Kabinetts hatte ihre Wirkung nicht verfehlt.



Dr. Richard Weiskirchner,
Handelsminister.



Dr. Leon Ritter v. Bilinski,
Finanzminister.



Geh. Rat Ludwig Wrba,
Eisenbahnminister.



Geh. Rat Karl Graf v. Stürgkh,
Minister für Kultus und Unterricht.

Die neuen Männer des zweiten Ministeriums Bienerth.

Unter unausgesetztem ungezogenen Lärm der radikalen Tschechen wurde am 10. März das Abgeordnetenhaus eröffnet, und das neue Ministerium stellte sich vor. Bei der Wahl des Präsidenten wurden 438 Stimmzettel abgegeben, von denen 238 auf den Christlichsozialen Dr. Pattai, 103 auf den Tschechen Dr. Pacak lauteten, 98 (meist von Sozialdemokraten) unbeschrieben waren; die slawische Union war also nicht geschlossen vorgegangen. Nach der Wahl der fünf Vizepräsidenten hielt unter fortwährenden Zwischenrufen der Tschechischradikalen der Ministerpräsident eine Programmrede, die einen sehr guten Eindruck hinterließ. Er bezeichnete zunächst die auswärtige Lage infolge des Abkommens mit der Pforte, sowie der Einwirkung der Mächte in Belgrad und des bereitwilligen Entgegenkommens der österreichisch-ungarischen Politik für erheblich gebessert, aber immerhin noch gespannt. Er knüpfte daran die Aufforderung an das Parlament, den inneren Zwist aufzugeben und der Pflichten eingedenk zu sein, die es für Staat und Volk zu erfüllen habe. „Das Parlament ist genau so wie die Regierung und mit dem gleichen Maße der Verantwortung ein Staatsorgan mit bestimmten Pflichten gegen den Staat.“ Über das eigentliche Regierungsprogramm brachte die Rede nichts Neues, in schlichten, aber sehr präzisen Worten wiederholte sie die offiziöse Versicherung, daß die Regierung mit dem Parlament zu regieren wünsche, in ihrer Haltung zu den Parteien aber den Boden der Gesetzmäßigkeit in keinem Falle verlassen werde. Von einer Trinkgelderpolitik für die Tschechen war also keine Rede mehr. Die eingebrachten Sprachengesetze für Böhmen sollten die Grundlage und den Ausgangspunkt für weitere Verhandlungen bilden. Bis zu Ostern seien das Rekrutengesetz und die Vorlagen über die Verstaatlichung der Eisenbahnen zu erledigen. Das weitere Programm umfaßt eine ganze Reihe von wichtigen Gesetzentwürfen, insbesondere die Annexion, die Sprachenfrage und die italienische Rechtsfakultät; über die Ausgabe der Schatzscheine werde der Finanzminister befriedigende Aufschlüsse geben. Er schloß unter lebhaftem Beifall und Händeklatschen: „Vereinigen Sie sich mit uns zur Erreichung dieses Zieles, und Sie werden damit dem Vaterlande eine schöne und segensreiche Zukunft bereiten.“ Aus dem Tone der Erklärung konnte man entnehmen, daß im Gegensatze zu gewissen Behauptungen der Blätter während der letzten Tage die Regierung das vollste Vertrauen der Krone besitze und auch Vollmachten in der Hand habe für den Fall, daß das Parlament nicht arbeitsfähig sein werde. Dies und der Ernst der äußeren Lage sicherten ein gedeihliches Arbeiten des Hauses.

Unter diesen Umständen wurde der Antrag auf Einleitung einer Debatte abgelehnt und die Rekrutenvorlage auf die nächste Tagesordnung gesetzt. Den Tschechen war von befreundeten Herrenhausmitgliedern geraten worden, diese Vorlage in keinem Falle zu gefährden. Erst mußten noch einige Dringlichkeitsanträge abgeräumt werden. Bei dem ersten, über die ungarische Agrarbank in Bosnien, erzielte Finanzminister v. Bilinski einen großen Erfolg durch die Erklärung, die Regierung werde für Österreich die vollständige Parität durchsetzen. Am 12. März verübten die Tschechen einen furchtbaren Lärm gegen den Justizminister Dr. von Hochenburger, weil einige tschechische Blätter angeklagt worden waren, wobei auch das Vorgehen gegen die Führer der tschechischnationalen Partei in die Debatte gezogen wurde und die Tschechen den Minister des Innern zu insultieren versuchten. Endlich konnte die Beratung der Rekrutenvorlage beginnen. Dabei tat Frhr. v. Bienerth am 15. den bereits hervorgehobenen Ausspruch, daß die letzte Antwortnote Serbiens den Erwartungen nicht entsprochen habe. Am 17. wurde die Vorlage an den Wehrausschuß verwiesen, der sie am folgenden Tage genehmigte. Die Bemühungen des Jungtschechen Dr. Kramarsch, die slawische Union zur Ablehnung zu bewegen, hatten einen vollständigen Mißerfolg. Am 19. März nahm das Abgeordnetenhaus in einer langen Sitzung die Vorlage in zweiter und dritter Lesung mit einer überwältigenden Dreiviertelmehrheit an, nachdem der Landesverteidigungsminister FML. v. Georgi in feuriger Weise für die Armee eingetreten war, Finanzminister v. Bilinski die aus slawischen Quellen im Lande verbreiteten beunruhigenden Gerüchte zerstreut hatte und namentlich von deutschen Abgeordneten der Bundestreue Deutschlands gedacht worden war. Das Herrenhaus nahm die Vorlage am 24. ohne Debatte mit einer patriotisch warm gehaltenen Erklärung des Präsidenten Fürst Windischgrätz an. Das Abgeordnetenhaus erledigte noch die Eisenbahnverstaatlichung, das Ermächtigungsgesetz für den Abschluß von Handelsverträgen und das Tierseuchengesetz, wobei Frhr. v. Bienerth wiederholt Anlaß nahm, über die äußere politische Lage Aufschlüsse zu geben, so auch bei dem theatralisch angelegten sozialdemokratischen Dringlichkeitsantrage auf Friedenspolitik am 26. März, worauf die Osterpause eintrat.

Hatte dieser Teil der Session unter dem Drucke der politischen Lage, trotz mancher im Wiener „Volkshause" nun einmal unvermeidlichen unerfreulichen Lärmszenen, einen recht erfreulichen, zuweilen geradezu erhebenden Verlauf genommen, so war leider zu befürchten, daß nach der Sicherung des äußeren Friedens und sobald die Tschechen sich von ihrer Verblüffung erholt haben würden, der alte Obstruktionsunfug wieder einsetzen werde. Die Befürchtung hat sich bewahrheitet, am 10. Juli mußte die Session infolge der Obstruktion der slawischen Union wieder geschlossen werden. Es ist wohl angemessen, wenn über diese Nachtseite parlamentarischen Lebens nur summarisch berichtet wird. Erledigt wurden nur das Budget, das Handlungsgehilfengesetz, der Handelsvertrag mit Abessinien, die Abänderung der Gewerbenovelle und die Abänderung der Höhe der für die strafrechtliche Beurteilung einer Tat maßgebenden Beträge. Am 6. Juli wurden noch schleunigst die Delegationswahlen vollzogen. Das ist alles. Seit dem 10. März wurden 44 Sitzungen abgehalten, 51 Regierungsvorlagen, die Kleinigkeit von 166 Dringlichkeitsanträgen politischer Natur, 1116 Interpellationen und über 4000 Petitionen eingebracht. Diese drei letzten hohen Ziffern beweisen schlagend, wie sehr das Abgeordnetenhaus zum Mittel für Erreichung von Nebenzwecken herabgesunken ist. Für diese Leistung bezahlte der Staat, dessen Aufgaben für einen großen Teil der Abgeordneten rein zur Nebensache geworden sind, an Diäten rund 1,270.000 Kronen. Es war darum ganz zweckmäßig, daß das energische Ministerium jenen Abgeordneten, denen die Immunität und die Diäten für die Erhöhung ihrer Persönlichkeit ein Bedürfnis bilden, durch den Schluß der Session eine Art Hungerkur verordnete, nachdem sich die Unmöglichkeit herausgestellt hatte, den arbeitswilligen Parteien die technische Niederringung der Obstruktion zuzumuten. Die Abgeordneten auf dieser Seite werden die Notwendigkeit der Maßregel — bisher ist ein zweimaliger Schluß der Session in einem Jahre noch nicht dagewesen — mit Rücksicht auf die zukünftige Wirkung anerkennen. Betrübender ist die Tatsache, daß formell auch die zum Teil bereits weit fortgeschrittene Vorbereitung von sehr notwendigen Gesetzvorlagen in den Kommissionen und auch im Herrenhause hinfällig geworden ist und in der nächsten Session von neuem begonnen werden muß. Dergleichen wird aber nicht zu vermeiden sein, solange die Obstruktion eine ständige Einrichtung des Volkshauses bleibt.

Die wirkliche Ursache der diesmaligen Obstruktion der Herren Susteršic und Genossen mit stiller Unterstützung des Führers der polnischen Volkspartei war neben einigen verhaltenen Ministerschmerzen die Absicht, dem Ministerium Verlegenheiten zu bereiten als Strafe dafür, daß es mit der Praxis gebrochen hatte, politische Schachergeschäfte um parlamentarischer Erfolge willen zu treiben und selbst im letzten Momente nicht zu bewegen war, an den ihn redlich zur Seite stehenden deutschen Parteien Verrat zu üben. Das Ministerium brachte seinen Standpunkt in einer Veröffentlichung der amtlichen „Wiener Zeitung" vom 11. Juli zur allgemeinen Kenntnis, worin sie erklärte, sie habe sich „nur mit Widerstreben und nach langem Zögern" zur Schließung der Session entschlossen, und eine ausführliche Darlegung des Sachverhaltes gab. Daraus geht auch hervor, daß ein letzter Versuch der christlichsozialen Führer Dr. Lueger und Dr. Geßmann, der nur auf ihre sonst berechtigte Abneigung gegen magyarische Übergriffe zurückzuführen ist, aber den Obstruktionisten eine Brücke zur Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeit bieten sollte, in der Folge auf einen Weg geführt hätte, den das Kabinett nicht gehen konnte.



Politische Ereignisse im zweiten Halbjahr.

Der 5. Juli war ein bedeutungsvoller Tag für die wirtschaftliche Entwicklung der Monarchie, indem durch die Eröffnung der Tauernbahn das große Werk der neuen Alpenbahnen, das vom Ministerpräsidenten Dr. v. Körber eingeleitet worden war, abgeschlossen wurde. Es handelte sich um das letzte Stück, die Strecke Spittal—Millstätter See—Badgastein, die eigentliche Tauernbahn mit dem 8550·6 Meter langen Tunnel, dem zweitlängsten in Österreich. Sie beseitigt das größte Hindernis zwischen Triest, den österreichischen Alpenländern und Süddeutschland und verschafft diesen Gebieten eine fünf- bis siebenstündige Verkürzung der Fahrzeit. Früher bestand bloß eine einzige Schienenverbindung nach Triest über Wien durch die Südbahn, die im Besitze meist ausländischer Aktionäre wenig geeignet war, die wirtschaftlichen Aufgaben des Landes zu erfüllen. Trotzdem bestand in Wien ursprünglich wenig Neigung, die einzige Verbindung nach Triest aufzugeben, und darum konnten sich die offenkundigen Mißstände Jahrzehnte hindurch erhalten. Inzwischen hat Wien durch die Karawanken- und Wocheiner Bahn ein zweite Verbindung nach Triest, Linz durch die Pyhrnbahn Anschluß dahin erhalten, und es fehlte nur noch der direkte Anschluß über Salzburg, der der wichtigste ist, die Verbindung mit Süddeutschland herstellt und eine Verkürzung um 247 Kilometer bringt. Dadurch wird ein Teil des süddeutschen Handels nach Triest abgeleitet, das durch die Konkurrenzbahnen der Südbahn selbst nach Fiume und nach der Brennerbahn sowie durch die Staatsbahn Leoben—Pontebba stark beeinträchtigt worden und als europäische Hafenstadt von der einstigen fünften Stelle auf die fünfundzwanzigste herabgesunken war. Triest wird durch die Tauernbahn wieder in den Strom des großen Welthandels gerückt, viel fester mit den Interessen der Monarchie verbunden als bisher und naturgemäß auch die Aufmerksamkeit der norddeutschen Dampferlinien und des deutschen Kapitals auf sich lenken. Diese Bahnverbindung konnte wegen des Nationalitätenhaders drei Jahrzehnte hindurch in den verschiedensten Gestaltungen nicht zur Annahme gelangen, bis sie Dr. v. Körber 1901 neben dem Donau-Oderkanal durchsetzte. Die Überwindung der in den Gebirgsverhältnissen liegenden und anderer unvorhergesehener Schwierigkeiten liefert ein glänzendes Beispiel für die Tüchtigkeit des österreichischen Ingenieurwesens.*)

Die Eröffnungsfeier war darum ein großes vaterländisches Fest, dessen Stimmung noch erhöht wurde durch das Bestreben der alpenländischen Bevölkerung, auch von ihrer Seite dem Monarchen der Freude über die Erfolge der äußeren Politik und dem Danke für die Erhaltung des Friedens Ausdruck zu geben. Von Villach bis Spittal a. d. Drau waren alle Stationen beflaggt, entlang der neuen Bahnlinie prangten alle Ortschaften und Stationen im Schmucke der Flaggen und Girlanden. Kaiser Franz Josef traf in Spittal früh nach 8 Uhr ein, wurde vom Erzherzog Eugen, dem Fürstbischof von Gurk, dem Eisenbahnminister Wrba, dem Korpskommandanten, dem Landespräsidenten 2c. empfangen und von einer unzähligen Volksmenge aus Stadt und Land mit gar nicht enden wollendem Jubel begrüßt. Nach einer, die Bedeutung der



Badgastein, vom Bahnhofe gesehen.

*) Das Eisenbahnwesen Österreichs in seiner allgemeinen und technischen Entwicklung 1898—1908. 2 Bde. Karl Prochaska, Teschen.



Bahn charakterisierenden Ansprache des Eisenbahnministers zollte der Kaiser der österreichischen Technikerschaft für die Lösung der schwierigen Aufgabe hohe Anerkennung und knüpfte daran die Hoffnung, der neue Schienenweg möge den durch die früheren Alpenbahnen bereits angebahnten wirtschaftlichen Aufschwung zum Wohle des Staates und der gesamten Bevölkerung fördern. Nun hielt der Landeshauptmann von Kärnten Frhr. v. Aichelburg-Labia im Namen der Bevölkerung eine huldigende Ansprache, wofür der Kaiser mit den besten Wünschen für das Land dankte. Der Fürstbischof weihte darauf die neue Strecke, Kaiser Franz Josef schritt die lange Reihe der aufgestellten Kinder ab und bestieg den Eröffnungszug, der sich unter brausenden Hochrufen in Bewegung setzte. Während der Fahrt erläuterte Sektionschef Dr. Millemoth dem Monarchen die Führung und technischen Einzelheiten des Bahnbaues. Nach der Durchfahrt des großen Tunnels wurde Böckstein erreicht, wo der Bahnhof in der festlichsten Weise geschmückt war. Zum Empfang waren aus Salzburg der Kardinal Fürsterzbischof Dr. Katschthaler, der Korpskommandant FML. v. Schemua, der Landespräsident Graf Schaffgotsch, der Landeshauptmann Schumacher, andere Spitzen der Behörden und eine große Anzahl Bewohner von fern und nah erschienen. Nach der Ansprache des Landeshauptmanns erwiderte der Kaiser, er empfinde eine ganz besondere Befriedigung darüber, daß das große Werk vollendet sei, das eine neue Ader des Weltverkehrs durch das schöne Kronland leite; möge der rege Verkehr auch Stadt und Land Salzburg gedeihlich fördern. Nach Besichtigung der beim Tunnelbau verwendeten Bohrmaschine wurde um $^{3}/_{4}12$ Uhr die Fahrt nach Badgastein fortgesetzt, das vermöge seiner Verhältnisse nahezu überreichen Festschmuck trug, und wo eine überaus große Zahl von Badegästen und Bewohnern aus Stadt und Land den greisen Monarchen mit jubelnden Hochrufen empfing. Auf die Ansprache des Gemeindevorstehers Kais. Rat Straubinger drückte der Kaiser den Wunsch aus, daß die neue Linie auch dem Kurort weiteres Aufblühen bringen möge, sprach mehrere Mitglieder der Gemeinde, der Kurkommission sowie einige Badegäste an, begrüßte die aufmarschierten Vereine und reiste unter stürmischen Hochrufen der Anwesenden nach Wien zurück. Es verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß während der Fahrt der Monarch Gelegenheit nahm, nicht nur den anwesenden Ministern seine Zufriedenheit auszusprechen, sondern auch, namentlich dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Pattai gegenüber, auszusprechen, daß das Treiben im Parlamente „eine wahre Schande" sei.

Es ist im vorigen Jahre erwähnt worden, daß ein Besuch des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand in Bukarest wegen Erkrankung des Königs unterbleiben mußte. Er sollte nun nachgeholt werden, und zwar reiste der Erzherzog am 9. Juli mit seiner Gemahlin, der Fürstin Sophie Hohenberg, von Wien ab, um sie dem rumänischen Hofe vorzustellen. Es war das erstemal, daß die Fürstin an einem fremden Hofe erschien, ein gesellschaftlich sehr interessantes, wenn auch kein politisches Ereignis, das aber im vorliegenden Falle den Nebenzweck erfüllte, die Reise als streng intim und ohne jede politische Bedeutung erscheinen zu lassen, wie man es von Wien aus wünschte. So weit es sich um äußere Formen handelt, war das wohl richtig, es lag aber auf der Hand, daß der Besuch bei der Bedeutung der Persönlichkeit des Erzherzogs nicht ohne politische Wirkung bleiben konnte. Es hatte sich in den letzten Jahren einiges ereignet, was die Stimmung in Rumänien gegen Österreich-Ungarn ungünstig beeinflußt hatte. Zunächst der zum besten der ungarischen Agrarier geführte Zollkrieg und in neuerer Zeit die Behandlung der Rumänen in Ungarn, um die man sich früher südlich der Donau niemals gekümmert hatte, für die man aber Mitgefühl bekommen hat, seitdem sie von den Magyaren um ihrer Nationalität willen, in letzter Zeit besonders durch das berüchtigte Schulgesetz des Grafen Apponyi, bedrückt wurden. Die rumänische Regierung hat sich zwar niemals dadurch beeinflussen und in keiner Weise von ihrer dem Dreibund zugeneigten Politik abbringen lassen, aber erst die bekannte Reise des Bürgermeisters Dr. Lueger zur Bukarester Ausstellung 1906 knüpfte wieder einige politisch-gesellschaftliche Fäden mit Österreich an. Der neue Handelsvertrag wird voraussichtlich diese Beziehungen noch verbessern. Für die österreichisch-ungarische Monarchie hat sich nun Rumänien während der letzten Balkanwirren abermals als eine zuverlässige Stütze der Friedenspolitik des Dreibunds erwiesen, demnach muß die Reise des Thronfolgers, so wenig offiziell sie erscheinen sollte und mochte, doch als eine notwendige Ergänzung gelten nach dem Besuche des deutschen Kronprinzen in Bukarest zum siebzigsten Geburtstage des Königs Karol und nach den Monarchenbegegnungen in Brindisi und Wien. In dem Umstande, daß sie ganz im Gewande der Intimität erfolgen konnte, lag im Gegenteil ein Beweis für ihre mehr als intime Bedeutung. Nur einander Fernstehende verkehren streng formell miteinander.

Gemäß der von Wien aus gewollten Auffassung wurde auch offiziell von der dreitägigen Anwesenheit des Thronfolgers im rumänischen Königsschlosse wenig gemeldet, aber wiederholt betont, daß dieser Besuch nur eine Fortsetzung der bisherigen Tradition und des persönlichen Freundschaftsverhältnisses sei, das zwischen dem Erzherzog Karl Ludwig, dem Vater des Thronfolgers, und dem Könige bestanden habe. Auf Schloß Pelesch, wo die österreichischen Gäste wohnten, fand am 11. Juli ein Galadiner statt, bei dem in den ausgebrachten Trinksprüchen das persönliche Verhältnis besonders hervorgehoben, aber auch die Pflege der guten Beziehungen zwischen beiden Monarchien warm betont wurde. Es versteht sich von selbst, daß die rumänische Bevölkerung und die gesamte Presse die Gäste des Königshauses mit der lebhaftesten Sympathie begrüßte, wobei sie aber immer nur Österreich im Auge hatten, da sie von den Magyaren nichts wissen wollen. Dafür lieferten einige Zwischenfälle deutliche Belege. Einige Magyaren, die beim Empfang des Thronfolgerpaares während des Spielens der österreichischen Volks-

hymne die Hüte nicht abgenommen hatten, wurden einfach hinausgeworfen, gegen ausgehängte ungarische Fahnen wurde demonstriert und ihre Entfernung durchgesetzt. Es ist darüber vielerlei Widersprechendes und Übertriebenes gemeldet worden, und die Heißsporne in Budapest regten sich über die angeblichen Beleidigungen gewaltig auf. Offiziös wurde jede Verunglimpfung ungarischer Fahnen in Sinaja und Bukarest in Abrede gestellt. Es bestand jedenfalls keine Neigung, wegen einiger lokalen Ausschreitungen die guten Beziehungen zwischen Wien und Bukarest zu beeinträchtigen, um so mehr da es gerade die Magyaren lieben, sich durch geflissentliche Aufdrängung ihrer Nationalität und ihrer Farben anderen Leuten unangenehm zu machen. Die ungarischen Blätter ereiferten sich auch darüber, daß Erzherzog Franz Ferdinand eine Deputation der aus Ungarn vertriebenen und geflüchteten Rumänen empfangen habe. Warum sollte er nicht? Sie sind keine Verbrecher, sondern nach wie vor Untertanen der habsburgischen Krone, wenn sie auch wegen der jetzt noch in Budapest herrschen-Klique vorgezogen haben, ihren Aufenthalt im Auslande zu nehmen. Die magyarische Presse wärmte dabei wieder ihr altes Mährchen von der Feindschaft des Thronfolgers gegen Ungarn auf. Das ist purer Unsinn; gegen Magyaren, die treu zum Dualismus und zur Verfassung halten, hat er sicher nichts, in seiner vertrauten Umgebung befinden sich Magyaren. Wenn er dagegen sich gegen jenes Magyarentum ablehnend verhält, das auf offenbaren Verfassungsbruch hinarbeitet, so ist das sein gutes Recht und sogar seine Pflicht, die zu üben ihm leichter fallen wird nach den bitteren Erfahrungen, die sein kaiserlicher Oheim für so vielfaches Entgegenkommen geerntet hat. Erzherzog Franz Ferdinand und Gemahlin reisten am 13. Juli nach dem herzlichsten Abschiede von der königlichen Familie, die sie zum Bahnhof begleitet hatte, nach Wien zurück.

Kaiser Franz Josef hatte sich am 14. Juli zum gewohnten Aufenthalte nach Ischl begeben. Da einige Wochen darauf König Eduard wieder zur Kur nach Marienbad kam, so wurde in den Blättern viel darüber geschrieben, ob er auch wieder einen Besuch in Ischl machen werde. Aber sowohl von Wien wie von London aus wurde offiziös abgewinkt. Eine Mitteilung des britischen auswärtigen Amtes besagte, ein solcher Besuch sei kein regelmäßiger Brauch, und König Eduard würde nicht die Ruhe des Monarchen stören, ohne von ihm eine Einladung erhalten zu haben. Das offiziöse Wiener „Fremdenblatt" erklärte ganz offen, eine persönliche Verstimmung zwischen den beiden Souveränen sei zwar nicht eingetreten, aber die politischen Beziehungen der beiden Länder hätten während der Annexionskrisis „eine gewisse Trübung erfahren," die jetzt freilich als überwunden gelten könne. Die englische Presse suchte darauf einzulenken, da sie aber doch die Politik Österreich-Ungarns in jener Zeit zu tadeln für gut befand, erfuhr sie nochmals eine runde Abfertigung. Österreich-Ungarn hat vor der Hand keinen Anlaß, um die englische Freundschaft zu werben, und auch keinen, daran zu glauben, aktuelle Fragen bestehen übrigens zwischen beiden Reichen nicht. Unter diesen Umständen war niemand darüber erstaunt, außer wer es durchaus sein wollte, daß sich der persönliche Verkehr der beiden Monarchen während des Aufenthaltes des Königs Eduard in Österreich auf den Wechsel einiger sehr liebenswürdiger Telegramme beschränkte.

In Ischl beging Kaiser Franz Josef am 18. August seinen 79. Geburtstag, der nicht nur für die treue Bevölkerung des Alpenlandes, sondern auch für die gesamte Monarchie ein Tag der Freude und patriotischer Huldigung war. Auch außerhalb gedachte man mit Verehrung und Be-



Andreas Hofer-Denkmal auf dem Berge Isel.

wunderung des greisen Herrschers voller Arbeitslust und ungebrochener Schaffenskraft. Unter den zahlreichen Auszeichnungen, die der Tag brachte, erregte am meisten Aufmerksamkeit und Zustimmung die Verleihung des erblichen Grafentitels an den Minister des Äußern v. Ährenthal, die wohlverdiente Anerkennung für seine umsichtige, unerschrockene und erfolgreiche Leitung der Politik der Monarchie. Der Monat brachte noch weitere Tage froher patriotischer Erhebung, denn das kaisertreue Land Tirol feierte in ebenso glänzender als tief empfundener Weise die 100jährige Erinnerung an seine denkwürdige Erhebung gegen die vom großen Korsen verhängte Fremdherrschaft. Schon am 16. August war in Gegenwart des Erzherzogs Eugen in Tannheim aus diesem Anlaß ein Denkmal enthüllt worden, die Hauptfeier fand am 29. in Innsbruck statt und daran schloß sich in den

folgenden Tagen eine Festfahrt auf dem Bodensee. Kaiser Franz Josef traf am 28. Abends in Innsbruck ein, und strömender Regen hinderte nicht, daß ihn die gesamte Bevölkerung mit unbeschreiblichem Jubel empfing. Auf die Ansprachen des Landeshauptmanns Dr. Kathrein und des Bürgermeisters Greil erwiderte er, daß es ihm ein Herzensbedürfnis sei, zu der Jahrhundertfeier seiner treuen Tiroler zu kommen. Durch das Spalier von Schützen, Veteranen und einer nach vielen Tausenden zählenden Menschenmenge fuhr der Kaiser, den Thronfolger zur Seite und gefolgt von den übrigen Erzherzogen, unter rauschenden Ovationen zur Hofburg, vor der ihm um 8 Uhr vom Tiroler Sängerbund eine Abendmusik gebracht wurde, der ein Fackelzug von mehreren Tausend Fackelträgern folgte, während die Stadt glänzend illuminiert war und von den Höhen rings umher Freudenfeuer leuchteten.

Am Morgen des folgenden Hauptfesttages hatte sich das Wetter gebessert. Der Kaiser fuhr halb 9 Uhr mit dem Erzherzog Thronfolger durch die Stadt zum Festplatze auf dem historischen Iselberg durch das Spalier der Schützen und Veteranen aus ganz Deutsch- und Welschtirol und Vorarlberg, Landstürmer und fremde Schützen, dahinter ungezählte Tausende der Bevölkerung. Die jubelnden Hochrufe pflanzten sich von Gruppe zu Gruppe fort, und unermüdlich dankte der greise Herrscher. Auf dem reichdekorierten Festplatze war ein Feldaltar errichtet, die Fahnen sämtlicher Schützenkompagnien waren dahin gebracht worden, an dem Andreas Hoferdenkmal hatten die Landesverteidiger von 1859 Aufstellung genommen. Nach seiner Ankunft wurde Kaiser Franz Josef vom Abt Zachar von Wilten begrüßt, worauf Oberst Kruis vom 1. Kaiserjäger-Regiment, das auf dem Berge seinen Schießplatz hat, nach einer das Gelöbnis der Treue wiederholenden Ansprache das Hoch auf den Kaiser ausbrachte, das vieltausendfachen Widerhall fand. Nachdem der Fürstbischof von Brixen Dr. Altenweisel die Festmesse zelebriert hatte, hielt Landeshauptmann Dr. Kathrein die Huldigungsrede, die anknüpfend an die geschichtlichen Vorgänge und an die bereits im ganzen Lande begangene kirchliche Feier in das in deutscher und in italienischer Sprache ausgebrachte Kaiserhoch ausklang, worauf die Volkshymne ertönte. In seiner Erwiderung, die zum Teil auch italienisch gesprochen wurde, sagte der Kaiser u. a.: „Die Erhebung Tirols ist als Beispiel dessen, was ein gottesfürchtiges, treues und durch harte Arbeit gestähltes Volk vermag, zum Gemeingut aller Völker geworden. Ich aber, der ich heute als Enkel weiland Eures in Gott ruhenden guten Kaisers Franz zu Euch spreche, ich gedenke mit meinem ganzen Hause dankbaren Herzens all der Getreuen, die damals Gut und Blut für ihren Kaiser geopfert haben. Daß dieser Geist in den Nachkommen fortbesteht, haben meine Kaiserjäger, haben die Tiroler Landesverteidiger in allen Kriegen gezeigt . . . . Ich und mein Haus halten Euch Treue um Treue. Gott verleihe uns und Euch seinen Segen!" Er zeichnete darnach viele der Gäste, darunter die Nachkommen Andreas Hofers durch Ansprachen aus und legte am Hoferdenkmal einen prächtigen Kranz nieder. Dr. Kathrein sprach hier noch den Dank aus für die Stiftung der Denkmünze, mit der die historischen Schützenfahnen geschmückt werden sollen, und dann fuhr der Kaiser unter erneuten jubelnden Begrüßungen zur Hofburg zurück.

Um 11 Uhr begab er sich nach dem festlich geschmückten Hofpavillon, um den inzwischen geordneten Schützenfestzug vorbeimarschieren zu sehen. Der war von ganz anderer Art, als sonst Festzüge arrangiert zu werden pflegen. Keine Festwagen, keine Allegorien, und doch ein historischer Festzug, denn alle die Abteilungen, die sich um die Namen Haspinger, Speckbacher, und Andreas Hofer gruppierten, sowie die meisten anderen erschienen in ihren seit 1809 kaum geänderten Volkstrachten und boten darum insgesamt ein ebenso volkstümliches wie geschichtlich erinnerungsvolles Bild. Der Vorbeimarsch dauerte über $2^1/_2$ Stunden, Kaiser Franz Josef sah ihm stehend und in aufrechter Haltung zu und dankte unermüdlich für die stürmischen Huldigungen der einzelnen Gruppen. Scharen italienischer Schützen aus Südtirol, über 2000 an der Zahl, aus Trient, Vallursa, Arco, Rovereto, Riva und Mezzolombardo, waren auch mit im Zuge, sie wurden von der Bevölkerung mit Recht bejubelt, denn sie bewiesen, daß vom Irredentismus noch lange nicht ganz Südtirol angefressen ist, obgleich er Tausende durch Boykottdrohung und anderweitigen Terrorismus an der Teilnahme verhindert hat. In Trient war es deswegen zu Ausschreitungen gekommen, und die Gendarmen hatten unter anderem auch den Abgeordneten Avancini verhaftet. Um $^1/_2$4 Uhr fuhr der Kaiser zu den Landeshauptschießständen, wo ein Jahrhundert-Landesfest- und Freischießen abgehalten wurde und soeben die Schützenfahnen mit der Denkmünze geschmückt worden waren. Auf das in warmer Beredtsamkeit vom Oberschützenmeister Frhrn. v. An der Lan ausgesprochene Gelöbnis der Treue sprach Kaiser Franz Josef seine Freude aus, in der Mitte der Tiroler Schützen mit ihren altehrwürdigen Traditionen zu weilen, die bei der Pflege des Waffenhandwerkes auf die nachwachsende Jungmannschaft der Landesverteidiger fortgepflanzt und unverkürzt übertragen werden. Nach einem Besuch des Siebererschen Kaiser Franz Josef-Jubiläums-Greisenasyls kehrte der Kaiser zur Hofburg zurück, wo um 8 Uhr große Hoftafel stattfand, wozu außer dem Kaiser, den Erzherzogen und Erzherzoginnen die Spitzen der Behörden, Abgeordnete, Schützenvorstände, Besitzer der Tapferkeitsmedaille, Veteranen von 48 und 59 2c. geladen waren. Während des darauffolgenden Cercle zog Kaiser Franz Josef namentlich viele der letzteren ins Gespräch. Der Festtag endete mit einer Festvorstellung im Theater mit Prolog und historischen lebenden Bildern. Auch hier war der Kaiser wie den ganzen Tag über der Gegenstand begeisterter Huldigungen.

Diese wiederholten sich, als der Monarch am 30. früh 7 Uhr nach Bregenz abreiste, wo er um 12 Uhr eintraf und von einer nach Tausenden zählenden Volksmenge aus allen Landesteilen stür-

misch begrüßt wurde. Auf die Begrüßung des Landeshauptmanns Rhomberg sprach Kaiser Franz Josef seinen Dank aus und schloß: „Bewahret Euch die Tugenden Eurer Väter, lehret Eure Kinder Gottesfurcht, Liebe zur Arbeit und Anhänglichkeit zum Vaterlande, so wird Vorarlbergs Zukunft gesegnet sein. Gott mit Euch!" Er nahm Aufenthalt im Gebäude der Bezirkshauptmannschaft. Die Feier des Landes Vorarlberg hat in ihrem glänzenden Verlaufe so viel Übereinstimmendes mit der Innsbrucker Hauptfestlichkeit, daß leider der Bericht darüber kürzer gefaßt werden muß, um den Schein der Wiederholung zu vermeiden. Um 3 Uhr fand ein historischer Festzug statt, den der Kaiser in einem auf dem Kornmarktplatze errichteten Pavillon in Augenschein nahm. Auf den Tribünen bemerkte man neben den Ehrengästen eine ungemein große Anzahl von Mitgliedern der höchsten deutschen Adelsfamilien. Der erste Teil des Festzuges bestand aus den Schützenkompagnien des Landes, denen sich auch 600 Mann aus Tirol und eine Abteilung aus Liechtenstein angeschlossen hatten, dann folgten die Veteranenvereine und der aus zwölf Gruppen bestehende historische Festzug, ebenso imposant durch die Zahl der Teilnehmer, wie durch die Kostbarkeit und Originalität der Kostüme, wie durch die Darstellung der Trachten und Gebräuche des Landes. Den Schluß bildete eine allegorische Huldigungsgruppe. Kaiser Franz Josef folgte den interessanten Aufzügen mit lebhaftem Interesse und dankte mit unermüdlicher Freundlichkeit. Den festlichen Tag beschloß eine Hoftafel im Festsaale der Bezirkshauptmannschaft, die in der Zusammensetzung der Geladenen und im Verlaufe durchaus dem gleichen Vorgange in Innsbruck entsprach.

Die Fürsten der Bodenseeuferstaaten hatten sich dahin geeinigt, dem Kaiser Franz Josef bei seiner Anwesenheit in der Hauptstadt von Vorarlberg zu begrüßen, und die Schweizer Bundesregierung hatte sich dieser Absicht angeschlossen. Um aber den intimen Charakter der Volksfeier nicht zu beeinträchtigen, war eine Bodenseefahrt des Kaisers beschlossen worden, der dabei auch den Schauplatz der Tätigkeit des Grafen Zeppelin besuchen wollte, was auf eine Anregung des Kaisers Wilhelm zurückgeführt wurde. So trat denn Kaiser Franz Josef am frühen Morgen des 31. August von Bregenz aus auf dem Dampfer „Kaiserin Elisabeth" die Fahrt an und traf um $8^1/_2$ Uhr unter Kanonendonner und den Hochrufen der versammelten Volksmenge in dem festlich geschmückten Lindau ein, wo ihn in Vertretung seines Vaters Prinz Ludwig in österreichischer Uniform empfing. Der Kaiser in der Uniform seines bayrischen Infanterieregiments fuhr mit dem Prinzen nach der Villa „Am See," um die Prinzessin Therese zu begrüßen, machte darauf der Großherzogin von Toskana und dem Rathause einen Besuch und begab sich zur „Kaiserin Elisabet" zurück, die um 9 Uhr die Fahrt fortsetzte und um 10 Uhr in den Hafen von Rorschach einfuhr. Die Begrüßung durch die Schweizer Behörden, an der Spitze der Vizepräsident Comtesse, fand an Bord des Dampfers statt, Rede und Gegenrede, die den Weiterbestand der herzlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern betonten, wurden französisch gehalten. Sechs weißgekleidete Mädchen mit Schärpen in den österreichischen und schweizer Farben überreichten dem Kaiser, der in österreichisch-ungarischer Uniform war, Sträuße von Alpenrosen und Edelweiß. Nach einem Aufenthalt von 20 Minuten verließ der Dampfer unter lauten Zurufen der Menge, wofür der Kaiser wiederholt dankte, den Hafen und traf um Mittag auf der Mainau ein. Großherzog Friedrich, die Großherzogin und Prinz Max von Baden empfingen den Kaiser und geleiteten ihn zum Schlosse, wo er die Großherzoginwitwe Luise begrüßte. Dann fand ein kurzes Familienfrühstück statt, worauf Kaiser Franz Josef, vom großherzoglichen Paar begleitet, zur Landesstelle fuhr und sich nach herzlicher Verabschiedung auf die „Kaiserin Elisabeth" begab. Zahlreiches Publikum auf mehreren Dampfern begrüßten ihn bei der Ankunft und Abfahrt mit lebhaften Hochrufen.

Ein Viertel nach 2 Uhr traf das Kaiserschiff in Friedrichshafen ein, das großen Festschmuck trug, die Bucht mit zahlreichen Booten und reich beflaggten Dampfern bot ein sehr bewegtes Bild, es herrschte riesiger Fremdenandrang. Bisher war das Wetter trübe gewesen mit böigen Winden, als das Kaiserschiff nahte, durchbrach die Sonne die Wolken. Es fand großer Empfang statt. Kaiser Franz Josef, der die Uniform seines württembergischen Regiments trug, wurde vom König Wilhelm und dem Herzog Albrecht in ihren österreichisch-ungarischen Uniformen empfangen. Die Begrüßung war ungemein herzlich. Bei den Vorstellungen unterhielt sich der Kaiser längere Zeit mit dem Grafen Zeppelin, der sein lebhaftes Bedauern darüber aussprach, daß er nicht in der Lage sei, sein Luftschiff (Zeppelin III lag noch bei Bülzig in Reparatur) vorzuführen. Am Eingang zum Schloßgarten erwarteten die Königin und die Fürstin von Wied den kaiserlichen Gast und geleiteten ihn in das Schloß, wo er über eine Stunde in herzlichem Verkehr verweilte. Hierauf begleiteten der König und die Königin den Kaiser zum Schloßhafen zurück, und nach einem überaus herzlichen Abschied bestieg Kaiser Franz Josef den Dampfer, der unter den lebhaftesten Zurufen des Publikums abfuhr. König und Königin blieben auf dem Landungsstege, solange das Schiff in Sicht war. Nach halb 6 Uhr traf Kaiser Franz Josef wieder in Bregenz ein, fuhr unter den begeisterten Ovationen der Bevölkerung zum Bahnhofe und reiste um 6 Uhr mit Sonderzug nach Schönbrunn ab. An seine getreuen Tiroler und Vorarlberger erließ er ein Dankschreiben für die Jubiläumsfeier und die patriotischen Huldigungen.

Die in den nächsten Wochen erfolgende neue Begegnung des Kaisers Franz Josef, mit dem Kaiser Wilhelm bei den österreichisch-ungarischen Kaisermanövern trug, wie schon das Fernbleiben der leitenden Staatsmänner bewies, wohl einen rein militärischen Charakter, aber doch war sie für alle Welt von hoher Bedeutung als neue Bekundung der treuen Freundschaft, die beide Monarchen und ihre Häuser verbindet, und noch mehr der Waffenbrüderschaft, die zwischen den beiden Armeen besteht. Der warme Willkomm, den alle gutgesinnten

Kreise dem deutschen Kaiser auch bei dieser Gelegenheit zuriefen, stand in deutlichem Gegensatz zu der Kühle, mit der diesmal die Anwesenheit des Königs Eduard in Marienbad besprochen worden war. Eine Ausnahme machten wieder einmal die Tschechen, die damit gar nicht zufrieden waren, weil sie ihren Deutschenhaß in den letzten Jahren auch auf die Reichsdeutschen übertragen haben. Dieses Gefühl war noch neuerdings vermehrt worden, weil die Bundestreue Deutschlands geholfen hatte, die Begehrlichkeit der serbischen Brüder total zu vereiteln. Geradezu lächerlich war das Treiben tschechischer Blätter, die sich auf die Behauptung etwas zugute taten, daß sich angeblich der Bürgermeister von Großmeseritsch geweigert habe, den Kaiser Wilhelm in deutscher Sprache zu begrüßen. Als wenn überhaupt etwas darauf ankäme, ob ein Kleinbürgermeister für die Ehre, den deutschen Kaiser als Gast seines Souveräns begrüßen zu dürfen, Verständnis besitzt oder nicht! Die tschechische Bevölkerung hat sich übrigens gar nicht so gezeigt, wie gewisse Blätter es gern gesehen hätten, sondern sie hat den hohen Gast ihres Kaisers überall achtungsvoll und selbst freundlich begegnet. Die Leute sind gar nicht so politisch verschroben wie ihre Führer, die mit ihren Gesinnungen und Bestrebungen sich in einem unlösbaren Gegensatz zu den Lebensfragen der Monarchie gesetzt haben.

Der Gang der großen Ereignisse kann auf solche, an sich bedauerliche Kleinlichkeiten keine Rücksicht nehmen. Sonntag den 19. September traf der deutsche Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg aus München in Wien ein, um seinen Antrittsbesuch zu machen. Die gesamte Presse empfing ihn mit Sympathie, da er mit Recht als der politische Erbe des Fürsten Bülow galt und wie dieser der Vertreter der Politik des Kaisers Wilhelm ist. Am folgenden Tage wurde er um 11 Uhr Vormittags vom Kaiser Franz Josef empfangen, der sich mit ihm in besonderer Huld über eine halbe Stunde unterhielt. Nachmittags machte der Reichskanzler Besuche und begab sich halb 4 Uhr in das auswärtige Amt, wo er mit dem Grafen Ährenthal eine längere Besprechung hatte. Hierüber hat er selbst einem Vertreter des „Fremdenblatts" Aufschlüsse gegeben, die vom offiziösen Korrespondenzbureau ergänzt und bestätigt wurden. Die Besprechung habe vollkommene Übereinstimmung in allen politischen Fragen ergeben, wobei der Dreibund die Grundlage bilde, für die Balkanfragen gelte die Aufrechterhaltung des status quo, wobei das neue Regime in Konstantinopel gute Hoffnungen erwecke. In der kretischen Frage und den griechischen Wirren werden die beiden mitteleuropäischen Mächte unter bundesfreundlicher Würdigung der aktiveren Teilnahme Italiens Zurückhaltung beobachten. Die notwendige Eintracht der Mächte werde von keiner Seite bedroht. Der vor einigen Tagen in Berlin gelegentlich erfolgte Besuch Iswolskis rechtfertige nicht die in der Presse daran geknüpften Kombinationen. Abends fand in Schönbrunn eine Hoftafel statt, zu der der deutsche Botschafter v. Tschirschky-Bögendorff, die deutschen Gesandten, die drei Reichsminister, der Marinekommandant, der österreichische und ungarische Ministerpräsident und die obersten Hofchargen geladen waren. Herr v. Bethmann-Hollweg saß zur Rechten des Kaisers Franz Josef, der ihm persönlich das Großkreuz des Stephansordens überreicht hatte. Am 21. September empfing der Reichskanzler den Besuch des Grafen Ährenthal und hatte bei dieser Gelegenheit wieder mit ihm eine längere Besprechung. Abends gab Graf Ährenthal zu Ehren des Reichskanzlers ein Diner. Am folgenden Tage kehrte Herr v. Bethmann-Hollweg infolge einer Einladung des Prinzregenten Luitpold zur Jagd nach München zurück.

Von Wien wie von Berlin aus wurde von allen Seiten wiederholt versichert, daß der Besuch des Reichskanzlers zur weiteren Befestigung der Bündnispolitik zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn und überhaupt des Dreibundes beigetragen und auf das Verhältnis der europäischen Mächte segensvoll eingewirkt habe, wenn auch keine direkten Zwecke dabei verfolgt worden seien. Die gleiche Auffassung wurde auch offiziös von Italien bekanntgegeben. Das hinderte natürlich die unverbesserlichen Dreibundsgegener dort nicht, über die angebliche Zurücksetzung ihres Landes zu klagen, da der Reichskanzler nicht auch sofort nach Rom gekommen sei. Dabei wußten diese edlen Wahrheitsfreunde sehr wohl, daß König Viktor Emanuel vom Juli bis November gar nicht in Rom weilte, während Kaiser Franz Josef gerade wegen der politischen inneren Lage vorzeitig nach seiner Hauptstadt zurückgekehrt war. Hätte nun Herr v. Bethmann-Hollweg seinen Besuch in Racconigi statt in Rom gemacht, so wäre das Gezeter über Zurücksetzung genau das gleiche gewesen. Kaiser Franz Josef war nun die längste Zeit mit der Schlichtung der inneren Krisen beschäftigt, denn das Verhalten der slawischen Union bedrohte das ganze parlamentarische Leben in Österreich, und das ungarische Ministerium Wekerle konnte nicht mehr leben und wollte doch nicht sterben. Erfreulich war dabei, mit welcher Wärme man gerade in Österreich der Erinnerung an den vor dreißig Jahren erfolgten Abschluß des Bündnisses mit Deutschland gedachte; der Salzburger Landtag nahm am 9. Oktober sogar einstimmig einen Dringlichkeitsantrag an, der die Erwartung aussprach, daß dieses Bündnis des Friedens und der Kraft für ewige Zeiten fortdauern werde. Unter diesen Umständen machte die Tatsache, daß Kaiser Nikolaus auf seiner Reise nach Italien das Gebiet der Monarchie vermied, nicht den mindesten Eindruck. Am 17. November stattete König Friedrich August von Sachsen dem Kaiser seinen gewohnten Besuch ab. Die innere und äußere Politik der Monarchie stand zu dieser Zeit in einer stärkeren Wechselbeziehung zu einander, wie jemals, und daraus war auch das Verwaltungskabinett Bienerth hervorgegangen, das zu beseitigen die slawische Union unter Führung der Tschechen sich vorgenommen hatte. Aber der Monarch war keineswegs geneigt, diesmal vor dem Ansturm der Tschechen die Segel zu streichen, und hielt daran fest, der nationalen parlamentarischen Politik keinen Einfluß mehr auf die Verwaltung zu gestatten. Das brachte den Erfolg, daß die slawische Union kurz vor Jahresschluß einlenkte. Für

diesen Erfolg verlieh der Kaiser dem Ministerpräsidenten am Jahresende das Großkreuz des Leopoldordens.

Länder, Nationen und Parteien.

Böhmen ist nach wie vor der Wetterwinkel der österreichischen inneren Politik, und darum soll es in der Betrachtung hier an erster Stelle stehen. Die verfehlte Maßregel der parlamentarischen Ministerien und die nationale Überspanntheit infolge der Annexionsfrage hatten die Wirren bis zur Unerträglichkeit gesteigert. Der Direktor-Stellvertreter der Prager Postdirektion, Swoboda, wurde Mitte Jänner suspendiert, weil er sich an deutsche Abgeordnete gewendet hatte, da es ihm nicht möglich war, den ungesetzlichen Gebrauch der tschechischen Sprache im inneren Dienste abzustellen. Dafür erschien eine Woche darauf der schon erwähnte Regierungserlaß, der für die Post die sprachlichen Verhältnisse vom 1. Jänner 1907 wiederherstellte, aber die Deutschen nicht befriedigte, während sich die tschechischen Beamten nicht daran kehrten. Inzwischen begingen die Tschechen am 18. Jänner die Gedenkfeier des Kuttenberger Dekrets, durch das vor 500 Jahren die deutschen Professoren und Studenten zur Auswanderung von Prag nach Leipzig gezwungen worden waren. Die Angriffe auf die ihren hergebrachten Bummel auf dem Graben in Prag pflegenden deutschen Studenten wurden von neuem wiederholt, und der Bürgermeister Grosch hatte sogar das Verbot des Farbentragens der deutschen Studenten verlangt, was aber der Ministerpräsident entschieden ablehnte. Es wurden offiziös scharfe Maßregeln angedroht, die Polizei griff auch wiederholt kräftig ein, und die Stadtverwaltung ließ das Pflaster wegen Erneuerung der Kabel aufreißen, um den Bummel zu verhindern, aber die Angriffe gegen die deutschen Studenten hörten noch immer nicht auf. Am 8. und 9. Februar wurde vor dem Prager Schwurgericht der Beleidigungsprozeß gegen den Zentraldirektor der Eisenindustriegesellschaft Kestranek verhandelt, der behauptet hatte, die bekannte Röhrenlieferung sei nur darum nach Pont à Mousson vergeben worden, weil das österreichische Eisenkartell den Stadtverordneten keine Provisionen bewilligt habe. Die Verhandlung wurde tschechisch geführt und endete mit der Verurteilung Kestraneks zu 3000 Kronen. Er legte Berufung ein. Im Verlaufe des Sommers stellte sich heraus, daß das Werk in Pont à Mousson, das sich übrigens zum Teil in deutschen Händen befindet, die ausbedungenen geschweißten Röhren nicht selbst verfertigte, sondern aus Düsseldorf bezog.

Nachdem Reichstag und Landtag geschlossen worden waren, die Abgeordneten also nicht mehr durch die Immunität geschützt waren, ließ das Ministerium eine Reihe der hauptsächlichsten Schreier wegen Aufreizung, Vorbereitungen zum Aufstand, antimilitaristischer Agitation, Majestätsbeleidigung 2c. in Anklagezustand versetzen und am 16. Februar umfangreiche Hausdurchsuchungen vornehmen, am 7. April fanden in ganz Böhmen auch Hausdurchsuchungen bei den Führern der nationalsozialen Jungmannschaften statt, und diese Organisationen wurden aufgelöst. Diese Energie wirkte beruhigend, denn die Tschechen fühlen sich nur dann stark, wenn die Regierung Schwäche zeigt. Die Tschechenführer waren natürlich darüber wütend und beschlossen die Obstruktion, bis der Ministerpräsident seine Demission gegeben haben würde. Die neuen Richterernennungen am 1. April zeigten, daß das Kabinett den deutschen berechtigten Ansprüchen so weit entgegengekommen war, als deutsche Kräfte zur Verfügung standen. Der Rektor Bertl von der tschechischen Technik in Prag hatte bei der Immatrikulation eine die deutsche Studentenschaft beleidigende Rede gehalten und war dafür vom Unterrichtsminister Graf Stürgkh zur Verantwortung gezogen worden. Die Sache kam am 11. Juni im Abgeordnetenhause zur Verhandlung, bei der Graf Stürgkh seinen Standpunkt aufrecht erhielt. Darauf wurde Bertl demonstrativ abermals zum Rektor gewählt, aber der Unterrichtsminister bestätigte die Wahl nicht. Anfangs August fuhren 200 tschechische Delegierte unter Führung der Abgeordneten Dr. Kramarsch und Klofac zur polnischen Ausstellung nach Czenstochau, die dem Zwecke dienen sollte, die Slawen vom fremden „slawenfeindlichen Kapital“ zu befreien. Es wurde viel Deutschfeindliches geredet und die Gründung einer allslawischen Bank beschlossen, dagegen verweigerten die tschechischen Ärzte, am internationalen Ärztekongreß in Budapest teilzunehmen. Inzwischen waren mehrfache Versuche unternommen worden, den böhmischen Landtag flottzumachen, auf dem die deutschen Abgeordneten obstruieren, weil keiner ihrer nationalen Wünsche von den Tschechen berücksichtigt wird. Im Vorjahre hatten die Deutschen die Obstruktion begonnen, weil ihnen die Wahl eines deutschen Landesaktuars verweigert worden war. Am 15. September wurde nun im böhmischen Landesausschusse der Antrag des Beisitzers Dr. Eppinger, zwei deutsche Landesaktuare zu wählen, ebenfalls abgelehnt. Da auch tschechische Parteien beschlossen hatten, den Deutschen keine Zugeständnisse zu machen, so war kaum Aussicht vorhanden, daß der für den 21. September einberufene Landtag aktiv werden würde. Nach der Eröffnung erklärte der Verband der deutschen Abgeordneten, sie würden sich schon an den Wahlen nicht beteiligen. Die Verhandlungen wurden daraufhin vertagt. Die Bemühungen der Regierung, eine Vereinbarung zu erzielen, scheiterten an dem hartnäckigen Widerstande der Tschechen, die nicht einmal zugaben, daß den Regierungsvorlagen, die einen kleinen Teil der deutschen Wünsche erfüllen würden, der Vorrang vor anderen Beratungsgegenständen eingeräumt werde. Obgleich der tschechische Landsmannminister Dr. Zacek am 4. Oktober von Wien mit neuen Vorschlägen in Prag eintraf, kam doch keine Einigung zustande, und darum wurde am 10. der Landtag vertagt, worauf die tschechischen Blätter ankündigten, nun werde im Reichsrat obstruiert werden, wofür sie als Vorwand die in den reindeutschen Ländern angenommenen Sprachengesetze angaben. Am 3. November beriet der tschechische Nationalrat im Altstädter Rathause hinter verschlossenen Thüren in Prag über die Taktik im Abgeordnetenhause, die Nationalsozialen unter



Führung der Abgeordneten Fresl und Choc arrangierten Protestversammlungen und Straßendemonstrationen, gegen die am 14. die Polizei in Prag energisch einschreiten mußte.

In Mähren spielt sich der Kampf zwischen Deutschen und Tschechen in verhältnismäßig milderen Formen ab, obgleich sich auch da die Tschechen nicht genieren, von ihrer Mehrheit rücksichtslosen Gebrauch zu machen. Die Eröffnungssitzung des Landtags am 21. September lieferte dafür einen augenfälligen Beweis. Landeshauptmann v. Serenyi verlas das kaiserliche Eröffnungsdekret nur in tschechischer Sprache, während er die Verdeutschung einem Dolmetscher überließ. Die deutschen Abgeordneten ließen sich das nicht gefallen, worauf der Landeshauptmann sich entschuldigte: er sei unwohl, und der Dolmetscher sei ihm nur ins Wort gefallen. Von den Sitzungen ist nur die vom 24. politisch erwähnenswert, weil sich der sozialdemokratische Abgeordnete Reichstätter in abfälligen Kritiken über den Aufwand für militärische Zwecke und über angebliche Äußerungen des Kaisers Wilhelm während der Kaisermanöver erging. Landeshauptmann v. Serenyi und Statthalter Frhr. v. Heinold sprachen ihr Bedauern über dieses Vorkommnis im Landtage aus, das im vollkommenen Widerspruche zu dem Verhalten der Bevölkerung stehe. — In Schlesien erwehren sich die Deutschen und die schlesischen Polen mit Erfolg der allpolnischen und tschechischen Agitation. Die allpolnischen Führer erlitten im Sommer eine empfindliche Niederlage bei der Wahl des evangelischen Superintendenten. Die seit Jahren betriebene Arbeit der Gebrüder Michejda, mit den Mitteln allpolnischer Agitation die Superintendentenstelle sich zuzuwenden, war schon längst aussichtslos geworden, jetzt fiel auch der von ihr vorgeschobene Kandidat durch, und der bisherige Senior Andreas Krzywon wurde mit erheblicher Mehrheit gewählt.

In Niederösterreich herrschte die christlichsoziale Partei und ihr politisch hervorragender Führer Dr. Lueger, dem freilich die börsenliberale Presse der Reichshauptstadt niemals verzeihen wird, daß er dort ihre langjährige Herrschaft gebrochen hat, der die hauptsächlichste Schuld an dem Niedergang der Vorherrschaft der Deutschen in Österreich seit genau 40 Jahren zuzuschreiben ist. Man wird darum bei den Vorgängen in Niederösterreich immer auseinanderhalten müssen den in angeblich freiheitlichen Sinne geführten Kampf dieser Presse zur Verdrängung der christlichsozialen Partei und die Stellungnahme der letzteren zur Aufrechterhaltung des reindeutschen Charakters des Kronlandes. Die Zuwanderung vom Lande in die Großstädte, der Mangel an deutschen Beamten insbesondere für die unteren Stellen und überhaupt die starke Vermehrung der tschechischen Bevölkerung haben eine bedeutende Zunahme der Tschechen in Wien und im ganzen Lande zur Folge gehabt. Früher ging die Verdeutschung dieser Einwanderer ganz von selbst vor sich. Seit der gerade von der hauptstädtischen Presse von der Zeit des Ministeriums Taaffe an im Übermaß betriebenen nationalen Verhetzerei und in neuerer Zeit noch mehr durch den Umstand, daß die tschechischen Beamten besonders bei parlamentarischen und Landsmannministern vielfach Schutz und Unterstützung gefunden haben, sind überall Mittelpunkte tschechischer Agitation entstanden, die nicht nur der Verdeutschung entgegenwirken, sondern auch unter Benutzung der vieldeutigen Gleichheitsphrasen der einst unter dem Deutschliberalismus geschaffenen Bestimmungen der Verfassung und der sogenannten Reichsgrundgesetze Gleichberechtigung und womöglich die Vorherrschaft zu erringen suchen. So ernst ist die Lage, und das läßt sich nicht mit der üblichen Zeitungsphrase von der Begünstigung der Tschechen durch die Regierung abtun. Damit schädigt man nur den jetzt in allen deutschen Kreisen ausgeprägten festen Willen, bei der nun einmal geschaffenen Lage jedes deutsche Besitztum zu verteidigen und die eigene Volkskraft zu stählen. Dafür geschieht seit Jahren von den deutschen Österreichern sehr viel, wie hier schon wiederholt hervorgehoben worden ist. Das ist nützlicher für das deutsche Volkstum, wie das von der Presse betriebene Beschimpfen und Verdächtigen jeder, auch der deutschfreundlichsten Regierung. Man kann doch billigerweise nur Unterstützung und Berücksichtigung von einer Regierung begehren, die man, namentlich bei allen Staatsnotwendigkeiten, selbst unterstützt. Dieser gesunde Sinn bricht sich immer mehr bei den Deutschösterreichern Bahn und kräftigt sie in ihrer sogenannten nationalen „Kleinarbeit", die bereits einen Zug ins Große angenommen hat, während die vermeintliche große parlamentarische Parteipolitik schon der Kleinlichkeit verfallen ist. Von den Großtaten der Kleinarbeit sei hier bloß die Aufforderung des gefeierten Volksschriftstellers Peter Rosegger erwähnt, durch Gaben von je 2000 Kronen einen Zweimillionenfonds für deutschnationale Schulzwecke zu sammeln. Schon Mitte Oktober war die erste Million beisammen und beim Jahresschluß erschien die Erreichung des Zieles gesichert.

Nun zu den Verhältnissen in Niederösterreich zurück. Viel zu spät beginnt eigentlich das Deutschtum, an die gesetzliche Sicherung seines Besitztums zu denken. Solange der liberale Standpunkt galt, dem antiklerikal und deutsch gleibedeutend ist, wurde viel darüber geredet, aber nur um die Minister zu befehden, geschehen ist jedoch nichts. Was nun noch vor 20 Jahren selbstverständlich Gesetz geworden wäre, ist heute wegen des slawischen Widerstandes nicht mehr durchzubringen. Jetzt kann nur noch ein Stückwerk erreicht werden. Die sogenannte „lex Kolisko", die seit fünf Jahren die deutsche Unterrichtssprache in Niederösterreich festlegen wollte, war von der Landesregierung aus verfassungsrechtlichen Gründen niemals zur kaiserlichen Sanktion vorgelegt worden. Jetzt wurde die Angelegenheit von der christlichsozialen Partei aufgenommen, die als stärkste Partei im Reichstage wie im Landtage wohl Mittel und Wege finden mochte, etwas Brauchbares zustande zu bringen. Das war auch nach anderer Richtung hin nötig, denn wegen Mangel an gesetzlichen Bestimmungen hatte schon im Mai der Minister des Innern entgegen der Vorentscheidung der Statthalterei die Statuten eines Vereins mit tschechischer Geschäftssprache bestätigen müssen. Die Tschechen



versuchten in Vorahnung des Kommenden im Sommer in mehreren Wiener Vororten Demonstrationen für die Errichtung tschechischer Schulen, wobei es nicht ohne Zusammenstöße mit Deutschnationalen abging. Um ihre Zahl zu markieren, plante der tschechische Touristenklub in Wien für Sonntag den 15. August einen demonstrativen Ausflug in die Wachau, die prächtige Donaulandschaft um Dürnstein. Da es dort sicher zu heftigen Zusammenstößen gekommen wäre, mußte sich der Dampfer auf die Donaufahrt beschränken und durfte nirgends landen. Der für den nächsten Sonntag in Aussicht genommener Volkstag der „tschechischen Minderheiten" samt einer tschechischen Theatervorstellung wurde von der Wiener Polizei verboten, die tschechische Schule in Unterthemenau und eine tschechische Privatschule in Wien wurden von der Schulbehörde geschlossen, weswegen in Prag randaliert wurde, worauf in Wien Gegenskandale vor dem tschechischen Vereinshause erfolgten. Diese Vorfälle, deren Zahl noch beliebig vermehrt werden könnte, ließen eine gesetzliche Regelung der sprachlichen Verhältnisse durch die Landesgesetzgebung dringend nötig erscheinen.

Gleich in der Eröffnungssitzung des Landtags am 16. September brachten die deutschen Parteien (Großgrundbesitz, christlichsoziale und deutschnationale Partei) einen Dringlichkeitsantrag ein, warum der Gesetzentwurf über die Unterrichtssprache an Volks- und Bürgerschulen noch nicht zur Sanktion vorgelegt worden sei. Der schwerkranke Dr. Lueger, der kurz vorher einen Ohnmachtsanfall erlitten hatte, begründete trotzdem den Antrag mit energischen Worten. Er mißbilligte die zwecklosen deutschnationalen Demonstrationen, da nur das Gesetz Abhilfe schaffen könne, aber er betonte: „Wir in Österreich wollen deutsch bleiben, wir wollen andere nicht kränken, aber wir wollen auch unsere Rechte nicht aufgeben." Der Antrag wurde mit allen gegen fünf sozialdemokratische Stimmen angenommen. Auch bei einer Bürgerbeeidigung am 7. Oktober erklärte Dr. Lueger, diesem Eide komme heute die größte Bedeutung zu, da man Wien zweisprachig machen wolle. Diesem Bestreben müsse mit aller Kraft entgegengetreten werden, und er werde nicht zulassen, daß in Wien andere als deutsche öffentliche Schulen beständen. Erst am folgenden Tage beantwortete der Statthalter den Dringlichkeitsantrag dahin, daß der Gesetzentwurf Kolisko-Axmann mit dem Reichsvolksschulgesetze im Widerspruche stehe. Übrigens bestehe keine dringliche Gefahr, da nach einer Entscheidung des Reichsgerichts in Niederösterreich kein nichtdeutscher Volksstamm ansässig sei. Der Landtag überwies darauf die Angelegenheit einer Kommission. Am 12. erinnerte der Landmarschall Prinz Liechtenstein unter lautem Beifall auch an das 30jährige Bestehen des Bündnisses mit Deutschland. Die Drohung des tschechischen Abgeordneten Jantscha beim Empfang einer tschechischen Deputation durch den Ministerpräsidenten, nach Sanktionierung des Sprachengesetzes für Niederösterreich könne es zu Ereignissen, wie die Ermordung des Statthalters von Galizien kommen, machte keinen Eindruck. In der Sprachenfrage kam schließlich ein Kompromiß zustande, nachdem es in bezug auf die Amtssprache der Gemeinden bei dem Gebrauche zu bleiben habe, der in der ersten Hälfte des Jahres 1909 eingehalten wurde, so daß also für alle Zeiten nur drei Gemeinden slawisch amtieren dürfen. Dem Haupterfordernis für die Zukunft ist also genügt, ohne daß dem Reichsvolksschulgesetze direkt widersprochen wurde.

Unter ungeheurem Lärm der tschechischen Presse wurden in dieser Zeit auch in den Landtagen von Oberösterreich, Vorarlberg und Salzburg Gesetze über die deutsche Schul- und Amtssprache beschlossen. Bemerkenswert ist noch, daß der Statthalter von Oberösterreich aus Anlaß eines Schülerturnfestes in Linz den Schülern das Tragen von Kornblumen verbot, ihn aber auf Veranlassung des Unterrichtsministers zurücknehmen mußte. Seit dem Ausscheiden Schönerers aus dem politischen Leben hat doch wahrlich die Kornblume keine Bedeutung mehr, die sich anders als deutschnational auslegen ließe. Wenn übrigens in einem Teile der liberalen Presse heuchlerische Klagen darüber angestimmt wurden, daß durch die erwähnten Landtagsbeschlüsse die deutsche Sprache von dem Range der Staatssprache zu einer bloßen Landessprache herabgedrückt werde, so ist doch darauf zu erwidern, daß die deutschen Liberalen zur Zeit ihrer Herrschaft nicht den Mut gehabt, oder vielmehr einfach vergessen haben, die deutsche Sprache als Staatssprache festzulegen. Die deutschen Kronländer würden eine gleiche Pflichtvergessenheit begehen, wenn sie sich jetzt nicht wenigstens die deutsche Landessprache sicherten. Daraus kann sogar unter Umständen bei günstigeren Verhältnissen wieder die deutsche Staatssprache werden, aber mit unfruchtbaren Klagen über das einst vergeudete und augenblicklich nicht zu erreichende Mehr wird wahrlich nichts geschafft. Auch im steiermärkischen Landtage wurde die Sprachenfrage brennend, weil die slowenischen Abgeordneten anfingen, ihre Interpellationen slowenisch vorzulesen, woraufhin sich die Deutschen entfernten. Im Krainer Landtag kam es zu mehrfachen Krawallen zwischen der slowenisch-klerikalen Mehrheit und den mit den Deutschen verbündeten liberalen Slowenen. Die letzteren beiden Gruppen verließen am 15. Oktober den Landtag, als die Mehrheit eine neue Geschäftsordnung durchpeitschen wollte.

In Tirol trat der Landtag nicht zusammen, weil die italienischen Abgeordneten noch immer streikten. Unter der kräftigen Unterstützung des Vereins für das Deutschtum im Auslande macht die Zurückeroberung Welschtirols für das Deutschtum gute Fortschritte. Unter diesen Umständen und bei Berücksichtigung der ganzen Weltlage mußte es Befremden erregen, daß bei einem Besuche des Thronfolgers in Kitzbühel der dortige Bezirkshauptmann, anscheinend infolge einer schwarzgelben Anwandlung aus vergangenen Zeiten, einem dort wohnenden Münchener verboten hatte, eine reichsdeutsche Fahne auszuhängen. Auf Einschreiten beim deutschen Konsul wurde der Bezirkshauptmann von Wien aus bedeutet, sich einer moderneren Anschauung zu befleißigen. Dem geradezu schmählichen Verhalten der südtirolischen Irredentisten während der Landesjubiläumsfeier folgte die Strafe auf dem Fuße. Anfangs September kam man durch

die Entdeckung großer Unterschleife bei der Banca cooperativa in Trient hinter ein irredentistisches Verschwörernest, das die unterschlagenen Gelder hauptsächlich für Spionage verwendet hatte. Infolgedessen nahm die Militärbehörde die Untersuchung in die Hand, es wurden weitere Verhaftungen und Ausweisungen vorgenommen. Unter den Verhafteten befinden sich auch alle die irredentistischen Häupter, die bei den Überfällen auf deutsche Besucher in Südtirol Anstifter und Leiter gewesen waren. Bei der Verschwiegenheit der die Untersuchung führenden Generalstabsoffiziere sind weitere sichere Einzelheiten nicht bekannt geworden.

Galizien ist das schöne Land, wo der edle Pole herrscht, aber keine Kultur bringt, die noch immer nur durch die deutschen Verkehrsstraßen zu ihm dringt und notdürftig ins Polnische übertragen wird. Dafür ist er aber stets bereit, die deutsche Ware zu boykottieren, wenn er sie nur entbehren könnte. Darum trinkt er täglich mit Wein, und wenn er minder edel ist, mit Branntwein, „Tod den Deutschen" und erinnert sich mit Wonne daran, daß nicht er, sondern seine Vorfahren vor genau einem halben Jahrtausend einmal den gar nicht zum Deutschen Reiche gehörenden deutschen Ritterorden, aber nur mit entscheidender Unterstützung von Litauern, Tschechen und Tartaren, geschlagen haben. Er hat zwar jetzt keinen Staat, da dieser in drei Teile geteilt werden mußte; aber der muß natürlich wieder werden, denn deswegen hat man schon so viele Putsche und Verschwörungen angestiftet, nationale Demonstrationen veranstaltet, Sokols gegründet, aber vor allem: Deutsche und Russen grimmig gehaßt. Da muß es doch einmal werden, Franzosen und allerhand Slawen wünschen schon Glück dazu; es fehlt nur noch, daß es wirklich wird. Natürlich verzichtet er darauf, daß Warschau wieder als zukünftige Königsstadt — gedacht wird, dort ist es doch zu russisch rauh. Aber hat man nicht dafür Krakau im gemütlichen Österreich, wo man so ungeschoren leben darf, solange man nur jeder Regierung in ihren Parlamentsnöten beispringt, wo man dafür sogar Deutsche und Ruthenen drangsalieren darf, daß sie vor Vergnügen über die polnische Freiheit schreien? Also darum frisch darauf los, dort das polnische Königsluftschloß gebaut! Dann muß sich auch der König finden, wenn für ihn ein Schloß da ist. Mit solchen Träumereien befassen sich diese Leute auf einem Gebiete, das von den drei mächtigsten Staaten beherrscht wird, die man erst zerstören müßte, bevor der König im Wawel einziehen konnte. Aber es lebt sich ganz gut dabei, besonders in Galizien, wo nicht so unangenehme Ansichten über Hochverrat herrschen wie drüben in Rußland und gar in Preußen, das schon vier lange Menschenalter mit Ernst darauf gesehen hat, daß die Polen wirklich etwas lernen, was in Galizien bisher nur sehr spärlich der Fall ist. Die große Politik läßt eben dazu keine Zeit, aber Großpolen wächst in der Idee von Stunde zu Stunde und reicht schon wieder von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere. Davon läßt sich schön reden und singen, auch dazu trinken, solange die verfahrenen parlamentarischen Zustände in Wien dauern, bei denen man die klug mitmachenden Polen so nötig braucht, wie das liebe Wasser. Aber es könnte vielleicht auch einmal anders kommen.

Daß übrigens sonst die Bäume nicht in den Himmel wachsen werden, dafür sorgt die nationale Eigenart der Polen von selbst. Ihr einstiges Reich ist schon daran zu Grunde gegangen, daß immer ein Verschwörer wider den anderen war, bei ihren mißglückten Aufständen hat sich stets die gleiche Erscheinung gezeigt, und bei ihrer Herrschaft über Galizien wird es jetzt ebenso. Der polnische Landsmannminister v. Abrahamowicz war bei seinen Landsleuten, wie auch sonst, wohl persönlich nicht gerade beliebt, aber es war doch bei der bisherigen Disziplin im Polenklub auffällig, daß er auf einmal dem demokratisch gefärbteren Dr. v. Dulemba weichen mußte. Der ist aber dem Führer der Volkspartei offenbar noch viel zu feudal, und dieser sieht darum nicht ein, warum der Ministerfrack nicht seine noch demokratischeren Schultern zieren soll. Und wenn dabei die ganze parlamentarische Stellung des Polentums in Franzen gehen sollte! Darum wird von dieser Seite der Anschluß der Polen an die slawische Union eifrig betrieben, wofür sich merkwürdigerweise schon im Juni sogar der Statthalter von Galizien Bobrzynski lebhaft interessierte. Obgleich v. Abrahamowicz Anfang Juli in einem offenen Briefe vor dieser Richtung und dem Plane, „die Stellung des Ministers für Galizien zur Bedeutung des tschechischen oder des deutschen Landsmannministers herabzudrücken" warnte, wurde doch die Agitation fortgesetzt und der Führer der polnischen Volkspartei Stapinski trat im November offen für den Anschluß an die slawische Union ein. Was wird aber aus dem ganzen Polentum, sobald der „Koło polskie" seine Stellung als ausschlaggebende Regierungspartei drangibt? Einstweilen wird die Unterdrückung der Deutschen und Ruthenen mit ungeschwächter Energie fortgesetzt, die polnische Demokratie hat sich mit dem Judentum verbrüdert, was unter der Herrschaft der Schlachta nie der Fall war, da sie sich nur die Unterstützung der Juden gnädig gefallen ließ. Im übrigen wurde die großpolnische Idee nach Kräften bei jeder Gelegenheit gepflegt. Man rüstet zu einer großartigen Feier der Schlacht bei Tannenberg (die Polen sagen Grunwald), die sich zu einer Demonstration gegen die Deutschen gestalten soll, im Jahre 1910, und man sammelt nach dem Muster der Roseggerstiftung für einen dar grunwaldzki. Der Sarg des Dichters Slowacki wurde aus Anlaß seines 100. Geburtstags auf dem Wawel beigesetzt, nachdem der Fürstbischof von Krakau, Kardinal Puzyna di Koscielsko, zur Aufgebung seines Widerspruchs gegen diese Ehrung des wenig kirchengläubigen Mannes gezwungen worden war.

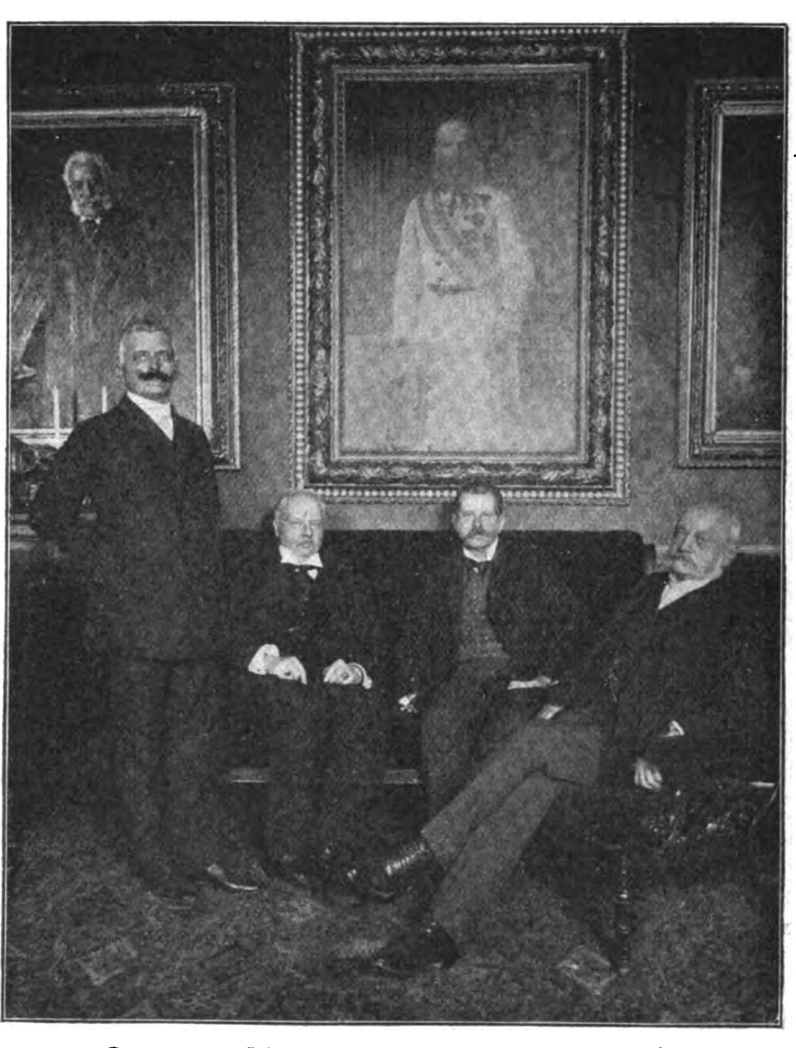
Die Wintersession des Reichsrates.

Man hat zuweilen auch den Kaiserstaat als ein Land der unbegrenzten Möglichkeiten bezeichnet. Der Ausspruch gewinnt an Wahrscheinlichkeit, wenn man den Ausgang der Tätigkeit des Abgeordnetenhauses im vergangenen Jahre ins Auge faßt, wo



die obstruierenden Parteien mit einem Male dahinter gekommen zu sein schienen, daß die Obstruktion mit der Wurzel ausgerottet werden müsse, da sie ein Verbrechen am Staate und an den Völkern sei. Wer freilich ein wenig schärfer zusieht, dem wird nicht entgehen, daß recht viele von den gewählten politischen Kapazitäten ihre Immunität und Diäten einer kräftigen Hand gegenüber nicht wieder in Gefahr bringen mochten. Wenn man auch dazu politischen und nationalen Gegnern einen Possen spielen konnte, erhöhte sich noch das Vergnügen. Aber die feste Hand war da, Frhr. v. Bienerth zeigte sie, und ob es seine eigene, oder die eines Höherstehenden war, tut vorläufig nichts zur Sache. Er hatte schon im Sommer das Budget bewilligt erhalten, sogar gratis und franko, ohne Gewährung der früher üblichen nationalen Sporteln. Und als dann die Herren wegen der bosnischen Bankfrage, die nicht einmal einen Ruhmestitel für das Kabinett bildete, in die süße Gewohnheit der Obstruktion zurückfielen, da verhängte er unverdrossen über sie die Trennung von Tisch und Bett — Pardon! von Immunität und Diäten, indem er einfach die Tür des Hauses zumachte. So folgerichtiges Handeln reizt auch den unfehlbarsten Abgeordneten zum Nachdenken, wozu eine ganze Reihe von Monaten zur Verfügung stand. Und sie dachten auch wirklich nach und mochten finden, daß sein Standpunkt: selbst seine Pflicht zu tun, aber auch vom hohen Hause die gleiche Pflichterfüllung zu verlangen, doch wirklich für Kaiser und Reich recht nützlich sei und auch Immunität und Diäten nicht in Gefahr bringe. Es beschlossen darum viele im Stillen, darnach zu handeln, und die bisherigen parlamentarischen Allotria zu lassen, sobald sich nur eine schickliche Gelegenheit zum Umlenken fände. Nach den bezeichnenden Äußerungen des Monarchen ließ sich auch weiter schließen, daß schwerlich durch Fortsetzung der bisherigen parlamentarischen Praxis erreicht werden könne, daß die starke Hand von einer milderen abgelöst werden würde.

Eine Obmännerkonferenz, zu der der Obmann des Polenklubs für den 17. August nach Wien eingeladen hatte, um über die Flottmachung des Parlaments zu beraten, führte freilich nach vierstündiger Beratung nur zu dem Ergebnis, Glombinski möge die Verhandlungen mit dem Ministerium und den einzelnen Parteien fortsetzen. Das war eigentlich selbstverständlich, aber zum Umwenden und sich Festlegen war die Zeit noch zu kurz, und die Zeitungen hatten nur einen neuen Anlaß, die gegenseitige Befehdung der Parteien aufzufrischen. Eine offiziöse Mitteilung am folgenden Tage kennzeichnete die Stellung der Regierung dahin, daß an die Berufung des Reichsrats erst gegangen werden würde, wenn die Verhandlungsfähigkeit gesichert sei; er werde sich hauptsächlich mit Finanzangelegenheiten zu beschäftigen haben, wozu nationale Annäherung und Pflichtgefühl notwendig sei, um den Parlamentarismus als Gemeinbesitz aller Parteien zu erhalten. Es wurden in den nächsten Wochen wohl noch verschiedene Parteiberatungen gehalten, aber ihre Resultate fielen für den parlamentarischen Zweck negativ aus, die Tschechenfrage in den Landtagen und in Niederösterreich ließ auch nichts Positives dafür erwarten. Die Zeitungen hetzten weiter, und die hauptstädtischen Blätter suchten ihre Leser damit zu unterhalten, daß die slawische Union das Kabinett stürzen und aus sich ein parlamentarisches Ministerium bilden wolle: ein Unsinn, für den wohl etliche Wünsche bestehen mochten, der aber doch gerade gegenwärtig mehr als naiv war. Man kann



Das neue Präsidium des österreichischen Abgeordnetenhauses.

Von links nach rechts:
Dr. Steinwender, Vizepräsident (deutschnational); Dr. Pattai, Präsident (christlichsozial; R. v. Starzynski, Vizepräsident (Polenklub); Pogačnik (Südslawe).

aber daraus ersehen, wie schwer den Arbeitslustigen der Umfall gemacht wurde, ohne den es leider keine Diäten und keinen parlamentarischen Glanz gab. Bei ihrer großen Zahl war indessen anzunehmen, daß der ersehnte, endlich für den 20. Oktober festgesetzte Eröffnungstermin des Abgeordnetenhauses zwar nicht ohne die zeitvergeudenden Kämpfe der Nationen und Parteien einsetzen, aber zunächst keine Fortsetzung der Obstruktion im großen Stile bringen werde. So ging auch die Eröffnungssitzung ziemlich friedlich vor sich; die Tschechischradikalen empfingen zwar die Minister mit Schmährufen und lärmten auch weiter, aber das Haus beschloß unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten Dr. Funke laut einer vorher von der Obmännerkonferenz getroffenen Vereinbarung, sich für die Präsidentenwahl auf zwei Tage zu vertagen. Es war weder von einer Obstruktion der Tschechen noch der übrigen slawischen Union mehr die Rede, doch war die Verschiebung durch Betreiben von dieser Seite erfolgt. Die größeren deutschen Parteien hatten dem Wunsche nachgegeben, nur der deutschradikale Abgeordnete Wolf protestierte und erhielt dafür lautes Lob der hauptstädtischen Presse, die stets den Beruf in sich fühlt, verträgliche Neigungen im Keime zu ersticken. Am 22. Oktober wählte das Haus sein früheres Präsidium wieder mit der einzigen Abänderung, daß anstatt des Südslawen Laginja der Südslawe Pogatschnik zu einem der Vizepräsidenten gewählt wurde. Weiter kam man zunächst noch nicht.

Die Presse behauptete wieder, die slawische Union verschleppe die Verhandlungen absichtlich, weil sie hoffe, das Ministerium zu stürzen und zwar mit Hilfe der Deutschen, die über die bei der angeblich in Aussicht stehenden Vereinbarung mit Ungarn bewilligten militärischen Zugeständnisse erbittert sein würden. Diese Militärfabel wird in der Wiener Presse, trotz aller klaren Aussprüche des Monarchen und seiner obersten Berater, immer wieder aufgetischt; ob die slawische Union sie auch glaubt, steht dahin. Daß sie Frhrn. v. Bienerth und sein Kabinett gern los sein mochte, war das allein Richtige dabei. Am 26. brachte Finanzminister Dr. v. Bilinski das Budget und die neuen Steuervorlagen ein. Er legte ohne Umkleidung den Stand der Finanzen, den Rückgang fast aller Staatseinnahmen bei steigenden Ausgaben dar, so daß Abhilfe nur durch neue Steuern geschaffen werden kann. Die schlimme Lage des Budgets wäre nicht hervorgetreten, wenn der Finanzplan der vorigen Session erledigt worden wäre, was wegen der Obstruktion nicht geschehen ist. Die neuen Steuern sind: eine Erhöhung der Branntwein-, der Personaleinkommen- und der Dividendensteuer, ferner eine Erbschafts- und Schenkungs-, eine Junggesellensteuer und eine Steuer auf Mineralwässer. Wegen der entschiedenen Ablehnung der Erhöhung der Biersteuer könne die Regierung nicht mehr an die Besserung der Landesfinanzen denken und dafür nur 20 Millionen aus der Erhöhung der Branntweinsteuer gewähren. Die Eröffnungen machten einen deprimierenden Eindruck, obwohl man auf ähnliches gefaßt sein mußte, und das Haus beschäftigte sich darum sofort einige Tage mit Dringlichkeitsanträgen über die Teuerung, wobei sich alle guten und bösen Herzen ihrer Anschauungen, Angriffe und Wünsche in sehr volksfreundlich klingenden Worten entledigen konnten, ohne daß tatsächlich auch nur ein Jota geändert wurde. Mehr als die aus den Sudetenländern stürmisch ertönenden Proteste gegen weitere parlamentarische Ministerien wirkte wohl die üble Finanzlage abkühlend auf die weitverbreitete Sehnsucht nach Ministerfracks, und die Abgeordneten des deutschfreiheitlichen Verbandes ließen erklären, sie dächten gar nicht mehr daran. Also von dieser Seite drohte dem Bestande des Kabinetts keine Gefahr mehr; aber sie schien von einer anderen Seite zu kommen. Am 28. hatte nämlich im Wiener Rathause eine Besprechung der deutschen Parteiführer mit dem Ministerpräsidenten stattgefunden, wobei dieser die Sanktion der von den deutschen Landtagen beschlossenen Sprachengesetze zugesagt hatte.

Zunächst verlautete wohl noch nichts darüber, aber die Tschechen schienen doch Wind davon bekommen zu haben, und die Tschechischradikalen machten deshalb im Abgeordnetenhause am 29. gegen den Präsidenten Dr. Pattai und den Ministerpräsidenten Skandal, wobei ihnen die Sozialdemokraten Hilfe leisteten, worauf der Präsident das Haus auf unbestimmte Zeit vertagte. Zugleich wurde aber auch bekannt, daß Frhr. v. Bienerth im Rathause den Schluß des Reichsrats für den Fall der Arbeitsunfähigkeit angekündigt hatte, und das wirkte auf die bekannten „Arbeitslustigen" sehr besänftigend. Unter diesen Umständen wurde der Beschluß des Ministerrats vom 30. auf Zustimmung zur Sanktion, der darauf mit Notwendigkeit erfolgende Rücktritt der beiden tschechischen Minister und die unmittelbar darnach vom Kaiser gewährte Sanktion ohne die befürchtete Explosion hingenommen. An eine ersprießliche Tätigkeit des Abgeordnetenhauses war freilich nicht zu denken, und man brachte die Zeit mit Verhandlungen hin, die hauptsächlich der Polenführer Glombinski leitete, und in die auch die Zustände im böhmischen Landtage mit einbezogen wurden. Der Führer der polnischen Volkspartei Stapinski bemühte sich sehr um den Anschluß an die slawische Union, vielleicht in der Absicht, die tschechischen Banken für die von ihm begründete notleidende Parzellierungsbank zu interessieren, auch suchte man mit Hilfe der Sozialdemokraten einen Schreckschuß gegen das Ministerium abzufeuern, indem man in Aussicht stellte, man werde durch einen — natürlich wirkungslosen — Parlamentsbeschluß die Anwendung des § 14 verbieten. Das machte aber gar keinen Eindruck. Der Kaiser hatte dem polnischen Landsmannminister v. Dulemba ganz bestimmt erklärt, sein Ministerium sei durchaus nicht slawenfeindlich, und im Herrenhause betonte Frhr. v. Bienerth am 18. November nachdrücklich, sein Grundsatz sei, die Verwaltung dem nationalen Hader zu entziehen. Er kenne nur k. k. Staatsbeamte, an den übernommenen Zuständen sei die Regierung nicht schuld, sie sei auch nicht parlamentsfeindlich, aber das Parlament müßte zur positiven Arbeit zurückkehren, ohne die es seinen Einfluß verlieren würde. Diese Rede wurde im Herrenhause mit lebhaftem Beifalle



aufgenommen und verfehlte auch weiterhin des Eindrucks nicht. Die Tschechen spielten zwar weiter die Entrüsteten, und die slawische Union verhandelte mit den Deutschen über die Arbeitsfähigkeit des Hauses unter der Bedingung, das Ministerium zu stürzen, was diese aber am 19. ablehnten.

So begann am 24. November unter anscheinend sehr ungünstigen Verhältnissen das Abgeordnetenhaus seine Verhandlungen wieder, natürlich mit Dringlichkeitsanträgen über die aufreizenden nationalen Fragen. Die Minister wurden von den Tschechen mit andauernden feindlichen Zurufen empfangen. Die Regierung brachte ein halbjähriges Budgetprovisorium und die Rekrutenvorlage ein. Am folgenden Tage griff Ministerpräsident Frhr. v. Bienerth selbst in die Debatte ein und hob hervor, daß durch alle Reden das Verlangen nach einem Ruhepunkte im nationalen Kampfe durchklinge, die Regierung würde mit Freude diese Keime pflegen. Schließlich mahnte er dringend an die Erledigung der Dringlichkeitsanträge, damit das Budgetprovisorium rechtzeitig verabschiedet werden könne. Die Deutschen, die bisher immer auf der Befreiung der Tagesordnung von den Dringlichkeitsanträgen bestanden hatten, ließen sich jetzt darüber auf Verhandlungen mit der slawischen Union ein, wie direkt behauptet wurde unter dem Einflusse der bekannten „Arbeitslustigen"; es gab sogar schon Stimmen unter ihnen, die einer „Rekonstruktion" des Ministeriums mit parlamentarischen Ministern wieder das Wort redeten, wie es die slawische Union mindestens verlangte. So wurde die Zeitvergeudung bis zum 3. Dezember fortgesetzt, wo die erste Lesung des Budgetprovisoriums beginnen konnte, da die slawische Union die weiteren Dringlichkeitsanträge zurückgezogen hatte, denn die Zeit drängte und mit dem Ministerium war nicht gut Kirschen zu essen. Nach fünftägiger, wenig interessierender Debatte war am 11. die erste Lesung beendet. Aber noch einmal wurde der Versuch gemacht, dem Ministerium das Regieren unmöglich zu machen; die slawische Union brachte am 15. nicht weniger als 37 Dringlichkeitsanträge ein. Die Regierung dachte sofort an Vertagung, der nach unmißverständlichen Äußerungen des Kaisers auch bald die Auflösung gefolgt wäre, die deutschen Parteiführer erklärten jedoch, sie würden den Versuch machen, durch eine Dauersitzung die Obstruktion zu brechen. Frhr. v. Bienerth beschloß zu warten, um die „Arbeitslustigen" nicht zu betrüben. Die Dauersitzung währte vier Tage, beschäftigte sich, stellenweise unter dem lauten Protest der Galerien, die zu verschiedenen Malen geräumt wurden, mit mehreren Anträgen, denen die Dringlichkeit nicht zuerkannt wurde, bis am 17. ein neuer Plan der slawischen Union und der Sozialdemokraten auftauchte, eine Reform der Geschäftsordnung durch einen neuen Dringlichkeitsantrag zu erzwingen.

Der Antrag richtete sich direkt gegen die Deutschfreiheitlichen, die bisher den Standpunkt vertreten hatten, daß der allerdings notwendigen Änderung der Geschäftsordnung die Regelung der nationalen Fragen vorauszugehen habe, er fand aber den Beifall aller „Arbeitslustigen", denen vor dem Momente graute, wo sie wieder heimgeschickt werden würden, was sonst in sicherer Aussicht stand. Trotz formeller Schwierigkeiten wurde am 18. um 1 Uhr die Beratung begonnen, der Ministerpräsident erklärte sich einverstanden, und trotz des Widerspruchs der deutschfreiheitlichen Abgeordneten wurde der Antrag angenommen, der dem Präsidenten vollständige Freiheit über den Einlauf, die Dringlichkeitsanträge und Geschäftsordnungsdebatten einräumt. Damit wird allerdings dem bisherigen Obstruktionsunfug das Ende bereitet, aber die Befürchtung der Deutschen, nun durch die slawische Mehrheit leichter vergewaltigt werden zu können, dürfte sich ebensowenig bestätigen als die andere, daß nun sofort das Ministerium Bienerth in ein slawisiertes parlamentarisches verwandelt werden würde. Auch die Fabel vom neuen „eisernen Ring" wird eine Fabel bleiben, wenn sich die Deutschen nicht wieder wie seinerzeit zu sinnloser Opposition verleiten lassen. Deutsche Parteien, die für alle Staatsnotwendigkeiten zu haben sind — was auch heute der Wille der gesamten deutschen Bevölkerung ist — läßt keine Regierung an die Wand drücken. Und wenn sie zusammenhalten und sich nicht immer durch gewisse Blätter um liberaler Nichtigkeiten willen auseinanderhetzen lassen, werden sie auch zu jeder Zeit die ausschlaggebende Rolle spielen. Schon am 20. nahm das Herrenhaus die Reform der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses an, und Abends wurde sie in der amtlichen „Wiener Zeitung" veröffentlicht. Der Kaiser sprach sich sehr befriedigt über diese Ordnung der unerträglichen Zustände im Abgeordnetenhause aus. Nachdem das Haus in den folgenden Tagen neben einigen kleineren Vorlagen noch das Budgetprovisorium mit 246 gegen 202 Stimmen und das Ermächtigungsgesetz angenommen hatte, ging es am 23. in die Weihnachtsferien. Das Herrenhaus beendete seine Beratungen mit der Annahme der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses am 29. Dezember.

Heer und Flotte.

Das Jahr 1909 war für die Wehrmacht des Kaiserstaates von hoher Bedeutung, denn nicht nur war der Armee in den ersten Monaten Gelegenheit geboten, durch eine ganz in der Stille betriebene Teilmobilisierung vor der Welt den Beweis zu führen, wie sehr auf diesem entscheidenden Gebiete alles „klappt", woraus man überall analoge Schlüsse auf alles übrige zog, sondern sie hat auch sonst reiche Gelegenheit gehabt, den hohen Stand ihrer Ausbildung darzutun. Als die Kriegsgefahr vorüber und ohne jede Störung die Friedenslage wieder hergestellt worden war, wurde die emsige Arbeit der Ausbildung unverdrossen neu aufgenommen. Die Vervollkommnung der Organisation oben und unten schritt rüstig vorwärts, um so mehr, da es der Ernst der politischen Lage der Armeeleitung ermöglicht hatte, einen Teil der aus den parlamentarischen Schwierigkeiten hervorgegangenen Verzögerungen mit kurzen energischen Schritten wieder einzuholen. Bei der Zentralverwaltung wurden eine juridische Abteilung, sowie Abteilungen für die Militärgerichtsbarkeit, für Pulver und Explosionskörper, für Ein-

quartierung und für den Etappendienst gebildet und die Stelle eines Chefs des Etappenwesens neugeschaffen. Die Kriegsvorbereitung zog die Neubildung des 16. Armeekorpskommandos und der 47. Infanteriedivision nach sich, für die Südostgrenze wurde eine Generaltruppeninspektion errichtet, der vier Infanteriedivisionen und zwei selbständige Gebirgsbrigaden unterstehen. In Temesvar wurde das 6. Kavalleriedivisionskommando neu gebildet. Auch die rasche Beendigung der Organisation der Maschinengewehrabteilungen ist in der Hauptsache der politischen Spannung zu Anfang des Jahres zu verdanken. Seit April 1909 besitzt jedes Infanterie- und Jägerbataillon eine Maschinengewehrabteilung mit zwei Schwarzlose-Gewehren mit Schutzschilden, die sich hervorragend bewährt haben. Damit ist Österreich-Ungarn den anderen Staaten weit voraus. Bei der Kavallerie geht die Bildung von Maschinengewehrabteilungen langsamer vor sich; bis jetzt gibt es acht Abteilungen zu je vier Gewehren, aber bis zum nächsten Jahre wird jedes Kavallerieregiment eine Abteilung zu zwei Gewehren haben. Die Ausrüstung mit Feldtelephonen, Winkerflaggen, Signallaternen, Feldküchen 2c. ist gleichfalls durchgeführt worden und übertrifft an Vollständigkeit die der anderen Armeen.



General Konrad von Hötzendorf,
Chef des Generalstabes der österr.-ungar. Armee.

Daß solche Dinge viel Geld kosten, liegt auf der Hand, und darum wurden im Sommer so abenteuerliche Gerüchte über die Heeresforderungen und eine angebliche nachträgliche Reduzierung in den Blättern verbreitet, daß sich die Regierung zu einer offiziösen Richtigstellung veranlaßt sah. Die unvermeidlichen Rüstungskosten sind selbstverständlich hoch. Die Bewaffnung der Feldartillerie mit der neuen Feldkanone H 5 ist beendet, die Feldhaubitzen, sowohl die leichten zu 10 Zentimeter wie die schweren zu 15 Zentimeter, sind noch von älterer Konstruktion. Von besonderer Bedeutung ist die Errichtung einer Verkehrstruppenbrigade, die das Eisenbahn- und Telegraphenregiment, die Luftschifferanstalt und die Automobilverkehrsabteilung mit dem Automobilkadre umfaßt. Für die Artillerie ist ein neues Exerzierreglement herausgegeben worden. Man beabsichtigt ferner die Beschaffung eines dem deutschen ähnlichen Militärluftschiffparks in Fischamend. Bisher ist ein „Parseval" mit 1800 angekauft und ein „Lebaudy" mit 3700 Kubikmeter Gasinhalt bestellt worden. Die in der ersten Hälfte des Oktober in Graz und Wien veranstalteten Fahrten des lenkbaren Ballons „Estaric I" der Gebrüder Renner, wofür auch der Kaiser 2000 Kronen gewidmet hatte, ergaben, daß es sich nur um eine primitive, der eigentlich technisch-wissenschaftlichen Grundlage entbehrende Nachahmung fremder Versuche handelte. Dagegen hatte die Reichshauptstadt am 28. November und Preßburg am 12. Dezember die Freude, den österreichisch-ungarischen „Parseval I" über sich auf seinen Probe- und späteren Übungsfahrten manövrieren zu sehen. Für das nächste Jahr ist noch ein zweiter französischer Lenkballon „Clement Bayard" bestellt, auch scheint man in Wien größere Erwartungen auf die militärische Verwendbarkeit der Flugmaschinen zu setzen wie in Berlin. Die österreichische Landwehr ist um ein viertes Gebirgstruppenregiment vermehrt worden, die Landwehrfeldartillerie zählt bereits acht Feldhaubitzabteilungen zu je zwei Batterien. Im Budgetausschusse kündigte am 8. Mai der Landesverteidigungsminister für die nächste Zeit ein neues Wehrgesetz mit der zweijährigen Dienstzeit und eine neue Militär-Strafprozeßordnung an.

Die Kaisermanöver fanden vom 9. bis 11. September in Mähren statt mit dem kaiserlichen Hauptquartier im gräflich Harrachschen Schlosse zu Groß-Meseritsch. Es nahmen daran sieben Infanteriedivisionen: des 1. Korps (Krakau) und des 2. Korps (Wien) sowie die 10. Division des 9. Korps (Leitmeritz) und zwei Kavalleriedivisionen (Krakau und Wien) teil. Die Oberleitung lag in den Händen des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand, die Nordpartei wurde vom Erzherzog Eugen, Generaltruppeninspektor für Tirol, die Südpartei vom General der Infanterie v. Versbach befehligt. Die Infanterie trug die neuen feldgrauen Uniformen. Das Manövergebiet bot nach seiner geologischen Gestaltung wie nach seinen mannigfaltigen Kulturverhältnissen sowohl für die oberste Leitung wie für die Unterführer reiche Gelegenheit zur Verwendung der verschiedenen Truppengattungen und zur Ausnutzung aller technischen Behelfe der modernen Kriegführung. Am 8. September um 1 Uhr traf Kaiser Franz Josef in Groß-Meseritsch ein, um 4 Uhr Kaiser Wilhelm



in Iglau, wo er vom Erzherzog Thronfolger empfangen und nach Groß-Meseritsch geleitet wurde. Die beiden Monarchen nahmen am 9. und 10. an den hohes Interesse bietenden Manövern teil, worauf sich Kaiser Wilhelm nachmittags nach dem herzlichsten Abschiede, vom Erzherzog Friedrich begleitet, nach Iglau begab und nach Karlsruhe abreiste. Die Manöver nahmen einen glänzenden Verlauf. Die Truppen hatten zum Teil starke Anstrengungen durchzumachen, bewahrten aber eine musterhafte Haltung und fanden dafür die warme Anerkennung der beiden Kaiser. Am 11. fanden die Manöver ihren allseits befriedigenden Abschluß. Sie waren durchaus kriegsmäßig gestaltet zur Erprobung aller technischen und taktischen älteren bewährten und neueren Einführungen, sowie in der Absicht, den oberen Truppenführern Gelegenheit zur Übung ihrer Fähigkeiten zu bieten. Das Letztere und noch manches Andere entzieht sich dem Auge, selbst des militärisch geübten Beobachters, weil ihm der Einblick in die gegebenen Voraussetzungen fehlt. Daraus entstehen dann die bekannten Manöverkritiken der Zeitungen, die niemals zutreffend sein können, sobald sie über die reine Schilderung des Gesehenen hinauszugehen versuchen. Das war auch diesmal mehrfach der Fall, meist infolge mißverstandener Entscheidungen der Schiedsrichter, die allerdings alle Unterlagen besitzen, nach der ganzen Gefechtslage und nicht nach einzelnen örtlichen Umständen zu urteilen. Eine Neuerung behielt sich der oberste Leiter, der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand, nach Schluß der Manöver vor, über den gesamten Verlauf und gewisse Einzelerscheinungen eine ausführliche, belehrende Kritik verfassen und herausgeben zu lassen.

Die Flotte befindet sich noch in einer mißlichen Lage. Seit Jahren hat sich ihre Oberleitung nicht ohne Erfolg bemüht, mit verhältnismäßig geringen Mitteln das Schiffsmaterial auf der Höhe zu halten. Es leuchtet aber ohne weiteres ein, daß ein Neubaufonds von 18 Millionen Kronen nicht ausreicht, neben anderen Bauten auch nur die drei Linienschiffe der Radetzkyklasse zu 14.500 Tonnen in kurzer Zeit fertigzustellen, geschweige Dreadnoughts zu bauen, wozu man doch schreiten muß, nachdem Italien bereits damit vorangegangen ist. Es gilt zu Wasser wie zu Lande, daß eine ungenügende Wehr teurer ist als eine genügende, weil sie nutzlos ist. Man wird also auch in Österreich-Ungarn für die Flotte etwas tiefer in den Säckel greifen müssen und braucht sich nicht durch das hysterische Geschrei in England beeinflussen zu lassen, wo man schon fürchtet, daß binnen zwei Jahren vier österreichisch-ungarische Dreadnoughts in der Adria schwimmen würden. Das wäre schon darum unmöglich, weil nur eine einzige Werft für den Bau derartiger Schiffe vorhanden ist. Daß etwas geschehen muß, darüber gibt es in allen einsichtigen Kreisen der Monarchie nur eine Meinung. Österreich-Ungarn verfügt bisher nur über drei Linienschiffe über 10.000 Tonnen, und da die Delegationen nicht tagen konnten, kommt auch jetzt kein neues Schiff auf Stapel, während alle anderen Mächte eifrig weiter große Fahrzeuge bauen und Italien allein 1910 schon vier Dreadnoughts im Bau haben wird. Unter diesen Umständen ist es nur ein geringer Trost, daß am 3. Juli als Schwesterschiff des im Vorjahre vom Stapel gelaufenen „Erzherzog Franz Ferdinand" und des noch auf der Helling liegenden „Zriny" auf der Werft zu Triest



Kaiser Wilhelm II. und Erzherzog Franz Ferdinand im Manövergelände.

der „Radetzky" zu Wasser gekommen ist. Den Taufakt vollzog die Fürstin Sophie von Hohenberg, die Gemahlin des Thronfolgers. Die Schiffe dieser Klassen haben 14.500 Tonnen, erhalten vier 30·5 Zentimeter-, acht 24 Zentimeter-, zwanzig 10 Zentimeter- und zwei 4·7 Zentimeter-Geschütze und tragen einen Gürtelpanzer von 23 Zentimeter gehärtetem Nickelstahl. Am 30. Oktober ging im Zentralkriegshafen Pola der erste Turbinenkreuzer, „Admiral Spaun" vom Stapel, der 3340 Tonnen Deplacement, einen Gürtelpanzer von 60 Zentimeter und ein gewölbtes Panzerdeck von 20 Zentimeter, sieben 10 Zentimeter-Schnellfeuerkanonen, zwei 37 Millimeter-Mitrailleusen und drei Torpedolanzierrohre erhält und 26 Seemeilen Fahrtgeschwindigkeit erzielen soll. Die zwölf Torpedoboote mit Ölfeuerung zu 100 Tonnen für die Küstenverteidigung, die zur Hälfte in Triest, zur anderen in Fiume gebaut wurden, sind abgeliefert worden. Das erste, das Anfang September fertiggestellt worden ist, übertraf in Triest die ausbedungene Fahrtgeschwindigkeit von 26 Knoten erheblich. Der Marinekommandant Graf Montecuccoli erhielt am 1. Oktober zu seinem 50jährigen Dienstjubiläum das Militärverdienstkreuz mit Brillanten und vom Thronfolger ein Gratulationsschreiben voller Anerkennung. Auf der Germaniawerft in Kiel ist das zweite für die österreichisch-ungarische Flotte bestellte Unterseeboot fertig geworden, ebenso die drei bei der Whiteheadschen Torpedofabrik in Fiume in Auftrag gegebenen Unterseeboote. Als Begleitschiff für die Unterseeboote wurde der ursprünglich für die russische Regierung in Deutschland gebaute, und später von der deutschen Firma zurückerworbene Dampfer zu 10.000 Tonnen „Moskwa" angekauft.



Admiral Rudolf Graf Montecuccoli,
Kommandant der österr.-ungar. Marine.

Volkswirtschaftliches.

Der Rückblick auf das abgelaufene Jahr, das zuerst unter dem Drucke der bosnischen, dann unter dem der inneren politischen Krise in beiden Reichshälften litt, zeigt durchaus kein erfreuliches Bild der wirtschaftlichen Entwicklung. Die schwache Getreideernte in Ungarn verstärkte die Verschlechterung der Handelsbilanz und zog eine außerordentliche Verteuerung aller Lebensmittel nach sich, was zusammen einen unbefriedigenden Geschäftsgang in den meisten Zweigen der Industrie zur Folge hatte. Nur durch Aufträge der Kriegsverwaltung vermochten einzelne Industrien die Wirkungen des allgemeinen schlechten Absatzes auszugleichen. Die Ausfuhr, die schon unter dem türkischen Boykott gelitten hatte, wurde durch die Kriegsgefahr und dann durch die Verzögerung der Handelsverträge mit den Balkanstaaten empfindlich getroffen. Vornehmlich die Eisen-, Zement-, Baumwollen- und Petroleumindustrie hatten ein schlechtes Geschäftsjahr, die private Bautätigkeit und die öffentlichen Arbeiten waren stark eingeschränkt. Die österreichische Landwirtschaft hatte ein besseres Jahr wie die Industrie. Der Staatshaushalt schloß nach einer langen Reihe von besseren Jahren wieder mit einem Fehlbetrag ab, so daß neue Steuern notwendig wurden. Die Börse blieb trotz allem in zuversichtlicher Stimmung, da sie den Tiefstand des industriellen Niederganges für überwunden ansieht. Die Kurse auf dem Rentenmarkte haben trotz der Billigkeit des Geldes und der zu Ende des Jahres eingetretenen Besserung der parlamentarischen Verhältnisse wohl wegen der Ungewißheit der Lage in Ungarn und der Aussicht auf eine neue Ausgabe von Renten eine Abschwächung erfahren, dafür haben sich viele Industriewerte gehoben, was immer als ein Anzeichen der Besserung der wirtschaftlichen Lage anzusehen ist. Sehr auffällig gestaltete sich der Außenhandel. Die Gesamteinfuhr betrug 2781, die Gesamtausfuhr 2313 Millionen, der Umsatz belief sich demnach zum ersten Male über fünf Milliarden Kronen, es ergibt sich aber ein Passivum von gegen 470 Millionen. Die Verschlechterung der Handelsbilanz fällt in der Hauptsache auf die Landwirtschaft, die allein an Getreide eine Mehreinfuhr von 173 und eine Minderausfuhr von 17 Millionen aufweist, dagegen war der Außenhandel in Bergwerks- und Industrieerzeugnissen sogar etwas aktiv.

Die ausschlaggebende Bedeutung der Landwirtschaft für die Handelsbilanz liegt somit auf der Hand, und es beruht auf Kurzsichtigkeit, wenn die meist städtische Presse vermeint, bloß durch Förderung der Handels- und Verkehrsinteressen dem wirtschaftlichen Wohle dienen zu können. Umgekehrt ist auch die zu starke Betonung rein agrarischer Interessen unberechtigt, und es ist keineswegs anzunehmen, daß die am Jahresschluß endlich zu stande gekommenen Vorlagen über den Handelsvertrag mit Rumänien und das Ermächtigungsgesetz der Landwirtschaft schwere Nachteile bringen werden, und am wenigsten der österreichischen, während ihr aus der am 18. November mit Deutschland abgeschlossenen Übereinkunft über Auslegung und Ausführung des Viehseuchengesetzes, des Zolltarifs, des

Weingesetzes und der Gerstenzollordnung neue Vorteile erwachsen dürften. Über dem Streite wegen dieser durchaus ausgleichbaren Interessenfragen steht die Entwicklung ganz neuer Verkehrswege für die österreichische Wirtschaftspolitik, wie sie sich namentlich aus der Erschließung von Triest von selbst ergeben werden. Der Entwicklung Triests und der österreichischen Handelsschiffahrt muß eine viel größere Aufmerksamkeit als bisher zugewendet werden. Dazu ist vor allem nötig, daß das Parlament von der öffentlichen Meinung gedrängt wird, die für die Entwicklung der Schiffahrt notwendigen Gesetze endlich zu erledigen und sich nicht durch seine nationalen Zänkereien davon abhalten läßt; ferner muß es daran denken, daß die erste Vorbedingung für das Gedeihen der Handelsmarine eine entsprechende Kriegsflotte ist. Außerdem ist nötig, daß der österreichische Kaufmann von seinem Quietismus läßt, und daß namentlich das deutsche Kapital sich an ausländische Unternehmungen wagt oder sich wenigstens daran beteiligt. Sonst kann es ihm geschehen, daß es auch hierin vom tschechischen Kapital überholt wird, das sich bereits tatkräftige Organisationen geschaffen hat, hinter denen nun die Deutschen nachhinken. Es ist unter diesen Umständen mit Freude zu begrüßen, daß sich im Sommer unter der Führung des früheren deutschen Landsmannministers Prade ein Konsortium zur Gründung einer deutschen Industrie- und Handelsbank gebildet hat, um dem deutschen Kreditwesen eine feste Stütze zu geben, die es bei dem bisher mehr international gestalteten Bankwesen nicht hatte. Auf diesem Wege ist viel zu erreichen und man kann nur wünschen: Mit Volldampf voran! Was die Tschechen gekonnt haben, muß doch auch den Deutschen gelingen, und sie sollten sich nicht durch das begreifliche Widerstreben der Börsenpresse davon abhalten lassen.

Wegen der sattsam bekannten parlamentarischen Zustände hat im abgelaufenen Jahre weder der Donau-Oderkanal eine Förderung erfahren, noch hat die Absicht der Regierung, die notleidende galizische Petroleumindustrie nicht in die Hände der Standard Oil Kompagnie Rockefellers fallen zu lassen, durchgeführt werden können.

Verschiedenes.

Im Zusammenhang mit der auswärtigen Politik stand ein Prozeß, der im Dezember in Wien verhandelt wurde, als Nachspiel zu den hochverräterischen Umtrieben, die infolge der Annexion von Bosnien und der Herzegowina im Südosten der Monarchie stattgefunden hatten. Die Verräter vor ihren heimatlichen Gerichten zur Rechenschaft zu ziehen, wäre untunlich gewesen, da sie mit aller Wahrscheinlichkeit freigesprochen worden wären. Man hatte darum einen anderen Weg eingeschlagen, um die Sache an die Öffentlichkeit zu bringen. Im Oktober und November 1908 veröffentlichte die Wiener „Reichspost" mehrere Artikel gegen eine Reihe mit Namen genannter Mitglieder des kroatischen Landtags wegen hochverräterischer Beziehungen zur serbischen Regierung, und im März wiederholte der bekannte Historiker Dr. Friedjung die Beschuldigungen in der „Neuen Freien Presse". Daraufhin hatten die benannten Abgeordneten Supilo, Pribitschowitsch und Dr. Lukinitsch nebst 51 anderen die Klage erhoben und die Angeklagten den Wahrheitsbeweis angeboten. Als wesentliches Ergebnis des Prozesses muß angesehen werden, daß der eigentliche Leiter der serbisch-kroatischen Partei Supilo früher von der österreichischen Regierung Geld genommen hatte, was er bis zum letzten Moment ableugnete; er trat sofort aus der serbisch-kroatischen Koalition aus. Nach zwölftägiger Verhandlung endete der Prozeß mit einem Vergleich, in dem Professor Dr. Friedjung erklärte, daß sich die Echtheit einiger seiner Beweisstücke nicht aufrechterhalten lasse, worauf die Ankläger zurücktraten. Der Ausgleich war ohne Zweifel das Werk äußerer Einflüsse, da weder der österreichisch-ungarischen Regierung noch der Armeeleitung an der weiteren Ausspinnung jetzt so weit zurückliegender Ereignisse noch etwas gelegen sein konnte, seit mit der serbischen Regierung wieder freundschaftliche Beziehungen im Gange waren und wegen der Wendung in Ungarn sich in Kroatien ein Umschwung vorbereitete.

Am 27. März starb in Teschen in Österreichisch-Schlesien der mährisch-schlesische Superintendent Dr. Theodor Haase im 76. Lebensjahre. Einer Dresdener Familie entstammend, war er in dem damals noch vorwiegend deutschen Lemberg geboren, wurde 1859 protestantischer Geistlicher in Bielitz, 1865 schlesischer Senior und, seit 1876 Pfarrer in Teschen, 1882 mährisch-schlesischer Superintendent. Dem politischen Leben gehörte er seit 1871 als Mitglied des Landtages für Bielitz, seit 1872 als Reichratsabgeordneter für Bielitz 32 Jahre dem Abgeordnetenhause an und wurde 1905 in das Herrenhaus berufen. Sein politisches Wirken wurde noch weit durch seine humanitäre Tätigkeit übertroffen, in der er, den vollendeten Priester mit dem modernen Menschen vereinend, in Bielitz das dort hoch entwickelte Schulwesen begründete und in Teschen durch persönliche Sammlungen von mehr als einer Million Kronen ein großes Krankenhaus mit den vollkommensten Einrichtungen schuf, das von der schlesischen Landesverwaltung übernommen worden ist. In Deutschland ist er besonders durch seine hervorragende Tätigkeit für den Gustav Adolf-Verein bekannt.

Auf der Rückreise von Karlsbad verschied am 9. Juli der ehemalige Ministerpräsident Graf Kasimir Badeni im 63. Lebensjahre. Auf eine verdienstvolle Wirksamkeit als Statthalter von Galizien zurückblickend, wurde er 1895 als Ministerpräsident nach Wien berufen und entfaltete zunächst eine erfolgreiche politische Tätigkeit, bis er 1897 durch die sogenannten Sprachenverordnungen im Mai den Widerstand und im Oktober die Obstruktion der deutschen Parteien hervorrief, was seine Entlassung zur Folge hatte.

Ebenfalls auf der Reise starb nach vollendetem 63. Lebensjahre in Salzburg der frühere Landesverteidigungsminister FZM. Baron Julius Latscher v. Lauendorf. Nach einer ausgezeichneten Laufbahn als Generalstabsoffizier wurde er im November 1906 zum Landesverteidigungsminister

ernannt. Infolge Erkrankung wegen heftiger Angriffe im Abgeordnetenhause im Oktober 1907 verschob er mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Kaisers Franz Josef sein Demissionsgesuch bis zum November.

In seinem Wiener Palais schied am 12. Dezember das Herrenhausmitglied Graf Johann Nepomuk Harrach im Alter von 81 Jahren aus dem Leben. Er ist nicht ohne Verdienst auf volkswirtschaftlichem Gebiete, gehörte aber zu jenen ehemals deutschen Hochadelsfamilien Böhmens, die im Kampfe für die Autonomie des Landes ihre Kräfte zur Unterdrückung des Deutschtums verwenden. Er war auch eine besondere Stütze des Tschechentums in Wien, dem er die Komenskyschule gründete und für tschechischen Gottesdienst sorgte. Doch war er ursprünglich Alttscheche und hatte die Ausgleichsverhandlungen des Ministerpräsidenten Taaffe unterstützt. Als Besitzer einer großen Galerie spielte er auch im Wiener Kunstleben eine Rolle.

Der hochverdiente deutsche Großindustrielle, Herrenhausmitglied Emanuel v. Proskowetz in Wien, wurde am 25. Dezember nach vollendetem 91. Lebensjahre ins Jenseits abberufen. Seine musterhafte Tätigkeit auf land- und volkswirtschaftlichem Gebiete hat im In- und Auslande vielfache Anerkennung gefunden. Dem Abgeordnetenhause hatte er seit 1861 angehört und wurde 1896 in das Herrenhaus berufen.

Aus Ungarn.

Der nun neun Jahre währende Kampf zwischen dem Abgeordnetenhause in Budapest und der Krone, in dem es sich tatsächlich um eine Kräfteverschiebung zu Gunsten des ungarischen Reichstages gehandelt hat, ist im Jahre 1909 seinem Ende entgegengegangen und für die Krone und den Reichsgedanken entschieden worden. Die Vermehrung der Rechte des ungarischen Parlaments und die Erwerbung völliger staatsrechtlicher Selbständigkeit des Landes waren dabei immer nebeneinander gegangen, und darum war einer Entscheidung nicht länger auszuweichen, da die Angliederung von Bosnien und der Herzegowina überhaupt staatsrechtliche Neugestaltungen bringen muß, denen der Dualismus nicht zu genügen vermag. Es sind hierüber in den letzten Dezembertagen während der Budgetdebatte des Herrenhauses, in dem allein man noch politischen Weitblick antrifft, schon beachtenswerte Äußerungen gefallen. Von diesem Standpunkte aus ist heute die ungarische Krisis, die kommen mußte, durchaus keine rein ungarische Angelegenheit mehr, sondern eine Frage, die die ganze Zukunft des Reiches angeht. Daneben spielen eine besondere ungarische Bank, die Frage der militärischen Abzeichen 2c. nur eine sehr nebensächliche Rolle, dagegen kommt es darauf an, daß die Dynastie jene machtvolle Stellung behauptet, die es ihr ermöglicht, die historisch-politischen Individualitäten der Monarchie einem gemeinsamen Staatszwecke dienstbar zu machen. Dazu ist nötig, magyarischen Trennungsgelüsten jeden Boden zu entziehen, aber auch, der nahezu anarchistischen Entwicklung des österreichischen Parlamentarismus zu steuern. Letzterem wird eine Hilfe zur Selbsterziehung daraus erwachsen, daß er bei aller sonstigen Zerfahrenheit entschlossen zu sein scheint, wenigstens in der ungarischen Frage der Regierung zur Seite zu stehen. Die dem Kaiser in den Mund gelegten oder von ihm wirklich gesprochenen Worte: „Es war genug der Provisorien in Ungarn, es muß endlich ein Definitivum geschaffen werden" kennzeichnen hinreichend die jetzige Lage, und damit wird der bisherigen Kliquenherrschaft das wohlverdiente Ende bereitet. Die Stellung der Monarchie hat sich nach dem Ausgang der letzten internationalen Krise außerordentlich gehoben, und daneben mußten die kleinlichen magyarischen Begehrlichkeiten als gar nicht mehr diskutabel erscheinen. Sie waren es geblieben, solange als die Magyaren es vermieden hatten, in Konflikt mit der Krone zu geraten. Das war aber trotz geschickter Vermäntelungen und Winkelzüge geschehen, seit sie die Frage der Armeetrennung aufgeworfen hatten, und nun mußten auch sie die Erfahrung machen, daß selbst die stärksten Nationen der Monarchie nur solange etwas bedeuten, als sie für ihre Wünsche mindestens die Duldung der Krone erlangt haben.

Als die sogenannte Koalitionsregierung, um nach dem Ministerium Fejervary die herrschende Klique wieder ans Ruder zu bringen, am 9. April 1906 die Leitung der Geschäfte angetreten hatte, war sie gegenüber der Krone gewisse Verpflichtungen eingegangen, unter denen das zeitweilige Fallenlassen der militärischen Forderungen und die Einführung des allgemeinen Wahlrechts die wichtigsten waren. Es ist schon damals betont worden, daß niemals eine Gruppe der herrschenden Volksschicht, möge sie sich parteipolitisch benennen wie sie wolle, ernstlich an das allgemeine Wahlrecht herangehen werde, denn sie würde sich selbst damit die Grundlage ihrer Herrschaft untergraben. Die letzten Jahre haben diese Annahme bestätigt, und alles Gerede in den Blättern von Verhandlungen über militärische Forderungen, Bankfrage 2c. ist bloß Sand in die Augen für alle innerhalb und außerhalb Ungarns, denen das Wesen der Dinge verschleiert bleiben soll. Mit der bekannten Findigkeit der Magyaren im politischen Drehen und Deuteln, in der Aufstellung immer neuer Streitfragen 2c. hat auch die Koalitionsregierung versucht, sich um ihre Verpflichtung herumzudrücken, ist aber bei der Krone stets auf Abweisung und die Forderung gestoßen, nun endlich mit dem allgemeinen Wahlrecht ernst zu machen. Über diesen Kernpunkt der sogenannten Verhandlungen ist aber der Öffentlichkeit niemals ehrlich Aufschluß gegeben worden, sondern man hat sie mit Mitteilungen über Nebensachen abgespeist. Das war in Ungarn so Gebrauch, und mit den seinerzeitigen sogenannten militärischen Zugeständnissen an Szell und Tisza ist ebenso unehrlich verfahren worden. Man hat stets die Bevölkerung im unklaren über die wirkliche Sachlage gehalten, um nicht unpopulär zu werden und am Ruder zu bleiben. Nun war infolge der Änderung der politischen Weltlage die Notwendigkeit neuer militärischer Forderungen hervorgetreten,



denen die Koalitionsregierung unter Betonung des mit ihr geschlossenen Abkommens berechtigten Widerstand leisten zu dürfen glaubte, und deshalb drängte die Krone mit um so größerem Nachdruck auf die endliche Vollziehung des Pakts durch Durchführung der Wahlreform, wonach das Abkommen erloschen und freie Bahn für weitere politische Schritte geschaffen worden wäre. So war die Lage zu Beginn des Jahres und ist auch so geblieben, bis trotz aller Langmut der Krone, die dem Kabinett noch mehrfach Fristen gewährte, die Entlassung erfolgen mußte.

Unter Festhaltung dieses Hauptgesichtspunktes sind die Vorgänge des Jahres in Ungarn aufzufassen und können hier in kurzen Zügen unter Entkleidung von allem absichtlich herbeigezogenen Beiwerk erzählt werden. Um die Unentbehrlichkeit der herrschenden Klique darzutun, mußten parlamentarische Schwierigkeiten geschaffen werden, die natürlich vor Beratung der Wahlreform zu beseitigen gewesen wären. Es ist übrigens nicht ausgeschlossen, daß dabei, ebenso wie in früheren Jahren, geschickt mit verteilten Rollen gearbeitet wurde, denn alle hatten das persönliche Interesse, daß die bisher herrschende Klasse nicht durch die Wahlreform für immer verdrängt werde. Man braucht darum Opposition und erbitterte Gegnerschaften nicht allzu ernst zu nehmen, wenn auch persönliche Ministergelüste mitspielen mochten. Das ist ja unter Kameraden ganz egal, Regierung und Opposition hatten das gemeinsame Interesse, das Kommende abzuwehren und oben zu bleiben. Darnach ist auch die Bankfrage zu beurteilen, die zunächst als parlamentarische Schwierigkeit ausgespielt worden war. Es ist den einsichtigen Magyaren damit gar nicht ernst, weil sie genau wissen, wie sehr der ungarische Kredit durch die Gemeinsamkeit mit Österreich bedingt wird. Selbstverständlich lehnte der Kaiser sowohl die selbständige wie die Kartellbank ab, dieser Gegenstand gehörte nicht zur Abmachung mit der Koalition, und selbst der Präsident des Abgeordnetenhauses v. Justh, der hier zum ersten Male als hervorragender Mitwirkender auftrat, konnte am 26. Jänner beim Monarchen ebensowenig etwas erreichen wie vorher Graf Apponyi und Dr. Wekerle. Aber das am 18. zusammentretende Abgeordnetenhaus war dadurch richtig in eine Stimmung versetzt worden, daß man ihm mit der Wahlvorlage gar nicht kommen konnte, was für die Wissenden die Hauptsache war. Es wurde sogar ausgestreut, daß der Thronfolger den Kaiser zur Ablehnung des Pluralwahlrechtsvorschlags des Grafen Andrassy bestimmt habe, was bei der bekannten Stellung des Monarchen doch gar nicht nötig war. Das Abgeordnetenhaus hatte die Steuerreform in erster Lesung durchberaten, bei der Beratung der Rekrutenvorlage begann am 13. Februar die unabhängige oppositionelle Linke gar zu obstruieren, um die selbständige Bank zu erzwingen; die Regierung, der um ihrer Existenz willen an dieser Vereitelung nichts liegen konnte, beschwichtigte aber die Lärmer. Am 23. erreichte auch der Handelsminister Kossuth beim Monarchen in der Bankfrage nichts, die von der Presse als Damoklesschwert bezeichnet wurde, das angeblich über dem Kabinett Wekerle hinge. Inzwischen hatte das Abgeordnetenhaus am 12. März die Steuerreform angenommen und in mehreren Sitzungen die auswärtige Lage in entschieden patriotischem Sinne behandelt. Aber die Parteien hatten sich über die Bankfrage gewaltig erhitzt, und Kossuth mahnte Anfang April dringend zur Einigkeit, ohne die weder die ausbedungene Wahlreform noch ein Erfolg in der Bankfrage durchzusetzen sei. Das hatte keine Wirkung, und am 25. beschloß das Kabinett die Demission, da weder die Verhandlungen mit Österreich noch eine neue Audienz der Minister Graf Apponyi und Kossuth ein günstiges Resultat in der Bankfrage ergeben hatten. Die Demission wurde angenommen, aber das Kabinett mit der Fortführung der Geschäfte betraut. Der Kaiser begab sich am 4. Mai selbst nach Budapest, um auf Grundlage der Erhaltung der Gemeinsamkeit der Armee und des Bankwesens eine Parteibildung anzubahnen, kehrte aber unverrichteter Dinge am 12. nach Wien zurück. Da jetzt Ministerposten frei zu sein schienen, sah Herr v. Justh nicht ein, warum er nicht an Stelle Kossuths treten solle, und proklamierte die Trennung der Unabhängigkeitspartei von der Koalition, wollte die Administration an sich reißen und zur reinen Personalunion schreiten, womit er freilich den gewünschten Eindruck in Wien verfehlte, wo man dagegen Wekerle mit der Neubildung des Ministeriums beauftragte. Er erzielte damit ebensowenig Erfolg wie der bekannte Vertrauensmann des Kaisers Dr. v. Lukacs mit Verhandlungen. Da sich inzwischen Kossuth und Justh wieder einmal vertragen hatten, wurde das Ministerium Wekerle am 6. Juli von neuem ernannt. Das Abgeordnetenhaus vertagte sich am 12. Juli bis zum 28. September.

Damit war die Lösung der ungarischen Krise bis zum Herbst vertagt, und es ist außer Zweifel, daß die augenblicklich trostlose parlamentarische Lage in Österreich dabei von ausschlaggebendem Einfluß war. Auf gesetzgeberischem Wege war momentan hüben wie drüben nichts zu machen; aber die entschiedenen Worte des Monarchen, er werde sich nichts abtrotzen lassen, waren nur allzu geeignet, zum Besinnen und Nachdenken anzuregen, wurden jedoch nur in Österreich beherzigt. In Ungarn fiel niemand ein, sich ernstlich für das allgemeine Wahlrecht zu bemühen. Dafür fing man an, die Koalition gänzlich zu zerstören in der Täuschung, damit werde auch der Pakt mit ihr hinfällig, und dann sei die Krone genötigt, ein neues Ministerium zu bilden, wofür sich schon „neue Männer" bereit hielten und dazu einstweilen Anhänger um sich sammelten. Herr v. Justh und seine Gruppe kündigten an, sie würden nicht dulden, daß die provisorische Regierung noch weiter mit der Krone Verhandlungen führe, die nur den Zweck hätten, die selbständige ungarische Bank zu vereiteln. Wekerle hatte der Krone den Plan unterbreitet, im Abgeordnetenhause sofort das in den Pluralitätsbestimmungen stark abgeänderte Wahlgesetz vorzunehmen und die Bankfrage zu vertagen, der Kaiser hielt aber daran fest, daß das Ministerium die vor drei Jahren eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen habe, bevor von anderen Fragen geredet



werden könne. Darauf gab das Ministerium, am 25. September von neuem seine Demission, und das am 28. zusammentretende Abgeordnetenhaus wurde sofort wieder vertagt. Ein Vorschlag Kossuths, ein Ministerium aus Vertrauensmännern der Krone und Mitgliedern der Unabhängigkeitspartei zu bilden, was noch Lukacs im Sommer angestrebt hatte, wurde nun am 2. Oktober vom Kaiser auch abgelehnt, und es leuchtete nachgerade auch den Hoffnungsreichsten unter den bisherigen magyarischen Führern ein, daß nur noch die unbedingte Durchführung des Paktes mit der Koalition oder



Dr. Ladislaus v. Lukacs, ungarischer Ministerpräsident.

ein neues Beamtenkabinett à la Fejervary möglich sei. Daran änderte auch ein Kronrat nichts mehr, den der Kaiser mit den ungarischen Ministern am 20. Oktober in der Wiener Hofburg abhielt. Er erklärte den wieder mit allerlei Verschleppungsmaßregeln anrückenden Herren, er erstrebe die Lösung der Krisis wohl auf verfassungsmäßigem Wege, bestehe aber auf der Einlösung der von ihnen übernommenen Verpflichtungen. Das Abgeordnetenhaus wurde nochmals vertagt. Die Koalition war nicht wieder zusammenzubringen, die Erfüllung des kaiserlichen Wunsches auf parlamentarischem Wege nicht mehr möglich. Es wurde zwar noch verhandelt, aber ohne Ergebnis. Dafür begann die Zersetzung der Parteien. Es entstand eine ansehnliche christlichsoziale Gruppe, und am 7. November fand die förmliche Trennung der Unabhängigkeitspartei in zwei Gruppen unter Kossuth und Justh statt. Letzterer legte auch am 12. das Präsidium des Abgeordnetenhauses nieder und erhielt in dem Anhänger Kossuths Dr. Gal einen Nachfolger. Unter diesen Umständen verloren alle Zusicherungen Kossuths, der gern mit Andrassy ein Ministerium gebildet hätte, allen Wert. Die sich gegenseitig befehdenden Parteigruppen wurden überhaupt sämtlich nur von dem Wunsche geleitet, durch irgend eine neue Kabinettsbildung an der Krippe zu bleiben und bei den Neuwahlen über den Regierungsapparat verfügen zu können. Die große Mehrzahl der Abgeordneten, deren politische Existenz wesentlich darauf beruht, mit der herrschenden Partei zu gehen, war bereit, nach jeder Richtung abzuschwenken, in der sich die neue Macht konzentrieren würde. Gerüchte ohne jede sichere Grundlage über neue „parlamentarische" Ministerkombinationen flogen nur so herum, Minister und Parteiführer erschienen zur Berichterstattung in der Wiener Hofburg, ohne daß sich klärende Momente ergaben. Das Ministerium Wekerle suchte sich um die Berufung des Abgeordnetenhauses zur Bewilligung eines Budgetprovisoriums herumzudrücken, weil ihm eine parlamentarische Niederlage sicher war. Das geschah auch durch das am 17. Dezember einberufene Haus, das dann am 28. „bis zur Lösung der Krise" vertagt wurde, ohne daß ein Beschluß über das Budget zu stande gekommen war. Seit dem 19. waren Graf Khuen-Hedervary und v. Lukacs in Budapest als „Vertrauensmänner des Kaisers" tätig, um eine neue Kabinettsbildung vorzubereiten. Daß diese mit den bisherigen Parteihäuptern nicht mehr in Verbindung stehen würde, lag auf der Hand, es hatten aber viele Leute ein Interesse daran, die Lage anders darzustellen. Am 23. Dezember erhielt dann Dr. Ladislaus v. Lukacs den Auftrag zur Kabinettsbildung und wurde am 3. Jänner 1910 definitiv zum Ministerpräsidenten ernannt. Es handelte sich um ein außerparlamentarisches Kabinett mit dem Auftrag, ein Budgetprovisorium und die Wahlreform im Abgeordnetenhause durchzusetzen, und im anderen Falle, es aufzulösen. Was schon im vorigen Jahre als sichere Vermutung ausgesprochen wurde, daß in Ungarn eine neue Auflage des „Kabinetts Fejervary" in Aussicht stehe, ist demnach eingetroffen. Der letzte Versuch der in Ungarn herrschenden Gesellschaftsschicht, sich unter dem Namen der Koalition am Staatsruder zu erhalten, ist an ihrer Unzuverlässigkeit und Wortbrüchigkeit gescheitert.

Bosnien und die Herzegowina.

Über die Vorgeschichte der Annexion sind in der zweiten Jahreshälfte, namentlich von österreichischer Seite, Veröffentlichungen erfolgt, die zwar über den äußeren Gang der Ereignisse nichts



Neues mehr bringen, aber doch schätzenswerte Einblicke in das Treiben der russischen und englischen Diplomatie gewähren. Das Bestreben Rußlands, die Freigabe der Dardanellendurchfahrt zu erlangen, hatte die Annäherung der russischen Politik an die englische gefördert, was zu dem Revaler Versuche der Durchlöcherung des Mürzsteger Programms führte, worauf Ährenthal mit der Ankündigung des Sandschakbahnprojekts antwortete. Iswolski warf dafür den Plan der Donau-Adriabahn auf. In der Zusammenkunft zu Buchlau im September 1908 wurde schriftlich festgelegt, daß Rußland die Freigabe der Dardanellen, Österreich-Ungarn Bosnien und die Herzegowina erhalten solle, diese Abänderung des Berliner Vertrags aber von einer Konferenz bestätigt werden sollte. Während Iswolski zunächst nichts für seinen Plan tat und dann hinterher auf den Widerspruch Englands stieß, ging Frhr. v. Ährenthal sofort mit der Annexionserklärung vor. Da damit Iswolskis Plan gescheitert war, begann er die bekannte diplomatische Aktion, die als „Duell Iswolski-Ährenthal" in der Diplomatie und Presse längere Zeit eine Rolle gespielt hat und dem nur durch die Drohung mit der Veröffentlichung des Protokolls von Buchlau ein Ende gemacht werden konnte.

Die bosnische Landesregierung hatte schon Anfang Februar einer nach Serajewo einberufenen Kommission den Entwurf einer Verfassung für die annektierten Provinzen vorgelegt, gegen den in ihrer damaligen nationalen Gereiztheit namentlich die Serben im Lande Protest erhoben, da sie eine nahezu vollständige Selbständigkeit begehrten. Die wichtigste Angelegenheit ist aber die der Kmeten, der christlichen Pächter des mohammedanischen Grundbesitzes, die trotz des seit undenklichen Zeiten bestehenden Pachtverhältnisses doch tatsächlich ohne jedes Recht auf den von ihnen bewirtschafteten Grund und Boden dastehen. Die bisherige bosnische Landesverwaltung hatte meist wenig Rücksicht auf das staatserhaltende Moment der mohammedanischen Bevölkerung genommen, was eine Abwanderung von 20.000 Familien nach der Türkei zur Folge gehabt hatte. Die neue Verfassung sollte auch diesem Umstande Rechnung tragen, und Mitte April sanktionierte der Kaiser ein Statut über die autonome Selbstverwaltung der Kultus-, Stiftungs- und Schulangelegenheiten der Mohammedaner. Für die Ablösung der Kmeten hatte nun zu gleicher Zeit der gemeinsame Finanzminister Frhr. v. Burian einem Budapester Bankkonsortium die Gründung einer bosnischen Agrar- und Kommerzialbank bewilligt und auch die Zustimmung des Kaisers erlangt. Darin sah man in Österreich wieder eine Bevorzugung Ungarns, und das führte im Reichsrate zur Obstruktion. Die österreichische Regierung setzte durch, daß die auf die Grundablösung bezüglichen Bestimmungen der Statuten bis nach der Entscheidung des neuen bosnischen Landtags suspendiert wurden, und daß in Zukunft derartige Angelegenheiten nur noch unter Zuziehung des auswärtigen Amtes erledigt werden dürfen. Die Frage der Kmetenablösung ist auch nicht ohne nationale Tragweite. Wenn auch nach der Annexion die Auswanderung der Mohammedaner fast aufgehört hat, wird doch die bevorstehende Ablösung vielen Grund und Boden freimachen, für den, da ein großer Teil der einheimischen kroatisch-serbischen Bevölkerung mittellos ist, fremde Ansiedler herangezogen werden müssen. Bliebe nun die Leitung der Sache ausschließlich unter der Leitung Ungarns, so würden von dort, da die Magyaren keinen Mann entbehren können, lediglich slawische Ansiedler ins Land kommen, während bei mindestens gleichberechtigter Beteiligung Österreichs schon aus wirtschaftlichen Gründen Wert auf deutsche Besiedelung gelegt werden würde.

Italien.

Im Jahre 1909 ist die Stellung Italiens im Dreibunde wieder häufiger als sonst Gegenstand von allerlei mißvergnügten und gehässigen Erörterungen gewesen. In Wirklichkeit denkt dort von den maßgebenden Persönlichkeiten niemand an die Lösung dieses Bündnisses in absehbarer Zeit. Die letzte Möglichkeit, es vorzeitig zu kündigen, ist mit klugem Bedacht von der italienischen Regierung vorübergelassen worden, ohne daß sie davon Gebrauch gemacht hätte. Dabei ist nicht außer acht zu lassen, daß die letzte Balkankrise Italien keineswegs vor eine leichte Aufgabe gestellt hatte. Trotzdem war die Haltung der italienischen Regierung den Verbündeten gegenüber vollkommen zuverlässig, und das ist in Berlin und Wien mit dankbarer Wärme anerkannt worden. Man verkennt dort keineswegs, daß sich Italien als Mittelmeermacht nicht einfach den mitteleuropäischen Interessen anschließen kann, sondern auch gegenüber den Westmächten eine vorsichtige und freundliche Politik treiben muß. Aber sich ohne weiteres ihren Lockungen hinzugeben, wie es eine gewisse populäre Gefühlspolitik im Lande vielfach wünscht, dazu sind der König und seine Minister viel zu klug, denn sehr gewichtige politische Gründe sind es, die alle ernsthaften Staatsmänner immer wieder auf die freundschaftlichen und festen Beziehungen zu den Friedensmächten im zentralen Europa hinweisen. Im allgemeinen sind die Italiener auch nicht sehr auf Gefühlspolitik angelegt, es handelt sich da regelmäßig nur um augenblickliche Wallungen, nicht um unbesiegbare Vorurteile, wie beispielsweise bei Russen und einigen anderen slawischen Volksstämmen. Wenn es wichtige politische Entscheidungen gilt, kommt bei den Italienern doch stets der richtige Instinkt für den Vorteil des Landes zum Ausdruck. Das haben sie bei und nach der Schaffung ihres Nationalstaates mit einer



stattlichen Reihe von Beispielen bewiesen und übertreffen darin bei weitem die Deutschen, die sich mit Vorliebe aus vorgefaßten Meinungen ein „Ideal" konstruieren, dem zuliebe sie sich selbst zu ungeschickten und direkt schädlichen Handlungen hinreißen lassen. Dergleichen wissen die praktischen Italiener zu vermeiden, und wenn sie sich auch, als die vom Geschick reich Beglückten und bei der jetzigen europäischen Bündniskonkurrenz viel Umworbenen, zuweilen zu etwas hochgespannten Ansprüchen verleiten lassen, so verstehen sie sich doch wieder mit nüchterner Klugheit in das Unvermeidliche zu schicken. Es ist mit Freude zu begrüßen, daß dieser lebhaften Volksseele in König Viktor Emanuel ein Führer geworden ist, der sich von Jahr zu Jahr mehr der Leitung der äußeren Politik widmet und sie vor manchen Schwankungen früherer Zeiten bewahrt hat. Das ist ihm in Wien von seinen beiden kaiserlichen Verbündeten vor aller Welt feierlich gedankt worden, und es darf ihm eine Genugtuung sein, daß er in schwieriger Stunde treu bei der Kombination der Mächte ausgeharrt hat, die sich als politisch und militärisch überlegen erwiesen hat. Ihm ist ja auch sicher nicht entgangen, daß bei dem Jahrzehnte hindurch nicht zu behebenden Verfall der französischen Marine und der übertriebenen britischen Furcht vor der deutschen Flotte die Stellung seines Reiches als Mittelmeermacht viel freier geworden ist als sie je war, und wie sie ihm die sogenannten Ententemächte gar nicht bieten können. Auch die politisch praktischen Köpfe in Italien kommen immer mehr zu dieser Einsicht. Und wenn sich König Viktor Emanuel ferner diejenigen Kreise ansieht, die von angesehenen Zeitungen unter unverkennbar französischem Einfluß getrieben, aus leicht ersichtlichen Gründen die engere Fühlung mit Frankreich predigen und Abscheu vor Deutschland zur Schau tragen, so kann er von diesen republikanisierenden Strömungen weder eine Stärkung der Königsgewalt noch der Macht Italiens erwarten. Das ist nur zu erreichen durch eine entschlossene Friedenspolitik wie die seiner Verbündeten, und durch eine zielbewußte Entwicklung der im italienischen Volke unzweifelhaft wurzelnden sittlichen Kräfte zu einem gesunden politischen Leben. Dazu ist freilich nötig, daß der König noch entschiedener als bisher in das mit tiefen Spuren des Verfalls gezeichnete parlamentarische Treiben eingreift, das ein Hemmnis jedes wirtschaftlichen Aufblühens des italienischen Volkes ist und kostbare Jahre in nichtigen politischen Formeln, Parteieifersüchteleien und Strebereien nach Ministerstühlen vergeudet hat.

Das politische Jahr.

Das neue Jahr begann unter dem Eindrucke der fürchterlichen Erdbebenkatastrophe, die am 28. Dezember die Straße von Messina heimgesucht hatte. Messina, Reggio und eine Anzahl kleinerer Orte waren gänzlich zerstört, tausende von Menschenleben vernichtet und die Lage der Überlebenden machte, trotz der ausgiebigen Unterstützungstätigkeit des Auslandes, eine beträchtliche Aushilfe des Staates nötig. Die Deputiertenkammer bewilligte auch in der außerordentlichen Sitzung vom 9. Januar einstimmig mit einer formalen Abänderung die von der Regierung gemachten Vorschläge und vertagte sich dann bis zum 16. Februar. Sie sollte aber überhaupt nicht wieder zusammentreten, denn sie wurde schon am 8. Februar aufgelöst. Die Regierung begleitete das Dekret mit einer ausführlichen Begründung und einem Programm, das eine Politik des Friedens und der Reformen verhieß. Die eigentliche Ursache für Giolitti lag aber in dem Umstande, daß er einige unpopulär gewordene Minister ausschiffen wollte, und daß Tittoni aus dem gleichen Grunde nicht mehr bleiben mochte. Ihm hatte die Annexionspolitik Ährenthals geschadet, und zuletzt war noch die Absicht des Ministeriums Bienerth, die den Italienern eigentlich gar nichts angehende italienische Fakultät in Wien zu errichten, hinzugekommen. Im allgemeinen war wohl die Unzufriedenheit mit Tittoni durch den Umstand begründet, daß man sich in Italien bei den Entscheidungen der Mächte über die bosnische Frage etwas zurückgesetzt fühlte und keine „Beteiligung" zu erwarten hatte. Die Dreibundgegner machten sich sogar weiß, bei den Wahlen am 7. März werde über den Dreibund entschieden werden. Solchen Anschauungen traten aber namhafte Politiker wie Sonnino und der frühere Minister des Auswärtigen Guicciardini entschieden entgegen. Im Ganzen verliefen die Wahlen unter der Parole: Für Giolitti, und der Ausfall war so günstig, daß Tittoni die Rücktrittsabsichten fallen ließ. Auch Klerikale hatten sich stark beteiligt, obgleich der Papst ausdrücklich an das Verbot der Teilnahme an politischen Wahlen hatte erinnern lassen. Die neue Kammer unterschied sich nur wenig von der vorigen, und die Möglichkeit zu ersprießlicher Tätigkeit wäre wohl vorhanden gewesen, wenn nur ausreichend Pflichtgefühl und Wille der günstigen Gelegenheit entsprochen hätte.

Bei herrlichem Frühlingswetter ging am 24. März die feierliche Eröffnung der 23. Legislaturperiode mit ganz besonderem Gepränge vor sich. König Viktor Emanuel verlas die sehr lange Thronrede, während der wiederholt lebhafter Beifall laut wurde. Der Erdbebenkatastrophe und der Hilfsbereitschaft aller Länder wurde mit herzlichen Worten gedacht. Von neuen Vorlagen ist die Umgestaltung des Heerwesens hervorzuheben, wofür der Entwurf bereits vorlag. Die stattliche Reihe von Ankündigungen innerer Reformen bedarf hier keiner Erwähnung, da sie schon frühere Thronreden geschmückt haben, ohne daß die „Onorevoli" Zeit und Lust fanden, sich ernstlich mit ihnen zu beschäftigen. Nachdrücklich wurden die Bestrebungen Italiens zur Aufrechterhaltung des Friedens, sowie die Beständigkeit der Treue für seine Bundesgenossen, aber auch die Verantwortlichkeit betont, die auf dem Lande für die Bewahrung des Friedens laste. Der König und die Königin wurden unterwegs wie im Parlamente selbst lebhaft begrüßt. Marcora wurde wieder zum Präsidenten gewählt, und die Verhandlungen begannen trotz aller vorangegangenen Androhungen der äußersten Linken friedlich. Am 31. erzielte Giolitti für seine programmatischen Darbietungen ein ausgiebiges Vertrauens-



votum. Nachdem er auch am 3. April mit seinen verständigen Ausführungen gegen die populär aussehenden Anträge auf Herabsetzung der Getreide- und Mehlzölle eine Mehrheit von 258 gegen 139 Stimmen erlangt hatte, wurde die Kammer bis zum 4. Mai vertagt. Die Ferien wurden zunächst zu einem Personenwechsel im Kriegsministerium benutzt. Der seinerzeit mit großer Zustimmung begrüßte erste Zivilkriegsminister Baron Casana hatte sich doch nicht bewährt, und darum trat an seine Stelle der populäre General Spingardi. Der König und die Königin traten am 5. April eine Reise in das Erdbebengebiet an, wobei König Viktor Emanuel am 6. in Messina eine Begegnung mit dem auf einer Afrikareise begriffenen früheren Präsidenten Roosevelt hatte. Viel Beachtung fand die Zusammenkunft des Fürsten Bülow mit Tittoni in Venedig, und dadurch wurde auch der Besuch des englischen Königspaares in Bajä jeder besonderen politischen Tragweite entkleidet. An die Zwecke, die man vor zwei Jahren an den gleichen Besuch in Gaeta angeknüpft hatte, wurde ernstlich nicht mehr gedacht.

Das italienische Königspaar war am 29. April früh auf dem Panzerschiff „Re Umberto" eingetroffen und begab sich sofort nach der Ankunft der englischen Gäste mit dem Herzog und der Herzogin von Aosta an Bord der Königsjacht „Viktoria and Albert", wo sie vom König Eduard, der Königin Alexandra und der Kaiserinwitwe von Rußland auf das herzlichste empfangen wurden. Nach dem Gegenbesuche auf dem „Re Umberto" fand dort ein Frühstück statt. Abends war zu Ehren des italienischen Königspaares auf der „Viktoria and Albert" Diner, zu dem auch Minister Tittoni geladen war. Darauf reisten König Viktor Emanuel und Königin Helena nach wieder sehr herzlicher Verabschiedung nach Rom zurück. Der Zusammenkunft war mit Absicht ein familiärer Charakter gegeben worden, und die Anwesenheit Tittonis ließ auch alle Dreibundsfeinde nicht in Zweifel darüber, daß für ihre Zwecke nichts dabei herausgekommen sein konnte. Selbst die britische Presse schenkte dem Ereignis nur wenig Beachtung, denn sie litt gerade an einem Wutanfall über die Flottenpläne Österreich-Ungarns. König Eduard durfte zufrieden sein, daß König Viktor Emanuel über seine scharfe Abfertigung des Angebotes in Gaeta, den Dreibund zugunsten eines Vierbundes zu verlassen, jetzt den Schleier der Vergessenheit gezogen hatte. Einige Tage vorher hatte der Herzog von Genua im Auftrage des Königs Viktor Emanuel mit einem italienischen Geschwader an den Festen in Nizza teilgenommen und dem Präsidenten Fallières den Annunziatenorden überreicht. Am 4. Mai hatte König Eduard auf seiner Heimreise nach England auf dem Bahnhofe in Rom wieder eine kurze herzliche Begegnung mit dem Könige von Italien.

Die Kammer fand bei ihrem Zusammentreten eine Vorlage des Kriegsministers vor, die eine Erhöhung der ordentlichen Ausgaben für 1908/09 um 10, für 1909/10 um 16 Millionen, sowie 125 Millionen für außerordentliche Ausgaben für die nächsten fünf Jahre erfordert. Sie beschäftigte sich zunächst in der üblichen saumseligen Weise mit dem Budget; Giolitti erzielte bei der Beratung seines Ressorts, des Ministeriums des Innern, mehrere Vertrauensvoten, so am Pfingstsonnabend mit 263 gegen 93 Stimmen. Mitte Juni hatte General Spingardi nach sehr geschickter parlamentarischer Vertretung seine Heeresvorlage mit 312 gegen 49 Stimmen durchgesetzt, nur die äußersten Sozialdemokraten hatten dagegen gestimmt. Noch glatter ging einige Tage darauf der Marineetat durch, obgleich er eine auf sechs Jahre verteilte Mehrausgabe von 147 Millionen brachte. Die Debatten hielten sich auf einer bemerkenswerten Höhe, die alte Fabel über den angeblich die Rüstungen bedingenden Dreibund wurde kaum berührt, die Beziehungen zu Österreich-Ungarn nur in sachlicher Weise erwähnt und nachdrücklich betont, daß die Kriegsrüstung eine Pflicht jedes Landes ist, und eine größere Schlagfertigkeit Italiens nur seine friedliche Politik unterstützen und den Wert seiner Freundschaft erhöhen werde. Auch die Beratung des Ministeriums des Äußern verlief ohne die üblichen Angriffe auf den Dreibund und Österreich-Ungarn. Selbst der unvermeidliche Barzilai wußte nichts vorzubringen als die Fabel von der angeblich vorzeitigen Verlängerung des Dreibundes, was Tittoni richtig stellte. Der 23. Juni war überhaupt für ihn ein glücklicher Tag. Stürmisch wurde die Sitzung nur durch die maßlosen Angriffe des Sozialdemokraten Morgari gegen den Zaren, dessen längst erwarteter Besuch in Italien soeben angekündigt worden war. Morgari hatte eine internationale Abrüstungs- und Schiedsgerichtskonferenz beantragt und in der Begründung den Zaren mit einem feindlichen Empfang gedroht. Tittoni erwiderte unter der lebhaften Zustimmung des ganzen Hauses, daß man den Zaren als das Oberhaupt eines befreundeten Staates als willkommenen Gast empfangen und begrüßen, keine Aufforderungen annehmen und keine Drohungen fürchten werde. „Wir werden unsere Pflicht tun gegen jedermann." Der Antrag wurde wegen seiner Begründung mit 205 gegen 27 Stimmen abgelehnt.

Wenn es so den Anschein haben konnte, als ob die Kammer gutwillig der Leitung Giolittis folge, so zeigte sich doch bald, daß der von dem Sozialisten Morgari heraufbeschworene Skandal nicht der einzige blieb, der auf dem Montecitorio tobte. Je näher der notwendige Schluß der Verhandlungen kam und zum Eingehen auf bisher vernachlässigte Gegenstände mahnte, desto leidenschaftlicher wurden die Diskussionen.. Die Alkohol- und die Kolonialfrage, die Weinproduktion und die Postschiffahrt gaben Anlaß zu scharfen Auseinandersetzungen, die zuweilen die seither noch eingehaltenen Formen verletzten und auch von den Blättern verurteilt wurden. Am schärfsten trat das hervor bei der am 30. Juni begonnenen Beratung der Entwürfe über den Postdienst der Handelsmarine. Da die Regierung mit den bisher subventionierten Gesellschaften keine Einigung erzielt hatte, legte sie einen Vertragsentwurf mit dem Lloyd Italiano vor. Damit hatte sie aber die leidenschaftlichste Opposition entfesselt, die sich indessen keineswegs auf Verbesserungswünsche gründete, sondern von Konkurrenzneid, Eigennutz und provinzialer Eifersucht diktiert war. Es kam am 7. Juli durch die persönlichen Angriffe des Republikaners Colajanni sogar

zu einer förmlichen Raufszene, bei der selbst Giolitti am Finger verletzt wurde. Unter diesen Umständen beschloß er, um nicht mit einer geschwächten Mehrheit aus der Affaire hervorzugehen, mit Zustimmung des Lloyd die ganze Angelegenheit bis zum Herbst zu vertagen, was die Kammer am 8. einstimmig genehmigte und dann die Sommerferien antrat. Der geistreiche Bonghi hatte mit Recht behauptet, jede neugewählte Kammer sei immer noch ein wenig schlechter als die vorherige.

Während im allgemeinen das gesamte offizielle Italien eine gemäßigte politische Haltung beobachtete, fehlte es doch keineswegs an anderen Kreisen, die Unzufriedenheit zu schaffen suchten. So entstand in der Lombardei im Sommer eine sogenannte nationale Bewegung zum Schutz des Gardasees vor dem Deutschtum, die in einer Versammlung am 30. Juni zu Verona beschloß, in England, Frankreich, Belgien und Rußland eine große Propaganda für die Heranziehung nichtdeutscher Besucher einzuleiten. Tinten- und Redeströme vermochten aber das aussichtslose Unternehmen nicht zu beleben, und der energische Widerspruch der Interessenten bewog die Agitatoren bald, ihre Absicht als das eigentliche Gegenteil davon auszulegen. Als dann König Viktor Emanuel am 1. September während der Manöver dem Gardasee einen Besuch im Automobil abstattete, entfielen die vorher in Aussicht gestellten ultranationalen Demonstrationen vollständig. Des dreißigjährigen Bestehens des deutsch-österreichischen Bündnisses hatte blos die „Tribuna" am 7. Oktober in einem Artikel gedacht, der sonst der politischen Bedeutung dieses Friedensbündnisses gerecht wurde, aber doch die Bemerkung daran geknüpft hate, daß Italien 1912 den Dreibund nur verlängern könne, wenn ihm günstige Veränderungen daran vorgenommen würden. Andere Blätter erweiterten diesen Vorbehalt dahin, daß es sich um wirtschaftliche Begünstigungen handle, wobei sie sich übrigens auf gänzlich irrige Gedankengänge stützten. Es wird den Italienern doch zu empfehlen sein, rechtzeitig über dergleichen ernst nachzudenken, damit sie nicht Gefahr laufen, im entscheidenden Moment erst darüber belehrt zu werden, daß unberechtigte Ansprüche das Verbleiben Italiens im Dreibunde um den ganzen politischen Wert bringen und den beiden anderen Verbündeten kaum noch wünschenswert erscheinen lassen könnten. Die angekündigte Reise des russischen Kaisers nach Italien löste im Lande sehr verschiedene Empfindungen aus. Die königliche Familie und der größte Teil der Bevölkerung hatte in der langjährigen Verzögerung des Besuches eine Zurücksetzung gesehen, sie waren also jetzt befriedigt. Noch mehr war dies der Fall bei den republikanisierenden Gegnern des Dreibundes, die von der Anwesenheit des Zaren nichts weniger wie eine Wendung zugunsten ihrer Bestrebungen erhofften. Die sozialistischen und radikal-republikanischen Elemente, denen letzthin noch der Ferrerrummel zu statten gekommen war, konnten den Augenblick gar nicht erwarten, um gegen den Zaren in pöbelhaften Formen zu demonstrieren und ihn vielleicht mit einem Bombenwurfe zu begrüßen.

In den weitesten Kreisen überwog selbstverständlich die Genugtuung über den lang ersehnten und nur wegen seiner wiederholten Vereitelung aus Zorn gelegentlich verspotteten Besuch, der Italien nach der schmerzlich empfundenen Zuschauerrolle bei den letzten Weltbegebenheiten wieder als gleichberechtigt erscheinen ließ. Selbst die sozialistischen Führer mahnten von demonstrativen Dummheiten ab, und sie wie das ganze republikanische Lager würden ihren ganzen „Männerstolz vor Königsthronen" drangegeben haben, wenn sich daraus der Anschluß an die republikanische „lateinische Schwesternation" und an die Tripleentente entwickelt hätte. Leider war schon der schöne Sommerplan der Dreibundgegner zu nichte geworden, den Gegenbesuch der französischen Flotte in italienischen Gewässern mit dem Zarenbesuch, den man zur See erwartete, zu einer solennen Verbrüderungsfeier zu gestalten. In maßgebenden politischen Kreisen hatte man kein Gehör dafür, auch wurde von Petersburg aus jede Verfolgung politischer Ziele kategorisch in Abrede gestellt, und schließlich fand der Besuch zu Lande, in der Sommerresidenz Racconigi, statt. Dafür tat man sich, wie übrigens die gesammte europäische radikale Presse, ein Gutes an der Tatsache, daß der russische Kaiser auf seiner Reise Österreich-Ungarn „vermied", wie es hieß, während eine einfache Überlegung ergab, daß er die schnellste Verbindung außerhalb Rußlands gewählt hatte. Das offiziöse „Wiener Fremdenblatt" begrüßte auch die Reise des Zaren mit besonderer Wärme. Man war in Österreich-Ungarn längst darüber im Klaren, wie wenig von den Ärgernissen des letzten Winters der Persönlichkeit des Kaisers Nikolaus und wie viel dem Ungeschick Iswolskis zuzuschreiben war. Für die italienischen Irredentisten und Franzosenfreunde war demnach aus der Zarenreise wirklich nicht viel herauszuschlagen, so viele große Worte sie auch machten. Daß die Fahrt, auch auf der Hinreise, die Schweiz vermied, lag an dem Umstande, daß der Bundesrat das Verlangen der russischen Regierung auf militärische Bewachung der Bahnlinien gegen terroristische Anschläge mit Rücksicht auf den Milizcharakter der Bundestruppen nicht zugestehen konnte.

Kaiser Nikolaus, der am Tage vorher mit seinen Schwägern, dem Großherzog von Hessen und dem Prinzen Heinrich von Preußen, in Frankfurt zusammengetroffen und von ihnen eine Strecke weit begleitet worden war, traf am 23. Oktober halb 3 Uhr auf dem Bahnhofe von Racconigi ein und wurde vom König Viktor Emanuel, der mit dem Ministerpräsidenten Giolitti und dem Minister des Äußern Tittoni erschienen war, empfangen. Die Monarchen umarmten und küßten sich und fuhren dann mit einer Kürassiereskorte nach dem Schlosse. In den Straßen begrüßte die zahlreiche Menschenmenge die Monarchen mit lebhaften Zurufen. Auf der Schloßtreppe empfing die Königin Helene den kaiserlichen Gast. Vor dem Schlosse herrschte den ganzen Nachmittag reges Leben, bei Einbruch der Dunkelheit wurden sämtliche öffentliche Gebäude glänzend illuminiert; das Wetter war prächtig. Abends war Hoftafel. Der Jagdausflug am nächsten Vormittag mußte wegen dichten Nebels unterbleiben, später machten der Kaiser und der König im Automobil einen Besuch



im Schloß und Park von Pollenza und nach dem Familienfrühstück in Racconigi begaben sich die Majestäten zur Fasanenjagd im Walde von Migliabruna, woran auch die Minister Tittoni und Iswolski teilnahmen. Der politisch wesentlichste Teil der Monarchenbegegnung war Abends das große Galadiner mit den offiziellen Toasten. Als Anlaß, die „wachsenden Sympathien" der beiden Völker betonen zu können, wurde das Erdbeben von Messina herangezogen und nachdrücklich von beiden Herrschern ausgesprochen, daß die Annäherung, die den Interessen der Länder entspreche, dem allgemeinen Frieden dienen solle. Diese für die Öffentlichkeit bestimmten Auslassungen waren sicher nicht geeignet, gewissen Äußerungen in der Presse, von dem Zarenbesuch in Racconigi eine neue Richtung der internationalen Politik zu datieren, eine Stütze zu bieten. Um dem Zaren einen freundlichen Empfang im Lande zu sichern, war vorher freilich in den Provinzblättern verbreitet worden, der Besuch bedeute auch „eine natürliche Ergänzung der letzten Begegnungen von Cherbourg und Cowes," aber der Wortlaut der Trinksprüche wie die folgenden offiziösen Nachträge ließen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß es sich nur um eine friedliche Begegnung ohne besondere Tragweite gehandelt hat. — Nach der Galatafel hielten die Majestäten Cercle ab, dann fand ein Konzert statt, bei dem auch Mascagni mitwirkte. Am 25. Oktober besuchten der Kaiser und der König den Berg Superga mit den Grabstätten des Hauses Savoyen, Iswolski machte mit Giolitti und Tittoni dem Rathause in Racconigi einen Besuch. Nachmittags verabschiedete sich Kaiser Nikolaus von der Königin und wurde vom König unter lebhaften Begrüßungen der Bevölkerung zum Bahnhofe geleitet, wo die Abreise um 3 Uhr erfolgte. Die „Agenzia Stefani" versicherte nachträglich, daß die Unterredung zwischen Tittoni und Iswolski eine vollständige Übereinstimmung in den Balkanfragen ergeben habe, was gewiß ein wichtiges Element für die Aufrechterhaltung des Friedens sei.

Daß durchaus nicht alle Kreise der Bevölkerung von diesen Ansichten erfüllt sind, ging aus einer Rede des kommandierenden Generals in Mailand, Generalleutnant Asinari di Bernezzo hervor, der bei Überreichung der Fahne an das Chevauxlegersregiment Aquila in Brescia am 11. November gesagt hatte: „Unser König blickt mit der Trikolore in der Hand auf die Ostgrenze des Landes, wo italienische Städte und Stammesbrüder ungeduldig der Erlösung durch uns harren." Die unverhüllt irredentistische Erklärung war doch der gesamten öffentlichen Meinung zu stark, und der General erhielt seine Entlassung, bevor noch Österreich-Ungarn Einspruch erheben hatte. Am 18. November trat die Kammer wieder zusammen, um sich mit der für das Ministerium so bedenklichen Subvention der Postschiffahrt zu beschäftigen. Sie wurde mit einem sehr populär und demokratisch aussehenden Finanzprogramm überrascht. Die Zuckersteuer sollte auf die Hälfte herabgesetzt, der Zuckerzoll ermäßigt und der Ausfall durch eine progressive Einkommensteuer 2c. ersetzt werden. Der Vorschlag fand aber nicht den erwünschten Anklang, und als am 2. Dezember die Kammer in die Steuerkommission eine oppositionelle Mehrheit gewählt hatte, gab das Ministerium seine Demission, auf die man allerdings erst bei der Beratung der Postdampfersubvention gefaßt gewesen war. Die politischen Gegner, die Widersacher der Steuerreform und die ungeduldigen Ministerkandidaten, denen Giolitti schon viel zu lange im Amte war, hatten sich vereinigt und ihr Ziel erreicht. Der König berief den Führer der in sich sehr gespaltenen oppositionellen Gruppen Sonnino zur Bildung eines neuen Kabinetts, das schon am 10. gebildet war und am 18. Dezember vor die Kammer trat. Sonninos Programmrede wurde beifällig aufgenommen, und nachdem am 20. das provisorische Budget mit 224 gegen 65 Stimmen angenommen worden war, ging die Kammer am folgenden Tage bis zum 10. Februar in die Ferien. Das hauptsächlichste Interesse bei dem Ministerwechsel richtete sich auf dessen Haltung in der auswärtigen Politik. Da indessen Sonnino selbst wie auch der Minister des Äußern Graf Guicciardini ausgesprochene Anhänger des Dreibundes sind, so war die Einhaltung der bisherigen Politik unzweifelhaft. Unsicherer war dagegen die Stellung des Ministeriums selbst, da es keine eigene Mehrheit in der Kammer besitzt und durchaus von der Haltung der Anhänger Giolittis abhängig ist.

Armee und Marine.

Ebensogut wie Österreich-Ungarn den Schutz seiner Grenzen gegen Italien vervollkommnete, konnte auch dieses ruhig an der Ausbildung seiner Armee und Flotte arbeiten. Ja, es mußte Deutschland und Österreich-Ungarn nur angenehm sein, daß die italienische Wehrkraft mehr in die Wagschale fällt, denn Italien wird aller Voraussicht nach noch auf lange Jahre hinaus nicht auf die Vorteile des Dreibundes verzichten, und am allerwenigsten nach den politischen Lehren des Jahres 1909. Hatte früher der italienische Radikalismus behauptet, der Dreibund nötige das Land zu schweren Rüstungen, so hatte er in der letzten Zeit davon gefabelt, daß mit Rücksicht auf Österreich-Ungarn der Schutz der Ostgrenze vernachlässigt werde. Eine Behauptung war so verkehrt wie die andere. Waren aber früher die Wehrfragen mit der üblichen parlamentarischen Nachlässigkeit behandelt worden, so hatten die Erfahrungen der letzten Jahre gelehrt, daß ein Reich nicht mit überspannten Plänen und Hoffnungen, sondern nur auf Grund einer gediegenen Wehrmacht politische Erfolge erringt. Dafür mußte endlich etwas geschehen, und es konnte sich nur noch um die militär-technische und die finanzielle Frage handeln. Casana wurde darum von Giolitti fallen gelassen, weil er sich weder bei den militärischen Chargen den notwendigen Respekt zu verschaffen verstand, noch gegenüber dem Finanzminister Carcano genug Energie für die Durchsetzung der im Interesse der Landesverteidigung gebotenen Reformen besessen hatte. General Spingardi ging anders vor und hatte bald auch die Zustimmung der öffentlichen Meinung und der Kammer für sich, weil er nicht unbescheiden war und in

seinen Geldforderungen noch hinter dem Berichte der Heeres-Enquetekommission von 1908 zurückblieb. Der schon vorausgegangenen Aufbesserung der Unteroffiziersgehälter folgte nun die sehr notwendige, wenn auch mäßige Erhöhung der Bezüge der Offiziere bis zum Generalmajor. Unter Einführung der zweijährigen Dienstzeit sollen zwei Jahrgänge zu je 100.000 und ein Stamm von 40.000 Mann unter der Fahne stehen bei einer Rekrutenvakanz von nur 14 Tagen. Die bewilligten neuen Truppenteile wurden schon am 1. Oktober gebildet: Das 8. Alpenregiment (Udine) und 2 Alpenbataillone, 5 Kavallerieregimenter (2 Ulanen, 3 Chevauxlegers), bei der Gebirgsartillerie die beiden Regimentsstäbe, 5 neue Abteilungen und 5 neue (später 9) Batterien, sodaß den 8 Alpenregimentern je eine Gebirgs-Artillerieabteilung entspricht. Bei der Neubildung und Vermehrung der Feldartillerie, die zur Hälfte veraltet ist, steht die Entscheidung über die Formation der mobilen Batterie zu 4 oder 6 Geschützen noch aus.

Für die Linieninfanterie, die Bersagliere, Alpini und Genietruppen ist eine graugrüne Felduniform angenommen worden, der Tornister wird durch einen wasserdichten Rucksack ersetzt. Die neuen Uniformen wurden schon bei den Manövern, die unter Leitung des Generalstabschefs Pollio zwischen dem V. und VII. Korps stattfanden, erprobt. Die Manöver waren vollkommen kriegsmäßig angelegt und befriedigten in Offizierskreisen sehr. Weniger war das der Fall in der sogenannten öffentlichen Meinung, weil die (rote) Nordarmee (die Österreicher!!) in den ersten Tagen erfolgreich vordrang. Und als dann am letzten Tage die Manöverleitung dieser Stimmung entgegenkam und durch geänderte Dispositionen die Nordarmee zum Rückzuge genötigt hatte, war man erst recht unzufrieden, weil das zu auffällig geschehen sei. Man mag daraus ersehen, was solche Laienkritiken wert sind und unter welchen Voraussetzungen sie abgefaßt werden. Freilich ist die italienische Ostgrenze ziemlich wehrlos und eine moderne Küstenbefestigung ist überhaupt nirgends vorhanden, aber Dank der Energie des Kriegsministers Spingardi sind die Arbeiten dafür schon kräftig begonnen worden. Mit der Militärluftschiffahrt erlebt Italien bessere Erfolge wie die meisten anderen Staaten. Das neu erbaute Militärluftschiff Nr. 1 machte im September und Oktober vom See von Bracciano aus eine Reihe sehr erfolgreicher Fahrten. Bei Venedig auf dem Platze Campalto in der Nähe der Lagune ist eine Werkstätte für lenkbare Militärluftschiffe im Bau begriffen.

In Italien sieht man es wohl als selbstverständlich an, daß Österreich-Ungarn ein stärkeres Landheer besitzt, in Bezug auf die Flotte hält man aber die gegenteilige Ansicht für berechtigt. Italien hatte sich ebenso wie Deutschland in den letzten Jahren streng an die gesetzlich festgelegte Höhe gehalten. Marineminister Mirabello, der seit 1903 alle Ministerien überdauert hat, arbeitet indessen an seinem Programm, eine moderne Flotte zu schaffen, ununterbrochen weiter, hat alle sachlichen und finanziellen Schwierigkeiten überwunden und aus der Ankündigung, daß Österreich-Ungarn zu einem größeren Linienschiffstypus übergehen werde, für seine Pläne neuen Vorteil zu ziehen verstanden. Bisher hat er die Flotte bereichert um 4 Kreuzer der San Giorgio-Klasse, 30 Torpedoboote, 4 Torpedobootsjäger und 6 Unterseeboote. Im laufenden Budget steht die Ausgabe für 2 Dreadnoughts, die „Klasse Dante Alighieri“ heißen, und die neue Flottenvorlage brachte 2 weitere Dante Alighieris, 2 neue Schnellkreuzer, eine Anzahl Torpedoboote, 4 Unterseeboote und den Ausbau der Befestigungen von Ancona. Die Kammer genehmigte die dafür begehrten 147 Millionen fast einstimmig. Wenn es Mirabello gelingt, die üblichen Saumseligkeiten im Schiffbau zu überwinden, so wird 1915 die italienische Flotte 20 Schiffe mit über 5000 Tonnen zählen, nämlich: 4 Dante Alighieri, 4 Regina Elena, 2 Regina Margherita, 4 San Giorgio, 3 Garibaldi und 3 Schnellkreuzer.

Verschiedenes.

Die Staatseinnahmen haben im letzten Finanzjahr $1713^1/_2$ Millionen erreicht, das Vorjahr um 90 Millionen übertroffen, auch wenn man die außerordentlichen Erdbebenzuschläge abrechnet, immer noch um 85 Millionen. Die Einnahmen sind über den Voranschlag noch um 26 Millionen hinausgegangen, sodaß auch trotz erheblicher Mehrausgaben immer noch ein reichlicher Überschuß bleibt. Schwarzseher schätzen freilich das schon für nächstes Jahr zu erwartende Defizit auf 25 Millionen, für die durch neue Steuern schwer Deckung zu finden sein würde. Die Landwirtschaft geht unzweifelhaft einer Krise entgegen. Denn auf der einen Seite deckt sie nicht den einheimischen Bedarf an Getreidefrüchten, während andere, weit über das Bedürfnis erzeugte Artikel keine Verwendung finden können. Für 200 Millionen muß jährlich Weizen eingeführt werden, aber von 50 Millionen Hektoliter Wein werden kaum 2 Millionen ausgeführt. Das sicherste und Jedermann in die Augen springende Erkennungsmittel innerlich ungesunder wirtschaftlicher Zustände eines Landes ist die Auswanderung. Sie hat sich in den letzten 30 Jahren versiebenfacht und erschöpft heute mit einer Dreiviertelmillion den gesamten jährlichen Geburtenüberschuß. Eine weitere Ursache der wirtschaftlichen Misere liegt in der mangelhaften Organisation aller verkehrs-, handels- und finanzpolitischen Einrichtungen. Das Kreditsystem ist durchaus rückständig und dazu noch die Stütze eines gewissen- und zügellosen Spekulanten- und Gründertums, das fast dem amerikanischen gleicht. Die Leistungsunfähigkeit, Unzuverlässigkeit und geringe Ertragsfähigkeit der Bahnen hat sich nicht geändert, seit sie vom Staate übernommen worden sind. An die Erschließung der natürlichen Kräfte des Landes durch Bahnbau, Flußregulierungen, Nutzbarmachung der Wasserkräfte, Bewässerungsanlagen 2c. denkt höchstens einmal eine Regierung vor der Wahl; daß nichts daraus wird, dafür sorgen schon die Onorevoli, die kein Ministerium lange im Amte lassen, um selbst bald daran zu kommen. Sie sind zu jeder Stunde bereit, das Land mit Agitationsreden über afrikanische und albanesische Projekte anzufüllen, aber zu einer ernsten Ar-

beit für die Hebung von Bildung und Wohlstand des Volkes können sie vor lauter politischem Formelkram nicht kommen. Dabei vermag 50 Prozent der Bevölkerung weder zu lesen noch zu schreiben, in Kalabrien wird man kaum einen eingeborenen Erwachsenen finden, der solcher Fertigkeiten kundig ist. Und dabei hat man seit einem halben Jahrhundert den nationalen Staat mit der fortgeschrittensten Regierungsform! — Früher war es allerdings noch schlimmer, denn 1872 betrug das Verhältnis der Analphabeten gar 69 Prozent.

Das Zentralkomitee für die Opfer der Erdbebenkatastrophe hat Ende des Jahres einen Bericht veröffentlicht, nach dem die eingegangenen Gelder insgesamt 25,387.438 Lire betrugen, wovon 4,197.744 Lire für die ersten dringenden Bedürfnisse und die übrige Summe nach und nach als Unterstützung für Witwen, Waisen und Arbeitsunfähige, sowie zum Bau von Baracken und für Arbeitslöhne verwendet wurde. Die Ausgaben für die Verwaltung und sonstige Unkosten betrugen nur 69.615 Lire. Daß trotzdem nicht alles in die rechten Hände gekommen ist, versteht sich bei gewissen im südlichen Italien üblichen Gepflogenheiten von selbst.

Am 18. Oktober starb in Turin der berühmte Kriminalanthropologe Cesare Lombroso im 73. Lebensjahre. Obgleich keine eigentliche politische Persönlichkeit, hat er doch durch seine wissenschaftlichen Arbeiten, die ebenso viele begeisterte Anhänger wie leidenschaftliche Gegner fanden, die Gesetzgebung zahlreicher Staaten, nicht immer in günstigem Sinne, beeinflußt.

Ein wirklicher Politiker, Alessandro Fortis, schied in der Nacht zum 4. Dezember aus dem Leben. Im Jahre 1841 geboren, war er einer der begabtesten und sympathischesten Anhänger Mazzinis und an allen damaligen Verschwörungen und Putschen beteiligt. Seit 1880 Mitglied der Kammer, war er gleich Crispi nach der Einigung Italiens zur konstitutionellen Monarchie übergegangen, war zeitweilig Minister, dann lange Zeit Vizepräsident der Kammer, bis er 1905 an die Spitze eines liberalen Ministeriums berufen wurde, das aber nur 10 Monate bestand und sich durch eine schwankende und unentschlossene Haltung auszeichnete. Seine letzte politische Handlung war eine große Rede vor genau einem Jahre, in der er unter großem Beifall zwar für den Dreibund eintrat, aber vor den angeblich von Österreich-Ungarn drohenden Gefahren warnte.

Vom Vatikan.

In der zweiten Märzwoche wurde bekannt, daß Papst Pius X. an die Kardinäle und Kurialprälaten eine Reihe von Vorschriften über die Papstwahl verlautbart hatte, die vom Januar 1904 datieren, und von denen das wichtigste Dekret allen Teilnehmern am Konklave verbietet, von irgend einer weltlichen Macht den Auftrag anzunehmen, ein Veto in irgend einer Form geltend zu machen. Bisher stand das Vetorecht den drei katholischen Mächten Österreich, Frankreich und Spanien zu und war seit 74 Jahren wieder bei der letzten Papstwahl von Österreich ausgeübt worden, um die Wahl Rampollas zu verhindern. Da nicht bekannt geworden ist, daß die drei in Frage kommenden Mächte ihre Einwilligung gegeben haben, so liegt eine einseitige Aufhebung vor, die sachlich kaum etwas ändern dürfte, da die Kirche das Vetorecht niemals formell anerkannt, das Konklave aber 1829 wie 1903 den Einspruch aus politischen Gründen beachtet hat. Man wird eben zukünftig im Bedürfnisfalle eine andere Form wählen.

Nicht ohne Bedeutung für die Rückwirkung auf Frankreich war am 18. April die Seligsprechung der Jungfrau von Orleans, die gegen 40.000 französische Pilger nach Rom geführt hatte. Wenngleich der Papst damit einen bedeutenden Sieg über französische Herzen erfocht, wurde bei der imposanten Feier doch mit großem Takt auf allen Seiten jeder Anlaß vermieden, antirepublikanische oder nationalistische Mätzchen anzuknüpfen, sondern alles Gewicht ausschließlich auf die religiöse und vaterländische Seite gelegt. Eine Änderung der Stellung des Vatikans zur französischen Republik war damit weder verbunden, noch auch nur beabsichtigt, da die Kurie jede Verständigung mit den Kabinetten Clémenceau und Briand für aussichtslos erachtet.

In Italien erregte im März der Fall des Priesters Romolo Murri einiges Aufsehen, der sich mit Unterstützung der Sozialdemokraten gegen das ausdrückliche Verbot der Kirche in die Kammer wählen ließ, sich infolge dessen vom Papsttum, aber nicht von der christlichen Kirche, lossagte und exkommuniziert wurde. Er konnte aber, wie alle seine Vorgänger, trotz dieses auffälligen Schrittes keine Bedeutung in der Öffentlichkeit erringen.

Während Leo XIII. der schon mit 33 Jahren Erzbischof geworden war, mit großen Ehren sein goldenes Bischofjubiläum feiern konnte, beging Pius X. am 16. November in aller Stille die 25. Wiederkehr des Tages, an dem er zum Bischof von Mantua geweiht worden war. Von Staatsoberhäuptern und zahlreichen katholischen Notabilitäten waren Glückwunschschreiben eingetroffen. Trotz einiger mittelalterlicher Anwandlungen ist ja Papst Pius X. eine Gestalt voll gewinnender menschlicher Züge von Einfachheit, Herzensgüte und Bescheidenheit, dessen Pontifikat man einmal seine Bestrebungen für den liturgischen Gesang, für die Hebung des wissenschaftlichen Niveaus der italienischen Priesterseminare, für die Reorganisation der Kurie, sowie seine Stiftungen von gelehrten Institutionen und Kommissionen nachrühmen wird.

Frankreich.

Jede Regierungs- und Staatsform hat ihre Schattenseiten und ihre Gegner, aber es kommt nur selten vor, daß ihre eigenen Anhänger sie tadeln. Die französischen Republikaner tun dies immer häufiger, je mehr sie dahinter kommen, wie wenig sich ihre radikale Republik eigentlich vom Kaiserreich unterscheidet, nur herrschte damals mehr Ordnung, während man heute nicht wissen kann, ob nicht morgen ein Syndikat die Brodbeschaffung, das Gaslicht oder die Briefbeförderung in Frage stellen kann. Auf all diesen Gebieten herrscht eine merkwürdige Freiheit, während in politischen Dingen der Zentralismus der Republik das ganze Land in die gleichen Fesseln schlägt wie einst das Kaisertum. Es kommt bei einer Staatsverfassung wie allen irdischen Dingen weniger auf das Was an als auf das Wie. Frankreich trägt von einer Republik nur den Namen, sonst ist es nach Rußland das zentralisierteste Land Europas, die Departements haben nicht die geringste Selbständigkeit, das parlamentarische System ist zuteil vom Kaiserreich übernommen und lähmt jede Initiative und Ausdauer, die Ersetzung des Kaisers durch einen Präsidenten hat wenig geändert, eher ist die politische Bestechlichkeit oben und unten größer geworden. Die 87 Präfekten und 273 Unterpräfekten beherrschen das Land in engster Verbindung mit den regierungstreuen Senatoren und Deputierten, alle anderen haben nichts zu sagen. Wer das Unglück hat, nicht von jenen empfohlen und protegiert zu werden, der kann bei keiner Behörde etwas ausrichten. Alle einsichtigen Republikaner wissen das, aber nur die wenigsten halten an dem Gedanken einer wirksamen Dezentralisation fest. Sie wissen, daß sie damit doch nicht durchdringen werden, und wer etwas werden will, läuft darum in das Lager der regierungsfähigen Parteien, die wegen der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft keine Änderung haben wollen. Selbst von der Abschaffung der Unterpräfekten, die die Kammer schon zweimal beschlossen hatte, ist keine Rede mehr. Man braucht eben diese einflußreichen Stellen zur Unterbringung strebsamer Parteigenossen und für „gute Wahlen" im Interesse der herrschenden Partei. Die despotische Zentralisation bringt es noch immer mit sich, daß die Beamten im ganzen Lande entweder direkt von den Ministern oder von den Präfekten ernannt werden, die aber auch nichts anderes sind als gefügige Werkzeuge des Ministers des Innern.

Dieses System hatte vor vierzig Jahren das Kaiserreich innerlich so ausgehöhlt, daß es beim ersten großen politischen Mißgeschick zusammenfiel wie ein Kartenhaus. Daß es heute mit der Republik aus gleichen Ursachen nicht anders steht, bezweifelt kein Kenner französischer Zustände. Aber wer sollte sie stürzen, und was soll darnach werden? Diese ungelösten Fragen erhalten die Republik, denn der Jahrzehnte hindurch gehegte Aberglaube, daß sie berufen sein werde, durch die „Revanche" die angebliche Schuld des Kaiserreichs zu sühnen, ist schon längst in seiner Nichtigkeit erkannt. Das Resultat von allem ist eine stumpfe Gleichgiltigkeit in die sich eine gewisse Schadenfreude bei jedem Mißgeschick der Regierung und der politischen Welt überhaupt mengt. Wer sind denn diese Regierungen? Sie bestehen meist aus Männern, die früher, bevor sie im Amte waren, große Versprechungen gemacht und das Volk planmäßig gegen jede Autorität aufgehetzt haben, jetzt aber sehen, daß man ohne Autorität nicht regieren kann, und sich mit den Mitteln des Kaiserreichs darin so lange zu erhalten suchen, bis sie plötzlich durch eine Kammermehrheit unter Führung derer, die auch einmal ein Bischen regieren wollen, gestürzt werden. Das hat man schon so lange Zeit getrieben, daß eigentlich schon alle befähigteren Köpfe verbraucht, wenn nicht schon gestorben sind, und das gegenwärtige System schafft keinen Nachwuchs, duldet nicht einmal das Emporkommen befähigter Leute, die entweder mitmachen müssen oder zu keiner Geltung kommen können.

Es ist unter diesen Verhältnissen kein Wunder, daß die alten Überlieferungen des bourbonischen Königtums, die in den Gesetzen, im Verkehr und in den gesellschaftlichen Formen selbst die beiden Kaiserreiche überdauert haben, wieder lebendig werden; trotz aller formellen Beseitigung hat der meist bourbonistisch oder auch bonapartistisch gesinnte Adel einen ganz außerordentlichen Einfluß auf das französische Bürgertum, und selbst zahlreiche waschechte Republikaner des herrschenden Milieus suchen sich mit Hilfe des willigen de das Relief eines Adelsdiploms zu verschaffen. Gerade neben den Scharen der heute von der Republik Lebenden existiert aber in Paris eine noch viel größere Anzahl, die dem Zukunftstraume von einem Königtume — unter Umständen selbst einem Kaiserreiche — nachhängen, das Paris wieder zu seinem früheren Glanze bringen und das Volk glücklich machen würde. Ein Prätendent mit der nötigen Intelligenz und Energie hätte neben den Fallières, Clémenceau, Briand 2c. ein leichtes Spiel und würde das Volk ebenso rasch auf seine Seite ziehen wie einst Ludwig Philipp oder Napoleon III. Aber ein solcher Prätendent ist nicht vorhanden, und die mit lächelnder Zustimmung aufgenommenen Verhöhnungen der Republik durch die bourbonistisch und bonapartistisch gesinnte Jugend werden ihr weniger schaden, als der weitere Verfall, dem sie durch ihre eigene innere Unwahrheit entgegengeht. Ihre Unfruchtbarkeit und kleinliche Verwirrung auf allen Gebieten läßt selbst das einstige Schicksal Venedigs möglich erscheinen, das auch langsam an dem Ruhme der Vergangenheit zugrunde ging.

Das Ministerium Clémenceau.

Das Ministerium Clémenceau bestand seit Mitte März 1906, für alle Ministeranwärter eine viel zu lange Zeit. Da er übrigens persönlich aller politisch schöpferischen Gedanken entbehrte, war es



für das Land ziemlich nebensächlich, wie lange er sich zu behaupten verstand. Politisch überlegen war ihm unstreitig der Justizminister Briand, und es verlautete mancherlei über Zwistigkeiten zwischen beiden, wobei regelmäßig Clémenceau den Kürzeren gezogen hatte. So Anfang Januar, wo er unbedingt an der Abschaffung der Todesstrafe festhalten wollte, während ihn Präsident Fallières und Briand schließlich bewogen, dem Beschluß der Kammer und der Volksstimmung nachzugeben. Als die Kammer am 12. Januar wieder zusammentrat, beschäftigte sie sich zunächst zwei Tage mit Marokko, und der Sozialist Jaurès tadelte bei der Beratung der Kosten der Expedition heftig die aggressiven Maßnahmen der Generäle Lyautey und d'Amade, schädigte aber den Eindruck seiner Ausführungen bei der Mehrheit durch die Aufforderung zu einer ehrlichen Verständigung mit Deutschland über Marokko. Bei dieser Stimmung hatte es der Minister des Äußern Pichon leicht, für die Aktion der Regierung, die sich im Rahmen der Algecirasakte halte, ein Vertrauensvotum zu erzielen. Trotzdem wurde das am 8. Februar bekannt gewordene Marokko-Abkommen mit Deutschland in Frankreich mit sehr großer Befriedigung aufgenommen, denn einsichtige Franzosen hatten die Möglichkeit wohl erwogen, daß nach dem bisherigen Verhalten Deutschlands seit der Politik Delcassés auch ein deutsches Ultimatum mit der Forderung auf eine bestimmte Räumungsfrist Marokkos erwartet werden konnte. Die Kammer begann Anfang Februar die Beratung der Einkommensteuer, dazwischen wurde eine Amnestievorlage für die wegen der Ausstände bestraften Personen eingeschoben und am 11. erzielte Clémenceau für seine Ablehnung des sozialistischen Antrags auf Ausdehnung der Amnestie auf antimilitärische und antipatriotische Vergehen ein Vertrauensvotum mit 373 gegen 96 Stimmen.

Gegen die Einkommensteuer hatten sich seit Jahren der Großbesitz, die Börse, Handelskammern und der kleine Landwirt entschieden gewehrt, aber für den Radikalismus galt sie als zugkräftiges Agitationsmittel, um ausschließlich die „Reichen" zu belasten. Der Finanzminister Caillaux hatte nun eine praktikable Vorlage ausgearbeitet, sie auch glücklich in der Kammer vorwärts gebracht und verschiedene vermögensfeindliche Anträge der Radikalen abgewendet. Schwerer wurde es ihm gegenüber den auf Popularitätshascherei gerichteten Anträgen. So beschlossen am 1. März die Abgeordneten, die sich vor kurzem erst ihre Diäten von 9000 auf 15000 Francs erhöht hatten, daß jedes Familienoberhaupt mit einem Einkommen unter 15000 Frcs. für jedes Familienmitglied 10 Francs von der Steuer abziehen dürfe. Darauf wollte Caillaux nicht eingehen, da dies einen Ausfall von mindestens 50 Millionen bedeutet hätte, und da trat Clémenceau für ihn ein. Er stellte am folgenden Tage die Vertrauensfrage, und die Kammer nahm ihren in der vorigen Sitzung mit 320 gegen 204 Stimmen gefaßten Beschluß jetzt mit 291 gegen 185 Stimmen zurück und eine von Caillaux gebildete Milderung (unter 12000 Einkommen 8 Francs Abzug) an. Das Verhalten Clémenceaus wie der Kammer erklärt sich aus der Lage des Budgets, denn soeben hatte der Senat doch endlich eine Altersrente von 120 Francs bewilligt und der Marineminister Picard hatte im Kabinett eine Erhöhung des Flottenbudgets um 225 Millionen durchgesetzt, um die man nicht gut herum konnte. Dieser Umstand war für die Kammer bestimmend gewesen und nicht etwa das Vertrauen für Clémenceau, dem sie schon bei einigen Abstimmungen vor vier Wochen zu verstehen gegeben hatte, daß sie ihn nicht für unersetzlich halte. Am 9. März wurde die Einkommensteuervorlage, die seit dem Kaiserreiche ohne Erfolg 217 Vorgänger gehabt hatte, mit 388 gegen 129 Stimmen angenommen und ging nun an den Senat, von dem man erwartete, er werde sie ebenso von einigen Unmöglichkeiten befreien, wie er soeben das 1906 über Hals und Kopf zu Wahlzwecken beschlossene Alterspensionsgesetz vernünftig zurechtgestutzt hatte. Die oppositionelle Presse behauptete ganz offen, die Abgeordneten hätten nur aus Furcht vor den Wählern für die Vorlage gestimmt, die bei geheimer Abstimmung gefallen wäre. Der Kammerbeschluß stieß auf große Opposition in der besitzenden Bevölkerung, die namhaftesten Senatoren sprachen sich dagegen aus, und Prinz Viktor Napoleon hielt den Moment für ganz geeignet, sich durch ein Schreiben empfehlend in Erinnerung zu bringen.

Die nächste Woche brachte einen allgemeinen Poststreik, unzählige Briefe und Telegramme konnten nicht befördert werden, denn selbst die wenigen Beamten, die zum Dienst erschienen, taten so wenig als möglich. Angeblich richtete sich der Streik gegen den Unterstaatssekretär Symian, der die Beamten im Vorrücken hindere und sie grob und ungerecht behandele. Die Ursache aber liegt darin, daß es in Frankreich zweierlei Beamte gibt: eine geringe Anzahl der parlamentarisch Empfohlenen und dann alle übrigen, die nicht vorwärts kommen können. Darum stehen fast alle mittleren und kleineren Staatsbeamten der Regierung mit großem Mißtrauen und in voller Opposition gegenüber. Darum suchen sie Vereinigungen zu gründen, um ihre Lage zu verbessern, und beanspruchen das Streikrecht, das freilich keine Regierung zugestehen kann. Nach dem Verhalten der Minister aus ihrer früheren Oppositionszeit war es ihnen jetzt schwer, Energie zu zeigen, aber die Regierung hielt sich fest, ließ aufrührerische Beamte zu Gefängnisstrafen verurteilen, entließ andere, die den Dienst verweigerten, und ließ die dringendsten Abfertigungen durch Militär besorgen. Auch die Mehrheit der Kammer stellte sich auf den Standpunkt der Regierung, daß Staatsbeamte kein Recht auf Ausstand haben. Es gab in mehreren Sitzungen erregte Debatten, aber die Regierung erhielt jedesmal das verlangte Vertrauensvotum. Die Beamten, denen Straflosigkeit zugesichert worden war, nahmen den Dienst wieder auf. Doch die Gesetzesüberschreitungen waren gebilligt und die Straflosigkeit als selbstverständlich angesehen worden. Der Grund dafür lag in der inneren Uneinigkeit des Kabinetts, da Briand offen mit den Streikenden sympathisierte. Wie wenig auch sonst Einigkeit vorhanden war, zeigte die Marinedebatte am 26. März.

Clémenceau hatte den schweren Konflikt zwischen Caillaux und Picard geschlichtet, letzterer hatte sich zufrieden erklärt mit 6 Jahresraten von je 30 Millionen. Aber Caillaux' Anhänger brachten den Antrag auf Einsetzung einer parlamentarischen Kommission zur Untersuchung der Mißwirtschaft in der Marine ein. Delcassé befleißigte sich besonders, diesem Antrage den Charakter eines Mißtrauensvotums zu geben. Jedoch Clémenceau, obwohl krank, wußte den Streich zu parieren und ließ durch seine Anhänger den Antrag mit einer Vertrauenserklärung garnieren. Während der Antrag Delcassés mit 316 gegen 267 Stimmen verworfen wurde, erzielte der andere 329 gegen 179 Stimmen.

Am 16. April kam König Eduard auf der Reise nach Italien nach Paris, empfing den Ministerpräsidenten Clémenceau zu einem längeren Besuche und traf dann auf dem Bahnhofe Le Bourget mit seiner Gemahlin und der Kaiserinwitwe von Rußland zusammen. Am 24. begaben sich Präsident Fallières und Ministerpräsident Clémenceau nach Nizza, wo am folgenden Tage das Gambettadenkmal enthüllt wurde. Clémenceau hielt die Festrede. Italien hatte unter dem Befehl des Herzogs von Genua ein Geschwader abgesandt, das Präsident Fallières am 26. auf der Reede von Villafranca besuchte. Nachmittags empfing und erwiderte er in Nizza den Besuch des Königs Leopold von Belgien, der ebenso wie der Fürst von Monaco abends zu einem Festmahl geladen war. Am 27. machte Präsident Fallières in Monaco dem Fürsten einen Besuch.

In Frankreich hatte sich inzwischen die Lage verschlechtert. Es gab schon einige Streiks im Lande, und für den 1. Mai drohten die vereinigten Sozialisten, die sich enger mit den Post- und Eisenbahnbeamten wie den Lehrern zusammengetan hatten, mit dem Generalstreik. Der Versuch, durch übertriebene Berichte über die Seligsprechung der Jungfrau von Orleans die kirchenfeindliche Stimmung der Sozialisten von neuem zu entflammen, schlug fehl. Der 1. Mai verlief noch leidlich, aber es waren meist Staatsbeamte, die sich dabei demonstrativ hervortaten. Die Regierung zog über 60 Postbeamte, die ihren Dienst nicht tun wollten, zur Rechenschaft, und einige besonders laute Wortführer wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die sozialistischen Führer hetzten nun die Postangestellten zu weiterem Widerstand unter dem Vorwand, die Regierung habe ihnen das beim Streik im März gegebene Versprechen nicht gehalten. Sie hatten ihre geheime Stütze bei den Ministern Briand, Viviani und Caillaux und im Parlament bei den Combisten, die das Ministerium stürzen wollten. Als die Kammer nach langen Ferien am 11. Mai wieder zusammentrat, war der Poststreik von neuem erklärt worden, und die Eisenbahner hatten sich angeschlossen. Aber die radikale Mehrheit kam zunächst zu keiner Entscheidung, sie konnte freilich nicht das unbeliebte Ministerium stürzen und zugleich für die Streikenden Partei ergreifen. Erst am 13. entschloß sie sich zu einer Billigung der Regierungsmaßnahmen gegen die streikenden Beamten mit 365 gegen 159 Stimmen. Die Debatte war sehr lebhaft, und die Sitzung mußte zeitweise unterbrochen werden, weil sich die Parteien gegenseitig mit der Internationale und der Marseillaise ansangen. Der allgemeine Eindruck ging dahin, daß das Ministerium jetzt die Früchte seiner schwächlichen Haltung seit dem ersten Streik ernte. Anstatt fest in das revolutionäre Treiben der Syndikate einzugreifen und die hetzenden Führer durch Gericht und Disziplinarmaßregeln zur Ruhe zu bringen, hatte Clémenceau die Unzufriedenen mit halben Versprechungen und die erschreckte öffentliche Meinung mit einigen Maßregelungen, die zum Teil bald wieder zurückgenommen wurden, zu beruhigen versucht. Das Resultat war, daß die Beamten nun erst recht in das Bündnis mit den Revolutionären getrieben wurden, und die Kammermehrheit ihr Vertrauen zum Kabinett verlor. In der Sitzung am 13. Mai, in der bezeichnender Weise schon die drei Minister Briand, Viviani und Caillaux fehlten, wurde zwar der Streik entschieden verurteilt, aber dem Ministerium offen angedeutet, daß es bei der ersten besten Gelegenheit gestürzt würde.

Aus dem Poststreik wurde wieder nichts, denn der sozialdemokratische allgemeine Arbeitsbund, der durch seine Einmischung die Postleute eher bloßgestellt als unterstützt hatte, war nicht imstande gewesen, andere Berufszweige zum Streik zu bewegen. Im Lande war der Unwille über die Streikenden noch größer als in der Hauptstadt, deren Fremdenverkehr stockte. Die Kammer konnte aber am 26. Mai ruhig in die Pfingstferien gehen und beschäftigte sich nach ihrem Wiederzusammentreten vom 8. Juni ab mit der Reform der Kriegsgerichte, die seit zehn Jahren schwebt. Nun begannen auch die Versuche, das Ministerium zu stürzen. Clémenceau hatte schon in dieser Voraussicht das beliebte französische Hausmittel, eine anarchistische Verschwörung zu konstruieren versucht, aber die fleißigsten Hausdurchsuchungen hatten absolut nichts Belastendes ergeben. Darauf beschloß er, dem radikalen Sozialismus ein klerikales Opfer zu bringen, und ließ den Kardinal-Erzbischof Andrieu von Bordeaux anklagen, weil er in einem Hirtenbriefe die unzweifelhaft zutreffende Äußerung getan hatte, dem gläubigen Katholiken verbiete das Gewissen den Gehorsam gegen das Trennungsgesetz. Doch entging er am 14. beim ersten Angriff, den der frühere Kriegsminister Berteaux machte, durch eine Vertrauenserklärung von 313 gegen 136 Stimmen der Gefahr, weil die Mehrheit den Combisten die Nachfolge im Ministerium nicht gönnen wollte. Die am 18. begonnene Interpellationsdebatte über die Politik der Regierung wurde am nächsten Tage abgebrochen, da die Schutzzöllner Interesse daran hatten, die Beratung des Zolltarifs zu fördern. Dazu kamen noch budgetäre Schmerzen, denn Finanzminister Caillaux hatte am 18. Juni das Budget für 1910 vorgelegt, das mit einem Defizit von 105 — richtiger 212 — Millionen abschließt, zu dessen Deckung er nur eine Reihe kleiner und schikanöser Steuern vorzuschlagen wußte. Die Kammer wählte in die Budgetkommission lauter Gegner dieser Steuern. Das Gefährlichste war aber der Bericht der Marinekommission, der eigentlich alles bestätigte, was bisher bloß gerüchtweise über den schlechten Zu-

stand der Schiffe, den unglaublichen Schlendrian, die Vergeudung und Unterschlagung der Verwaltung, den Ring wucherischer Lieferanten und die Gewissenlosigkeit der Aufsichtsorgane verlautet hatte. Wenn auch in dieser Sache das Ministerium die Hauptschuld auf seine Vorgänger schieben konnte, so lagen doch in all diesen Fragen so viele Steine des Anstoßes, daß ein mißliebiges Ministerium darüber stürzen mußte. Aber Clémenceau hatte immer noch Glück.

Wollten beide Kammern ihre bevorstehenden Ferien verdienen, so mußten sie endlich etwas leisten und durften sich nicht mit zeitraubenden Ministerkrisen abgeben. Geschaffen wurde ja leider nicht viel, aber desto mehr geredet, allein fünf Sitzungen über die Politik des Ministeriums, die aber am 15. Juli trotzdem ein nur wenig eingeschränktes Vertrauensvotum davontrug. Am Tage vorher hatte bei prächtigem Wetter das Nationalfest stattgefunden. Während des Vorbeimarsches der Truppen scheute das Pferd des Kriegsministers Pickart, als er eben vor dem Präsidenten Fallières salutieren wollte. Der Minister flog aus dem Sattel, blieb aber unverletzt und stieg wieder auf. Seit 1894 war es jetzt das erste Mal, daß die Kammer nicht vor dem Nationalfest fertig geworden war, und sie schien sich nun sogar nicht mehr beeilen zu wollen, sondern setzte die Beratung über den Bericht der Flottenenquete breitspurig fort. Dabei stürzte sie eigentlich wider Willen — vor dem bevorstehenden Zarenbesuche — das Ministerium. In der Sitzung am 20., als man eigentlich bloß noch ein Schlußwort des Vorsitzenden der Kommission Delcassé erwartete, hielt dieser eine Rede mit allerhand boshaften Angriffen gegen Clémenceau, die diesen zu einer Entgegnung veranlaßten, in der er darauf hinwies, daß Delcassés Politik seinerzeit zur Demütigung Frankreichs in Algeciras geführt habe. Das weiß man zwar in Frankreich, aber man ist im Vaterlandsgefühl so fein, daß man es nicht sagt. Im Rückfall in seine journalistischen Manieren hatte das jetzt der verärgerte Clémenceau getan und dadurch den Leuten, die nochmals bereit waren, seinem Kabinett ihr Vertrauen auszusprechen, für den Augenblick die Stimmung verdorben. Nach einer scharfen Erwiderung Delcassés erfolgte die Abstimmung. Die Regierung verlangte, daß über die Tagesordnung Jourde, die das Vertrauensvotum ausdrückte, zuerst abgestimmt werden solle. Diese reine Prioritätsfrage wurde mit 212 gegen 176 Stimmen abgelehnt, worauf das Ministerium den Sitzungssaal verließ, wo die Abgeordneten verblüfft zurückblieben. Für alle Nichtfranzosen ist das feine Gefühl der Franzosen für ihre nationale Ehre sehr lehrreich. Clémenceau, der die Niederlage in einer einfachen Geschäftsordnungsfrage gar nicht tragisch zu nehmen brauchte, da er einer Vertrauenserklärung unmittelbar darnach sicher sein konnte, empfand das und ging. Das Ministerium Clémenceau hatte während seiner fast dreijährigen Amtsführung von seinem Programm nicht gerade viel durchgeführt. Nur die Ausführung des Trennungsgesetzes und die Verstaatlichung der Westbahn wurden vollendet, die Vorlagen über die Altersversicherung, die Einkommensteuer und die Militärgerichtsbarkeit lagen noch im Senate, die Neuorganisation der Verwaltung war aus begreiflichen Gründen gar nicht angerührt worden, und die inzwischen angenommene Vermehrung der Artillerie hatte nicht zum Programm des Kabinetts gehört.

Das Ministerium Briand.

Jetzt mußte zur Neubildung eines Ministeriums geschritten werden, dem 44. seit der Proklamierung der Republik; keines hat es auf volle drei Jahre gebracht, aber jedes hat einen weiteren Schritt nach links bedeutet. Die politische Lage bot einige Schwierigkeiten. Nach parlamentarischem Brauch hätte eigentlich der Führer beim Ministersturz Delcassé zur Bildung des Kabinetts berufen werden sollen, aber so gern man ihn wegen seiner deutschfeindlichen Gesinnung sprechen hört und beklatscht, so will man doch beileibe nicht wieder eine Politik, die zu Demütigungen wie die von Algeciras führen würde. Da der Zarenbesuch in Cherbourg bevorstand, war außerdem Eile geboten, und darum erfand man den Ausweg, da eigentlich bloß Clémenceau gestürzt worden sei, handle es sich nur um eine Umbildung des Kabinetts ohne ihn. Darum wurde Briand damit betraut, und er konnte schon am 27. Juli mit dem neugebildeten Ministerium vor die Kammer treten und sein Programm entwickeln, das er unter den gegebenen Umständen ausdrücklich als die Fortsetzung der bisherigen Politik bezeichnete. Er drückte sich sehr vorsichtig aus, vermied jede Anspielung auf seine sozialdemokratische Vergangenheit, und seine Versicherung, er werde eine organische Reform der Marine durchführen, fand eine Bekräftigung durch die Tatsache, daß er seit zehn Jahren zum ersten Mal wieder einen Fachmann, den Admiral Boué de Lapeyrère, in das Kabinett aufgenommen hatte. Nachdem die Kammer mit der üblichen großen Mehrheit ihr Vertrauen ausgesprochen hatte, ging sie auf drei Monate in die Ferien.

Am 31. Juli fand die Begegnung des Kaisers Nikolaus mit dem Präsidenten Fallières auf der Reede von Cherbourg statt. Beim ersten Besuch 1896 war das junge Zarenpaar in Paris mit unbeschreiblichem Jubel empfangen worden, beim zweiten Mal wurde Paris schon umgangen, und die Feierlichkeiten beschränkten sich auf Compiègne und die Parade bei Bétheny. Jetzt wurde nach dem Muster von Reval eine Begegnung an Bord im Hafen von Cherbourg veranstaltet. Wäre der Zar nach Paris gegangen, so hätte sich dort trotz aller sozialistischen Hetzereien sicher kein Mißton hören lassen, aber von einer Begeisterung wie vor dreizehn Jahren, wo man in Erwartungen auf Revanche schwelgte, wäre nicht mehr die Rede gewesen. Seitdem sind die Hoffnungen auf Rußland geschwunden, und nach der japanischen Niederlage hat der Zweibund für die Franzosen jeden politischen Wert verloren. Aber man bedarf seiner ebenso wie die Freundschaft mit England, um wenigstens den Schein der früheren Machtstellung zu retten. Daß man durch den Anschluß an den Dreibund eine ganz andere Stellung gewinnen würde, ist schon vielen

einsichtigen Franzosen klar geworden, aber sie dürfen es noch nicht aussprechen. Und so hört man immer wieder bei allen Begegnungen der Präsidenten mit den „befreundeten" Souveränen die bekannten Toaste auf den allgemeinen Frieden, die man ohne die politisch wenig ertragreichen Ententen auch hören könnte. Es wird eben in der inneren wie äußeren Politik der französischen Republik nach einer hergebrachten Schablone fortgewurstelt, die weder Freund noch Feind besondere Freude machen kann.

Das französische Geschwader, das dem russischen entgegengefahren war, traf mit diesem unter Kanonendonner mit einiger Verspätung am 31. Juli nachmittags um 2 Uhr 20 Minuten bei schönem Wetter im Hafen von Cherbourg ein. Präsident Fallières begab sich sofort mit dem Minister des Äußern Pichon, dem Kriegsminister Brun und dem Marineminister Boué de Lapeyrère an Bord der „Standart" zur Begrüßung des russischen Kaiserpaares. Beide Staatsoberhäupter gingen dann an Bord des Kreuzers „Galilée" und nahmen die Parade über die beiden Geschwader ab. Nach der Revue begab sich Kaiser Nikolaus zurück auf den „Standart" und erwiderte von dort aus den Besuch des Präsidenten auf dem Flaggschiffe „Vérité", wo er eine Stunde verweilte und sich mit Fallières in der herzlichsten Weise unterhielt. Die Minister Pichon und Iswolski hatten ebenfalls eine längere Unterredung. Abends gab Präsident Fallières auf der „Vérité" ein Festdiner, bei dem offizielle Toaste ausgebracht wurden, die sich indessen auf die notwendigsten Höflichkeiten und die unvermeidliche Friedensversicherung beschränkten. Beide Redner betonten, daß der Zweibund in der Vergangenheit nützliche Dienste geleistet habe und es auch in Zukunft tun werde. Auffällig war es, daß dabei Englands mit keiner Silbe gedacht wurde. Wenn man sich erinnert, mit welcher Wärme in Wien bei der Zweikaiserbegegnung vom verbündeten Italien gesprochen worden war, so drängt sich unwillkürlich der Gedanke auf, daß die beiden Staatsoberhäupter in Cherbourg keine Veranlassung fühlten, der politischen Haltung ihres Dritten während der jüngsten Balkankrise mit gleicher Wärme Erwähnung zu tun. Eine solche hätte doch eigentlich sehr nahe gelegen, da Kaiser Nikolaus in den nächsten Tagen Cowes besuchen sollte. Am Vormittag des 1. August empfing der Kaiser von Rußland den Minister Pichon, dann nahm das Kaiserpaar auf der „Vérité" an einem Frühstück teil, zu dem auch die Schiffskommandanten und die Spitzen der Behörden geladen waren. Abends war Präsident Fallières bei dem Festdiner auf dem „Standart" anwesend und kehrte nach herzlicher Verabschiedung gegen 11 Uhr auf die „Vérité" zurück. Die russische Flotte setzte sich dann gegen Morgen nach Cowes in Bewegung. In allen russischen und französischen offiziösen Kommentaren wurde ausgesprochen, daß sich in Cherbourg eine vollkommene Übereinstimmung und eine weitere Sicherung des Friedens ergeben habe.

Da im nächsten Mai eine Neuwahl der Kammer bevorstand, so standen selbstverständlich alle Reden und Maßnahmen der Politiker unter diesem Gesichtspunkte. Zunächst begann der Minister Millerand die entlassenen Postbeamten wieder anzustellen, soweit Stellen offen waren, Fallières begnadigte Ende August zehn politische Verbrecher, die Minister machten häufig Inspektionsreisen, um Reden halten zu können. Der neue Finanzminister Cochery war freilich bei der Deckung des Defizits nicht glücklicher als sein Vorgänger, wenn er auch als interessante Neuheit Aluminiummünzen ankündigte, so fand doch sein Plan, den Tabak mehr zu besteuern, wenig Anklang. Das Bemühen, eine zugkräftige Wahlparole zu finden, hatte indessen keinen rechten Erfolg, etwas so schönes wie die „Trennung von Kirche und Staat", was ja eigentlich die Trennung der Geistlichkeit von ihrem Vermögen bedeutet hatte, findet sich nicht so leicht in jeder Wahlperiode, auch Briand wußte in seiner Programmrede, die er am 10. Oktober bei der Einweihung des Kriegerdenkmals in Périgueux hielt, nichts besonders Zugkräftiges zu sagen. Als die Kammer am 19. wieder zusammentrat, verhielt sie sich überaus friedlich, interpellierte nicht, sondern verteilte die Interpellationen auf mehrere Wochen und beschloß, die Wahlreform und den Zolltarif energisch zu beraten und darauf die Frage der Freiheit des Unterrichtes vorzunehmen. Dieser mit 390 gegen 190 Stimmen angenommene Antrag war eine Antwort auf die Stellungnahme der Bischöfe gegen die republikanische Staatsschule. Mit der Beratung des Vorschlages auf Listenwahl nach dem Proportionalsystem wurde schon am 21. begonnen. Alle Parteien der äußersten Rechten wie der Linken traten dafür ein und machten kein Hehl daraus, daß sie davon große Vorteile gegen die herrschenden sozialradikalen Gruppen erwarteten. Briand, der wie alle namhaften Parlamentarier eigentlich selbst ein Anhänger des Listenskrutiniums ist, überblickte die Lage seiner Mehrheit und hielt dann am 28. dieser Reform eine so schöne Grabrede, daß die entzückte Mehrheit beschloß, sie im Lande anschlagen zu lassen. Am 25. war Minister Pichon nach Chambéry gefahren, um den Kaiser Nikolaus auf der Rückreise aus Italien durch das französische Gebiet zu begleiten, und war mit aller Auszeichnung behandelt worden. Infolge des Ferrerrummels wurde für den deshalb zurückgetretenen radikalen Vorstand des Pariser Gemeinderates der unabhängige Republikaner Caron gewählt.

Die Frage der Listenwahl war aber noch nicht zu Ende, im Gegenteil wurde am 8. November der grundlegende Artikel mit großer Mehrheit angenommen, als aber darauf Briand die Vertrauensfrage stellte, wieder abgelehnt. Bei der dann folgenden Etatsberatung wurden alle Kapitel der inneren und äußeren Politik berührt; wegen der Unpopularität der neuen Steuervorschläge hatte Cochery seinen Rücktritt angeboten, aber das Ministerium stellte am 19. die Vertrauensfrage, worauf die Anträge auf Ablehnung zurückgezogen wurden. Eine zweitägige Debatte über Marokko brachte eine Mehrheit von 433 gegen 67 Stimmen für die Politik der Regierung und die Bewilligung von weiteren 12 Millionen mit noch größerer Mehrheit. Am 27. war König Manuel von Portugal zu mehrtägigem Besuche in Paris eingetroffen und vom



Minister Pichon empfangen worden. Am folgenden Tage wechselte er mit dem Präsidenten Fallières Besuche und abends fand im Elysée ein Festmahl statt, bei dem sehr liebenswürdige Trinksprüche ohne politische Tragweite gehalten wurden. Da das Jahr zu Ende ging, begannen beide Kammern nun eifrig und ruhig zu arbeiten. Die Deputiertenkammer beriet vormittags und nachmittags das Budget und fand noch Zeit, den Zolltarif zu fördern und sich mit dem Vertrag über die Eisenbahnzufahrten zum Simplon zu beschäftigen. Der Senat wendete redliche Mühe darauf, die Altersversicherung so zu gestalten, daß für die Finanzen kein allzu großes chronisches Defizit herauskäme und die Abgeordneten bei den Maiwahlen doch auf einen großen Erfolg bei den Massen rechnen könnten. Am 29. Dezember wurde der Zolltarif, der am 31. März 1910 in Kraft treten sollte, in der Kammer mit 465 gegen 42 Stimmen angenommen und ging nun an den Senat. Am 30. Dezember kam noch die äthiopische Eisenbahn in der Kammer zur Beratung, und Jaurès wies darauf hin, daß tatsächlich Frankreich kein Aufsichtsrecht über diese Bahnen, für die es die Zinsgarantie übernommen habe, besitzt. Pichon behauptete aber das Gegenteil und erhielt mit 435 gegen 54 Stimmen ein Vertrauensvotum. Beide Kammern hatte zwei provisorische Budgetzwölftel bewilligt und wurden am 30. geschlossen.

Armee und Flotte.

Trotz großer Opferwilligkeit ist Frankreich infolge der sich immer ungünstiger gestaltenden Bevölkerungsverhältnisse nicht mehr in der Lage, das Rekrutenkontingent für die bisher bestehenden Truppenteile aufzubringen. Die Vermehrung der Artillerie mußte auf Kosten der Infanterie erfolgen, deren vierte Bataillone größtenteils aufgelöst wurden. Man hilft sich damit, daß beträchtlich mehr Ausgehobene als früher den sogenannten Hilfsdiensten zugewiesen werden; früher betrug diese Kategorie 4 Prozent, im verflossenen Jahre sind die Aushebungskommissare bis auf 10 Prozent gegangen. Die Hoffnung auf eine genügende Anzahl von Kapitulanten hat sich nicht erfüllt, darum beträgt der Präsenzstand an ausgebildeten Mannschaften in den Wintermonaten vor der Einstellung der Rekruten nur 60—85 bei den Infanteriekompagnien und 60—65 bei den Schwadronen. Infolge der Einreihung aller nur einigermaßen Tauglichen ist die Gesamtziffer der Kranken sehr hoch und die Zahl der Todesfälle betrug 3,92 vom Tausend. Die infolge des Rekrutierungsgesetzes von 1906 eingetretene Einstellung zahlreicher Vorbestrafter hat sich von verderblichem Einflusse erwiesen, und es ist eine starke Bewegung dagegen im Gange. Um den Übelständen der ungenügenden Rekrutenziffer abzuhelfen, sind auch schon verschiedene Pläne zur Vermehrung der schwarzen Truppen erörtert worden. Die vom Kriegsminister General Brun umgewandelten Vorschläge seines Vorgängers über die Neuorganisation der Infanterie will den Bataillonen nur drei Kompagnien lassen, um Neubildungen von Truppenteilen zu ermöglichen. Am 1. Oktober sind 97 fahrende Batterien neu aufgestellt und 36 reitende in fahrende umgewandelt worden, 16 reitende Batterien gehören den 8 Kavalleriedivisionen an. Es bestehen demnach im ganzen 618 Batterien Feldartillerie, von denen 20 als Gebirgsartillerie ausgerüstet sind. Im Jahre 1910 sollen die noch fehlenden Regiments- und Abteilungsstäbe sowie 65 neue fahrende Batterien aufgestellt werden. Als Maschinengewehr ist das Puteauxgewehr angenommen worden und soll schon an die meisten Truppenteile an Stelle des bisher geführten Systems Hotchkiß verteilt worden sein. Für die neue Felduniform hat man im Gegensatz zu anderen Staaten die bisherigen Grundfarben beibehalten, das Lederzeug soll naturfarben sein, an die Stelle des Tornisters tritt eine Art Rucksack.



General Trémeau, Generalissimus der französischen Armee.

Ende August trat General de Lacroix, der die Altersgrenze erreicht hatte, von der Stelle des Vizepräsidenten des obersten Kriegsrates, der als „Generalissimus" im Kriege die Hauptarmee zu befehligen hat, zurück und wurde durch den General Trémeau ersetzt. Die großen Armeemanöver fanden im Departement des Allier vom 15. bis 18. September zwischen dem 13. (General Goiron) und dem 14. Armeekorps (General Robert), denen einige Verstärkungen zugewiesen waren, statt. Die Manöver waren im allgemeinen sehr kriegsmäßig gehalten, doch griff die Oberleitung mehrfach ein. Neu war für die französische Armee die Signalisierung durch Winkerflaggen, die schärfere Ausbildung des Schiedsrichterwesens und vor allem die Mitwirkung des Lenkballons „La République", der bemerkenswerte Erfolge in der Erkundung der gegnerischen Stellung erzielte, obgleich er schon auf der Hinfahrt erhebliche Havarien erlitten hatte. Leider verunglückte er auf der Rückfahrt am 25. September bei Moulins, indem eine zersprungene Luft-

schraube die Hülle des Ballons durchschlug, der sich rasch entleerte, sodaß die vier Insassen der Gondel zur Erde stürzten und zerschmettert wurden. Es wurden Vermutungen laut, daß man um der öffentlichen Meinung willen den Führern des Ballons zu viel zugemutet habe. Das Kriegsministerium macht große Anstrengungen, um das Kriegsluftschiffwesen auf die gewünschte Höhe zu bringen und hat auch 2 Pionierkompagnien in Luftschifferkompagnien verwandelt, von denen Frankreich nun sechs besitzt. Zudem glaubt man durch die Fortschritte der Flugtechnik einen gewissen Vorsprung erreicht zu haben.

Die Zurückführung der Flotte auf ihre frühere Rangstufe wird nicht so leicht von statten gehen, welche Persönlichkeiten auch immer das Marineministerium leiten mögen. Es ist zu viel vernachlässigt und verdorben worden. Schuld an dem Niedergang tragen die Laienminister, die schnell auf einander folgend, ihr Amt meist nur kurze Zeit verwalteten und dabei besondere „Prinzipien" verfolgten. Im Bau begriffen sind 6 Linienschiffe (Dantonklasse), 18 Torpedo- und 49 Unterseeboote. Die Baufristen sind unverhältnismäßig lang, und die Dantonklasse hat zwar 18400 Tonnen, steht aber in der Bestückung hinter den englischen Dreadnoughts zurück. Aber mit dem Bau der Schiffe ist es noch nicht getan, denn die Quellen der Wehrkraft eines Landes sind Disziplin, Ordnung, die führende Stellung des militärischen Elements und Stetigkeit, woran es bisher gemangelt hat.

Verschiedenes.

Die Trennung vom Staat und Kirche hat zu einem immer fühlbarer werdenden Priestermangel geführt. Die kirchliche Frömmigkeit der männlichen Bevölkerung ist nicht groß, der gesamte Bürgerstand steht der Kirche gleichgültig gegenüber. Für den Adel wie für die Bauern hat der Priesterberuf viel von seinem Anreiz verloren, seitdem dieser Stand nicht mehr so viel Ehre, Einkommen und Vorrechte gibt, außerdem ist die Zahl der Familien mit überzähligen Söhnen sehr gering. Die Versuche, eine katholische Partei, ähnlich dem deutschen Zentrum, zu bilden, sind aussichtslos. Ende September erließen sämtliche Bischöfe einen Hirtenbrief, in dem sie die Eltern ermahnten, die Kinder nicht in die öffentlichen Schulen zu schicken, und eine Anzahl der eingeführten Lehrbücher verboten. Nun mußte selbst der ministerielle „Temps" zugeben, daß verschiedene dieser Lehrbücher auch für Nichtklerikale anstößig sind, aber die Antiklerikalen benutzten den Schritt der Bischöfe zu einem neuen Kampf um die „Befreiung der Schule" von dem Joche der kirchlichen Unduldsamkeit und freuten sich über ein neues Agitationsmittel für den bevorstehenden Wahlkampf. Der Verband der Lehrer und Lehrerinnen leitete Schadenersatzklagen gegen die Bischöfe ein. Das Resultat von allem war zunächst eine noch größere Abnahme des Schulbesuchs, für den man in Frankreich nie besondere Vorliebe gezeigt hat. Anfang Dezember erschien der dritte Bericht über die Liquidationen der geistlichen Körperschaften, aus dem hervorgeht, daß die Vermögen von 329 liquidierten Kongregationen dem Staate nur 5,414.791 Francs eingebracht haben, 400 Kongregationen bleiben noch zu liquidieren. Zugleich wurden die Gerüchte immer bestimmter, daß bei dem Verkauf der Klostergüter Unterschleife und sonstige Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien. Senator Combes, der frühere kirchenfeindliche Ministerpräsident, sprach öffentlich von „Banditenunternehmen" und der „Gier von Vampyren". Es wurden auch gegen drei Liquidatoren strenge Maßregeln ergriffen.

Es zeigt sich in vielen Staaten eine Bewegung der Beamten, nach dem Vorbilde der immer stärker in den Vordergrund tretenden Interessenvertretungen der Arbeiter und Unternehmer Vereinigungen zu gründen. In Frankreich haben diese Beamtensyndikate eine große Ausbreitung, und es zeigte sich bei den Streiken der Post- und Telegraphenbeamten, daß solche Beamtenvereine, wenn sie in ungesunde Bahnen gelenkt werden, für ein geordnetes Staatswesen und das gesamte wirtschaftliche Leben zu einer großen Gefahr werden können. Frankreich besitzt ein überaus großes Beamtenheer. Das Budget des Staats, der Departements und der Gemeinden für 1910 sieht nicht weniger als 913.889 Beamte vor, darunter allein 643.889 Staatsbeamte. Da es außerdem noch eine nicht geringe Anzahl einstweilen noch unbesoldeter Beamten gibt, so dürfte an der Million nicht viel fehlen und auf je 40 Franzosen immer ein Beamter kommen.

Am 8. Juli starb in Paris im 80. Lebensjahre der General Gaston Alexander August Marquis de Galliffet, eine der interessantesten und abenteuerlichsten Persönlichkeiten des zweiten Kaiserreichs und der dritten Republik. Bekannt wurde er durch die Teilnahme an der Expedition nach Mexiko, während der er durch eine Granate eine schwere Verwundung erhielt. Er wurde ein Günstling Napoleons III., der den noch nicht 40jährigen am Vorabend der Schlacht von Sedan zum General machte. Als solcher führte er an Stelle des verwundeten Generals Margueritte den herrlichen, aber sinnlosen Kavallerieangriff der afrikanischen Jäger gegen Floing durch. Aus der Gefangenschaft zurückgekehrt, bekämpfte er im Auftrage Thiers die Kommune, später kämpfte er in Afrika, schuf das französische Kavalleriewesen um und erreichte 1895 die Altersgrenze. Vier Jahre später wurde er Kriegsminister im Kabinett Waldeck-Rousseau, um die Dreyfusaffaire im Sinne der republikanischen Linken zu erledigen, trat aber schon am 30. Mai 1900 zurück.

Großbritannien.

Die Wehrbewegung.

Seit einigen Jahren erregt in der ganzen Welt die seltsame Tatsache Erstaunen, daß das sonst so stolze Albion von einer schier unbegreiflichen Flotten- und Invasionspanik ergriffen ist. Und zwar soll es die viel kleinere deutsche Flotte sein, die ohne jeden äußeren Anlaß den Grund für diese Gespensterfurcht hergeben muß. Eigentlich liegt darin ein Zeichen von Schwäche, die dem Beherrscher der Ozeane nicht gut steht und den vielen Millionen Unterworfener des Britenreiches nicht gezeigt werden dürfte. Das sollten doch aber die politischen Köpfe in England selbst wissen, und daran hat es ja ihnen nie gefehlt. Es muß sich also offenbar um etwas ganz anderes dabei handeln, als wovon man spricht. Wer nun die ganze englische Flottenpanik in ihrer Einleitung, Steigerung und allem Zubehör prüfend verfolgt, der wird inne, daß es sich gar nicht um ein mit der augenblicklichen Lage zusammenhängendes Ziel handelt, sondern um eine neue Orientierung des britischen Volkes über die Umgestaltung der Weltlage. Einsichtige politische Führer mit großem Weitblick arbeiten daran unter klug berechneter Rücksichtnahme auf die Eigenart und selbst auf die Vorurteile der Bevölkerung und verschmähen dabei keines der wirksamen Mittel bis zur politischen Suggestion. Und zwar handeln von vornherein der König und die politischen Führer, die durchaus nicht immer auch Parteiführer zu sein brauchen, in stillem Einverständnis miteinander und finden auch die verständnisvolle Mitwirkung der Presse, die in England seit jeher mit Takt und Einsicht die Macht- und Vorteilsfragen des Reiches zu behandeln gewußt hat und sich nie in die doktrinäre Kurzsichtigkeit ihrer Kollegen auf dem Kontinente verrannt hat. Right or wrong — my country ist ihr Wahlspruch. Englands Politik hält sich frei von allen Doktrinen und Sentimentalitäten und geht nur dem eigenen Nutzen nach. Sein Interesse erheischt, daß seine Macht in aller Welt unangetastet dasteht, es muß inmitten seines Weltreiches unbedingt als Herrennation gelten, sonst kommt seine Herrschaft ins Wanken. Um dieses große Ziel zu erreichen, verschweigt man es klugerweise und läßt sogar zeitweilig den Schein der Schwäche über sich ergehen.

In England müssen zur Zeit noch Vorurteile überwunden werden, die der neuen politischen Orientierung im Wege stehen. Seine Stellung in Asien ist durch die japanischen Siege viel mehr erschüttert worden, als es je durch die Ausbreitungsbestrebungen Rußlands der Fall war. Seit infolge der ersten großen Niederlage der weißen Europäer die Furcht vor Rußland in Indien geschwunden ist, zeigt sich dort Unbotmäßigkeit allenthalben, und gewisse Mißgriffe der britischen Verwaltung sind nicht die Ursache davon. Den Indiern würde sogar eine Herbeirufung des japanischen Verbündeten durch England gar nicht unangenehm sein, denn mit ihm, dessen asiatisches Wesen ihnen viel näher liegt als das europäisch-britische, würden sie sich leicht verständigen, und England würde den herbeigerufenen Freund gar nicht so leicht wieder loswerden. Das wissen die politischen Führer des britischen Volkes ganz genau, aber sie sprechen nicht darüber, auch die Presse tut es nicht, denn sie weiß, das wäre nicht klug. Nun ist die Entschlußfähigkeit und Tatkraft der Indier nicht groß, auch ist Japan auf lange Jahre hinaus mit der Verdauung des plötzlich Erworbenen noch vollauf beschäftigt, so daß es ihm jetzt sogar unangenehm wäre, wenn es in neue kostspielige Abenteuer verwickelt würde. England hat also noch Zeit, seine Wehrkraft auf eine Höhe zu bringen, die das Anrufen des bedenklichen Verbündeten unnötig machen würde. Aber davon spricht man nicht, sondern schiebt einen anderen plausibeln Vorwand vor. Das ist indessen nur eine Seite der veränderten Weltlage. Wenn England rechtzeitig europäische Politik getrieben hätte, wären ihm die heutigen kostspieligen Schwierigkeiten erspart geblieben. Die Vereinigten Staaten würden sich gehütet haben, unter Mac Kinley die alten Gelüste auf Kuba zu befriedigen, wenn sie ein einiges, solidarisches Europa vor sich gesehen hätten. Spanien besäße heute seine Kolonien noch, die Union hätte keinen Anlaß gehabt, sich zunächst in ungewollter Weise, im Großen Ozean festzusetzen, und selbstverständlich wäre auch die große Demonstrationsfahrt unterblieben, auf der im Jahre 1908 die Union allen in Betracht kommenden pazifischen Ländern eine so gewaltige Flottenmacht vorführte, wie sie England dort nie gezeigt hat, weil es früher nicht nötig war. Die Engländer haben diesen Schlag gegen ihr Ansehen wohl empfunden, aber gerade darum sprechen sie davon nicht, sondern von etwas Anderem.

Die großen Seegefechte mit moderneren Schiffen zwischen Japan und Rußland haben nun zwei Lehren ergeben: erstens daß nur die großen Panzerschiffe mit weittragenden Geschützen die Entscheidung bringen, und zum zweiten, daß dazu eine in taktischen Übungen und großen Manövern sorgsam ausgebildete Flotte die Vorbedingung bildet, daß es mit der alten Kauffahrertaktik nicht mehr geht. Wenn man unter diesen Gesichtspunkten die neuen englischen Flottenmaßnahmen betrachtet, so werden sie erst recht verständlich. England begann sofort mit dem zum Teil übereilten Bau größter Linienschiffe und Panzerkreuzer, suchte zugleich unkluger Weise die anderen Mächte durch überlaute Ankündigung zu verblüffen, und durch das daneben ganz unverständliche Abrüstungsgeschrei hinzuhalten, um sie hinterher vor die vollendete Tatsache zu stellen. Die Mächte ließen sich aber nicht verblüffen, sondern bauten auch Dreadnoughts, und England muß infolgedessen noch mehr bauen. Zugleich leitete es eine ganz neue Ausbildung der Flotte für den

großen Seekampf ein, wozu die Zusammenziehung der zerstreuten Geschwader nötig war und wofür nur die heimischen Küsten die erforderlichen Stützpunkte bieten konnten. Darum wurde fast die gesamte Flotte bei den britischen Inseln zusammengezogen und die gar nicht bestehende deutsche Gefahr nur vorgeschützt. Auch die neuen Flottenstützpunkte und die Erweiterung anderer in der Nordsee dienen dem erwähnten Zwecke und haben am wenigsten in erster Linie mit der Abwehr deutscher Angriffe zu tun. Daß die leitenden deutschen Kreise nicht die geringste Furcht zeigen, beweist, daß sie die Sache auch so auffassen.

Das britische Reich steht vor der Aufgabe, die infolge der geänderten Lage der Weltpolitik notwendig gewordene Steigerung seiner Wehrmacht aus eigenen Kräften durchzuführen. Für den Fall eines immerhin möglichen großen Aufstandes in Indien bedarf es einer bedeutenden Verstärkung der Armee, wie schon der Burenkrieg gelehrt hat, denn auf das zweischneidige Bündnis mit Japan wird man nur im äußersten Notfalle zurückgreifen wollen. Auch die erweiterte Flotte erfordert einen erheblich zahlreicheren Mannschaftsstand. Mit dem Bau von Dreadnoughts allein ist es nicht getan, man muß sie auch bemannen können, und zwar reichlicher als bisher. Diesen starken Zuwachs an Mannschaften wird das ohnehin sehr teuere Werbesystem trotz aller Anreizmittel nicht liefern, und alle politischen Führer, die die britische Weltmacht erhalten wollen, sind darüber einig, daß ihn nur die allgemeine Wehrpflicht schaffen kann. Aber sie sagen es bei Leibe nicht alle, und am wenigsten direkt, sondern sie gehen mit verteilten Rollen vor, denn es gilt, ein weit verbreitetes Vorurteil zu überwinden, das übrigens bis 1866 und 1870 in allen kontinentalen Ländern, außer Preußen, ebenfalls bestand. Indessen ist die Ansicht falsch, daß der besser situierte Brite zu schlaff und zu bequem sei, um selbst den Tornister auf den Rücken zu nehmen. Er wird es tun und sich selbst der härtesten Disziplin unterwerfen, so bald er die Notwendigkeit davon einsieht. Die Bereitwilligkeit, mit denen er sich den gerade in England sehr strengen gesellschaftlichen und Spielregeln unterordnet, beweist es. Die Mittel, das englische Volk zu einer größeren Achtung vor dem Heere und zur Erkenntnis der Notwendigkeit militärischer Disziplin zu erziehen, sind sehr geschickt gewählt: die eifrige Förderung der Jugendwehren, häufigere Paraden und militärische Schauspiele, die Ausscheidung der Vereinsmeierei aus den Freiwilligenformationen und ihre Heranbildung zu einer militärisch verwendbaren Truppe 2c. Der König setzt seine Person und seinen Einfluß bei jeder Gelegenheit dafür ein. Das Haupthindernis der allgemeinen Wehrpflicht ist die Abneigung gegen jede militärische Verwendung in Indien. Darum spricht man davon nicht, um so eifriger wird aber die deutsche Invasion gepredigt, denn um sein Haus, seine Burg, vor barbarischen Feinden zu schützen, nehme der Brite auch die allgemeine Wehrpflicht auf sich. Die Sache ist im Gange und macht Fortschritte; als Haupttriebmittel dient die Abneigung und Furcht vor Deutschland, die man nicht einschlafen läßt, wenn man auch gelegentlich vom Ministertische aus allen Ausschreitungen die Spitze abknickt. Das Mittel ist wirksam und populär, während die Weltmachtfrage und gar Indien keine volkstümliche Wirkung ausüben würden und eher hinderlich sind. Solange das Ziel nicht erreicht ist, wird darum auch die deutsche Gefahr weiter gepredigt werden, und solange werden auch alle Reisen, Reden 2c., die die angebliche Spannung zwischen Deutschland und England beseitigen sollen, ohne jede Wirkung bleiben.

Das liberale Parlament.

Das dritte Jahr der liberalen Regierung ließ immer deutlicher erkennen, daß die aus verschiedenen Gruppen bestehende liberale Partei nur noch durch Zugeständnisse an ihren linken Flügel zusammenzuhalten war. Dazu kam, daß die wachsenden Staatsbedürfnisse eine Vermehrung der Steuern erforderten, was schließlich zum Konflikt zwischen Ober- und Unterhaus und zur Auflösung des Parlaments führte. Außerdem war das Jahr für die äußere Politik sehr wenig erfolgreich. Schon um die Jahreswende hatte der Verlauf der Dinge im Orient gezeigt, daß die Intrigen Sir Greys ihren Zweck verfehlt hatten. In Österreich-Ungarn, in Rußland und selbst in Konstantinopel wendete man sich von England ab, und auch Frankreich begann sich auf seine Interessen zu besinnen. Das Gewebe der Entente fing an sich aufzulösen, und wenn auch Iswolski so ungeschickt war, durch unpassendes Hervortreten als der Träger des Mißgeschicks zu erscheinen, so war es doch die englische Politik, die Schiffbruch erlitten hatte. Denn es ist britische Tradition, daß die kontinentalen Mächte im Streite liegen müssen, wenn Englands Wohl gedeihen soll. Mit solcher Politik war es diesmal nichts gewesen, und man spannte darum gleich andere Saiten auf die Laute, damit man im Lande die Verstimmung nicht merke. Erschien aller Welt der Dreibund als politischer Sieger, so mußte es einen guten Eindruck machen, wenn man zeigte, wie gut man mit ihm stand. Und darum wurde der Besuch des Königs in Berlin beschlossen, was er bisher ebenso wie seine Mutter offiziell vermieden hatte. Es hatte darin ein stillschweigender Protest gegen das wider Englands Willen wieder erstandene Deutsche Reich gelegen. Das wurde jetzt offiziell geändert, und die englische Presse begleitete sofort das Ereignis mit dem Preise der friedlichen Bestrebungen britischer Politik und dem Wunsche auf freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland. Unterrichtete Leute im Auslande kennen das und wissen seinen Wert einzuschätzen; sie machten sich indessen Gedanken darüber, warum diese Reise des Königspaares gerade in der rauhesten Jahreszeit stattfinden und die Eröffnung des Parlaments bis nachher verschoben werden mußte. Das liberale Kabinett bedurfte eben nach seinen inneren und äußeren Mißerfolgen eines Ereignisses, das einen günstigen Einfluß gar nicht verfehlen konnte.

Weder die liberale Partei noch das liberale Ministerium machte den Eindruck besonderer Gesundheit. Schon Anfang Februar liefen Gerüchte



herum über den Rücktritt dreier Minister wegen der Flottenfrage, in der Partei verlangten die Radikalen die Beschränkung oder Abschaffung des Oberhauses und allgemeines Wahlrecht, und da sie meist von Arbeitern gewählt worden waren, forderten sie mit den Arbeitervertretern auch die weitere Ausdehnung der sozialen Gesetzgebung auf Staatskosten. Der Minister Lloyd-George mußte am 26. Jänner einer Arbeiterdeputation bedeuten, daß es vorläufig mit der Alterspension genug sei, die dem Staate bereits 150 Millionen Mark koste und noch um die Hälfte steigen werde. Die Parlamentseröffnung fand erst am 16. Februar unter den üblichen Feierlichkeiten und der Verlesung der Thronrede durch den König Eduard statt. Die Thronrede brachte einige Neuerungen, indem sie mit besonderer Wärme den Aufenthalt des Königs in Berlin betonte. Dergleichen Hervortreten der Persönlichkeit des Monarchen in einer Thronrede war bisher nicht üblich, findet aber durch die politischen Umstände eine ausreichende Erklärung. Sachlich brachte die Thronrede keine Überraschungen, die „notwendige" neue Erhöhung des Flottenbudgets war schon in den Blättern angekündigt worden, die da ebenfalls breit ausgesponnene Oberhausfrage wurde aber nicht einmal erwähnt, woraus sich jedenfalls nicht auf großes Wohlgefallen des Königs an gewissen liberalen Plänen schließen läßt. Ein ferneres Novum in der Thronrede war die Ankündigung, daß das Budget das vorjährige bedeutend überschreiten werde. Das war nicht ungeschickt, denn die neuen Forderungen wurden für die Flotte und die Altersversicherung verlangt, die zum konservativen Programm gehört haben. Die Adreßdebatte über die Thronrede schleppte sich den ganzen Monat hin ohne besonderes Ergebnis. Der radikale Abgeordnete Ponsonby versuchte am 22. Februar, die Regierung zu Maßregeln gegen das Oberhaus zu drängen, aber der Premierminister Asquith erklärte nach einigen Ausfällen gegen das „nicht gewählte Haus", das Unterhaus habe Wichtigeres zu tun, und ein kleiner Aufschub schade nichts. Der Antrag Ponsonbys wurde mit 225 gegen 47 Stimmen abgelehnt.

Am 5. März trat König Eduard seine Frühjahrsreise an, machte am folgenden Tage in Paris dem Präsidenten Fallières einen Besuch und begab sich nach Biarritz. In der folgenden Woche begann im Unterhaus die Flottendebatte, die so recht das Intrigenspiel der Parteigrößen durchschauen ließ. Da die Liberalen in dieser Frage gespalten sind und der linke Flügel die Einschränkung der Rüstungen wünscht, so brachte zunächst Asquith die Abrüstungsfrage wieder vor, um dieser Linken anzudeuten, daß die Regierung nicht anders könne. Staatssekretär v. Tirpitz und Staatssekretär v. Schoen erklärten wenige Tage darauf in der Budgetkommission des deutschen Reichstags, von England seien nie bestimmte Vorschläge gemacht worden. Um aber die liberale Partei noch weiter für das Flottenbudget anzufeuern, machte der Marineminister Mac Kenna am 16. März unzweifelhaft falsche Angaben über die Baugeschwindigkeit der deutschen Marine, womit er eine große Bestürzung im Hause hervorrief. Daß er im vergangenen November selbst etwas ganz anderes gesagt hatte, daß Staatssekretär von Tirpitz wenige Tage darauf die Tatsachen richtig stellte, tat nichts mehr zur Sache: der Zweck war erreicht. Die Regierung hatte dem „Drängen der öffentlichen Meinung" nachgegeben und durfte nun in diesem Jahre nicht nur vier Dreadnoughts neu in Bau geben, sondern sogar acht. Großen Eindruck machte die einstimmige Bewilligung des Marineetats im deutschen Reichstage. Am 29. erhielt das Ministerium für seine Haltung noch ein Vertrauensvotum mit einer Mehrheit von 218 Stimmen. Größere Gefahren drohten ihm aber bei der Budgetfrage. Der Rückgang der Steuern infolge der Geschäftslage und die neuen Ausgaben für Alterspensionen und Flotte hatten für den Schatzkanzler Lloyd-George eine schwierige Aufgabe geschaffen, sein Defizit war größer als irgendeines außer in Kriegszeiten während der letzten Jahre gewesen ist. Am 29. April gab er vor dicht besetztem Hause sein Finanzexposé, in dem er ausführte, daß das Defizit 15,720.000 Pfund Sterling (330 Millionen Mark) betrage. Die Frauenstimmrechtlerinnen hatten durch ihren Lärm den Sprecher veranlaßt, sämtliche Tribünen räumen zu lassen, so daß auch keine Journalisten anwesend waren. Der Etat brachte keine Erhöhung des Tee- und Zuckerzolles, sondern legte den neuen Steuerdruck den Besitzenden, insbesondere den Grundbesitzern, auf.

Diese Finanzpläne riefen nicht geringe Aufregung hervor, weil sie ganz im Sinne des sozialistisch-radikalen Flügels der Partei gehalten waren. Es lag nahe, daß sich darüber hartnäckige parlamentarische Kämpfe ergeben würden. Als das Unterhaus am 27. Mai in die Pfingstferien ging, hatte es indessen noch wenig davon gespürt, obwohl fast kein Tag ohne Aufregung vergangen war. Aber die Ursache davon lag nicht in seinen politischen Geschäften, sondern in der Agitation, die mit der Kriegsfurcht getrieben wurde. Die konservative Opposition benützte diese Dinge, um der Regierung, die mit den albernsten Interpellationen behelligt wurde und die unglaublichsten Erfindungen über deutsche Spione, Luftflotten 2c. richtig zu stellen hatte, der Schwäche zu beschuldigen und zu allen möglichen Erklärungen zu drängen, die ihr womöglich den demokratischen linken Flügel abspenstig machen sollten. Aber der Erfolg davon war unter der allgemeinen Stimmung im Lande gering, selbst die Friedensfreunde bekamen kriegerische Anwandlungen, das Ministerium hatte ohne jede Einbuße an Ansehen das schwierigste Budget bewilligt erhalten, und Asquith hatte namentlich in der dialektischen Behandlung des sogenannten Zweimächtestandards Hervorragendes geleistet. Jedermann konnte eben daraus entnehmen, daß sein eigener Standpunkt der richtige sei und daß die Regierung ihn teile. Was freilich die Steuervorlagen betraf, so blickten die Großgrundbesitzer, Schankwirte und alle anderen, die davon hart betroffen wurden, mit Erwartung auf das Oberhaus, denn nur dieses konnte ihnen Erleichterung schaffen. Nun war es aber seit 1861 parlamentarischer



Gebrauch, alle Finanzvorschläge in ein einziges Gesetz zu vereinigen, das vom Oberhaus im Ganzen angenommen oder abgelehnt werden muß. Die Zurückweisung dieses Steuerbudgets wäre ein sehr gewagter Schritt, da daraufhin die ganze Verwaltung des Landes ins Stocken geraten mußte. Es war auch klar, daß dadurch der alte Kampf zwischen Ober- und Unterhaus wieder ausbrechen mußte, denn da es in England keine geschriebene Verfassung gibt, sind die Rechte beider Häuser niemals genau abgegrenzt worden. Die Regierung fuhr einstweilen im Juni und Juli fort, die Vorlage John Burns über die Besserung der Wohnungen und der Städteanlagen, Birrels neue irische Landbill und die Steuervorlagen Lloyd-Georges mit Hilfe ihrer großen Mehrheit im Hause einfach durchzupeitschen, indem sie die Beratungen befristete und den Debattenschluß anwendete. Bei den Steuervorlagen mußte sie jedoch am 21. Juli mit diesem Verfahren eine Pause machen.

Inzwischen bereitete sich ein anderes Ereignis vor: für die ersten Tage des August war der Besuch des Kaisers Nikolaus in Cowes angesagt. Er folgte unmittelbar auf den Besuch in Cherbourg, und beide mußten als eine Kundgebung für die Tripleentente gedeutet werden. Nach der Kaiserzusammkunft in den finischen Gewässern faßte man aber in Frankreich und England jetzt den Zarenbesuch sehr kühl auf, denn für Franzosen und Briten hat die Entente nur einen Zweck, wenn sie das verhaßte Deutsche Reich an die Wand drückt, was sich aber schon bei der Balkankrise als unmöglich herausgestellt hatte. Da auch Kaiser Nikolaus auf der Heimreise dem Kaiser Wilhelm wieder begegnen wollte, so war die öffentliche Sympathie zu beiden Seiten des Kanals für den Zaren nicht gerade sehr groß. Das zeigte sich namentlich darin, daß man den sozialistischen Demonstrationen gegen den „roten Zaren“ und den „Henker des russischen Volkes“ ungehindert Raum ließ. In England war die Erbitterung über die erlittene Enttäuschung besonders groß, und der Sozialist Henderson brachte am 22. Juli im Unterhause sogar einen Protest gegen den Zarenbesuch ein, was den Staatssekretär Grey zu einer großen Rede über die äußere Politik veranlaßte. Hendersons Antrag wurde mit 187 gegen 79 Stimmen abgelehnt. Montag, den 2. August traf das russische Geschwader, dem König Eduard bis an die Ostküste der Insel Wight entgegengefahren war, unter dem Donner der Geschütze und lebhaft begrüßt von den Passagieren zahlreicher Vergnügungsdampfer auf der Reede von Spithead ein, wo 150 englische Kriegsschiffe, darunter sieben Dreadnoughts, vor Anker lagen. Das englische Königspaar begab sich zur Begrüßung an Bord der „Standart“, worauf Kaiser Nikolaus mit Gemahlin den Besuch auf der Jacht „Viktoria and Albert“ erwiderte, wo ein Frühstück stattfand. Darnach wurde eine Flottenschau über die in Parade liegende englische Flotte abgenommen, wobei der Kaiser und der König auf der Kommandobrücke der englischen Königsjacht standen. Sie wurden dabei von den am Strande harrenden Menschenmengen mit Ovationen begrüßt, die jede Erwartung übertrafen. Die „Standart“ ging neben den Dreadnoughts vor Anker. Abends fand auf der „Viktoria and Albert“ ein Diner statt;. es wurden offizielle Toaste gewechselt, bei denen wieder bemerkenswert war, daß des Dritten im Bunde nicht gedacht wurde.

Es ist allgemein bekannt, daß die offiziellen Trinksprüche bei Monarchenbegegnungen vorher diplomatisch festgestellt werden und darum eine kritische Würdigung herausfordern. Wie ein Geschäftsmann strich König Eduard seine Flotte als „die größte und mächtigste, die vielleicht je versammelt gewesen“ an, und das ist ja wohl der Zweck der ganzen Veranstaltung gewesen. Ob den russischen Gästen dabei nicht der Gedanke gekommen ist, daß ihre schöne Flotte vor nicht langer Zeit durch den Verbündeten des heutigen Gastgebers, und nicht ohne Anstiften desselben untergegangen ist? Kaiser Nikolaus konnte nicht umhin, darauf mit einem Kompliment auf die „Größe Englands“ und seiner Flotte zu antworten, ohne aber auf die Äußerung des Königs, letztere sei nur zur Wahrung des Friedens bestimmt, einzugehen. Fast noch interessanter war die Wendung des englischen Königs, die den Empfang der England besuchenden Dumamitglieder erwähnte und daran die Erwartung auf die Steigerung der „guten Stimmung, die zwischen unseren beiden Ländern herrscht“ knüpfte. Der Passus war offenbar auf die Stimmung in England berechnet, und Kaiser Nikolaus knüpfte an diesen Empfang auch seinen Wunsch auf das Wachstum der beiderseitigen guten Beziehungen und der gegenseitigen Achtung an. Man darf seine Worte unstreitig als eine vor dem Auslande ausgesprochene Anerkennung des konstitutionellen Grundsatzes für sein Reich auffassen. Weiterer politischer Inhalt war aus den Trinksprüchen nicht herauszulesen, am allerwenigsten eine Andeutung auf die Ententepolitik. Der 3. August galt wesentlich dem Jachtrennen, während dem sich der Kaiser und der König auf der Jacht „Britannia“ befanden. Am Rennen um den Königsbecher nahmen auch die Jacht „Meteor“ des Kaisers Wilhelm und die Jacht „Corisande“ des Prinzen von Wales teil. Abends fand auf der „Standart“ ein Prunkmahl statt. Am folgenden Tage gingen Kaiser und König an einer einsamen Stelle an Land und fuhren im Automobil nach Osborne, wohin auch die Kaiserin folgte. In Osborne wurde beim Prinzen von Wales der Tee eingenommen und um 6 Uhr die Rückfahrt nach den Schiffen angetreten. Abends gab der königliche Jachtklub an Bord der „Viktoria and Albert“ ein Diner, an dem der Kaiser und König teilnahmen, während die russische Kaiserin auf der „Standart“ ein Diner gab, zu welchem außer der Königin Alexandra zahlreiche Diplomaten geladen waren. Am folgenden Tage empfing Kaiser Nikolaus mehrere Deputationen englischer Städte und Handelskammern, die die dort üblichen Adressen überreichten. Nach herzlicher Verabschiedung ging um 3 Uhr 40 Minuten die „Standart“ wieder in See. König Eduard begab sich in den nächsten Tagen zur Kur nach Marienbad, von wo er am 4. September zurückkehrte.



Währenddem hatte sich das Unterhaus in langen Nachtsitzungen mit der Beratung der Regierungsvorlagen weiter geplagt. Zur Beschleunigung der Arbeiten hatte Asquith noch ausdrücklich eine Abänderung der Geschäftsordnung durchgesetzt. Nach zweiwöchentlicher Unterbrechung war auch die Finanzvorlage wieder vorgenommen worden, nach 21 Sitzungen war am 18. August der erste Teil, der die verschiedenen Grundsteuern umfaßt, erledigt, und dann wurde die Schlußberatung der irischen Landbill eingeschoben, damit sie an das Oberhaus gehen konnte. Anfang September kam die Branntweinsteuer und die Schanklizenzsteuer zur Beratung. Damit war im Vorjahre Asquith am Widerspruch des Oberhauses gescheitert, und Lloyd-George hatte sie nun einfach in etwas abgeänderter Gestalt in seine einheitliche Finanzvorlage eingereiht, was besonders den Zorn der Opposition erregte und die Ablehnung des gesamten Steuerentwurfs durch das Oberhaus nicht unwahrscheinlich erscheinen ließ. Die Gerüchte darüber vermehrten sich. Lord Rosebery hielt am 10. September in Glasgow eine viel bewunderte Rede gegen die Finanzvorlage, die wegen ihres sozialistischen Charakters nicht Gesetz werden dürfe, aber über die Pflicht des Oberhauses sagte er nicht Ja und nicht Nein. Asquith erwiderte am 17. in Birmingham, die Liberalen nehmen die Herausforderung der Lords an, worauf wieder Lord Balfour am 22. antwortete. Am 20. war indessen die Erhöhung der Einkommensteuer einstimmig angenommen worden, weil die Opposition die Notwendigkeit davon zugab. Nach 46 Sitzungen war am 12. Oktober die Finanzvorlage in zweiter Lesung erledigt, und je näher der Zeitpunkt heranrückte, in dem das Oberhaus sich damit zu beschäftigen haben würde, desto aufgeregter wurde man auf allen Seiten. Eine Volksversammlung jagte die andere, ohne daß Klarheit über die Lage geschaffen wurde, denn es gibt eben darüber keine gesetzlichen Bestimmungen, und darum kann jedermann glauben, die eigene Meinung sei die richtige. König Eduard machte selbst Vermittlungsversuche, aber sie führten zu keinem Ergebnis. Lloyd-George hielt am 9. Oktober in Newcastle eine Rede mit demagogischen Angriffen auf Mitglieder des Oberhauses, wie sie nicht einmal von englischen Sozialdemokraten ausgesprochen werden. Auch Asquith war mit dieser Art Agitation nicht einverstanden.

Obgleich die Finanzvorlage noch lange nicht bereit war, dem Oberhaus übersendet zu werden, begann doch schon Anfang Oktober in Vorahnung der kommenden Ereignisse die eigentliche Wahlagitation. Um sich dafür die Unterstützung der Iren zu sichern, erklärte sich schon am 5. Oktober bei Beratung der Schanksteuer Asquith zu weitgehenden Ermäßigungen für Irland bereit. Das Oberhaus nahm am 25. Oktober die irische Landbill, aber mit einschneidenden Zusätzen, an. Nach erregten Debatten bei der dritten Lesung der Finanzbill am 2. bis 4. November wurde sie unter lebhaftem Beifall der Ministeriellen mit 379 gegen 149 Stimmen im Unterhause angenommen. Die Entscheidung im Oberhause stand für den 22. in Aussicht. Neben dieser wichtigen Staatsfrage fand der Besuch des Königs von Portugal, der auf besondere Einladung des Königs Eduard erfolgte, nur geringe Beachtung. König Manuel traf am 15. Nachmittags in Portsmouth ein, wurde vom Prinzen von Wales empfangen und nach Windsor geleitet. Am folgenden Tage wurde er mit dem Hosenbandorden investiert, woran sich ein Mahl mit offiziellen Trinksprüchen anschloß, in denen König Eduard Portugal als den ältesten Verbündeten Englands bezeichnete, während König Manuel die nahezu sechs Jahrhunderte alte Freundschaft zwischen beiden Ländern eines der beständigsten Bündnisse der Welt nannte. Am 17. November erfolgte der übliche Besuch in der Guildhall zu London, die nächsten Tage wurden mit Jagden und freundschaftlichen Verkehr in der englischen Königsfamilie verbracht. Am 22. traf König Manuel in London ein, wo er noch mehrere Tage privatim verweilte. Die Vermutungen der Presse über seine Verlobung mit einer englischen Prinzessin haben sich nicht bewahrheitet. Inzwischen hatte Lord Lansdowne am 16. im Oberhause den Antrag eingebracht, das Haus solle sich nicht für berechtigt erklären, seine Zustimmung zur Budgetvorlage zu geben, bevor sie nicht dem Urteile des Landes unterbreitet worden sei. An der Annahme wurde nicht gezweifelt, und sie erfolgte nach sechstägiger, das allgemeine Interesse in hohem Maße in Anspruch nehmender Debatte am 1. Dezember mit 350 gegen 75 Stimmen. Die Versuche, Straßenkundgebungen gegen das Oberhaus zu veranstalten, hatten nur wenig Anklang gefunden. Das Oberhaus hatte klug vermieden, den von den Liberalen gehofften „Gewaltakt gegen die Verfassung" zu begehen, sondern es hatte dem Lande die Entscheidung darüber zugeschoben, ob es sich wirklich in der vom Ministerium vorgeschlagenen Art und Weise verwaltet sehen will. Jedenfalls war die Art, mit der das liberale Kabinett die vom Oberhause bereits abgelehnten Gesetze ihm durch eine Budgetvorlage aufzudrängen suchte, neu. Auch ist die Behauptung der Liberalen unhaltbar, daß das Oberhaus kein Recht habe, über das Budget ein Votum abzugeben, da es ihm doch vorgelegt werden muß, und außerdem ist das englische Oberhaus tatsächlich eine Versammlung von Notabeln, die auf der Welt ihresgleichen nicht findet. Das muß gegenüber dem in der liberalen Presse allgemein vertretenen Standpunkte doch betont werden und schließt zeitgemäße Reformen nicht aus.

Am 3. Dezember wurde das Parlament durch eine Thronrede geschlossen, die sich in der Hauptsache mit auswärtigen Angelegenheiten beschäftige, aber den Konflikt zwischen beiden Häusern mit keiner Silbe erwähnte. Obwohl das Unterhaus noch nicht aufgelöst worden war, begann, da ein anderer Ausweg kaum gefunden werden konnte, der Wahlkampf auf der ganzen Linie mit immer steigender Erbitterung, wobei auch die Hetze gegen Deutschland wieder die gewohnte Rolle spielte. Für das liberale Ministerium handelte es sich darum, den für die eigene Partei günstigsten Wahltermin auszusuchen, und deshalb hatte es bis zum Jahresschlusse gezögert, dem Könige die Auflösung vorzuschlagen.



Die Frage der Reichsverteidigung.

Obgleich der gegen Ende des Jahres ausgebrochene Verfassungskonflikt in nächster Zeit das öffentliche Interesse stark in Anspruch nehmen wird, dürfte doch die Frage der Reichsverteidigung nicht gänzlich ruhen. In der Gedankenwelt der Briten ist namentlich seit dem letzten Kriege in Ostasien Unruhe darüber eingekehrt, mit welchen Mitteln das große Weltreich gegen feindliche Angriffe geschützt werden könne. Das Kriegsamt führt mit den einzelnen Kolonialregierungen Verhandlungen über eine einheitliche Organisation aller Streitkräfte Großbritanniens. Ob es gelingt, sämtliche Kolonien für diesen Plan zu gewinnen, ist eine Sache für sich. Der Kriegsminister Haldane entwickelte im Februar den Plan, die gesamte Reichsarmee auf 46 Divisionen zu bringen; bis jetzt gibt es, Indien und die Kolonien eingerechnet, nur 27 Divisionen. Was die Flotte betrifft, so hat die Admiralität bisher den Standpunkt vertreten, daß die Kolonien nur zu Beiträgen heranzuziehen seien, während die großen überseeischen Gemeinwesen, insbesondere Kanada und Australien, eine eigene Seemacht wünschen, die aber eventuell mit der englischen Flotte zusammenwirken soll. Zur Verhandlung über diese Angelegenheiten war für den August eine Reichskonferenz einberufen worden, der im Juni als Vorbereitung eine Pressekonferenz vorausging. Man sprach auf ihr zwar viel vom Telegraphenverkehr u. dgl., aber die britischen Redner Lord Rosebery, Staatssekretär Grey, Lord Balfour, Kriegsminister Haldane u. a. suchten immer wieder die kolonialen Zeitungsmänner für die gemeinsame Reichsverteidigung zu erwärmen. Die Reichsverteidigungskonferenz trat Anfangs August zusammen und beriet in achtzehn geheimen Sitzungen über die ihr vorgelegten Pläne der Reichsregierung. Nach den Mitteilungen des Premierministers Asquith im Unterhause am 26. August wurden keine bindenden Beschlüsse gefaßt. Die großen Kolonien haben keine Neigung, ihre Kontingente ohne weiteres dem Mutterlande zur Verfügung zu stellen, doch sollen sie in bezug auf Organisation, Ausbildung, Bewaffnung und Ausrüstung den englischen Truppen möglichst gleich gemacht werden. Ein Reichsgeneralstab soll gebildet werden. Das wichtigste war offenbar eine Vereinbarung über die Bildung eines Geschwaders im Stillen Ozean mit drei Divisionen in den australischen, den ostindischen und den chinesischen Gewässern. Viel wird dabei nicht herauskommen. England wird die Schiffe auf Kosten der Kolonien bauen und überhaupt durch die koloniale Flottenfreundlichkeit sparen.

Mit besonderer Klugheit hat man in England bei der Wehrbewegung zunächst die Förderung der zu allen Zeiten volkstümlichen Flotte in den Vordergrund geschoben und auch erreicht, daß selbst der für Abrüstung und Weltfrieden schwärmende Teil der die Regierung beeinflussenden liberalen Partei verstummt ist und bereits für die neuen Dreadnoughts stimmt. Die Überlegenheit der englischen Schiffsbauindustrie und die Opferwilligkeit des Parlaments haben es ermöglicht, daß die britische Flotte in Qualität und Quantität allen anderen weit voraus ist. Bereits stehen zehn sogenannte Dreadnoughts (sieben Linienschiffe und drei Panzerkreuzer) in der Front, die gleiche Zahl beider Schiffsklassen befindet sich im Bau. Die Zusammenziehung der stärksten Seestreitkräfte nahe dem Herzen des Weltreiches in den heimischen Gewässern ist im verflossenen Jahre vollendet worden, und die Indienststellung von Auslandsgeschwadern, wozu ältere Schiffe genügten, wurde — wahrscheinlich wegen Mannschaftsmangel — auf ein Minimum reduziert. Diesem für die Handelsinteressen und für die Seegeltung im allgemeinen abträglichen Zustande sollen anscheinend die mit Hilfe der Kolonien in Aussicht stehenden Geschwader im Großen Ozean abhelfen. Am 15. Oktober wurde durch den Prinzen von Wales der neue Kriegshafen in Dover eröffnet. In der Gruppe der Orkney-Inseln soll bei Scapa Flow eine neue Flottenbasis geschaffen werden. Die vom ehemaligen Kommandeur der Kanalflotte Lord Beresford gegen die Admiralität erhobenen Anklagen wegen Vernachlässigung der Flotte wurden von einem parlamentarischen Untersuchungskomitee für unbegründet erklärt. Lord Beresford legte Ende März sein Kommando nieder. Der erste Seelord der Admiralität John Fisher, dem die gesamten neuen Umwandlungen der Flotte zu danken sind, schied Alters wegen gegen Ende des Jahres aus seiner Stellung und wurde in das Oberhaus berufen. Sein Nachfolger wurde Sir Artur Wilson.

Erhebliches Aufsehen erregte Ende Juli der Rücktritt des Herzog von Connaught von seinem Posten als Höchstkommandierender im Mittelmeer, weil es für ihn nichts zu tun gab. Der Posten war vor zwei Jahren eigens für ihn geschaffen worden, da die zivilen Kreise der Heeresverwaltung die Stelle eines Oberkommandierenden der Armee, von dem vorher schon Lord Roberts kurzerhand abberufen worden war, eingehen lassen wollen. Zum Nachfolger wurde Lord Kitchener ernannt, der das Oberkommando in Indien im Herbst abgegeben aber die neue Stellung noch nicht angetreten hat. Er hat vielmehr China, Japan, Neuseeland und Australien bereist, wohl hauptsächlich, um in den letzten beiden Kolonien, wo sich im Gegensatz zu Kanada Neigung für den Reichsverteidigungsplan zeigt, Beobachtungen zu machen und Ratschläge zu erteilen.

Der Stand des regulären Heeres hat durch überraschend gute Ergebnisse der Werbung eine erhebliche Vermehrung erfahren. Auch die für die Spezialreserve vorgeschriebene Ziffer von 76.000 Mann ist nahezu erreicht worden. Die neue Territorialarmee, die Kriegsminister Haldane seit drei Jahren mit heißem Bemühen aus den früheren Freiwilligenkorps zu schaffen bestrebt ist, will noch immer nicht recht zu Kräften kommen. Offiziell wurde zwar bekanntgegeben, daß im Oktober von den verlangten 302.000 Mann schon 270.000 vorhanden sind, aber sachkundige Leute versichern, daß sich darunter kaum 150.000 einigermaßen für den Krieg brauchbare Mannschaften befinden. Es soll für sie auch eine Reserve gebildet werden. Am 19. Juni verlieh König Eduard in Windsor den neugebildeten Territorialregimentern Fahnen.



Verschiedenes.

Der Rückgang der englischen Landwirtschaft, die in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts als musterhaft galt, ist notorisch und seit der Zunahme der überseeischen, durch keine Zölle behinderten Getreideeinfuhr in der bedenklichsten Weise fortgeschritten. Darum tritt auch die Landflucht in England in viel stärkerem Maße hervor wie auf dem Kontinent. Während 1851 nur 50 Prozent der Bevölkerung in den Städten wohnten, war die städtische Bewohnerschaft im Jahre 1881 auf 68 und 1901 auf 77 Prozent gestiegen. Zur Abhilfe ist im vorigen Jahre ein Ansiedelungsgesetz, die sogenannte „Small Holdings Bill", erlassen worden, das nach dem ersten Jahresbericht des Landwirtschaftsamts ermutigende Erfolge aufweist.

Die Aufregung in Indien und die Abneigung der indischen Eingeborenen gegen die Herrschaft der Kultur des Europäers zeigten sich in einem sensationellen Vorfall in der britischen Hauptstadt. Am 1. Juli schoß der indische Student Dhinagri nach einem Vortragabende im Imperial Institute den Oberstleutnant William Curzon-Willie, der lange Jahre in Indien gedient hatte, und einen in London lebenden indischen Beamten (einen Parsen) mit dem Revolver nieder. Die Polizei hatte wohl Kenntnis davon, daß die in London lebenden indischen Terroristen Mordanschläge auf die Beamten des indischen Amtes vorhatten, um sie einzuschüchtern, aber sowohl ihre Überwachung dieser wie auch die der indischen Studenten hatte sich als ungenügend erwiesen. Bisher waren wohl zahlreiche Attentate in Indien verübt worden, aber der Fall mitten in London war neu. Wenn es sich auch um die Tat eines Jünglings mit politisch verstörtem Gehirn handelte, so bildete sie doch eine Fortsetzung vieler ähnlicher Verbrechen in Indien. Und unverkennbar lag der Herd des Übels, dem die Untat entsprungen war, in London selbst, wo die studierenden Indier seit Jahren durch indische Agitatoren bearbeitet werden. Man hat dagegen Vorkehrungen getroffen, aber wenig damit erreicht. Überhaupt hat man mit der europäischen Erziehung von Indiern bisher keinen Erfolg erzielt. Kehren sie in die Heimat zurück, so vermögen sie auf die Masse des Volkes nicht den geringsten Einfluß auszuüben, meistens haben sie aber in England politisch so viel gelernt, daß sie zu Agitatoren gegen die Herrschaft der „Rajahs" reif geworden sind. Als der Student am 23. Juli zum Tode verurteilt wurde, erklärte er, er sei stolz, für sein Vaterland zu sterben. Nach den Gesetzen Englands, das den Anarchisten aller Länder Schutz gewährt, ist gegen die Verschwörerherde wenig zu machen. Bei der Beratung des indischen Budgets im Unterhause erklärte aber die Regierung am 5. August, in Indien werde sie gegen Gewalttaten und Verschwörer kräftig vorgehen.

Trotzdem schreitet England weiter mit Annexionen am indischen Ozean fort. Am 6. August wurde auf den Langkawi-Inseln südlich von Siam die britische Flagge gehißt. Der strategische Wert dieser Inselgruppe liegt auf der Hand. Schon vorher waren die Verhandlungen mit Siam über die vollständige Abtretung der Malaienstaaten Kedah, Kelantun und Tringganu zum Abschluß gelangt, wodurch England über 20.000 Quadratkilometer erwirbt und eine fortlaufende Kette britischer Ansiedelungen auf der malakkanischen Halbinsel von Singapore bis Rangun entsteht.

Ein namhafter liberaler Politiker, Lord Edward Tweedmouth, starb am 15. September in Dublin im 61. Lebensjahre. Schon vor dreißig Jahren war er als Edward Majoribanks in das Unterhaus eingetreten, wurde bald das Haupt der parlamentarischen Einpeitscher seiner Partei, war schon 1892—1894 Minister und trat 1905 als erster Lord der Admiralität in das Kabinett Campbell-Bannerman ein. Wegen Krankheit schied er 1908 aus dem politischen Leben.

Rußland.

Zur politischen Lage.

Eine vorwärtsschreitende Entwicklung scheint die zerrütteten Zustände nach der Revolution allmählich zu beseitigen. Vor 4 Jahren hatte die Staatsgewalt zeitweilig jegliche Handlungsfähigkeit eingebüßt, lange Zeit hindurch mochte jeder für sich selbst sehen, wie er sich seiner Haut wehre. Die Hoffnungen, die man auf den reformierenden Einfluß des Parlaments setzte, wurden durch die politische Unreife der ersten und zweiten Duma zu Grabe getragen. Aber jetzt ist die Lethargie geschwunden, und Dank dem Mute Stolypins ist endlich der entschlossene Griff in die Wirrnis erfolgt. Die auf dem Boden eines für die russischen Verhältnisse passenden Wahlsystems entstandene dritte Duma hat nicht ohne Verständnis und mit Vermeidung unmöglicher Machtansprüche mit ihm ehrlich zusammengearbeitet und mancherlei Nützliches geschaffen, ohne ihre Selbständigkeit aufzugeben. Die Masse des Volkes nimmt ja wohl keinen eigentlichen Anteil daran, ihr ist es gleichgiltig, in welcher Form Väterchen Zar regiert. Es bleibt darum die Aufgabe der gebildeten Stände, das neue politische Instrument vernünftig zum Besten des Landes zu handhaben und sich vor allen Dingen von gewissen ausländischen parlamentarischen Theorien fernzuhalten, die höchstens der Begehrlichkeit politischer Streber, niemals aber dem Lande von Nutzen gewesen sind. Diesem praktischen Streben wird zu jeder Zeit die Unterstützung des Kaisers Nikolaus sicher sein, der keinen Zweifel darüber gelassen hat, daß er einem ehrlichen konstitutionellen Leben in seinem Reiche ernstlich



zugetan ist. In diesem Bestreben braucht er sich durch den Haß aller Revolutionäre der Welt nicht beirren zu lassen, die ihm nicht verzeihen wollen, daß er mit dem durch die Revolution emporgekommenen Bodensatz der Gesellschaft hat aufräumen lassen. Wer selbst an die Gewalt appelliert hat, dem steht kein Klagerecht zu, wenn Gewalt wider ihn angewendet wird. Man darf übrigens auch in Rußland nicht zu viel auf einmal verlangen, und wenn hie und da Gouverneure und andere Beamte gelegentlich wieder zu Maßregeln aus der Zeit des Absolutismus greifen, so bedeutet das noch lange keine Reaktion, die von oben auch nicht gewünscht wird; in der Regel ist bloß Gewohnheit und Unbeholfenheit die Ursache. Die Schärfe, mit der man dem Unwesen der Beamtenunterschleife nachgeht, wird einen heilsamen Schreck verbreiten; einsperren kann man die Unzahl, der Betroffenen freilich nur zum geringen Teile. Wo sollten auch die Gefängnisse herkommen!

Die äußere politische Lage ist die eines Landes, das eine schwere Niederlage erlitten hat, die hier noch durch eine in diesem Falle unbedingt vaterlandsfeindliche Revolution verschlimmert worden ist. Ohne eine mächtige Flotte und ohne ein vollkommen schlagfertiges Heer ist das Reich auf eine Vertrags- und Bündnispolitik angewiesen, bei der die politischen Leiter nicht einmal eine glückliche Hand gezeigt haben. Bei der Ententepolitik hätte doch Iswolski voraussehen müssen, daß bei der Vorspann für englische Interessen sein Land in eine Lage kommen mußte, der es gegenwärtig militärisch und finanziell nicht gewachsen ist. Unter diesen Umständen war es klug vom Zaren, daß er sich im Sommer, und zwar gerade vor seinem Besuche in Frankreich und England, Deutschland wieder näherte, nachdem die Balkankrise gezeigt hatte, daß bei der Ententepolitik Rußland bloß für andere die Kastanien aus dem Feuer holen sollte. Eine eigentlich deutschfreundliche Politik ist freilich bei der starken panslawistischen Strömung in Rußland kaum möglich, aber auch nicht nötig, da es für beide Reiche genügt, wenn das andere sich nicht zu einer gegnerischen Politik verleiten läßt. Rußland braucht auch darum gar nicht aus der Tripelentente auszuscheiden, seine Politik muß nur darauf gerichtet sein, sich den Frieden zu sichern, den es zum Neubau seines gesamten Staatswesens dringend bedarf. Vor dieser Notwendigkeit treten auch die asiatischen Fragen zurück, deren Stand zunächst für Rußland nichts Beunruhigendes hat. In Persien vermag es jederzeit seine Interessen zu schützen, und selbst wenn sich China mit Japan wirklich verbündet haben sollte, braucht Rußland für seinen gegenwärtigen ostasiatischen Besitz nichts zu fürchten, da die beiden Mongolenstaaten zu einem Angriff noch lange nicht bereit sind. Ehe es so weit kommt, kann Rußland längst mit seinen Vorbereitungen fertig sein, wenn es seine inneren Verhältnisse gestatten. Diese zu heben, zu ordnen und neu zu gestalten, bleibt darum die Hauptaufgabe der russischen Politik, dann wird ihm niemand einen ernstlichen Schaden zuzufügen im stande sein.

Das politische Jahr.

Die Duma hatte am 2. Jänner ihre Sitzungen bis zum 3. Februar vertagt. Am 3. Jänner hatte der Dumapräsident Chomjakow in Zarskoje Selo dem Kaiser in anderthalbstündiger Audienz Bericht über die Verhandlungen erstattet und die ausdrückliche Versicherung erhalten, daß alle Gerüchte über Auflösung oder gar Beseitigung der Duma unbegründet seien. Ende Jänner wurde der ehemalige Direktor der Polizei Lopuchin infolge von Enthüllungen verhaftet, die der Revolutionär Burzew über den verkommenen Studenten, Revolutionär und Spitzel Asew in Pariser Blättern gemacht hatte. Es schien, daß Stolypin damit mit den alten Überlieferungen brechen und das Polizeiwesen auf eine gesündere Grundlage stellen wolle. Jede Polizei bedarf des Geheimdienstes, denn die Feinde der Gesellschaft arbeiten auch im geheimen. Selbst Lockspitzel sind unvermeidbar und werden nämlich auch unter anderem Namen zur Auskundung der politischen Gegner von jenen Parteien angewendet, die von sittlicher Entrüstung über das gleiche Verfahren der Polizei zu triefen pflegen. In Rußland war freilich die Anwendung von Spitzeln zum System erhoben worden, und unstreitig war es unverantwortlich, Leute wie Gapon, Asew und anderes Gesindel auf die Bevölkerung loszulassen. Die Regierung hatte zuerst die Enthüllungen dementiert, die Verhaftung Lopuchins deutete nun aber darauf hin, daß sie doch wahr seien. Asew hatte sowohl im revolutionären Lager wie für die Polizei gearbeitet, u. a. war die Ermordung des Ministers v. Plehwe, des unmittelbaren Vorgesetzten Lopuchins, sein Werk. Als ihn die Polizei nicht mehr brauchte, ließ sie ihn fallen, und offenbar um ihn gänzlich loszuwerden, denunzierte ihn Lopuchin sogar dem Pariser revolutionären Russenkomitee, das den bereits verdächtigen Asew zum Tode verurteilte. Am 24. Februar wurden in der Duma von den Kadetten und Sozialdemokraten Interpellationen über die Angelegenheit eingebracht. Ministerpräsident Stolypin stellte jede provokatorische Tätigkeit der Polizei überhaupt in Abrede. Asew sei 1906 in das revolutionäre Zentralkomitee eingetreten und habe seitdem alle terroristischen Anschläge vereitelt. Lopuchin sei angeklagt worden wegen Unterstützung der Sozialrevolutionäre, weil er ihnen Asew verraten habe. Lopuchin wurde am 12. Mai vom Senat nach zweitägigen Verhandlungen, die nichts wesentlich Neues ergaben, wegen Zugehörigkeit zu einer verbrecherischen Gemeinschaft zu fünfjähriger Zwangsarbeit verurteilt.

Ende Jänner war der unfruchtbare Handelsminister Schipow entlassen und zu seinem Nachfolger der frühere Handelsminister des Kabinetts Witte, Timirjasew, ernannt worden, der sich Verdienste um die Entwicklung der russischen Handelsbeziehungen mit Deutschland und England erworben hatte. Am 20. Februar traf Fürst Ferdinand von Bulgarien aus Anlaß des Begräbnisses des Großfürsten Wladimir ein. Die Volksstimmung empfing ihn mit voller Sympathie und der Hof nannte ihn bereits König von Bul-



garien. Er wurde am Bahnhofe vom Großfürsten Konstantin empfangen. Zu den Beisetzungsfeierlichkeiten traf er in dem Augenblick ein, da Prinz Leopold von Preußen und Erzherzog Ferdinand bereits ihre Plätze eingenommen hatten, so daß alle Schwierigkeiten der Etikette vermieden wurden. Am 22. begab er sich nach Zarskoje Selo, wurde vom Kaiser und dem Großfürsten Michael Alexandrowitsch auf dem Bahnhofe begrüßt und auch von der Kaiserin empfangen. Am anderen Tage machte ihm Kaiser Nikolaus einen Besuch im Winterpalaste. Als er am 27. Petersburg verließ, war seine Anerkennung als König durch Rußland sicher. Die Duma arbeitete bis zum 15. Juni, wo die Sitzung geschlossen wurde, nachdem noch in letzter Stunde das Budget verabschiedet worden war. Man kann der russischen Volksvertretung die Anerkennung nicht versagen, daß sie im allgemeinen recht sachlich gearbeitet hat, wenn sich auch gelegentlich die Debatten breit ausdehnten, und namentlich kurz vor dem Schlusse mehrere Vorlagen schnell durchgepeitscht wurden. Das ist aber in manchen viel älteren Parlamenten auch nicht anders. Neben einer Reihe kleinerer Vorlagen wurden drei Hauptarbeiten erledigt: das Gesetz über den Austritt aus der Gemeinde, dem Mir, das Budget, und das Gesetz über die Glaubensduldung. Durch Streichung oder Beschränkung nicht unbedingt notwendiger Ausgaben wurden die Ausgaben um 39 Millionen gemindert; es müssen indessen für das drei Milliarden betragende Budget doch noch 130 Millionen durch Anleihe gedeckt werden. Freilich, an den sogenannten „gepanzerten" Teil des Budgets kann die Duma noch gar nicht heran. Es ist aber anzunehmen, daß bei weiterer Bewährung der Duma die Budgetrechte eine Erweiterung erfahren. Immerhin ist es für das Land ein Glück, daß trotz aller Unbeholfenheit und Unvollständigkeit des Budgetrechts endlich die Führung des riesigen Staatshaushaltes kontrolliert und selbst im „gepanzerten" Teil einer öffentlichen Besprechung unterzogen werden kann.

Das Gesetz über den „Mir" löst den Bauer von der Fessel, die ihn bisher an den Gemeinbesitz kettete und ihm wegen der wechselnden Umteilung des Bodens und der solidarischen Haftung der Gemeindemitglieder für einander jeden Trieb zur intensiveren Bewirtschaftung seiner Ländereien benahm. Bis freilich die praktische Verwirklichung des Gesetzes fertig wird, können noch lange Jahre vergehen. Das Gesetz über die Glaubensduldung legt die Freiheit des Glaubens und das Recht des Übertrittes von einer Religion zur anderen fest. Unstreitig hat es sich erwiesen, daß die Institution der Duma lebensfähig geworden ist, und Rußland in Zukunft kaum mehr ohne sie gedacht werden kann. Die Hoffnung der Reaktionäre auf eine Umkehr in ihrem Sinne ist darum auch stark gesunken, umsomehr, da sich die Regierung veranlaßt gesehen hat, gegen die ungetreuen Beamten durch eigens eingesetzte Senatorenrevisionen vorzugehen, wobei geradezu unglaubliche Unterschleife und Machinationen ähnlicher Art aufgedeckt worden sind. Die öffentliche Kritik des Verwaltungs- und Wirtschaftswesens hat zweifellos bereits segensreiche Folgen gehabt. Der besten Behandlung in bezug auf das Budget, nicht in der Kritik, erfreuten sich in der Duma nach wie vor das Kriegsministerium und das Ministerium der Volksaufklärung, mit ausreichenden Gründen wurde dagegen das Marineministerium schlecht behandelt. Einen politischen Fehler beging die Mehrzahl der Dumamitglieder, als sie Mitte März ein Rundschreiben an alle Parlamente zu Gunsten Serbiens erließ, da sie kein Recht zur Einmischung in die äußere Politik haben. Einsichtige Führer verweigerten auch die Unterschrift, andere zogen die ihrige wieder zurück, und die Maßregel fiel ins Wasser. Sonst litten die Beratungen an einer Menge rein vergeblicher Interpellationen, und es war ein Glück, daß wenigstens in den Kommissionen leidenschaftslos gearbeitet wurde. In den Plenarsitzungen waren aber Zänkereien häufig, und die dreitägigen stürmischen Debatten über die Glaubensfreiheit führten sogar zu einer Spaltung in der bisherigen Regierungsmehrheit. Eine Gefahr für die Duma liegt eben in der zunehmenden Herrschaft der Fraktionspolitik, die noch überall zur Verdunkelung der besten Köpfe und zu Entgleisungen geführt hat.

Es konnte unter den obwaltenden Umständen nicht an Versuchen fehlen, den Ministerpräsidenten Stolypin zu stürzen. Er war am 23. März zur Wiederherstellung seiner Gesundheit nach dem Kaukasus abgereist, führte aber die Geschäfte fort und kehrte erst am 5. Mai zurück. Am 10. April verlieh ihm der Kaiser mit einer Verfügung voller Anerkennung für seine „dem Lande so nützliche Tätigkeit" den Weißen Adlerorden. Es entspann sich ein Konflikt um den Etat für den Marinegeneralstab, von dem die Mehrheit der Duma behauptete, daß sie und der Reichsrat ihn zu bewilligen habe, während die Rechte und viele andere außerhalb des Parlaments die gesamte Angelegenheit des Marinegeneralstabs als Prägorativrecht der Krone ansahen. Stolypin stand auf dem Standpunkt der Duma, der Kaiser hatte aber den Etatstitel nicht bestätigt. Diesen sachlichen Konflikt suchten nun viele Leute zum Sturze Stolypins auszunützen. Er war entschlossen, seine Entlassung einzureichen und begab sich sofort nach seiner Ankunft nach Zarskoje Selo, wo er über Nacht blieb und wohin auch die übrigen Minister und die Vorsitzenden des Reichsrates und der Duma berufen wurden. Durch ein Reskript des Kaisers wurde die Angelegenheit dahin erledigt, daß unter dem Vorsitz Stolypins eine Kommission zur genauen Abgrenzung der Rechte des Parlaments in Sachen der Landesverteidigung eingesetzt werden soll. Außerdem erkannte das Reskript die Verdienste des Kabinetts und die Unerschütterlichkeit der neuen Staatsordnung an. Am 4. Juni bekannte sich Stolypin in einer Programmrede in der Duma zu dem Prinzip der konstitutionellen Monarchie, wie es in Deutschland besteht, nach dem die Minister die Vollstrecker der Politik des Herrschers sind. Er enttäuschte damit alle Leute, die bisher merkwürdigerweise geglaubt hatten, in Rußland solle das rein parlamentarische System gelten.

Am 5. Juni wurde in Petersburg in Gegenwart des Kaisers, der gesamten kaiserlichen Fa-



milie, des diplomatischen Korps, der Minister, der Vertreter des Reichsrates und der Duma rc. das Denkmal des Kaisers Alexander III. enthüllt, für das der Künstler Fürst Trubetzkoi aber bittere Kritik in der Presse erfuhr. Kurz vor Schluß der Duma begab sich die kaiserliche Familie wie alljährlich in die finnischen Gewässer, wo am 17. Juni der bereits geschilderte Besuch des Kaisers Wilhelm erfolgte. Im Juli machte dann Kaiser Nikolaus dem dänischen und dem schwedischen Hofe seinen Erwiderungsbesuch, darauf folgten die bereits erwähnten Besuche bei seinem Schwager, dem Prinzen Heinrich von Preußen und später die in Cherbourg und Cowes. Dazwischen fiel die Feier der 200jährigen Erinnerung an die Schlacht von Poltawa. Kaiser Nikolaus war am 9. Juli in der festlich geschmückten Stadt eingetroffen und wurde mit enthusiastischen Kundgebungen begrüßt. Vormittags wurde am Schwedendenkmal eine Seelenmesse für Peter den Großen zelebriert, dann fand eine Parade der Regimenter statt, die einst an der Schlacht bei Poltawa teilgenommen haben. Später wurde das Denkmal des Verteidigers von Poltawa, des Obersten Kellin, enthüllt, und Abends wohnte der Kaiser dem Gottesdienste in der St. Simeonskirche beim Schwedendenkmal bei. Am anderen Tage nahm er am Frühstück im Kadettenkorps teil und hielt eine gedankenreiche Ansprache, in der er alle Untertanen aufforderte, mit ihm an der Entwicklung Rußlands zusammenzuarbeiten. Die Festlichkeiten hatten über 20.000 Festteilnehmer nach Poltawa gezogen. Zu gleicher Zeit, am 10. Juli, wurde im Beisein der Kaiserin, der Kaiserinwitwe und der Königin von Griechenland auf dem Admiralitätskai in Petersburg ein Denkmal Peters des Großen enthüllt. Es ist dem russischen Volke zu gönnen, daß es sich an der Erinnerung einer geschichtlichen Großtat aufrichtet, denn es hat seine letzte schwere Niederlage mit würdiger Ergebung ertragen und hat sich nicht als die geschlagenen Helden herauszuputzen versucht, wie im vorigen Jahrhundert gewisse romanische Völker nach ihren Niederlagen. Die Reisen des Kaisers gaben auch manchen Anlaß, gewisse landläufige Anschauungen über politische Sympathien einigermaßen zu revidieren, und es durften sogar Stimmen lautwerden, die ein engeres Verhältnis zu Deutschland und gute Beziehungen zu Österreich-Ungarn als beste Politik empfahlen. Daran hatte auch eine denkwürdige Reise von Dumamitgliedern im Juli nach London und Paris mit wortreichen Banketten und Verbrüderungen nichts zu ändern vermocht.

Nach den Herbstmanövern begab sich die kaiserliche Familie zu längerem Aufenthalte nach Livadia in der Krim; bei seiner Ankunft in Jalta empfing der Kaiser am 18. September auf der Jacht „Standart" den Besuch des Emirs von Buchara. Das Befinden der Kaiserin war nicht besonders günstig, doch beruhten die mannigfaltigen Mitteilungen der Blätter darüber auf Erfindung und Übertreibung wie ihre meisten Nachrichten über den russischen Kaiserhof. Am 8. Oktober empfing der Kaiser den außerordentlichen türkischen Gesandten Rifaat Pascha in feierlicher Audienz. Die dem Diplomaten erwiesenen besonderen Ehren ließen auf die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Rußland und der Türkei schließen, doch waren die in den Blättern darüber veröffentlichten Einzelheiten bloße Vermutungen. Vor der italienischen Reise des Kaisers traf Ministerpräsident Stolypin in Livadia zur Besprechung innerpolitischer Angelegenheiten ein. Eine der wichtigsten war die Ernennung des bisherigen Direktors der Reichsbank Timaschow an Stelle von Timirjasew, der doch zu auffällig im englischen Fahrwasser schwamm. Während der Reise des Kaisers wurde am 23. Oktober die Duma wieder eröffnet. Kaiser Nikolaus traf am 27. wieder in Warschau ein und kehrte nach Livadia zurück. Anfang November begann das bereits erwähnte Zeitungsduell „Iswolski gegen Ährenthal", das nicht zu Gunsten des russischen Ministers des Äußeren ausfiel.

Die inneren Wirren hatten Jahre hindurch die Augen von den Verhältnissen im Osten abgelenkt, allerlei beunruhigende Nachrichten von dort hatten im Herbst eine Inspektionsreise des Finanzministers Kokowzew und des Kriegsministers Ssuchomlinow nach der Mandschurei veranlaßt, und ersterer trat sogar in Verhandlungen mit dem russenfreundlichen Fürsten Ito ein, der aber bei seiner Ankunft auf dem Bahnhofe in Charbin durch einen Koreaner ermordet wurde. Kokowzew begab sich nach seiner Rückkehr Ende November nach Livadia zur Berichterstattung. Aus den unzuverlässigen und widerspruchsvollen Mitteilungen und gewissen, vom Optimismus Iswolskis getragenen offiziösen Preßnotizen läßt sich schließen, daß die wirtschaftliche Lage im Osten durchaus günstig ist, daß Japan sich militärisch auf alle Fälle einrichtet, daß aber zur Herstellung eines gewissen Gleichgewichts und zur Ausgleichung von Meinungsverschiedenheiten Verhandlungen stattfinden. Außerdem besteht kein Zweifel darüber, daß man in den leitenden russischen Kreisen dem Osten wieder größere Aufmerksamkeit zuwendet und bereits begonnen hat, aus dem mit Truppen überhäuften Westen Verlegungen nach den östlichen Gouvernements vorzunehmen. Die Ernennung Iswolski zum Mitgliede des Reichstages am Namenstage des Zaren wollten viele als Anzeichen seines baldigen Rücktritts deuten, sie haben aber bis jetzt nicht recht behalten. In der Nacht zum 22. Dezember fiel der Petersburger Polizeichef Oberst Karpow einem terroristischen Anschlag zum Opfer. Ein ehemaliger Revolutionär Woskressenski hatte sich als Geheimagent der Polizei anwerben lassen und auch das Vertrauen Karpows zu erwerben verstanden, das er aber nur dazu benützte, um ihn in eine Falle zu locken und durch eine Bombe zu töten.

Die Duma tagte wieder zwei Monate und ging Ende Dezember auf vier Wochen in die Ferien, aber die Erneuerung Rußlands macht bei dem Tempo, mit dem sie arbeitet, recht langsame Fortschritte. Es ist in früheren Jahrgängen gesagt worden: Rußland braucht Taten und nicht Worte. Die Duma ist keineswegs untätig, aber wenn sie von den sechs Monaten ihrer Tätigkeit



allein vier auf das Budget verwendet, so sind dabei recht viele Worte überflüssig und sicher nichts weniger als Taten gewesen. Das Budget war übrigens von der sehr fleißigen Kommission am Jahresende nahezu durchberaten. Die Duma erledigte sonst noch die Vorlage über die Organisation des bäuerlichen Grundbesitzes in erster und zweiter Lesung, die Reform der Gerichtshöfe erster Instanz, das Gesetz über die bedingte Verurteilung und einige unbedeutendere Vorlagen in erster Lesung. Mit Interpellationen wurde kein Mißbrauch getrieben. Der zurückgetretene Handelsminister Timirjasew erhielt aber nachträglich noch ein Mißtrauensvotum, weil er ungesetzlicherweise naphthahaltige Ländereien an hohe Beamte verpachtet hatte, auch der Justizminister Schtscheglowitow erhielt ein Mißtrauensvotum für die unglaublich ungeschickte Verteidigung eines Zirkulars über die Zulassung von Rechtsanwälten in die Gefängnisse. Am 29. Dezember bewilligte die Duma nach zweitägiger geheimer Beratung einstimmig 10,700.000 Rubel für die Reorganisation der Armee und Dislokationen. Unter der Formel des Überganges zum territorialen System werden die im Westen überschüssigen Truppen nach dem Inneren zurückgezogen.

Nationale Angelegenheiten.

An Stelle der früheren panslawistischen Strömung macht sich in neuerer Zeit immer mehr eine nationalistische Richtung geltend mit der Devise „Rußland für die Russen". Ihr Ziel ist die Zentralisierung des Reiches und die Verschmelzung der anderen Nationen mit dem Russentum, sie ist durch die nationalen revolutionären Bestrebungen des Jahres 1905 gestärkt worden und sie wird durch das Parlament gefördert. Auf diesem Standpunkte stehen sowohl die reaktionäre Rechte wie die verfassungstreuen Oktobristen und selbstverständlich auch die Regierung. Ob diese Politik ihren Zweck erreichen wird, ist eine Frage, die nur die Zukunft lösen kann.

Natürlich ist der Panslawismus noch nicht tot, im Gegenteil gaben verschiedene allslawische Konventikel allen, die sich über solche Dinge beunruhigen wollen, reichliche Gelegenheit. Am 19. April wurde in Petersburg ein allslawischer Kongreß eröffnet, dessen Beratungen zum Teil geheim waren, aber trotzdem mit dem üblichen Skandal endeten. Zwischen Polen und Russen klafft noch immer ein Abgrund von Haß und Widerwillen, der sich nur gelegentlich durch den gemeinsamen Deutschenhaß schließt. Ebenso resultatlos verliefen Ende Mai in Petersburg die Verhandlungen des im vorigen Jahre in Prag gewählten allslawischen Ausschusses. Die Vermittlung des Tschechenführers Dr. Kramarsch hatte keinen Erfolg, denn die Russen können ihm seine verklausulierte Zustimmung zur Annexion von Bosnien nicht verzeihen. Der Beschluß, eine allslawische Bank zu gründen, ist schließlich in einer Weise verwirklicht worden, daß sie höchstens zur Eroberung des Balkans für die russische Industrie dienen wird. Die Tschechen und Südslawen hatten sich die Sache doch anders gedacht.

Die russische Regierung hat die zeitweilig geübte Politik der Schonung des polnischen Nationalbewußtseins wieder aufgegeben. Die polnische Sprache wird in Schule und Amt wieder verfolgt, die orthodoxe Kirche gegenüber der katholischen in jeder Weise bevorzugt. Im Mai wurde der Duma ein Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem gewisse vorwiegend von Russen bewohnte Landstriche der Gouvernements Siedlce und Lublin als Gouvernement Cholm aus dem „Zartum Polen" ausgeschieden werden sollen. Auch der Gesetzentwurf über die Selbstverwaltung in den Westprovinzen und der am 20. Oktober von Stolypin in der Duma entwickelte Plan einer polnischen Städteordnung lassen keinen Zweifel darüber bestehen, daß den letzten polnischen Vorrechten das Ende bereitet wird. Der Warschauer Generalgouverneur hat sogar die Sammlungen und eine allgemeine Feier der Schlacht bei Tannenberg verboten. Dafür taten sich die Polen ein Gutes mit einer landwirtschaftlichen und industriellen Ausstellung in Czenstochau, die nach dem gescheiterten Boykott deutscher Erzeugnisse nun der slawischen Welt die polnischen Produkte empfehlen sollte.

Über Finnlands staatsrechtliche Stellung wird viel geschrieben, weil darüber wohl viele Reden, Manifeste und Erlässe mit unbestimmten Ausdrücken, aber keine eigentlichen rechtlichen Bestimmungen existieren. Die auf den Einheitsstaat gerichteten und Finnland betreffenden Bestrebungen der Regierung finden ungeteilte Zustimmung in allen national russischen Kreisen, denen die neuerdings sehr feindlich gesinnte fremde Nation unmittelbar vor den Toren Petersburgs unheimlich zu werden beginnt. Das war schon während der Revolutionsjahre 1905 und 1906 der Fall, aber seitdem nach Einführung des allgemeinen Wahlrechts die Sozialdemokraten die führende Partei geworden sind, ist die Stimmung nicht besser geworden. Eine dreimalige Auflösung des Landtages hat in dieser Beziehung wenig geändert. Im vorigen Jahrhundert lag die politische Führung des Landes in den Händen der Schweden, die politisch gewandt genug waren, sich mit Rußland auf erträglichem Fuße zu erhalten. Seit aber die mürrischen, mißtrauischen und hartköpfigen Finnen die Politik des Landes führen, ist von Verhandlung und Ausgleich gar nicht mehr die Rede. Daß das Land mit diesem Standpunkte gegenüber der Macht Rußlands nichts erreichen kann, liegt auf der Hand, und alle auswärtigen Sympathien und Russenfeindschaften helfen ihnen nicht das geringste. Die Absicht der russischen Regierung, aus triftigen militärischen Gründen das Gouvernement Wiborg, das schon von Peter dem Großen erobert und erst hundert Jahre freiwillig Finnland zugeschlagen wurde, wieder abzutrennen, ist aber Ende Oktober vorläufig wieder fallen gelassen worden.

Verschiedenes.

Die russischen Bauern sind so sehr an den „Mir" gewöhnt und infolge davon so mißtrauisch gegen die eigene selbständige Leistungsfähigkeit geworden, daß sie nur schwer dazu zu bringen sind,

den ihnen gesetzlich zustehenden Anteil am Gemeindeland auch wirklich zu erwerben. Sie sind auch mißtrauisch gegen die Beamten und das von diesen kommende Befreiungswerk. Es wird viele Mühe kosten, hier eine Wandlung zu bewirken und vor allen die über die Angelegenheit erregten Bauern davor zu bewahren, daß sie nicht der Agitation der Agrarsozialisten verfallen. Für dieses Jahr ist wohl noch nichts zu befürchten, denn die Ernte ist über alle Erwartungen gut ausgefallen, und für die Volksstimmung in Rußland spielt das Ernteerträgnis eine bedeutende politische Rolle. Bloß der Roggen brachte nur eine Durchschnittsernte, die anderen Getreidearten, namentlich Weizen und Hafer, gaben sehr reiche Erträge. Der Ernteausfall wirkt günstig auf verschiedene Industriezweige, namentlich auf die Fabrikation von Baumwollwaren, ein. Dagegen haben erhebliche Teile von Südsibirien infolge großer Dürre eine totale Mißernte erlitten und es ist eine Hungersnot zu befürchten, da keine Bahnverbindung dorthin besteht.

Am 18. Jänner starb Großfürst Wladimir Alexandrowitsch im 62. Lebensjahre, der älteste Oheim des Kaisers. Er galt im Auslande als das Haupt der Reaktion, und da er im Jänner 1905 in Petersburg das Oberkommando führte, als die von Gapon und anderen Leuten geführten Revolutionsmänner mit Waffengewalt auseinandergetrieben wurden, hat die radikale Presse aller Länder die alte Mähr wieder aufgefrischt. Er war wohl noch ein Vertreter der alten ritterlichen Strenge aus der Zeit des Kaisers Nikolaus I., aber er hat sich nie zu politischen Intrigen hergegeben, am allerwenigsten zum eigenen Besten, und er war der einzige Großfürst, der auch dem Zaren ein ernstes Wort zu sagen wagte, was bekanntlich Alexander III. nicht vertrug. Er war zu jeder Zeit ein Freund Deutschlands.

Großfürst Michael Nikolajewitsch, ein Großvatersbruder des Kaisers Nikolaus, schied am 18. Dezember in Cannes, wo er sich wegen seiner Gesundheit dauernd aufhielt, im 67. Jahre aus dem Leben. Er war Großvater der deutschen Kronprinzessin Cäcilie. Schon frühzeitig in den Militärdienst getreten, war er längere Zeit mit Erfolg Statthalter im Kaukasus und befehligte im Kriege 1877—1878 die russische Armee in Asien. Später war er viele Jahre Präsident des Reichsrates. Er besaß infolge der Eroberung von Kars den Georgsorden erster Klasse, dessen letzter Inhaber er seit dem Tode Kaiser Wilhelms I. war.

Skandinavien.

Schweden nimmt fortwährend die Stellung eines geordneten, fortschreitenden Staatswesens ein, am allerwenigsten hat seinem Ansehen die Lostrennung Norwegens geschadet. Der Reichstag wurde am 15. Jänner eröffnet, die am folgenden Tage vom König verlesene Thronrede konstatierte befriedigende äußere und innere Verhältnisse, das Budget betrug 228 Millionen Kronen. Das vor zwei Jahren beschlossene Wahlrecht, das eine Erweiterung des Stimmrechts mit Proportionalwahlen einführt, erhielt am 10. Februar die verfassungsmäßige zweite Genehmigung der beiden Kammern mit großer Mehrheit. Mitte März erfolgte eine Umbildung des Ministeriums Lindmann. Am 27. März bewilligten beide Kammern in gemeinsamer Abstimmung drei Millionen zur Anschaffung von neuem Feldartilleriematerial. Am 6. Juni wurde die Feier des hundertjährigen Bestandes der Verfassung begangen. Am 26. machte das russische Kaiserpaar seinen Gegenbesuch in Stockholm. König Gustav war mit seiner Gemahlin entgegengefahren, begrüßte die Gäste auf der „Standart" und geleitete sie an Land. Die Fahrt nach dem Schlosse fand unter lebhaften Kundgebungen statt, Nachmittags brachte ein großer Sängerchor dem Kaiserpaare eine Huldigung. Abends fand im Schlosse ein Prunkmahl statt, bei dem Toaste gewechselt wurden, die die verwandtschaftlichen Beziehungen der Fürstenhäuser und das treffliche Verhältnis beider Länder warm betonten. Am folgenden Tage war Frühstück auf der „Standart", später begaben sich die kaiserliche und königliche Familie nach Schloß Tullgarn, von wo am 28. nach der herzlichsten Verabschiedung die Abreise der russischen Gäste erfolgte. Die guten Beziehungen zu Deutschland fanden ihren Ausdruck in der bereits erwähnten Eröffnung des Trajekts Saßnitz-Trelleborg, auch hatte am 17. Juni die Königin Viktoria ihrem Regiment in Stettin einen Besuch abgestattet. Ende Juli begann ein großer Arbeiterstreik infolge der Aussperrung von 40.000 Arbeitern, deren übermäßige Forderungen die Arbeitgeber damit abzuwehren suchten. Die Folge davon war ein Generalstreik, bei dem über 300.000 Arbeiter in den Ausstand traten. Dieser erste große Versuch einer disziplinierten Gewerkschaft, durch einen Generalstreik die Umgestaltung der gewerblichen und sozialen Verhältnisse eines Landes zu erzwingen, mißlang nach mehr als zweimonatlicher Dauer vollständig, nachdem er ungeheure Verluste gebracht hatte. Erbitterte Elemente suchten sich durch einige Bombenattentate dafür zu rächen.

Norwegen. König Hakon eröffnete am 12. Jänner das Storthing mit einer Thronrede, die die auswärtigen Beziehungen für befriedigend und die Finanzlage als günstig bezeichnete. Da die radikale Regierung keine Mehrheit im Storthing besaß und darum im sozialdemokratischen Fahrwasser segeln mußte, so entstand im Lande eine Bewegung dagegen wie gegen die beabsichtigte Einführung einer besonderen norwegischen Staatssprache, des „Maal". Nach langen Debatten nahm im August das Storthing die neue Heeresordnung



an, die eine Verstärkung der Linie und Landwehr auf 70.000 Mann und die Vereinigung der bisher bestehenden einzelnen Bataillone in Regimenter und höhere Verbände bringt. Die Neuwahlen im Oktober und November brachten eine Niederlage der Regierungspartei trotz ihres Zusammengehens mit den Sozialdemokraten, die ihre elf Sitze behaupteten. Die zum erstenmale mitwählenden Frauen hatten die Entscheidung gebracht. Am 27. November wurde unter Teilnahme des Königs die neue Bergensbahn eröffnet, die eine Verbindung zwischen dem Osten und Westen des Landes herstellt und eine vorzügliche Leistung der Ingenieurkunst bildet.

Dänemark. Einen Tag nach der 250jährigen Jubelfeier der Abwehr des schwedischen Sturmes auf Kopenhagen brachte Ministerpräsident Neergard das Landesverteidigungsprogramm, das sich wesentlich auf die Befestigung von Kopenhagen bezieht, im Folkething ein. Bei der Zusammensetzung dieser Körperschaft war an die Annahme nicht zu denken und deswegen wurde der Reichstag am 6. Mai geschlossen. Das am 25. neugewählte Folkething lehnte am 21. Juli die Vorlage wieder ab, worauf das Ministerium zurücktrat. Am 16. August kam das neue Ministerium Graf Holstein-Ledreborg zu stande, das aber unpopulär war, da der frühere Ministerpräsident Christensen dazu gehörte. Trotzdem nahm das Folkething am 31. August die umgewandelte Vorlage an sowie auch am 24. September die vom Landsthing beschlossenen Abänderungen. Wegen der Erbitterung, die gegen den dem früheren Ministerium Christensen angehörenden, großartiger Unterschlagungen schuldigen Justizminister Alberti herrschte, erteilte das am 4. Oktober wieder zusammengetretene Folkething dem Gesamtministerium am 22. ein Mißtrauensvotum. Das Kabinett trat zurück, obgleich Christensen schon ausgeschieden war. Es wurde das radikale Kabinett Zahle gebildet, das neben Alberti die Bestrafung der früheren Minister Christensen und Berg in Aussicht stellte und sich bei der radikalen Presse aller Länder dadurch in große Gunst setzte, daß es auf Rang, Titel, Orden u. dgl. verzichtete.

Mittel- und Kleinstaaten.

Niederlande. Die parlamentarischen Verhältnisse hatten sich insofern gebessert, als das konservative Ministerium sich die gemäßigten Liberalen befreundet und die sozialdemokratische Partei sich gespalten hatte. In freudiger Erwartung eines Thronerben war man schon seit Ende Februar mit Stiftungen und Geschenken beschäftigt, ein königliches Dekret verlieh dem zukünftigen Thronerben den Namen Oranien-Nassau, die Generalstaaten nahmen am 1. April das Regentschaftsgesetz an, das in erster Linie die Königinmutter und erst nach ihr den Prinzen Heinrich mit der eventuellen Regentschaft und Vormundschaft betraut. Die Niederkunft der Königin erfolgte am 30. April, unter Glockengeläute und Kanonendonner gab sich die Bevölkerung unbeschreiblicher Freude über die Geburt der Prinzessin hin, die den Namen Juliana Luise Emma Marie Wilhelmina erhielt. Die Neuwahlen zur Kammer im Juni brachten einen entschiedenen Sieg der Rechten, die Linke rächte sich dafür, indem sie den einstigen Minister und jetzt am meisten gefürchteten Führer der Rechten Dr. Kuyper des Ordensschachers beschuldigte. Das Parlament wurde am 21. September durch den Ministerpräsidenten Dr. Heemskerk mit einer Thronrede eröffnet, die sehr inhaltreich war. Die Haupttätigkeit der Generalstaaten mußte sich indessen auf die Beseitigung des Defizits richten, das in den letzten Jahren auf mehr als 100 Millionen Gulden angewachsen war, indessen zog der Finanzminister im Dezember die Vorlage auf Erhöhung der Einfuhrzölle wieder zurück. Am 30. November erklärte der Minister des Äußern in der zweiten Kammer, daß das im Vorjahre abgeschlossene Nordseeabkommen den Vertragsmächten keine militärischen Verpflichtungen auflege. Das im Frühjahre mit dem venezuelanischen Gesandten Dr. Paul abgeschlossene Friedensübereinkommen war von der Regierung in Caracas nicht anerkannt



Robert Comtesse, Bundespräsident.

und bis zum Jahresende kein Abschluß erreicht worden.

Belgien. Die gespannte politische Lage zu Anfang des Jahres wurde vom Kriegsminister General Hellebaut benützt, den Bau der Befestigung Antwerpens ernstlich in Angriff zu nehmen und für die Beschaffung der notwendigen Artillerie, die zu zwei Dritteln von Krupp bezogen

werden soll, eine auf drei Jahre verteilte Summe von 27 Millionen zu beanspruchen. Als die Kammer Anfang August vertagt wurde, hatte sie außer dem Budget nur einige unbedeutende Vorlagen erledigt und die dringliche Heeresreform wieder auf den Herbst verschoben. Die deswegen im Oktober einberufene außerordentliche Sitzung der Kammer wurde am 5. November ohne Resultat geschlossen, um am 9. zur ordentlichen Sitzung wieder zusammenzutreten, die am 18. mit dem Beschluß auf Einführung des persönlichen Heeresdienstes für die Landesverteidigung die notwendige Grundlage schuf. Die klerikale Mehrheit hatte sich dabei gespalten, die Mehrheit war durch die Unterstützung der Liberalen geschaffen worden. Am 1. Dezember wurde der gesamte Gesetzentwurf mit 104 gegen 49 Stimmen angenommen, und am 11. stimmte auch der Senat zu. König Leopold II. hatte damit sein seit Jahren eifrig gefördertes Ziel erreicht. Er lag aber schon auf dem Totenbette. Seit der ersten Dezemberwoche erkrankt, verschied er in der dritten Morgenstunde des 17. Dezember im 75. Lebensjahre. Er war ein hervorragender Politiker, aber ein schlechter Familienvater. Der Nachwelt wird er als einer der tüchtigsten Herrscher unserer Zeit und als ein starker Förderer der Wohlfahrt seines Landes erscheinen, dem er die von ihm geschaffene Kongokolonie als Erbschaft hinterließ. Die feierliche Beisetzung erfolgte am 22. vom Stadtschlosse in Brüssel nach der Marienkirche unter ungeheuerem Andrange der Bevölkerung. Sein Nachfolger, König Albert, ist der Sohn seines Bruders Balduin; er ist 1875 geboren und besitzt zwei Söhne. Er wird als liberal geschildert. Am 23. hielt er seinen feierlichen Einzug in Brüssel, wurde von der überaus zahlreichen Menschenmenge begeistert begrüßt und leistete in der Kammer den Eid auf die Verfassung in französischer und vlämischer Sprache. Die Thronrede sprach sich in idealer Auffassung über die Pflichten der Regierenden für die Hebung der Volksmoral und Bildung, die Fürsorge für die Armen und Enterbten und über die zivilisatorische Aufgabe der Kolonialpolitik aus. Die Botschaft rief im ganzen Lande einen tiefen Eindruck hervor. König Albert hatte als Thronfolger von April bis August eine Bereisung des Kongostaates unternommen und wurde bei der Rückkehr in Antwerpen und Brüssel mit großen Ehrungen empfangen. Mit der Kongokolonie hat Belgien viele Schwierigkeiten, die teils in der Natur der Sache liegen, teils darin, daß die Vereinigten Staaten und England ihre Anerkennung noch nicht erklärt haben; namentlich letzteres verhält sich stark feindselig.

Schweiz. Infolge der Verstaatlichung der Gotthardbahn wurde in einer Konferenz in Bern am 20. April mit Deutschland und Italien, die seinerzeit zum Bau der Bahn 120 Millionen beigesteuert haben, eine Vereinbarung über die Übernahme der deutschen und italienischen Bahnbeamten, Berücksichtigung der ausländischen Industrie bei Neuanschaffungen 2c. abgeschlossen. Im März beschlossen National- und Bundesrat über die Rheinregulierung, gegen deren technische Durchführung Bedenken erhoben worden waren, daß der Vertrag mit Österreich durchgeführt werden müsse. Am 4. Oktober wurde in Bern das vom Bildhauer René de St. Marceaux geschaffene Weltpostdenkmal mit großen Feierlichkeiten und bei Anwesenheit zahlreicher Vertreter der Weltpostvereinsstaaten eingeweiht. Am 13. November wurde mit Deutschland ein Niederlassungsvertrag abgeschlossen. Am 16. Dezember wurden zum Bundespräsidenten der bisherige Stellvertreter Robert Comtesse mit 148 Stimmen gewählt. In der Frühjahrstagung bewilligte die Bundesversammlung 6 Millionen für Schießplätze, die durch die Neubewaffnung der Artillerie notwendig geworden sind. Für die Neubewaffnung der Fußtruppen, die in vier Jahren durchgeführt werden soll, wurden 15,717.000 Francs bewilligt. Das neue Gewehr wird eine für das Spitzgeschoß berechnete Abänderung des bisherigen sein.

Pyrenäische Halbinsel.

Spanien. Man weiß im übrigen Europa sehr wenig von der pyrenäischen Halbinsel. Nur Maler, Historiker, Ingenieure und Geschäftsreisende kommen dahin. Alle Zeitungsberichte von dort sind unzuverlässig, oft offiziös schön gefärbt, die meisten aber im Interesse des liberalen Radikalismus und Republikanismus übertrieben. Erfreulich sind die Zustände dort nicht, aber weniger infolge des immer vorgeschobenen Klerikalismus als vielmehr wegen des zum ausbeuterischen Zerrbild gewordenen Parlamentarismus, einerlei ob gerade konservativ oder liberal regiert wird. In Spanien war das Kabinett Maura noch im Amte, aber die Anschuldigungen gegen ihn wegen Bestechlichkeit häuften sich, die Partei nahm ihn aber innerhalb und außerhalb der Kammer in Schutz. König Alfons machte Mitte Februar dem Könige Manuel einen Besuch und besichtigte am 8. März die spanische Stellung in Ceuta. Am 31. traf er mit dem König Eduard in Miramar bei Biaritz zusammen und am 20. Juli empfing er dort auch den Prinzen Heinrich von Preußen, der die vor Bilbao liegende deutsche Hochseeflotte befehligte. Ende Juli wurde über Barcelona wieder einmal der Belagerungszustand verhängt; dort ist der Herd des spanischen Freimaurertums, der separatistisch katalonischen, der republikanischen und sozialistischen Bewegung, deren Werkzeuge die Anarchisten sind. Die Unruhen hatten sich diesmal im wesentlichen gegen die Klöster gerichtet, aber die Greuelnachrichten der englischen Blätter darüber waren geradezu erlogen. Es wurden infolge der

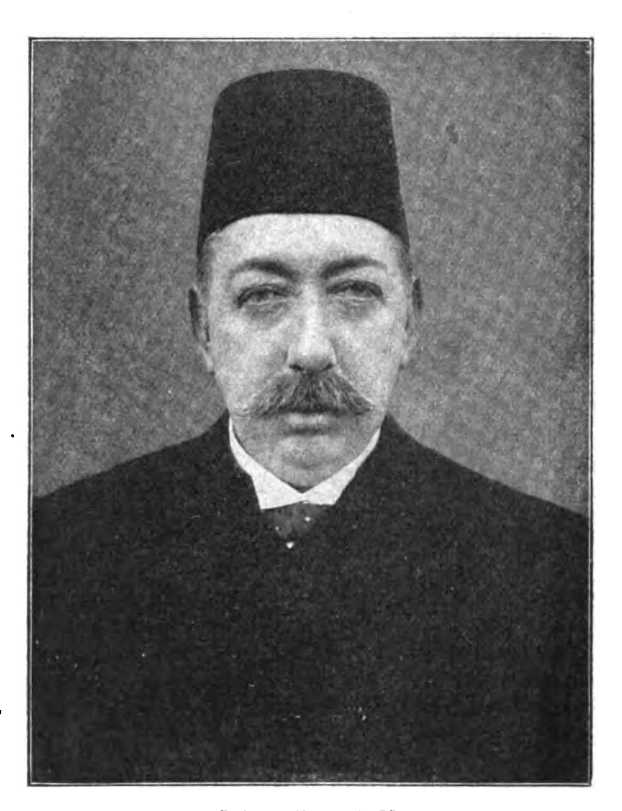


Ausschreitungen und Widersetzlichkeiten zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, darunter die des Anarchistenführers Franzisko Ferrer, für den sich plötzlich die ganze radikale Presse des Weltteils ins Zeug legte. Er wurde vor das Kriegsgericht gestellt, das ihn nach öffentlichem rechtlichen Verfahren zum Tode verurteilte. Man erschoß ihn am 13. Oktober, worüber sich in Spanien niemand wunderte, wie kurz darauf der liberale spanische Minister des Äußern ausdrücklich in der Kammer erklärte. Am 21. Oktober reichte das Ministerium Maura seine Entlassung ein, hauptsächlich wegen der Beschuldigung zu schwächlicher Kriegführung in Marokko. Es folgte das liberale Kabinett Moret. Am 8. November erwiderte König Manuel in Madrid den Besuch des Königs Alfons. Es waren ganz außergewöhnliche militärische Sicherheitsmaßregeln getroffen worden. Abends war Diner im königlichen Schlosse, an den beiden folgenden Tagen Parade bei Carabanchel und Jagd in Casa di Campo, worauf König Manuel nach Paris weiterreiste. Die Cortes wurden bis zum Ende des Jahres nicht wieder einberufen.

Portugal. Noch verworrener als in Spanien waren die Verhältnisse in Portugal. Am 14. Februar hatte König Manuel in Villavicosa mit dem König Alfons eine Begegnung, bei der sie längere Unterredungen unter vier Augen mit einander hatten. Das Parlament wurde am 1. März vom Könige mit einer Thronrede eröffnet. Es kam zu mehrfachen parlamentarischen Skandalen, infolge deren das Ministerium Campos Henriques am 31. seine Entlassung nahm. Am 10. April war das neue progressistische Ministerium Telles gebildet. Am 23. wurde das Land von einem schweren Erdbeben heimgesucht, der König besuchte am folgenden Tage das am schwersten betroffene Gebiet Benavente. Anfang Mai trat das Kabinett Telles zurück und es folgte das Ministerium Lima. Die Kammern wurden bis zum 21. Juli vertagt. Namentlich die trostlose Finanzlage führte zu ununterbrochenen parlamentarischen Streitigkeiten. König Manuel trat am 7. November eine Reise nach Madrid, Paris und London an, von der er am 4. Dezember zurückkehrte. Am 22. Dezember wurde ein neues Ministerium Beirao gebildet.

Balkanstaaten.

Türkei. Als die Jungtürken der selbstherrlichen Regierung Abd ul Hamids die Verfassung aufzwangen, jubelten ihnen viele aufrichtige Herzen im Auslande entgegen, denn nach weitverbreiteter Meinung bedeutet eine Verfassung den Frieden. Wir haben freilich erlebt, daß die Folgen der türkischen Verfassungsbewegung den Weltteil an den Rand eines großen Krieges gebracht hatten, und wenn wir speziell den Balkan ins Auge fassen, so sehen wir, daß alle dortigen Staaten, mit Ausnahme des parlamentarisch verwahrlosten Griechenlands, eifrig rüsten, denn ihnen erscheint eine gekräftigte Türkei gefährlich. Daß sie es wirklich sein kann, obgleich man in Stambul für Armee, Marine und andere verkommene Staatseinrichtungen schon vieles getan hat, erscheint nicht sehr wahrscheinlich. Bei dem Umschwunge war die Losung eines Ottomanentums ausgegeben worden, aber der Versuch ist nicht gelungen, die alten nationalen Gegensätze zwischen Türken und Christen und wieder unter diesen bestehen weiter. Ob die jungtürkische Herrschaft dem Lande zum Segen gereichen wird, ist noch heute eine offene Frage. Äußerlich machte sich die kurz vor Neujahr ins Leben getretene Kammer recht gut, die parlamentarischen Formen wurden ganz hübsch praktiziert, aber in Mazedonien war nach dem ersten Freiheitsrausch der politische Wirrwarr wieder im Gange. Schon am 13. Februar erhielt der Großwesir Kiamil ein Mißtrauensvotum, sein Nachfolger wurde Hilmi Pascha. Gegen die neuen Verhältnisse bestand eine entschiedene Gegnerschaft unter den Hodschas und Softas (Theologen), zu denen sich viele aus ihren Ämtern Vertriebene gesellten. Darauf gestützt, inszenierte Abd ul Hamid am 13. April



Sultan Mehmed V.

eine Revolte des ihm treugebliebenen Militärs, das sich rasch in den Besitz der Stadt setzte und ein neues Ministerium unter Tewfik Pascha bildete. Die jungtürkischen Offiziere rafften sich aber bald zusammen, vereinigten aus Mazedonien 30.000

Mann und eroberten die Stadt wieder, worauf die Kammer die Absetzung Abd ul Hamids, die ein Fetwa der obersten geistlichen Behörde für geboten erachtete, aussprach. Am 27. April Nachmittags wurde sein jüngerer Bruder Reschad als Muhammed V. zum Sultan ausgerufen, Abd ul Hamid wurde in Saloniki interniert und Hilmi Pascha wurde wieder Ministerpräsident. Seitdem hat die Herrschaft der Jungtürken das Bestreben gezeigt, das Reich im Innern zu festigen und sein Ansehen nach außen zu heben. Da der Sultan vollkommen einflußlos ist, beruht tatsächlich alles Heil des Staates auf den europäisch gebildeten Generalen, in Kleinasien und Arabien ist man aber mit der Wendung der Dinge in Stambul keineswegs zufrieden, desgleichen in Albanien. Vorläufig führte der Höchstkommandierende der rumelischen Armee, Mahmud Schefket Pascha, einer der tüchtigsten und ehrlichsten Offiziere, eine Art Militärdiktatur. Am 23. Juli wurde der Jahrestag der Einführung der Verfassung unter außerordentlicher Teilnahme der Bevölkerung feierlich begangen. Bei der Parade in Konstantinopel waren der Sultan, der Thronfolger und andere Prinzen, der Khedive und der wieder in türkische Dienste getretene General Frhr. v. d. Goltz anwesend. Am 21. August wurde die Kammer bis zum 14. November geschlossen; sie hat gerade nicht viel geleistet, sondern mehr geredet, wozu freilich viel Grund vorlag. Die Wiedereröffnung erfolgte durch den Sultan mit einer Thronrede. Am 28. Dezember gab der Großwesir Hilmi Pascha seine Demission wegen der Haltung der Kammer gegen die Verleihung der Schiffahrtskonzession auf dem Euphrat und Tigris an eine englische Gesellschaft.



Hilmi Pascha, Großwesir.

Rumänien hat seit seinem fünfzigjährigen Bestehen so außerordentliche Fortschritte gemacht, daß es von einem Teile der Presse schon gar nicht mehr zu den eigentlichen Balkanstaaten, sondern zu den vollkommen europäischen Mächten gerechnet wird. Man darf wohl sagen, daß ein wesentliches Verdienst dafür dem Könige gebührt, der in seinem mehr als vier Jahrzehnte unausgesetzten planvollen Bemühen gezeigt hat, was aus einem bildungsfähigen Volke zu machen ist. Es lag unter diesen Umständen nahe, daß der 70. Geburtstag des Monarchen am 20. April im Lande mit großer Begeisterung begangen wurde. Am 6. Februar war schon der 50. Jahrestag der Vereinigung der ehemaligen Fürstentümer Moldau und Wallachei gefeiert worden. Am 5. März war der Zar Ferdinand von Bulgarien auf der Rückreise von Petersburg zum Besuche in Bukarest eingetroffen und vom König Karl auf dem Bahnhofe als König begrüßt und nach dem Schlosse geleitet worden. Auf Wunsch des Königs sollte sein Geburtstag so wenig als möglich offiziell gefeiert werden, und darum traf von fremden Fürstlichkeiten nur der deutsche Kronprinz mit großem Gefolge am 19. April in Bukarest ein, wo ihm die Bevölkerung einen äußerst herzlichen Empfang bereitete. Er überreichte dem König zu seiner Ernennung zum preußischen Generalfeldmarschall den Marschallstab. Die am Abend des 20. beim Prunkmahl gewechselten Trinksprüche waren ausschließlich militärischen Inhalts. Kronprinz Wilhelm blieb eine ganze Woche Gast des rumänischen Königshauses, wurde überall von der Bevölkerung sympathisch begrüßt und reiste am 25. nach Wien ab. Wie schon erwähnt, machte im Juli auch der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand mit Gemahlin dem Königshause einen längeren Besuch. — Im Jänner war der verdiente Ministerpräsident Demeter Sturdza wegen Alter und Krankheit zurückgetreten und durch Jonel Bratianu ersetzt worden, der unter anderem am 5. August von Karlsbad aus dem Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg einen Besuch in Berlin abstattete und auch vom Kronprinzen empfangen wurde. Am 11. Oktober wurde



Jonel Bratianu, rumän. Ministerpräsident.

bei Anwesenheit des Königs und der königlichen Familie der neue Hafen von Constanza mit großen Feierlichkeiten und unter ungeheuer zahlreicher Teilnahme eröffnet. Die Thronrede bei Eröffnung des Parlamentes am 28. November betonte die günstige Finanzlage und gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung des Landes.

Serbien. Das Land hat hoffentlich aus den bitteren Erfahrungen des Frühjahres für die Zukunft die Lehre gezogen, daß eine erhitzte politische Phantasie und die Hoffnung auf fremde Hilfe einen Machtzuwachs weder bedeuten noch bewirken. Die innere Lage ist durch die Beseitigung des Prinzen Georg von der Thronfolge erheblich erleichtert worden und auch die Parteien haben etwas aus den Ereignissen gelernt, leider nicht genug und kaum nachhaltig. Jedenfalls ist ein zweimaliger Ministerwechsel in einem Jahre für ein Land, das sich ernstlich emporarbeiten will, nicht nützlich, noch weniger die Parteiintrigen und die Bestechlichkeit. Das letzte Ministerium Pasitsch bietet keine besondere Garantie dagegen. Ziemliches Aufsehen machte ein mehrwöchentlicher Besuch in dem berühmten Kapaonikgebirge in Serbien durch den König Ferdinand, der auch später am 25. November zu einem Besuch des Königs Peter in Belgrad eintraf und vom Königshause wie von der Bevölkerung warm bewillkommnet wurde. Man brachte den Besuch mit dem sagenhaften Balkanbund in Verbindung, der offenbar von Iswolski gewünscht, aber von Österreich-Ungarn und der Türkei sicher nicht begünstigt wird.

Bulgarien. König Ferdinand versucht, dem Beispiel des rumänischen Monarchen zu folgen, und bisher ist es ihm geglückt. Unterschiede dürften sich nur aus dem anders gearteten Charakter der beiden Völker ergeben. Die Anerkennung der Selbständigkeit und der Königswürde ist erreicht worden, die Beseitigung der Kapitulationen wird mit Energie betrieben. So konnte am 5. Oktober der Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung im ganzen Lande mit großer Feierlichkeit begangen werden. Die Hauptfeier fand in Tirnowa, auf Wunsch des Königs in mäßigem Umfang, statt. Die Sobranje wurde von ihm am 28. Oktober mit einer sehr würdig und maßvoll gehaltenen Thronrede eröffnet und verhandelt mit großer Ruhe.

Griechenland. Wie man es auf dem Balkan nicht machen darf, zeigt das Land der einstigen Hellenen. Die Parteienmißwirtschaft hat die Finanzen, Heer und Flotte heruntergebracht und das Ansehen der Krone untergraben. Schon am 6. März kam es deswegen zu Tumulten gegen die Kammer, die Enttäuschung, daß bei der letzten Balkankrise nicht einmal Kreta zu erlangen gewesen war, schlug dem Fasse den Boden aus. Nach dem Beispiele ihrer jungtürkischen Kollegen nahmen schließlich die griechischen Offiziere Ende August die Sache in die Hand, ihr Leiter Oberst Zorbas diktierte dem neuen Kabinett Mawromichalis und der Kammer, was sie zu tun und zu lassen hätten, und setzten das Ausscheiden der königlichen Prinzen aus der Armee durch; sie verließen das Land und der König hatte zeitweilig die Absicht abzudanken. Ende Oktober machten einige Marineoffiziere unter Führung eines gewissen Typaldos einen besonderen Putsch, der einen höchst lächerlichen Ausgang nahm. Am Jahresschlusse war die Lage noch vollkommen unklar. Trotzdem wollen die Kreter durchaus griechisch werden, wogegen die Pforte die Schutzmächte anruft und eventuell mit Anwendung von Gewalt droht. Um Verwicklungen zu vermeiden, haben die Schutzmächte erklärt, sie würden den status quo aufrecht erhalten.

Amerika.

Roosevelt.

Bei der letzten Präsidentenwahl stand die Bevölkerung an einem Scheidewege. Wollte sie die ausbeutende Macht der Trusts vollkommen brechen, so mußte sie den demokratischen Kandidaten wählen; dann hätte sie freilich die imperalistische und die schutzzöllnerische Politik in der Hauptsache aufgeben müssen. Sie schlug einen Mittelweg ein und wählte mit sehr großer Mehrheit Taft, von dem sie erwartete, er werde die ihr im allgemeinen sehr zusagende Politik Roosevelts fortsetzen, der den Trusts die Zähne gezeigt, wenn er auch gegen den von jenen beherrschten Senat wenig ausgerichtet hatte, aber doch im inneren und äußeren Wege wies, die dem Lande eine glänzende Zukunft eröffneten. Es läßt sich nun nicht in Abrede stellen, daß die Vereinigten Staaten, seitdem Roosevelt das Weiße Haus verlassen hat, am allgemeinen Interesse viel eingebüßt haben, sogar im eigenen Lande. Die geschichtliche Bedeutung seiner Präsidentschaft liegt darin, daß er als Träger der obersten Staatswürde zugleich der persönliche Führer der Nation war. An der Durchführung der von ihm ausgestreuten politischen Gedanken werden noch Jahrzehnte zu arbeiten haben. Wohl infolge seiner niederländisch-germanischen Abstammung hatte er an die Stelle des bisher im Staatsleben allein geltenden manchesterlichen Liberalismus den politischen Idealismus gesetzt, der auch in dem nüchternen Amerikanertum zündete. Man lernte, vom eignen Staat, der nicht bloß eine Nützlichkeitsanstalt sein sollte, größer denken. Wie viel Roosevelt davon selbst durchzusetzen im stande war, ist dabei ziemlich gleichgültig. Man kann leichter den Sinn einer Bevölkerung als den lang eingewöhnten Gang einer Staatsmaschine umwandeln. Das amerikanische Volk empfindet längst, daß der manchesterliche Liberalismus seine Freiheit zerstört, weil er in den Trusts die Gesetzgebung beeinflußt. Es fühlte die Krankheit und sah in Roosevelt den Helfer,



der einen wirklichen Liberalismus, die freie Bahn dem Tüchtigen predigte, und zwar nicht durch sozialistische Verstaatlichung der großen Betriebe, sondern durch ihre Beaufsichtigung durch den Staat, um der Zerstörung des freien Wettbewerbs entgegenzuwirken und das Land dadurch für eine große Weltpolitik fähig zu machen. Man braucht sich darum durch seine erfolglosen Kämpfe mit dem Kongreß und die Urteile der New Yorker Blätter nicht beirren zu lassen, deren Verbindung mit den wirtschaftlichen Mächten offenkundig ist. Aber das Volk im Westen und auch im Osten liebt ihn und hofft, daß er wiederkehren wird.

Die letzten Monate der Amtsführung Roosevelts brachten den Ausbruch einer so intensiven Feindschaft weiter Kreise gegen ihn, die man trotz aller bisherigen stillen Gegnerschaft in beiden Vertretungskörpern doch kaum vermutet hatte. Die Trustmagnaten und ihr Anhang hatten ihn in kurzer Zeit nicht mehr zu fürchten und gingen rücksichtslos vor. Roosevelt rächte sich, indem er durch eine Botschaft und einen von ihm selbst veröffentlichten Brief an den Senatspräsidenten Hale mehrere seiner bittersten Gegner persönlich heftig angriff. Diese erwiderten mit Angriffen gegen die Integrität Roosevelts. Dergleichen unbewiesene gegenseitige Anschuldigungen sind im amerikanischen Parteileben nichts neues und üben keine nachhaltige Wirkung aus. Am 22. Februar kam nach ihrer 14monatlichen Weltumsegelung die Kriegsflotte wieder in den nordamerikanischen Häfen an und wurde von der Bevölkerung mit Enthusiasmus begrüßt. Die Fahrt hatte viel Geld gekostet, war aber die Veranlassung gewesen, daß Brasilien der Union Vorzugszölle gewährte, mit Japan ein Übereinkommen getroffen wurde und in Australien für britische Herzen sehr unangenehme Sympathien für den gemeinsamen Gegner der gelben Einwanderung laut wurden. Daß Roosevelt scharf gegen den Versuch Kaliforniens, sich der japanischen Einwanderung durch ein Verbot zu wehren, Einspruch tat, steht dem nicht entgegen. Solange die Union kein Geschwader im Großen Ozean mit den nötigen Stützpunkten besitzt, kann sie es zu keinem Konflikt mit Japan kommen lassen. Später dürfte die Sache anders werden. Der Senat beschloß auch bereits, daß es zu den Befugnissen des Präsidenten gehören solle, die Flotte auf beide Meere zu verteilen.

Präsident Taft.

Am 4. März fand unter schweren Unbilden der Witterung, die das herkömmliche Zeremoniell der Festlichkeiten stark beeinträchtigte, der Amtsantritt des neuen Präsidenten William Howard Taft statt. Der Akt mußte wegen des Schneesturmes im überfüllten Senatssaale abgehalten werden. Die geschmückten Straßen der Stadt waren trotzdem mit dichten Menschenmassen angefüllt, die den scheidenden wie den kommenden Präsidenten lebhaft begrüßten. Die Parade, an der 25.000 Mann der Armee, der Flotte und mehrerer Staatsmilizen teilnahmen, wurde abgehalten. Dem neuen Präsidenten brachte man als langjährigen Mitarbeiter seines Vorgängers allgemeines Vertrauen entgegen. Viele erwarteten von ihm auch die Fernhaltung wirtschaftlicher Katastrophen, deren Ursache die von den Trusts abhängige Presse Roosevelt zugeschrieben hatte. Natürlich hoffte man von ihm auch die energische Bekämpfung der Trusts und die Herabsetzung des nur diesen zu gute kommenden Zolltarifs. Wie üblich, hat der neue Präsident ein vollständiges Regierungsprogramm dargelegt. Er betonte wiederholt, er werde die Bahnen seines Vorgängers wandeln und die von ihm begonnenen Reformen fortsetzen. Über die Trusts äußerte er, er wolle „die Zügellosigkeit und den Mißbrauch der Macht der großen Kapitalassoziationen auf dem Gebiete der Eisenbahnen, der Industrie und des Zwischenhandels unterdrücken“. Zur Revision des Dingley-Tarifs solle am 15. März eine außerordentliche Session des Kongresses einberufen werden. Die Ankündigung eines Maximal- und Minimaltarifs erweckte freilich die Vermutung, daß nur eine Zollerhöhung herauskommen werde. Im übrigen enthielt das Programm nichts besonders Bemerkenswertes. Natürlich bekannte er sich auch zu der für jeden Nordamerikaner selbstverständlichen Monroe-Doktrin. „Wir sollten eine Armee besitzen, die so organisiert ist, daß sie im Fall der Not gemeinsam mit der nationalen Miliz sich zu einer Streitmacht erweitern kann, die genügte, um jeder wahrscheinlichen Invasion von auswärts Widerstand zu leisten, und auch, um ein ansehnliches Expeditionskorps zu liefern, das, wenn notwendig, unsere traditionelle amerikanische Politik aufrecht erhalten soll, die den Namen des Präsidenten Monroe trägt. Was vom Heere gesagt ist, gilt noch in höherem Maße von der Flotte“. Neben anderen erwähnte er noch die Einrichtung direkter Dampferlinien zwischen Nord- und Südamerika und die Bedeutung des Panamakanals.

Das Ministerium war folgendermaßen zusammengesetzt: Knox Staatssekretär des Auswärtigen, Mac Beagh Schatzsekretär, Dickinson Kriegssekretär, Wickersham Generalstaatsanwalt, Hitchcock Generalpostmeister, Mayer v. Lengerke Marinesekretär, Ballinger Inneres, Wilson Landwirtschaft, Nagel Handel und Arbeit. Es waren mindestens drei Minister ursprünglich deutscher Abkunft. Die nächste wichtige Aufgabe sollte die sogenannte Revision der Tarifbill sein, von deren Ausgang auch die Art und Weise abhängen mußte, in der die Trusts behandelt werden würden, denn der hohe Zolltarif ist die Nährmutter der Trusts. Wenn man den gesamten Verlauf der Tarifberatung kurz bezeichnen will, so handelte es sich um eine parlamentarische Komödie, an der sich selbst Taft beteiligte. Wer von ihm erwartet hatte, er werde mit Einsetzung seiner Autorität auf einer wirklichen Revision — d. h. nach unten, wie es die Mehrheit der Bevölkerung dringend wünschte — des Tarifs bestehen, sah sich gewaltig enttäuscht. Das war namentlich auch in Deutschland und Frankreich der Fall, wo man wieder einmal auf die gleißenden Worte der amerikanischen Blätter und die schüchternen Drohungen Tafts mit dem Veto gründlich herein-



gefallen war. Taft ist von seiner Partei gewählt worden, und in dieser republikanischen Partei herrschen die Trustkönige. Im Repräsentantenhause war die Tarifbill schon am 10. April angenommen worden. Der Mindesttarif bestand darnach aus den bisherigen höchsten Tarifsätzen und der Maximaltarif sollte noch um 25 bis 40 Prozent höher sein. Die Bestimmung, daß für die Verzollung nicht der Herstellungspreis im Auslande, sondern der Großhandelspreis in den Vereinigten Staaten maßgebend sein soll, war eine weitere Hinaufschraubung. Im Senat erlaubte sich der Hauptvorkämpfer der Zollerhöhung, Aldrich, heftige Angriffe auf die deutsche Reichsregierung, weil sie auf Ersuchen der nordamerikanischen Regierung dieser deutsche Lohnlisten geschickt hatte, fand aber dafür weder im Senat noch in der Presse Zustimmung. Kurzum, schon am 5. August war der neue Tarif im Repräsentantenhaus und Senat angenommen und Präsident Taft zur Unterzeichnung bereit. Daß er vor seiner Wahl selbst eine Tarifrevision in ganz anderem Sinne in Aussicht gestellt hatte, war vergessen, wer nimmt auch Wahlversprechungen gleich so ernst! Es hatte freilich in beiden Häusern des Parlaments der Parteidruck mit aller Energie ausgeübt werden müssen, um die Mehrheit herzustellen, denn namhafte Abgeordnete und Senatoren hatten Besorgnisse um die Zukunft ihrer Partei.

Auf dem Gebiete der äußeren Politik war von Taft eine ruhige Haltung bestimmt zu erwarten. Er ist kein Mann der Abenteuer und hat vor allen seinen Vorgängern den Vorteil der persönlichen Bekanntschaft mit zahlreichen europäischen, ostasiatischen und südamerikanischen Staatsmännern. Den Osten kennt er von seiner Statthalterschaft auf den Philippinen her gründlich, er hat darum großes Interesse für die asiatischen Angelegenheiten und er und Staatssekretär Knox verfolgen alle politischen und wirtschaftlichen Vorgänge in Ostasien mit großer Aufmerksamkeit. Es liegt auf der Hand, daß Japan schon darum nicht wünschen kann, seine Kräfte in einem neuen Kriege mit Rußland zu verbrauchen. Taft will im Osten die amerikanischen Wirtschaftsinteressen mit allen diplomatischen Mitteln fördern. Darum erhob der nordamerikanische Geschäftsträger in Peking im Juni scharfen Protest gegen den von der chinesischen Regierung mit europäischen Banken abgeschlossenen Anleihevertrag, der eine Option auf weitere Anleihen für Zweigbahnen und eine Bevorzugung englischer, deutscher und französischer Materialien vorschreibt. Der Protest erklärte das für unvereinbar mit dem Grundsatz der offenen Tür. Es wurde ein mächtiges amerikanisches Finanzsyndikat für China gebildet.

In den letzten Tagen des September fand in New York die Hudson-Fultonfeier statt zum 300-jährigen Andenken an die Entdeckung des Hudsonflusses und zur 100jährigen Erinnerung an den Erfinder des Dampfbootes Robert Fulton. Nun hat eigentlich Hudson den nach ihm benannten Fluß gar nicht entdeckt, sondern der in französischen Diensten fahrende Italiener Verrazano. Die Italiener in New York schlugen deswegen großen Lärm und setzten es durch, daß noch vor dem großen Feste der Grundstein zu einem Verrazanodenkmal gelegt werden mußte. Sonst ging die Feier in der geplanten Weise vor sich, die Hauptsehenswürdigkeiten waren die historisch getreuen Nachbildungen des „Halbmond", mit dem Hudson, und des „Clermont", mit dem Fulton den Fluß befahren hatte. Zur Flottenrevue hatten die Vereinigten Staaten einen großen Teil der aktiven Flotte herangezogen, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Österreich-Ungarn hatten Geschwader entsendet, auch Italien und Holland waren durch Schiffe vertreten. Die Zahl der Besucher der zwei Wochen dauernden Feste wurde über sieben Millionen angegeben. Illuminationen, Festzüge, Paraden aller Nationen, Marineparaden, Regatten, Empfänge, Einweihungen von Denkmälern und Erinnerungstafeln, Schulfeiern, Bankette, Ballonfahrten, Feuerwerke 2c. folgten aufeinander, den Schluß bildete am 9. Oktober die Illumination aller hochgelegenen Punkte des Flußufers. Die Haupttage waren die große Eröffnungsfeier mit der Flottenparade am 25. September, der historische Festzug am 27. und der Festzug der Deutschen New Yorks am 2. Oktober mit 50 Festwagen, die das ideale Wirken des Deutschtums in Amerika verkörperten. Als Vertreter Großbritanniens waren Admiral Seymour, Deutschlands Großadmiral v. Köster (beide sind Kampfgenossen aus dem Chinafeldzuge), Frankreichs der Sekretär der Akademie Darboux und Österreich-Ungarns der Botschaftsrat Frhr. v. Ambrozy anwesend.

Inzwischen hatte Präsident Taft eine große Agitationsreise durch das Land angetreten, die den Zweck hatte, den neuen Zolltarif zu verteidigen. Er meinte in seinen Reden, das neue Gesetz befriedige nicht völlig, sei aber das einzige mögliche gewesen. Das Volk könne bei den nächsten Kongreßwahlen darüber entscheiden, ob es eine Abänderung wünsche. In einer Rede sprach er sich auch scharf gegen die Tyrannei der Eisenbahntrusts aus. Am 2. und 15. Oktober wurde auch von Attentatsversuchen gegen Taft berichtet. Am 16. fand in den Grenzstädten El Paso in Texas und Juarez in Mexiko eine Begegnung der beiden Präsidenten Taft und Porfirio Diaz statt. Aus Besorgnis vor anarchistischen Kundgebungen waren von beiden Ländern große militärische Vorsichtsmaßregeln getroffen worden. Präsident Diaz hatte in El Paso mit Taft eine längere geheime Unterredung. Nachmittags erwiderte Taft den Besuch in Juarez, wo ein Diner stattfand. Der Zusammenkunft ist größere Bedeutung beizumessen als offizieller Beweis für die guten Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Am 6. Dezember trat der erste Kongreß unter der Präsidentschaft Tafts zusammen, und er erließ die verfassungsmäßige Jahresbotschaft. Diese beschäftigte sich zum großen Teile mit den Beziehungen zu den Mächten. Bemerkenswert ist die sehr wohlwollende und vertrauensvolle Äußerung über die Annexion des Kongostaates durch Belgien und über die dort in Aussicht genommenen Reformen. Über das lateinische Amerika wird betont, die veränderten Verhältnisse hätten die Besorgnisse, die zur Aufstellung der Monroedoktrin geführt hatten, fast ganz verschwinden lassen. Für Ostasien wird

die Gleichberechtigung der Mächte in China und die Integrität Chinas hervorgehoben, auch wird von freundschaftlichen Beziehungen zu Japan gesprochen. Für die innere Politik werden eine Änderung des Antitrustgesetzes und des Gesetzes über den Handel zwischen den einzelnen Unionsstaaten, sowie neue Gesetzentwürfe über die Erhaltung der nationalen Hilfsquellen und die Verbesserung der Wasserstraßen und der Bewässerung, dafür eine besondere Begründung noch folgen soll, in Aussicht gestellt. Sicher ist ja, daß die Shermansche Antitrustbill seit den zwanzig Jahren ihres Bestehens nicht verhindert hat, daß alle die Trusts, die man heute beseitigen möchte, entstanden sind. Taft will nun, im Sinne Roosevelts, eine Regelung der Kontrolle über die Trusts durchführen, will aber verhindern, daß das wirtschaftliche Leben durch das Vorgehen gegen die Trusts eine Störung erfährt, und schließlich will er ein neues allgemeines Trustgesetz schaffen, weil nach der bisherigen Gesetzgebung, wie die sich widersprechenden Gerichtsurteile beweisen, eine Scheidung in gesetzliche und ungesetzliche Trusts nicht möglich war. Wie viel aus diesen Plänen wird, muß abgewartet werden. Nach dem Schicksal des Zolltarifs im Parlament darf man über das Aussehen eines dort beratenen Trustgesetzes wohl neugierig, schwerlich aber überzeugt sein, daß etwa der Präsident sein Veto einlegen würde. Daß Präsident Taft über seine neuen Pläne und ihre Begründung noch nichts zu sagen gewußt hatte, enttäuschte viele, die einen wirklichen Fortschritt wollen und nicht zufrieden sind, daß immer nur davon geredet wird, während in Wirklichkeit nichts oder gar ein Rückschritt erfolgt.

Verschiedenes.

Der Rassengegensatz zwischen dem germanischen und dem lateinischen Amerika wird einer wirklichen allamerikanischen Vereinigung immer im Wege stehen. Bündnisse zu bestimmten Zwecken sind möglich, aber eine gegenseitige Durchdringung, die zur Hegemonie des Stärkeren führen würde, ist ausgeschlossen. Anscheinend hat man in der Union die Absicht, mit dem Kapital und der Eisenbahnschiene, sowie mit dem ideellen Mittel der allamerikanischen Propaganda die Ziele des Monroeismus zu erreichen und vor allen Dingen den europäischen Wettbewerb aus dem Felde zu schlagen. Die mächtigsten Finanzkonsortien mit Pierpont Morgan an der Spitze haben eine Pan American Bank gegründet, die in allen bedeutenden südamerikanischen Handelsplätzen Filialen errichten will, um die Herrschaft des Dollars vorzubereiten. Man dürfte auf diesem Wege erfolgreicher sein als mit dem Versuche, durch Staatssubventionen eine Hebung des Küstenverkehrs und der Schiffahrtslinien nach Südamerika zu bewirken und dadurch die Europäer zu verdrängen. In Südamerika selbst steht man diesen Bestrebungen der Union keineswegs ohne Mißtrauen gegenüber, denn man ist im allgemeinen mit dem bisherigen Zustand zufrieden und wünscht durchaus nicht eine Stärkung des politischen Einflusses der Union, deren rücksichtsloses Verhalten in Kuba, St. Domingo und Panama mit Unbehagen empfunden wird und deren Einschreiten in Nicaragua für die Aufständischen, in deren Reihen Nordamerikaner kämpften, abermals Anlaß zu Bedenken gegeben hat. Das militärische Einschreiten gegen den Präsidenten Zelaya, weil sein General Vasquez zwei nordamerikanische Rebellenoffiziere nach Kriegsrecht hatte erschießen lassen, und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Nicaragua wegen dieses Anlasses haben in allen Creolenrepubliken Befremden erregt und keineswegs das Vertrauen gestärkt, daß von den Vereinigten Staaten eine gerechte Behandlung zu erwarten sei. In der Union ist diese Stimmung nicht unbemerkt geblieben, man hat darum mit ernsteren Schritten Einhalt getan und Taft hat sich in seiner Botschaft sehr gemäßigt ausgesprochen. Kenner der Verhältnisse bezweifeln indessen nicht, daß die Selbständigkeit der fünf mittelamerikanischen Republiken mit der Vollendung des Panamakanals ihr Ende erreicht haben wird, da diese Staaten Schätze bergen, nach denen die Nordamerikaner längst lüstern sind. Sie mit der Union zu teilen, ist bisher von Mexiko klugerweise abgelehnt worden.

Die Flotte der Union steht heute an zweiter Stelle. Sie zählt außer 25 älteren großen Linienschiffen 4 neue Dreadnoughts (2 zu 17.900, 2 zu 22.400 Tonnen), 18 große und 13 kleine Panzer- und geschützte Kreuzer, 25 Torpedoboote und 19 Unterseeboote. Im Bau begriffen sind 4 Dreadnoughts (2 zu 23.400, 2 zu 26.400 Tonnen), 19 Torpedo- und 16 Unterseeboote. Trotz dieser Anstrengungen ist die Flotte dem ihr durch die imperialistische Politik gestellten Aufgaben noch nicht gewachsen, und auch die Vollendung des Panamakanals wird nicht gestatten, mit den Rüstungen einzuhalten. Wenn der Kongreß, um Roosevelt zu ärgern, zwei Dreadnoughts gestrichen und auch sonst das Flottenbudget gekürzt hat, so dürfte es sich bloß um eine vorübergehende Erscheinung handeln. Übrigens bedürfen sämtliche 16 große Schlachtschiffe, die die Weltumsegelung mitmachten, einer gründlichen Reparatur. Mit dem Bau neuer Riesendampfer wird die Union, gerade wie England, weniger Mühe haben wie mit der Beschaffung der Bemannung. Außerdem muß viel für die Küstenbefestigung und ihre Besatzung geschehen. Weder die Ostküste noch die Westküste ist ausreichend geschützt. Als Flottenstützpunkt im Stillen Ozean soll Pearl Harbour (Perlhafen) auf Hawaii eingerichtet werden, der den mächtigsten Geschwadern Aufnahme, Schutz und Verpflegung zu bieten vermag. Man will den Platz zu einer Festung ersten Ranges gestalten.

Eine sehr bedenkliche Erscheinung, die namentlich in der anglikanischen Bevölkerung hervortritt, ist der Rückgang der Geburtsziffer, der fast an die französischen Verhältnisse erinnert. Roosevelt nannte sie „Rassenselbstmord". Man weiß es in den Vereinigten Staaten sehr wohl und sucht darum jede Einwanderung zu beschränken, die die Rasse verschlechtern könnte. Daraus erklären sich die meisten Schikanen, denen gewisse unerwünschte Zuzügler ausgesetzt sind. Ein anderer Faktor dabei ist der Einfluß der nordamerikanischen Arbeiter-



organisationen, die am allerwenigsten eine billig arbeitende Zuwanderung wünschen.

Nach einer amtlichen Zusammenstellung beträgt das gesamte Volksvermögen der Vereinigten Staaten 107 Milliarden Dollars. Das würden nach der gebräuchlichen Durchschnittsberechnung auf den Kopf 1260 Dollars ergeben. Der Sozialpolitiker Robert Hunter hat freilich nachgewiesen, daß sich vier Fünftel des ganzen Besitzes in den Händen von einigen tausend Familien befinden, während nahezu die Hälfte der Bevölkerung so gut wie gar keinen Besitz von Wert hat. Ist die Union unter allen Großstaaten auch der reichste, so besitzt sie auf der anderen Seite auch den höchsten Prozentsatz besitzloser Bürger.

Mittel- und Südamerika.

Mexiko behauptet nach wie vor die Stellung der am besten verwalteten Republiken und es läßt sich nicht verkennen, daß es von den sonst häufig rücksichtslosen Vereinigten Staaten mit besonderer Achtung behandelt wird. Der Präsident Porfirio Diaz, dem dafür das Verdienst in der Hauptsache gebührt, ist 78 Jahre alt; seine Amtsperiode läuft am 30. November 1910 ab, er hat sich aber bereit erklärt, sich zum achtenmal zum Präsidenten wählen zu lassen. Der Überschuß des Budgets betrug trotz des Rückganges der Zoll- und Steuerneinnahmen infolge der Geschäftslage gegen 6 Millionen Dollars. Da Diaz Roman Corral zu seinem eventuellen Nachfolger wünscht, so stiftete dessen Nebenbuhler General Reyes im Sommer in Guadalajara Unruhen an, die aber mit leichter Hand niedergehalten wurden. — Die **fünf mittelamerikanischen Republiken** haben unter Mitwirkung der Vereinigten Staaten und Mexikos einen „ewigen Frieden" schließen müssen. Infolgedessen verwenden sie ihren Tatenandrang auf innere Unruhen, was gewissen Leuten in den Vereinigten Staaten gar nicht unangenehm ist und von ihnen zur Förderung zukünftiger Ziele unterstützt wird. Außerdem bestand die Eifersucht zwischen den Präsidenten Zelaya von Nicaragua und Cabrera von Guatemala weiter. Es kam auch im März zu „Seegefechten" zwischen Nicaragua und San Salvador, worauf die Vereinigten Staaten Kriegsschiffe absandten und ihren Vertreter in Nicaragua abberiefen. In letzterer Republik erhob sich im Oktober der Kriegsminister Estrada unter unverkennbarer Unterstützung von nordamerikanischer Seite gegen den Präsidenten Zelaya, der seinem Lande ein strenger, aber gerechter und nützlicher Herr war, aber von der nordamerikanischen Presse plötzlich in den schwärzesten Farben geschildert wurde. Als zwei nordamerikanische Führer der Insurgenten kriegsrechtlich erschossen worden waren, griffen die Vereinigten Staaten offiziell ein und erkannten die Insurgenten als kriegführende Macht an. Die darüber aufgeregte Stimmung in den übrigen amerikanischen Republiken ließ aber weiteres Vorgehen als unrätlich erscheinen. Unter diesen Umständen konnte sich Zelaya nicht halten, trat Mitte Dezember zurück und ging auf einem mexikanischen Kanonenboot außer Landes. Der zum Präsidenten ausgerufene Madriz war den Vereinigten Staaten keineswegs angenehm. — In **Venezuela** war Castro abgesetzt und Gomez zum Nachfolger gewählt worden, außerdem wurde Castro wegen Hochverrats rc. zum Tode verurteilt. Seine Versuche nach Venezuela zurückzukehren, wurde durch die benachbarten Mächte vereitelt.

Brasilien hat den Vorzugszoll für gewisse nordamerikanische Waren erneuert. Im Mai hatten die Vertreter der meisten Staaten für die nächste Wahlperiode den Kriegsminister Rodriguez da Fonseca, der im Vorjahre an den deutschen Kaisermanövern teilgenommen hatte, zum Präsidentschaftskandidaten aufgestellt. Da am 15. Juni der Präsident Dr. Morero Penna gestorben war, übernahm einstweilen der tatkräftige Vizepräsident Dr. Milo Peçenha die Regierung. Der deutsche Gesandte Graf Arco-Valley war am 15. Juli gestorben. Infolgedessen veranstaltete der Kongreß ihm zu Ehren eine außergewöhnliche Kundgebung, und das Begräbnis fand unter Beteiligung der Minister und mit militärischen Ehrenbezeugungen statt. Im Oktober wurde mit Uruguay ein Vertrag über die Grenzfrage auf der Mirim-Lagune und dem Flusse Jaguarao abgeschlossen. Die Gewährung freier Passage für Einwanderer ist wieder aufgehoben worden, weil man schlechte Erfahrungen damit gemacht hat. Doch soll die Kolonisierung des Landes weiter ehrlich gefördert werden. Die Einführung von Japanern ist mißglückt. Der erste für Brasilien in England gebaute Dreadnought „Minas Geraes" ist im August vom Stapel gelaufen. An den Offiziersschulen ist neben dem Französischen das Deutsche als Pflichtfach eingeführt worden, während Englisch nur als Wahlfach gilt. — **Argentinien** begeht 1910 die Jahrhundertfeier seiner Entstehung und blickt auf eine äußerst rasche und gesunde Entwicklung zurück. Es wird eine internationale Ausstellung zur Feier stattfinden. Im Juli geriet Argentinien in Konflikt mit Bolivien, weil man in La Paz den Schiedsspruch des Präsidenten Alcorta über die zwischen Bolivien und Peru streitigen Teile des Acre-Gebietes nicht anerkennen wollte und die argentinische Gesandtschaft angriff. Es kam zum zeitweiligen Abbruch des diplomatischen Verkehrs. Wegen eines Bombenattentates wurde am 15. November wieder der Belagerungszustand auf zwei Monate verhängt. Am 27. November wurde der 3032 Meter lange Andentunnel von Uspallato, von dem 1360 Meter auf chilenischem Gebiete liegen, durchgeschlagen, er liegt 3200 Meter über dem Meeresspiegel. Ein direktes Kabel über Assuncion nach Europa soll durch die Western Telegraphenkompagnie gelegt werden, und die deutsche Telefunkengesellschaft ist mit der Anlage von Funkenstationen an der ganzen Küste beauftragt worden. Die Artillerie wird mit Kruppgeschützen bewaffnet. Für die Marine ist eine größere Anzahl von Torpedobootszerstörern auf deutschen, französischen und englischen Werften bestellt worden. — **Chile** hat wieder einige Ministerveränderungen erlebt. Im September einigten sich endlich die liberalen Parteien zu einer festen Regierungsmehrheit. Präsident Montt mußte sich einer

wiederholten Augenoperation unterziehen. Der alte Streit mit Peru wegen der Provinzen Tacna und Arica ist auf den Weg friedlicher Verhandlungen geleitet worden, und bei dem im Juli ausgebrochenen Konflikt zwischen Bolivien und Peru ließ Chile seine Neutralität ankündigen. In einem Konflikt mit den Vereinigten Staaten wegen der Entschädigungsansprüche der amerikanischen Firma Alsop hat König Eduard das Schiedsrichteramt übernommen. — **Peru.** Am 29. Mai überfielen Demokraten den Präsidenten Leguia und seine Minister im Palast und behielten sie mehrere Stunden in Gefangenschaft, bis das Militär sie befreite. Peru nahm den Schiedsspruch des argentinischen Präsidenten, der das strittige Acregebiet in nahezu zwei gleiche Hälften teilt, an. — **Bolivien.** Am 3. Mai wurde Dr. Eliodoro Villazon zum Präsidenten gewählt. Am 10. Juli brachen wegen des Schiedsspruchs des Präsidenten von Argentinien heftige Unruhen in La Paz aus, die sich gegen die argentinische und die peruanische Gesandtschaft, sowie gegen argentinisches und peruanisches Eigentum richteten und mehrere Tage dauerten. Die Regierung mußte das Standrecht verhängen. Der am 7. August zusammengetretene Kongreß nahm schließlich am 25. Oktober den Schiedsspruch mit 77 gegen 2 Stimmen an.

Asien.

Persien. Die Revolution in Rußland hat Schule gemacht, sie hat Persien und die Türkei ergriffen. Man kann nicht gerade behaupten, daß die beiden Sultanate sich unter dem Parlamentarismus besser stehen, allein die Begeisterung dafür ist nun einmal im Oriente erwacht. Die Ursache der persischen Revolution lag allein in der Person Mohammed Alis, der ohne zureichende Bildung urteilslos und trotzdem von einem hohen Machtbewußtsein erfüllt war. Eine Stütze hatte er anscheinend an Rußland. Im übrigen ist es ziemlich schwierig und für viele wohl auch vollkommen gleichgültig, sich nach den Zeitungsmeldungen ein klares Bild von den Vorgängen zu machen. Man hat weder in London noch in Petersburg ein großes Bedürfnis, andere Leute in den persischen Topf gucken zu lassen. Im Lande hatte schließlich fast jede Stadt ihr eigenes Parlament, daran war freilich Teheran selbst schuld. Es entsandte in den großen Medschlis allein siebzig Abgeordnete, während es Schiras und sogar der ganzen Provinz Kerman nur je drei Abgeordnete gönnte. Darum errichteten die anderen Trutzparlamente. Nur ein einheimischer oder fremder Diktator wird dort wieder Ordnung schaffen können. Der eigenwillige und doch ohnmächtige Schah Mohammed Ali stand dem Ansturm der nationalistischen revolutionären Führer, die sich zugleich gegen ihn wie gegen den fremden Einfluß wendeten, ratlos gegenüber. Im Juli spielte sich die Entscheidung mit überraschender Schnelligkeit ab. Die revolutionären Scharen rückten in Teheran ein, der russische Führer Ljawow der persischen Kosaken trat in den Dienst der neuen „konstitutionellen" Regierung und der Schah, der sich in die russische Botschaft geflüchtet hatte, dankte ab. Schon am 16. wurde sein elfjähriger Sohn Achmed Mirza zum Schah ausgerufen und Asadal Mulk zum Regenten und Vormund bestimmt. Der abgesetzte Schah traf erst am 5. Oktober in Odessa ein; es hatte an Geld gefehlt, um ihn aus dem Lande zu bringen. Die Geldnot verhinderte auch weiterhin, aus den allgemeinen Wirrnissen herauszukommen, obgleich am 15. November das Parlament im Beisein des jungen Schahs mit großen Feierlichkeiten eröffnet worden war.

Indien. Die der englischen Herrschaft feindliche Bewegung der Indier hat ihre Triebfeder in dem japanischen Siege über Rußland. Als besonderen Anlaß, ihrer Abneigung in oppositionellen Zeitungsartikeln, Verschwörungen und Attentaten auf britische und englandfreundliche Beamte Ausdruck zu geben, hat sie vor drei Jahren die Teilung Bengalens in zwei Provinzen genommen. Nun erkennen einsichtsvolle Indier die Vorzüge dieser Dezentralisation wohl an, die eigentlichen Gegner sind dort die Großgrundbesitzer, die die Bevölkerung aussaugen und in diesem Gewerbe gestört zu werden fürchten. Im übrigen Indien sind die Träger der Unzufriedenheit ebenfalls die Ackerbauer, die in Wuchererhände gefallen sind, seitdem die britische Verwaltung die früher üblichen, nach dem Ernteerträgnis milde bemessenen Naturalabgaben in Steuern umgewandelt hat, die streng eingetrieben werden. Die Agitatoren sind aber meist englisch sprechende, in England ausgebildete Leute; sie sind auch die Verschwörer und Anstifter von Attentaten, die immer zahlreicher werden. Von diesen sei neben der Ermordung Sir Curzon Willies in London im Juli nur ein mißglücktes Bombenattentat am 14. November in Ahmadabad auf den Vizekönig Earl of Minto erwähnt. Es war gerade wieder eine Erweiterung der Reformen veröffentlicht worden, die nur leider die Mehrzahl der Eingeborenen nicht als solche empfindet, während sie von den Agitatoren höchstens als Abschlagszahlungen betrachtet werden.

China. Es ist unverkennbar, daß sich das chinesische Reich anschickt, sich die Vorzüge der europäischen Zivilisation anzueignen. Dabei wollen aber die Chinesen, nach dem Beispiel der Japaner, Chinesen bleiben und wehren jeden direkten ausländischen Einfluß ab. Wohl aus diesem nationalchinesischen Grunde erfolgte zu Jahresbeginn die Entlassung des bisher allmächtig erscheinenden Gouverneurs der Provinz Peking Juanschikai, die allgemeines Befremden erregte. Er war vielen Chinesen allzu reform- und fremdenfreundlich. Die Re-



gierung erklärte amtlich, die Entlassung bedeute keine Änderung der chinesischen Politik. Zu einer förmlichen internationalen Frage gestaltete sich die von China mit der deutschen ostasiatischen Bank abgeschlossene Anleihe für den Bau der Hankau—Szetschuan-Bahn. England, Frankreich und die Vereinigten Staaten setzten ihre Beteiligung daran bei der chinesischen Regierung durch. Anfang September schloß China mit Japan ein Übereinkommen, das die mandschurischen Bahnen und den Hafen Niutschwang dem handelspolitischen Einflusse Japans auslieferte. In Rußland war man wenig erbaut über diesen japanischen Erfolg. Am 2. Oktober fand die Eröffnung der von chinesischen Ingenieuren ausgeführten Bahn Peking—Kalgan statt, die später bis Kiachta verlängert werden soll. Am 27. Dezember wurde von einem südchinesischen Revolutionär ein Mordanschlag gegen den Prinzregenten T s ch u n verübt, der leicht verwundet wurde. Es handelte sich um eine Äußerung des chinesischen Hasses gegen die Herrschaft der Mandschus. Die langjährigen Verhandlungen mit Rußland über die Verwaltung der russischen Bahnen in der Mandschurei hatten am 10. Mai endlich zu einem Abschluß geführt. Nichtsdestoweniger richtete China schon Anfang Dezember einen förmlichen Protest gegen die russische Verwaltung. Man sah darin eine Folge des erwähnten Abkommens mit Japan. Daß übrigens die chinesischen Bäume nicht in den Himmel wachsen werden, dafür sorgt die unglaublich schlechte Finanzlage des Reiches.

Japan. Es ist nicht in Abrede zu stellen, daß Japan sich eine Expansion auf dem asiatischen Kontinent vorgenommen hat, nur muß es sich Zeit dazu nehmen. Es ist zwar bis an die Zähne gerüstet, hat aber kein Geld und hat sogar sein Flottenprogramm reduzieren müssen. Die Finanzen stehen trotz des seit dem Rücktritte K a t s u r a s befolgten Grundsatzes der äußersten Sparsamkeit noch immer auf sehr schwachen Füßen, um so mehr da die industriellen Unternehmungen zum großen Teile auf unsolider Grundlage stehen. Darum hat auch die von Nordamerika ausgegangene Krise 1906 in keinem Reiche eine so tief erschütternde Wirkung hervorgebracht als in Japan. Bei dem Zusammenbruch großer, meist vom Staate unterstützter Industrieunternehmungen wurde ein Schwindlertum an das Tageslicht gebracht, das noch die Verwilderung der Geschäftssitten in Amerika überbietet. Einstweilen begnügt sich Japan damit, sich in der Mandschurei einen hervorragenden strategischen Stützpunkt zu schaffen, welchem Zwecke auch der mit China abgeschlossene Vertrag dient. Ferner fährt es fort, sich Korea vollständig einzuverleiben, wofür Fürst I t o längere Zeit sehr tätig war. Die Koreaner sind natürlich im höchsten Grade unzufrieden damit, aber sie sind weniger widerstandsfähig als mordlustig. Fürst I t o wurde am 25. Oktober auf dem Bahnhofe in Charbin, wohin er aus Tokio zu Verhandlungen mit Rußland gekommen war, von einem Koreaner erschossen, ein anderer erstach am 23. Dezember in Söul den japanfreundlichen Premierminister Y i n. Im Dezember brach in mehreren koreanischen Provinzen ein Aufstand aus, der blutige Opfer kostete, aber unter-



Achmed Mirza, Sultan von Persien.

drückt wurde. Der Generalstab wurde nach deutschem Muster einer Reorganisation unterzogen. Bei den großen Manövern im Oktober war Lord K i t ch e n e r als Gast anwesend. Mit dem englischen Bündnis ist man übrigens in Japan immer weniger zufrieden, da es dem Lande Verpflichtungen, u. a. die Verteidigung Indiens, auferlegt, aber England nicht hindert, mit den hauptsächlichsten Gegnern Japans, Rußland und den Vereinigten Staaten, die freundschaftlichsten Verträge abzuschließen.

Afrika.

Ägypten. In seinem Bericht über das Jahr 1908 hatte der britische Generalvertreter in Kairo Sir Eldon Gorst sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Ägypter die ihnen gewährten erweiterten Befugnisse so wenig gewürdigt hätten. In England hatte man gehofft, daß der Sieg der



Kaiserin Taitu von Abessinien.

Jungtürken auf die Lage im Nillande wohltuend einwirken werde. Das Gegenteil ist eingetreten. Alle ägyptischen Parteien wetteiferten in der Verächtlichmachung der Fremdherrschaft und betonen immer lauter, daß sie zur Türkei gehören. In der gesetzgebenden Versammlung wurde im Februar ein ägyptisches Parlament verlangt. Die Bewegung wird von der studierenden Jugend und den gebildeten Kreisen getragen, der Jahrestag der türkischen Verfassung wurde am 23. Juli festlich begangen und eine nationalistische Deputation nach Konstantinopel geschickt. Mitte September fand in Genf ein Kongreß der Jungägypter statt, der in einer Depesche das Unterhaus aufforderte, endlich die versprochene Räumung Ägyptens zu vollziehen, und in einer anderen den Großwesir der unverbrüchlichen Treue für den Sultan versicherte. Auch der Khedive scheint sein Verhältnis zum Sultan zu betonen, denn er war zweimal in Konstantinopel und trat im Dezember eine Pilgerfahrt nach Mekka an. Die „Times" suchte ihn damit zu verdächtigen, daß die Unruhen in Jemen von Kairo aus angezettelt würden. In Konstantinopel dürfte man das für richtig halten aber wissen, daß die Engländer in Kairo dahinter stecken. Der Sultan ernannte übrigens im September Reouf Pascha für den seit einem Jahre offen stehenden und den Engländern unbequemen Posten eines türkischen Oberkommissärs für Ägypten.

Marokko. Zu Anfang des Jahres schienen die Verhältnisse einer gewissen Ordnung zuzustreben, die Niederlage des Rebellen Bu Hamara und der Tod seines aufrührerischen Bruders Mulah Muhammed schienen die Stellung Muley Hafids als Sultan zu sichern. Aber damit war den französischen Anstiftern des marokkanischen Abenteuers wenig gedient. Während das offizielle Frankreich ein Abkommen mit Deutschland abschloß, um jeden gefährlichen Einspruch von dort abzuwehren, waren andere Leute bemüht, in Marokko neue Anlässe zur Einmischung zu schaffen. Muley Hafid weigerte sich, die nach der Algecirasakte gestattete Erwerbung marokkanischer Grundstücke zu genehmigen, solange die Franzosen Casablanca und Udschda und die Spanier die Umgebung von Melilla besetzt hielten, durch auswärtige Unterstützung kam Bu Hamara wieder zu Kräften, und ein anderer Bruder des Sultans, Muley el Kebir, empörte sich auch auf fremden Antrieb wegen der angeblichen Begünstigung der Europäer. Als Anfang Juli Rifflabylen spanische Bahnarbeiter getötet hatten, machte das Kabinett Maura, um die Aufmerksamkeit von den inneren Schwierigkeiten abzulenken, Ernst und schickte 20.000 Mann nach Melilla, die aber wenig ausrichteten, und es mußten im August und September starke Nachschübe erfolgen. Muley Hafid richtete einen Protest gegen das Vorgehen Spaniens an die Konferenzmächte; seine Lage hatte sich gebessert, da Bu Hamara gefangen und angeblich erschossen worden war. Die Mächte erklärten, der Streitfall zwischen Spanien und Marokko berühre die Algecirasakte nicht. Ende September nötigten die spanischen Truppen die Riffkabylen zur Räumung ihrer Hauptstellung auf dem Guruguberge und in Seluan, es machten sich aber noch weitere Truppenverstärkungen nötig, was in Frankreich Eifersucht hervorrief. Am 8. Oktober zeigten die Kabylenstämme ihre Unterwerfung wegen Nahrungsmangel an. Die Gesamterfolge der Spanier waren sehr geringfügig. Im Dezember verhandelte eine marokkanische Sondergesandtschaft in Paris wegen einer Anleihe von 80 Millionen zur Bezahlung der Schulden des Machsen und über 70 Millionen Kriegsauslagen an Frankreich.

Abessinien. Schon im Sommer 1908 hieß es, König Menelik liege im Sterben. Er hat wiederholte Schlaganfälle erlitten, war seit Mitte Juli 1909 regierungsunfähig und wurde bis zum Jahresende

schon mehrfach totgesagt. Er hat zum Thronerben am 18. Mai Ligg Jasu, den Sohn einer seiner Töchter und des mächtigen Ras Michael feierlich ausrufen lassen. So sehr er sich stets den Einflußbestrebungen Englands, Frankreichs und Italiens widersetzte, hat er in den letzten Jahren namentlich Deutschland bevorzugt, ihm einen weitgehenden Handelsvertrag bewilligt und eine ganze Anzahl Deutscher an seinen Hof berufen. Zuletzt war Dr. Zintgräff sein Berater. Zum Vormund des Thronerben und Regenten hat er seinen Jugendfreund Ras Tamasa bestimmt. Vorläufig liegen die Regierungsgeschäfte seiner Gemahlin Taitu ob, die als Feindin der Europäer gilt und auch die Entlassung des Leibarztes Dr. Steinkühler bewirkte. Am 30. Oktober wurde die feierliche Ausrufung des Thronfolgers und der Regentschaft Tamasas wiederholt und die Großen des Reiches darauf vereidigt. Kenner des Landes versichern, daß der Thronwechsel in Ruhe vor sich gehen werde, da Ras Michael und Ras Tamasa über die nötigen Machtmittel verfügen, um die Anordnungen Meneliks durchzuführen.

Südafrika. Im Jänner hatten die Vertreter der südafrikanischen Kolonien ihre Beratungen über den Zusammenschluß beendet und die schwierigste Frage über die Bundeshauptstadt dahin entschieden, daß Prätoria der Mittelpunkt der Verwaltung, Kapstadt der Sitz des Parlaments werden soll. Da in Natal am 12. Juni eine Volksabstimmung sich mit 11.121 gegen 3701 Stimmen für den Anschluß ausgesprochen hätte, war der Zusammenschluß aller vier Kolonien entschieden. Der Entwurf der Verfassung bestimmte einen Senat und eine gesetzgebende Versammlung unter dem Generalgouverneur, die Wahl der Senatsmitglieder, die Europäer sein müssen, durch die Provinzialräte, die Gleichberechtigung von englisch und holländisch als Amtssprache 2c. Im April und Mai nahmen die Vertretungskörper der vier Kolonien den Verfassungsentwurf an und sandten eine Abordnung nach London, um dort die parlamentarische Genehmigung zu erwirken. Das Oberhaus nahm die Verfassung im Juli einstimmig, das Unterhaus im August mit großer Mehrheit an. Am 7. Dezember fand in London durch den öffentlichen Herold Oberst Kearns die feierliche Proklamierung des Vereinigten Britisch-Südafrika statt, wobei als Gründungstag der 31. Mai 1910 angegeben wurde. Der Senat wird aus 40 Mitgliedern bestehen, von denen jede Kolonie und der Generalgouverneur je acht ernennt, die Volksvertretung zählt 121 Mitglieder, 51 aus der Kapkolonie, 17 aus Natal, 36 aus Transvaal und 17 aus dem Oranje-Freistaat. Mitglieder dürfen nur Europäer sein, doch behalten die Schwarzen der Kapkolonie das aktive Wahlrecht.

Australien.

Die nach dem großen japanischen Siege über Rußland entfachte Wehrbewegung, bei der immer von einem Einfall durch Japan, China oder Deutschland (!) die Rede war, beginnt abzuflauen. Mit Rücksicht auf die ungeheuren Kosten und die in der riesigen Ausdehnung des dünn bevölkerten Landes liegenden Schwierigkeiten ist man schon von der allgemeinen Wehrpflicht auf die allgemeine Ausbildungspflicht zurückgegangen. Die im September eingebrachte Wehrvorlage beschränkt auch diese auf die dichtbevölkerten Gebietsteile, spricht aber von 260.000 Mann und 115.000 Reserve, mit einem eventuellen Expeditionskorps von 50.000 Mann. Für die Flotte werden 2500 Mann gefordert. Dem Mutterlande wird man keine Dreadnoughts anbieten, sondern hat in England drei Torpedobootzerstörer bestellt, nach deren Muster noch 20 andere gebaut werden sollen. Die Eröffnung des Bundesparlamentes fand am 26. Mai statt, aber schon am Tage darnach erhielt das Ministerium Fischer (Arbeiterpartei) ein Mißtrauensvotum. Das Kabinett trat zurück, da der Generalgouverneur die Auflösung des Hauses verweigerte, und nun wurde wieder ein Ministerium Deakin gebildet, hinter dem die vereinigten Schutzzöllner und Freihändler standen. Die Ursache der Wendung lag in den vom vorigen Ministerium geschaffenen und von den Liberalen unterstützten Arbeitergesetzen, die zu einem förmlichen Terrorismus Anlaß geboten hatten. Man ist bisher darüber einig gewesen, daß die australischen Kolonien die sozialpolitisch fortgeschrittensten Staaten vorstellen. Das hat aber den Ausbruch von großen Streiks nicht zu hindern vermocht. Bei Newcastle, nördlich von Sidney, ebenso im Süden und Westen befinden sich die größten Kohlenwerke Australiens, die für gewöhnlich 25.000 Arbeiter beschäftigen. Große Mengen Kohle werden nach Süd- und Nordamerika, sowie nach den Philippinen und anderen Inseln im Großen Ozean ausgeführt. Anfang November brach aus einer ganz untergeordneten Ursache in Newcastle ein Streik aus, alle Kohlenbetriebe kamen zum Stillstand und Sympathiestreiks legten auch andere Betriebe lahm. Der Kohlenmangel störte Fabriken, Eisenbahnen, Dampferfahrten und Gasanstalten, die Landwirte konnten ihre Erzeugnisse nicht absetzen. Da griff Anfang Dezember die Regierung von Neusüdwales ein, ließ die Führer des Bergarbeiterverbandes wegen Anstiftung einer Verschwörung verhaften (sie wurden gegen Kaution wieder freigelassen), bestellte 50.000 Tonnen Kohlen im Auslande, brachte zu dringlicher Beratung ein hartes Gesetz gegen die Führer bei Ausständen ein und stellte auch bei fernerer Aufwiegelung bewaffnetes Einschreiten in Aussicht. Erst am 17. Dezember lenkten die Führer ein und empfahlen die Wiederaufnahme der Arbeit.

K. u. K. Hofbuchdruckerei Karl Prochaska in Teschen.

Die Verlängerung des Lebens.

Wenn auch das Altern, das allmähliche Zurückgehen des Organismus, zu den physiologischen Erscheinungen gehört, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß der Altersprozeß bei den Städtern zu früh eintritt, und daß ihm der durch Schwelgerei oder durch unzulängliche Nahrung, durch Alkohol, durch Abnutzung des Nervensystems geschwächte Organismus zu rasch unterliegt.

Die Frage nach dem Elixier, das das Leben oder doch zum mindesten die Jugend verlängert, ist so alt als das Menschengeschlecht selbst, und die Wege, auf denen man nach dem Arkanum suchte sind so kraus und krumm, als eben die Gedankengänge des Menschen immer waren. Ist indessen das Ziel, das die Heilkunde sich in dieser Hinsicht gesteckt hat, auch nicht erreichbar, weil nicht eine, sondern Hunderte von Ursachen zusammenwirken, dem Menschen vorzeitig den Garaus zu machen, so haben doch moderne wissenschaftliche Untersuchungen - die sich wie immer an Urvätererfahrung anschließen — einen kleinen Fingerzeig geboten, wie's der Mensch anzustellen hat, um nicht allzufrüh dem Zeitlichen den Zoll zu zahlen.

Unter den Schädlichkeiten, die die Abnutzung unseres Körpers beschleunigen, führt die Wissenschaft besonders die „Darmfäulnis" an; diese bekämpfen, heißt die Gesundheit kräftigen, das Leben verlängern. Als das wichtigste der Mittel, das diesem Zweck dient, wird in einem sehr lesenswerten, in der „Oesterreichischen Rundschau" veröffentlichten Aufsatz des Hygienikers Dr. med. Ludwig Reinhardt der „Yoghurt" angeführt:

* * *

Es ist nicht lange her, so schreibt Dr. Reinhardt, seit die Kulturwelt Westeuropas von den vorzüglichen Eigenschaften der als Yoghurt bezeichneten besonderen Art Dickmilch Kenntnis erhielt, welche berufen zu sein scheint, für die diätetische Behandlung mancher Verdauungsstörungen von der größten Bedeutung zu sein. Dieses Nationalgericht der Bulgaren, das sich in allen Balkanländern der größten Beliebtheit erfreut, hat in seiner Heimat zuerst dadurch die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sich gelenkt, daß es die merkwürdige Fähigkeit besitzt, alle diejenigen, die regelmäßig davon essen, trotz höchst mangelhafter übriger sanitärer Lebensweise und einer sehr lässig durchgeführten Seuchenpolizei merkwürdig alt werden zu lassen. Von Yoghurtessern überlebt ein großer Teil bei bestem Wohlbefinden das hundertste Lebensjahr.

Ueber das Wesen des Yoghurt sind wir durch die eingehenden Untersuchungen desselben aus der jüngsten Zeit ziemlich aufgeklärt worden. Wie Dr. Grigorow im Laboratorium des Professors Massol in Genf feststellte, enthält diese besondere Art Dickmilch als wirksame Bestandteile drei spezifische Arten von Bakterien. Unter diesen ist der weitaus wichtigste der bulgarische Maya-Bazillus, der lange Stäbchen von geringer Beweglichkeit darstellt. Daneben finden sich ein meist einzeln auftretender Doppelkokkus und ein zu 4 bis 10 Stück aneinandergereihter Kettenkokkus. Das erstere Bakterium entwickelt sich auf sterilisierter Milch am besten bei einer Temperatur von 45 Grad Celsius, bei 50 Grad läßt seine Wirkung nach, und bei 60 Grad stirbt es in etwa einer halben Stunde ab. Die zweite Bakterienart gedeiht am besten bei 37 Grad, die dritte dagegen wiederum bei 45 Grad und geht erst bei 70 Grad in einer Stunde zugrunde.

Dieses Bakteriengemenge, in die in einem weiten Gefäße unter gelegentlichem Umrühren bis zur Hälfte des ursprünglichen Volumens eingedampfte Kuh- oder Ziegenmilch gebracht, bewirkt bei uns bei einer Temperatur von etwa 45 Grad eine Gerinnung derselben in 12 bis 14 Stunden. Das ist der Yoghurt. Seine Zubereitung geschieht in der Weise, daß man die eingekochte Milch in Schalen oder Gläser geschüttet zunächst auf ungefähr 45 Grad Celsius sich abkühlen läßt. Dann erst setzt man das Ferment (Maya) hinzu in der Menge von einem Kubikzentimeter per Liter. Yoghurt schmeckt sehr angenehm mildsäuerlich, kann für sich allein genossen oder dem Kakao, dem Kaffee, dem Tee oder der Milch, auch der Fleischbrühe und daraus hergestellten Suppen wie überhaupt allen anderen Speisen (in Rumänien zum Beispiel auch den Gemüsen) hinzugefügt werden. Im Orient wird Yoghurt vielfach auch als Dessert mit Zucker gegessen.

Durch die Fermentation mit diesem Bakteriengemenge wird die Milch, dieses in Bezug auf seine chemische Zusammensetzung geradezu ideale Nahrungsmittel nicht nur selbst für den schwächsten Magen sehr verdaulich gemacht, sondern es entsteht dadurch auch eine Nährlösung, die abgesehen von dem billigen Preise wie nichts anderes die Darmfäulnis bekämpft.

Wir reichlich Fleisch essenden Kulturmenschen werden beständig durch die giftigen Zersetzungsprodukte der zahllosen, in unseren Gedärmen schmarotzenden Bakterien vergiftet, so daß alle unsere Organe vorzeitig der Altersatrophie verfallen.

Dr. Combe, Professor an der Universität in Lausanne, schreibt in seinem neuen Werk: L'auto intoxication intestinale, über **Yoghurt** ausführlich und erklärt den **Yoghurt** für ein hervorragendes, fäulniswidriges Nahrungsmittel, das den kranken Körper von Giften befreit durch seine den Krankheitskeimen feindliche Wirksamkeit.

In Nr. 42 u. 43, v. 19. u. 26. Oktober 1907 der Allgemeinen Medicinischen Central-Zeitung behandelt Dr. Willke eingehend den Yoghurt und namentlich die Wirksamkeit der Yoghurt-Tabletten-Mühlrad.

In der Berl. Mediz. Gesellschaft vom 13. XI. 07 berichtet Geheimrat Dr. Patschkowski von seinen guten Erfolgen mit Maya-Yoghurt-Präparaten-Mühlrad und den damit bereiteten bulg. Milchpudding und empfiehlt sie zu ausgiebigen weiteren Versuchen.

In der Zeitschrift „Für neuere physikalische Medizin" Nr. 1 u. 6, 08 empfiehlt Dr. Zickel die Maya-Yoghurt-Präparate-Mühlrad zur ausgiebigen Verwendung, da er sehr gute Resultate damit erzielte.

In der deutschen Mediz. Wochenschrift Nr. 1 vom 2. I. 08 veröffentlicht Dr. Wegele seine guten Erfolge mit Yoghurt bei Magen- und Darmkatarrh in seinem Sanatorium ausführlich.

Dr. Wejnert publiziert in der Wiener Mediz. Wochenschrift vom 4. IV. 08 seine Untersuchungen, ausgeführt in der Mediz. Klinik der Universität Krakau, mit folgendem Resultat: die Milch mit dem Maya-Bazillus (Yoghurt) **vernichtete von den schädlichen Darmbakterien in kurzer Zeit 75 bis 95%, ja in einigen Fällen sogar bis über 98%.**

In der „Therap. Rundschau" (Nr. 25, 08) veröffentlicht Dr. Braungart ein Referat über Yoghurt und empfiehlt die Yoghurt-Präparate-Mühlrad.

In der „Zeitschrift f. n. physik. Medizin" (Nr. 21, 1908) berichtet Dr. Kühn von der Universität Rostock über den Nutzen von Yoghurt-Kuren und empfiehlt ebenfalls die Mühlrad-Präparate. Ebenso Dr. Ohly in der Münchener med. Wochenschrift Nr. 35, 1909.

Privatdozent Dr. Liefmann von der Universität Halle veröffentlicht in der „Münchener Mediz. Wochenschrift" (Nr. 10, 1909) seine neuen Versuche mit Yoghurtbakterien zur Verdrängung der Typhusbazillen und erzielte überraschend gute Resultate. Die vorher so reichlich vorhandenen Typhusbazillen verschwanden während des Yoghurtgenusses.

Viele weitere wissenschaftliche Publikationen von Professoren und Aerzten in der ärztlichen Fachpresse. — Die kleine Schrift: „Die Kontrolle der Yoghurt-Kuren" gibt Anleitung zur Selbstkontrolle der Wirksamkeit der Yoghurt-Kuren.

Versand der Original-Präparate aus dem

Hygiene-Laboratorium G. m. b. H. in Berlin-Wilmersdorf 57

Ringbahnstrasse 242.

1. **Yoghurt-Tabletten-Mühlrad,** à Originalpackung für 12 Tage Mk. 3,00 ($1/2$ Schachtel Mk. 1.60), Nachnahme 35 Pf. extra.
2. **Maya-Mühlrad,** für viele Portionen Yoghurt Mk. 3.00, Nachnahme 35 Pf. extra.
3. **Mühlrad-Maya-Malz-Pulver,** à Flasche (für ca. 1 Woche) Mk. 1.50, bei Bezug von 10 Flaschen auf einmal à Mk. 1.40, Nachnahme 35 Pf. extra. – Alle drei Präparate sind lange haltbar.

Die Herren Aerzte kennen diese Präparate. Fragen Sie also bitte Ihren Arzt um Rat.

Nach dem Ausland nur gegen Voreinsendung des Betrages, auch in Briefmarken aller Länder.

Depot für Oesterr.-Ungarn: Apotheke zur Mariahilf in Graz.
Depot für die Schweiz: Nadolny & Co. in Basel.
Depot für Skandinavien: H. P. M. Henriksen in Kristiania, Norge.
Depot für Nordamerika: Rev. Johannes Glaesser in Cincinati-Ohio.

Die Original-Mühlrad-Präparate sind echt nur in roter Packung wie obige Abbildung mit dem Namen (Schutzmarke) Mühlrad. In Apotheken, Drogerien etc. oder von uns direkt franko.

Frische Originalpräparate

nur direkter Versand vom Laboratorium:

Echte orientalische Yoghurt-Pasta à Topf Mk. 0.75 und **Yoghurt-Créme** (Dessert-Sahnen-Käse) à Dose Mk. 0.50. Gefässe (à Topf 0.50, Dose 0.25) sowie Kiste (Mk. 0,40) werden berechnet und auch zurückgenommen! Porto 50 Pfg. Eine Postkiste enthält: 4 Töpfe Yoghurt-Pudding oder 18 Dosen Yoghurt-Créme. Natürlich kann auch jede beliebige andere Sendung gemacht werden, ganz nach Wunsch. In besonders heisser Jahreszeit ist der Versand nicht zu empfehlen. Im Winter oder auf Eis bleiben die Präparate bis 14 Tage haltbar. Versand nach Oesterr.-Ungarn und Ausland nur gegen Voreinsendung des Betrages inkl. Porto etc.

Literatur steht den Herren Aerzten stets gern zur Verfügung.

Die Zeit (Wien). Illustriertes Jahrbuch der Naturkunde. „Viel Freunde wird sich voraussichtlich das Jahrbuch der Naturkunde erwerben, denn für dieses interessieren sich heute alle ohne Ausnahme; und obgleich es an populären Gesamtdarstellungen nicht fehlt, hat man doch bis jetzt noch kein periodisches populäres Werk gehabt, das über die Fortschritte jedes Jahres berichtet. Es werden abgehandelt: die Astronomie, die Geologie und Geophysik, die Physik, die Meteorologie, die Chemie, die Biologie, die Botanik, die Zoologie, die Urgeschichte der Menschheit, die Ethnographie, die Physiologie und Psychologie. alles sehr hübsch, stellenweise spannend. Die Fülle des dargebotenen Stoffes ist staunenswert und auch der Unterrichtetste wird das Buch nicht aus der Hand legen, ohne Neues daraus gelernt zu haben."

Anzeiger für die neueste pädagogische Literatur. Illustriertes Jahrbuch der Erfindungen. „Für einen so billigen Preis wird man selten ein so gediegenes Werk wie das vorliegende erlangen."

Aus der Heimat. Illustriertes Jahrbuch der Naturkunde. „Ich bin auch von anderer Seite schon öfters nach einem Werke gefragt worden, in dem die Fortschritte der Naturwissenschaften für Laien bearbeitet sind. Nun kann ich ein solches empfehlen: das im Verlag von K. Prochaska, Teschen, erschienene und von H. Berdrow bearbeitete Illustr. Jahrbuch der Naturkunde." Stuttgart, Dr. K. G. Lutz.

Roseggers Heimgarten. Illustriertes Jahrbuch der Weltgeschichte. „Die Bearbeitung und Redaktion ist ganz musterhaft gelöst. Bei der flüssigen, fesselnden und anregenden Schreibweise dieser Jahrbücher der Geschichte werden dieselben hoffentlich baldigst sich einbürgern .... Die Anschaffung dieses Jahrbuchs der Weltgeschichte kann jedermann nur bestens empfohlen werden. Man wird durch dasselbe bei äußerst angenehmer, nirgends langweiliger Darstellung von den Vorgängen auf allen Gebieten des Lebens, insbesondere des politischen, rasch und richtig unterrichtet."

Deutschtum im Auslande. Illustriertes Jahrbuch der Weltreisen. „Es ist eine dem Bildungswesen zu gute kommende Idee, die Errungenschaften auf dem Gebiete der Erdkunde in Jahrbüchern volkstümlichen Charakters zu billigem Preise darzubieten .... Alles ist durch treffliche Abbildungen dem Auge nahe gebracht. Das neue Jahrbuch verdient ganz unseren Beifall."

Volks-Zeitung. (Berlin). „Ein ausgezeichnetes Volksbuch ist soeben im Verlage von Karl Prochaska, Teschen und Wien, erschienen. Es ist der erste Jahrgang des ‚Illustrierten Jahrbuchs der Naturkunde'. Hermann Berdrow, der sich eines in wissenschaftlichen Kreisen sehr geschätzten Namens erfreut, hat mit erstaunlicher Sorgfalt alle naturwissenschaftlichen Ereignisse, Forschungsergebnisse und Entdeckungen der letzten Jahre registriert. Keine Abteilung der Wissenschaft ist in diesem interessanten Werke unberücksichtigt geblieben. Zahlreiche Illustrationen schmücken das lesenswerte, hochinteressante Buch. Zuletzt sei noch hervorgehoben, daß der außerordentlich billige Preis von einer Mark jedem Naturliebhaber die Anschaffung des Werkes ermöglicht."

Breslauer Zeitung. Illustriertes Jahrbuch der Weltgeschichte. „Von Prochaskas Illustrierten Jahrbüchern nimmt zweifellos das Jahrbuch der Weltgeschichte den hervorragendsten Rang ein. Der etwa 160 Seiten Lexikonformat starke Band, der mit zahlreichen Illustrationen aufs würdigste ausgestattet ist, vereinigt in sich wieder alle Vorzüge, die von uns bereits bei Besprechung des vorigen Jahrgangs hervorgehoben werden konnten, vorzügliche Beherrschung des Stoffes, lichtvolle Darstellung, volkstümliche Schreibweise und gesundes politisches Urteil."

Linzer Tagespost. Illustriertes Jahrbuch der Weltreisen und geographischen Forschungen. „Der Verfasser führt uns in die Regionen des ewigen Eises, nach Asien, in die Neue Welt, nach Afrika, Australien und nach der Südsee und versteht es, in leichtfaßlicher und dabei anregender Form die physikalischen und politischen Verhältnisse dieser Gebiete zu schildern. Zahlreiche, dem Texte eingefügte Illustrationen tragen zum Verständnisse des Inhalts bei. Das Buch, das eine Fülle des Interessanten bietet, kann jedermann wärmstens empfohlen werden."

Norddeutsche Allgemeine Zeitung. Illustriertes Jahrbuch der Weltreisen und geographischen Forschungen. „Der Zweck des Buches ist, die weitesten Kreise mit den neuesten Forschungsreisen zu geographischen und ethnographischen Zwecken bekanntzumachen; dementsprechend ist auch der Preis ein sehr geringer. Es ist tatsächlich erstaunlich, welche Fülle von gediegener Belehrung in Bild und Wort dem Leser für 1 Mark geboten wird."

Münsterischer Anzeiger. Illustriertes Jahrbuch der Naturkunde. „Die Skepsis, mit der wir an dieses Buch herantraten — wie an alle naturwissenschaftlichen Werke, die für billiges Geld angeboten werden und bei denen die dadurch hervorgerufene Betonung des populär-wissenschaftlichen Charakters nicht selten über den Mangel an Inhalt des Werkes hinwegtäuschen soll — machte bald einer anderen Auffassung Platz; wir begrüßen das Erscheinen dieses Werkes auf das lebhafteste. Das Werk ist stilistisch ausgezeichnet und mit zahlreichen und guten Illustrationen geschmückt. Der Preis von 1 Mark ist außerordentlich niedrig bemessen."

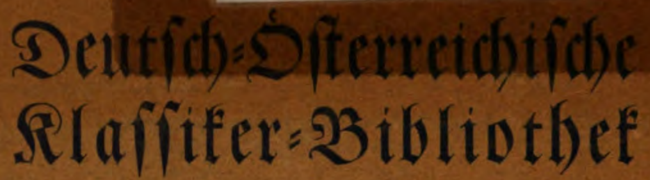
Zeitschrift für das Realschulwesen (Wien). Illustriertes Jahrbuch der Naturkunde. „Wenn der Laie auch aus den Tageszeitungen gelegentlich Mitteilungen über neue Entdeckungen, neue Hypothesen und andere wissenschaftliche und technische Errungenschaften der Neuzeit erhält, so erlangt er damit kein vollständiges Verständnis der betreffenden Zweige des Wissens, da solche Mitteilungen meist nur unvollständig und zusammenhanglos geboten werden, ohne daß auf die oft nicht ausreichende Vorbildung der Leser Rücksicht genommen wird, ja nicht selten werden sie bereits veröffentlicht, ehe eine Arbeit zu einem gewissen Abschlusse gebracht worden ist. Das läßt sich aber erst nach einem bestimmten Zeitabschnitte erreichen und ist daher die Aufgabe von Zeitschriften, welche die Forschungen von einem oder mehreren Jahren zusammenfassen. Es erscheint somit ein solches Jahrbuch, wie es hier vorliegt, ganz geeignet, aufklärend über neuere wissenschaftliche Fragen zu wirken. Das Jahrbuch beginnt mit der Vorführung einiger Entdeckungen am gestirnten Himmel. Es wird dann die Erdrinde in der Vergangenheit und Gegenwart kurz betrachtet, wobei die Veränderungen an der Erdoberfläche, die Verteilung von Wasser und Land sowie namentlich die Erscheinungen der Eiszeiten nach dem Ingenieur Reibisch durch ein regelmäßiges, sehr langsames Schwanken des Erdballs um eine den Äquator schneidende Achse erklärt werden. Durch eine solche sollen einzelne Gegenden der heißen Zone in höhere Breiten und umgekehrt versetzt werden. Die Untersuchungen über Erdbeben führen uns die gewaltigen Wirkungen dieser Erscheinung im letzten Jahre vor. Die Physik belehrt über einzelne Bewegungen der kleinsten Körperteilchen und besonders über die Ätherfrage sowie über die Kräfte des Luftmeeres, wobei auch die Sturmwarnungen und das Wetterschießen berührt werden. Die Chemie führt uns die neuen Elemente, hohe und tiefe Temperaturen vor. Aus der Biologie wird einzelnes zum Beweis der Abstammungslehre vorgeführt. Die Entdeckungen auf dem Gebiete der Welt der lebenden Wesen bringen manches Neue, ebenso die Vorgeschichte des Menschen und die Völkerkunde. Das ‚Jahrbuch' kann als sehr anregend und belehrend bezeichnet werden. Es ist in einem würdigen Ton gehalten und kann auch der reifen Jugend in die Hand gegeben werden."

Allgemeiner Anzeiger für Deutschlands Rittergutsbesitzer. „Wieder einmal ein durchaus gelungenes Volksbuch bester Art, dieser erste im Prochaska-Verlage in Wien, Leipzig und Teschen erschienene Jahrgang eines ‚Illustrierten Jahrbuchs der Erfindungen', das 1 Mark (Kronen 1.20) kostet, für diesen Preis aber geradezu unglaublich viel und überraschend Gutes bietet. Der erste Jahrgang des ‚Illustrierten Jahrbuchs der Erfindungen' ist ein 216 Seiten starker Quartband mit 200 prächtigen Illustrationen. Der Text des Werkes ist eine Musterleistung der volkstümlichen Behandlung technischer Themata, so interessant und verständlich, so anziehend sind sie für die Laienwelt, das große Publikum, Jugend und Volk schriftstellerisch abgefaßt. Es ist ein Vergnügen, dieses Werk zu lesen, man verfolgt seinen Inhalt mit einer wahren Spannung."



Verlag von Karl Prochaska, Leipzig, Wien, Teschen.

Eine erlesene Sammlung in reizvoller Ausstattung und von allergrößtem Interesse für [illegible] ::



ist die in [illegible]

Deutsch-Österreichische Klassiker-Bibliothek

Diese Bibliothek wird eine ausgewählte Sammlung der bedeutendsten freigewordenen Schöpfungen unserer deutsch-österreichischen Geistesfürsten, welche noch viel zu wenig gekannt und noch lange nicht genügend gewürdigt sind, enthalten; sie bietet also dem großen deutschen Leserkreise eine gediegene, interessante und abwechslungsreiche Lektüre.

Die Texte sind durchwegs nach den besten Quellen auf das sorgfältigste revidiert. Jeder Band, in dem ein Dichter zum erstenmal auftaucht, enthält eine kurzgefaßte biographische Skizze, jedem Werke wird eine knappe literarhistorische Einleitung vorgesetzt, falls eine solche zum besseren Verständnis notwendig erscheint.

Die erste Serie, 20 Bände umfassend, erscheint in zwei Ausgaben, und zwar in hochelegant gebundenen Leinenbänden zum Preise von je M. —.85 und in einer Liebhaberausgabe in zierlichen Halbfranzbänden zum Preise von M. 3.—.

Das Abonnement verpflichtet zur Annahme sämtlicher 20 Bände, die in drei- bis vierwöchigen Zwischenräumen zur Ausgabe gelangen.

Der Inhalt dieser ersten Serie von 20 Bänden ist folgender:

1. Friedrich Halm, Novellen.
2. Nikolaus Lenau, Savonarola. Don Juan.
3. Franz Grillparzer, Novellen und Fragmente.
4. Ferdinand Raimund, Das Mädchen aus der Feenwelt oder der Bauer als Millionär. Der Verschwender.
5. J. G. Seidl, Alt-Wiener Novellen.
6. Franz Grillparzer, Die Ahnfrau. Der Traum, ein Leben.
7. Adalbert Stifter, Studien I. (Das Haidedorf. Der Hochwald.)
8. Anastasius Grün, Der letzte Ritter.
9. Christian Freiherr von Zedlitz, Waldfräulein. Totenkränze.
10. Karl Meisl, Das Gespenst auf der Bastei. Das Gespenst im Prater. Die Geschichte eines echten Schals in Wien.
11. Adalbert Stifter, Studien II. (Der Hagestolz. Der beschriebene Tännling.)
12. Friedr. Halm, Griseldis. Der Sohn der Wildnis.
13. Charles Sealsfield, Lebensbilder aus der westlichen Hemisphäre I.
14. Adolf Bäuerle, Die Bürger in Wien. Aline od. Wien in einem and. Weltteile.
15. Franz Grillparzer, Selbstbiographie.
16. Jos. Alois Gleich, Die Musikanten am Hohen Markt. Ydor, der Wanderer aus dem Wasserreich. Die weißen Hüte.
17. Charles Sealsfield, Lebensbilder aus der westlichen Hemisphäre II.
18. Johann Nestroy, Der Unbedeutende. Freiheit in Krähwinkel.
19. Moritz Hartmann, Der Krieg um den Wald.
20. Franz Grillparzer, Sappho. Des Meeres und der Liebe Wellen.

Die in Vorbereitung befindliche zweite Serie wird nebst Fortsetzungs-Bänden von Dichtern der ersten Serie eine weitere Auslese der bedeutendsten und interessantesten Schöpfungen folgender Autoren enthalten: Deinhardstein, F. M. Felder, Herloßsohn, Kürnberger, Saphir, Schreyvogel, Stelzhamer, Tschabuschnigg.

Die abermals 20 Bände umfassende II. Serie der Deutsch-Österr. Klassiker-Bibliothek beginnt Anfang Herbst 1910 zu erscheinen und wird durch die Reichhaltigkeit und Abwechslung des Gebotenen auch für verwöhnte und müde Leser eine anziehende Lektüre von besonderem Reize bilden und die Liebe zu unseren deutsch-österreichischen Dichtern vertiefen.